Beschlussempfehlung und Bericht



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

85. Sitzung 5. Wahlperiode

Donnerstag, 17. Dezember 2009, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

## Inhalt

Änderung der Tagesordnung	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Ducksache 5/3117 –
<b>Fragestunde</b> – Drucksache 5/3060(neu) –	Änderungsantrag der Fraktion der FDP  - Drucksache 5/3078 –10
Gino Leonhard, FDP	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3160 –10
Minister Volker Schlotmann	Anderungsantrag der Fraktion Die Linke
Irene Müller, DIE LINKE 5,  Ministerin Manuela Schwesig 5,  Tino Müller, NPD 6,  Minister Lorenz Caffier 6,  Ministerin Heike Polzin 6,  Regine Lück, DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg- Vorpommern für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und die Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2010 und 2011  (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
Minister Jürgen Seidel	Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 5/2700 – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg- Vorpomern für die Haushaltsjahre 2010
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Haushalts- begleitgesetzes 2010/2011 (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) - Drucksache 5/2699 -	Unterrichtung durch die Landesregierung: Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

Beschlussempfehlungen und Bericht		Helmut Holter, DIE LINKE	75	
des Finanzausschusses – Drucksachen 5/3100, 5/3101, 5/3102,		Toralf Schnur, FDP	7	
5/3103, 5/3104, 5/3105, 5/3106, 5/3107,		Beschluss	79	
5/3108, 5/3109, 5/3110, 5/3111, 5/3112, 5/3113, 5/3114, 5/3115 und 5/3116 –	10			
Änderungsantrag der Fraktion der FDP				
- Drucksache 5/3077	10	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Beschäftigungsbrücke für jüngere		
Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE – Drucksachen 5/3162 bis 5/3170 –	10	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Förderung der Altersteilzeit erhalten		
Änderungsanträge der Fraktion der NPD – Drucksachen 5/3118 bis 5/3126		- Drucksache 5/2965		
und 5/3128 bis 5/3159 –	10	Regine Lück, DIE LINKE		
Birgit Schwebs, DIE LINKE	11, 42	Minister Jürgen Seidel		
Ministerin Heike Polzin	12	Toralf Schnur, FDP	8:	
Harry Glawe, CDU	15	Günter Rühs, CDU	82	
Helmut Holter, DIE LINKE	17	Beschluss	84, 13	
Rudolf Borchert, SPD	24			
Michael Roolf, FDP	29	A		
Stefan Köster, NPD	33	Antrag der Fraktion der FDP: UN-Behindertenrechtskonvention in		
Mathias Löttge, CDU	35	Mecklenburg-Vorpommern durchsetzen		
Sigrun Reese, FDP	39	- Drucksache 5/3012		
Andreas Bluhm, DIE LINKE	45	Ralf Grabow, FDP		
Hans Kreher, FDP	47	Ministerin Manuela Schwesig	8!	
Torsten Koplin, DIE LINKE	48	Günter Rühs, CDU	80	
Marc Reinhardt, CDU	50	Irene Müller, DIE LINKE	8	
Barbara Borchardt, DIE LINKE	52	Jörg Heydorn, SPD	88	
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE	54	Stefan Köster, NPD	90	
Jörg Heydorn, SPD	55	Beschluss	9	
Beschluss				
Andrew des Etransporteistants		Antrag der Fraktion DIE LINKE: Konkrete Ausgestaltung der Europäischen		
Antrag der Finanzministerin: Entlastung der Landesregierung		Bürgerinitiative aktiv unterstützen – Drucksache 5/3019 –	0	
für das Haushaltsjahr 2008  - Vorlage der Haushaltsrechnung und		Barbara Borchardt, DIE LINKE		
Vermögensübersicht des Landes -		Torsten Renz, CDU		
- Drucksache 5/2968		Gino Leonhard, FDP		
Beschluss	64	Beschluss		
		Beschiuss	91	
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat ablehnen		Antrag der Fraktion DIE LINKE:		
- Drucksache 5/3018	65	Bleiberechtsregelung verlängern und umfassend überarbeiten		
Birgit Schwebs, DIE LINKE	65	- Drucksache 5/3021	9	
Rudolf Borchert, SPD	66	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE		
Michael Roolf, FDP	68	- Drucksache 5/3066	9	
Egbert Liskow, CDU	68	Peter Ritter, DIE LINKE		
Ministerin Heike Polzin	70	Minister Lorenz Caffier	9 <sup>-</sup>	
Stefan Köster, NPD	73	Peter Stein, CDU	98	
Jochen Schulte, SPD	74	Gino Leonhard, FDP	10	

Martina Tegtmeier, SPD	101	Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	122
ŭ		Minister Henry Tesch	
Tino Müller, NPD		Udo Timm, CDU	
Beschluss	102	Hans Kreher, FDP	
Änderung der Tagesordnung	103	Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	
Thrushang ast ragessranding	100	Peter Ritter, DIE LINKE	
		Michael Andrejewski, NPD	
Antrag der Fraktionen der		Torsten Koplin, DIE LINKE	
SPD, CDU, DIE LINKE und FDP:		Beschluss	131
Erklärung des Landtages zum Verzicht des Bundesministers für Verteidigung zur			
Nutzung des Luft-/Boden-Schießplatzes		Antrag der Fraktion der FDP:	
in der Kyritz-Ruppiner Heide  - Drucksache 5/3017 –	103	Stärkung der privaten Arbeitsvermittlung	404
Rudolf Borchert, SPD		- Drucksache 5/3010	
Tino Müller, NPD		Michael Roolf, FDP	
Beschluss		Günter Rühs, CDU	
Descrituss	104	Regine Lück, DIE LINKE	
		Stefan Köster, NPD	
Antrag der Fraktion der NPD: Schutz vertraulicher Daten von Deutschen und der inländischen Wirtschaft sichern – Drucksache 5/3030 –	104	Nächste Sitzung	
Stefan Köster, NPD 104, 105,	107	Freitag, 18. Dezember 2009	134
Barbara Borchardt, DIE LINKE			
Beschluss	108		
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Bologna unterstützen, Mobilität fördern			
- Drucksache 5/3025	108		
Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3072 –	108		
Antrag der Fraktion DIE LINKE:  Studentenproteste ernst nehmen  – Drucksache 5/2964 –	108		
Antrag der Fraktion der FDP: Abschaffung der Kapazitätsverordnung (KapVO) an Hochschulen – Drucksache 5/3011 –	100		
Ilka Lochner-Borst, CDU			
Andreas Bluhm, DIE LINKE 109,			
Hans Kreher, FDP 111,			
Minister Henry Tesch			
Birger Lüssow, NPD			
Beschluss	122		
Antrag der Fraktion DIE LINKE:			

Entschließung zum Fritz-Reuter-Jahr 2010

- Drucksache 5/3022 - ...... 122

# Beginn: 9.05 Uhr

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 85. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Bevor wir unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fortsetzen, gestatten Sie mir noch einen Hinweis. In Absprache mit den Fraktionen soll die Tagesordnung gemäß Paragraf 74 Ziffer 2 wie folgt geändert werden: Der Tagesordnungspunkt 18 soll nach dem Tagesordnungspunkt 30 und der Tagesordnungspunkt 23 nach dem Tagesordnungspunkt 20 aufgerufen werden. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 5/3060(neu) vor.

#### Fragestunde

## - Drucksache 5/3060(neu) -

Ich möchte noch einmal daran erinnern, bevor wir beginnen, dass das Verlesen von Vortexten zu den Fragen nicht zulässig ist. Ebenfalls möchte ich noch mal daran erinnern, dass der Ältestenrat sich darauf verständigt hat, die Reihenfolge der einzelnen Ressorts flexibler zu gestalten, damit nicht immer die gleichen Ressorts davon betroffen würden, wenn entsprechende Fragen aufgrund der Zeitabläufe nicht mehr in der Fragestunde beantwortet werden können.

Ich rufe zunächst auf den Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung und dazu bitte ich den Abgeordneten Gino Leonhard, Fraktion der FDP, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

**Gino Leonhard**, FDP: Frau Präsidentin! Herr Minister! Guten Morgen!

 Wie beurteilt die Landesregierung die Rechtsstreitigkeiten vor dem Verwaltungsgericht Greifswald bei der Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 14. Dezember 2007 (Baggerung am Nothafen Darßer Ort) in Verbindung mit dem laufenden Raumordnungsverfahren für die Errichtung eines Alternativhafens vor dem Darß?

Minister Volker Schlotmann: Herr Abgeordneter Leonhard, das Kabinett hat das Verkehrsministerium beauftragt, den Landtagsbeschluss umzusetzen und die Zufahrt zum Nothafen Darßer Ort freizubaggern. Hiergegen hat der BUND-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht Greifswald gestellt.

Mein Haus hatte unabhängig von dieser Beschlusslage ein Raumordnungsverfahren eingeleitet, das zum Ziel hat, einen Etappenhafen vorzubereiten. Das Klageverfahren richtete sich allein gegen die Baggerung und dabei insbesondere gegen die Verbringung des Baggergutes. Es richtete sich nicht gegen das Raumordnungsverfahren. Insoweit besteht zwischen beidem kein unmittelbarer Zusammenhang.

In der Folge des Rechtsstreites wurde das Raumordnungsverfahren für den Nothafen Darßer Ort um die im Gerichtsbeschluss genannten Standort- und Projektalternativen erweitert. Und lassen Sie mich dazu auch noch sagen: So weit, wie wir derzeit sind, waren wir noch nie bei der Realisierung eines Ersatzhafens oder Etappenhafens. **Gino Leonhard**, FDP: Sie gehen also davon aus, Herr Minister, dass die Gemeinde Prerow ein ursächliches Interesse daran hat, einen Alternativhafen vor Prerow zu errichten?

Minister Volker Schlotmann: Ich gehe davon aus, dass wir das Raumordnungsverfahren, zu dem Prerow gehört, aber auch Zingst, aufgrund des alten Landtagsbeschlusses ordnungsgemäß umsetzen und durchführen können. Wie die jeweiligen Mehrheiten jeweils aktuell vor Ort sind, will ich und werde ich nicht kommentieren.

**Gino Leonhard**, FDP: Aber schon aus Selbstverwaltungsgründen: Muss die Gemeinde Prerow dem Raumordnungsverfahren zustimmen?

**Minister Volker Schlotmann:** Sie muss nachher einen B-Plan-Beschluss machen, ja.

#### Gino Leonhard, FDP:

2. Hat die außergerichtliche Einigung zwischen der Landesregierung, dem BUND und dem WWF einen weiteren Beleg dafür geliefert, dass unverzüglich Rechtsklarheit für weitere erforderliche Baggerungsmaßnahmen, zum Beispiel durch eine zeitlich befristete Herauslösung des Nothafens Darßer Ort aus dem Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft bis zur Inbetriebnahme eines Alternativhafens durch den Gesetzgeber vorzunehmen ist?

Minister Volker Schlotmann: Herr Abgeordneter Leonhard, das Verwaltungsgericht Greifswald hat den Beteiligten, das waren also der BUND und mein Ressort, einen gerichtlichen Vergleich vorgeschlagen. Also eine außergerichtliche Einigung hat nie stattgefunden. Ein gerichtlicher Vergleich hat stattgefunden. Der gerichtliche Vergleich sieht vereinfacht gesagt vor, dass das bei der Baggerung anfallende Baggergut nach einem bestimmten Schlüssel auf den Nationalpark und die See verbracht wird. Damit wird der Herstellung der Einsatzbereitschaft der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger und dem natürlichen Sedimentaustausch Rechnung getragen. Der Sedimentproblematik selber kann nicht isoliert durch eine Herausnahme des Nothafens Darßer Ort aus dem Nationalpark Rechnung getragen werden.

Hier möchte ich auch persönlich etwas anmerken. Also wenn wir dies tun würden, aus einem Nationalpark, der im Übrigen noch von der letzten Volkskammer beschlossen worden ist, wenn wir als ein Bundesland hier einen Teil dieses Nationalparkes, und wenn es nur vorübergehend ist, herauslösen würden, sage ich Ihnen meine persönliche politische Einschätzung, und dazu stehe ich, wir machen uns zum Gespött der Nation, Europas und darüber hinaus. Und ich sage das hier in aller Deutlichkeit, das ist mit mir auch nicht zu machen.

Zu der Frage im Detail: Es geht also insoweit um die Entnahme, vor allem aber um die Verbringung von Sedimenten im Nationalpark, nicht nur im Hafen. Der Landtag hat mit dem von Ihnen zitierten Beschluss eine Baggerung beauftragt. Diesen Beschluss hat damals, meiner Erinnerung nach zumindest, auch die Fraktion der FDP mitgetragen. Die Formulierung weiterer erforderlicher Baggerungsmaßnahmen, wie in Ihrer Frage aufgeworfen, erschließt sich mir deshalb nicht wirklich.

**Gino Leonhard**, FDP: Wann, Herr Minister, gehen Sie davon aus, dass ein Alternativhafen zur Verfügung stehen würde, um einen Seenotrettungskreuzer zu stationieren?

**Minister Volker Schlotmann:** Das ist das gemeinsame Ziel so gut wie aller Beteiligten.

Gino Leonhard, FDP: Ich darf hier nichts feststellen.

Minister Volker Schlotmann: Richtig.

**Gino Leonhard**, FDP: Aber, Frau Präsidentin, es ist nicht wirklich eine Antwort gewesen.

Herr Minister ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Abgeordneter, da haben Sie recht. Sie dürfen hier nichts feststellen.

**Gino Leonhard**, FDP: Entschuldigung, Frau Präsidentin.

Herr Minister, gehen Sie davon aus, dass durch die gerichtliche Einigung, ich sage mal, in absehbarer Zeit nicht wieder eine Baggerungsmaßnahme am Nothafen Darßer Ort notwendig werden würde?

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Minister Volker Schlotmann: Also ich verfüge nicht über prophetische Fähigkeiten. Ansonsten würde ich wahrscheinlich einem weit höher bezahlten Beruf nachgehen, als dem, den ich jetzt habe. Fakt ist der: Ich gehe von gar nichts aus.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Ich gehe davon aus – und da erinnere ich mich auch gut an Beiträge aus Ihrer Fraktion in der Vergangenheit –, dass das unser gemeinsames Ziel ist, mit einem Raumordnungsverfahren, mit Überzeugungsarbeit einen Etappenhafen zwischen Barhöft und Rostock zu schaffen.

Gino Leonhard, FDP: Vielen Dank.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider**: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Stefan Köster, Fraktion der NPD, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Herr Minister!

3. Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Landesregierung dem ausufernden Lkw-Verkehr im Landkreis Ludwigslust, insbesondere auf der Bundesstraße 5, der Bundesstraße 106 und der Bundesstraße 191 sowie den Verbindungsstraßen zwischen diesen Bundesstraßen, begegnen und somit zur Steigerung der Wohnqualität der Einwohner beitragen?

Minister Volker Schlotmann: Herr Abgeordneter Köster, der Landesregierung ist die Verkehrsmengenentwicklung von 1992 bis 2008 bekannt und danach hat sich der Lkw-Verkehr im Rahmen der allgemeinen Verkehrssteigerung entwickelt. Im Jahr 2010 findet eine Verkehrszählung im gesamten Straßennetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern statt. Zu verkehrsrechtlichen Maßnahmen selbst ist der Landrat des Landkreises Ludwigslust als untere Straßenverkehrsbehörde zuständig.

Diese Maßnahmen bedürfen der Beteiligung der Landesregierung. So wurde aus Lärmschutzgründen eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde auf der B 5 im Schlossbereich Ludwigslust angeordnet. Überprüfungen zu Lärmschutzmaßnahmen finden gegenwärtig im Bereich der Bahnbrücke in Ludwigslust, also im Bereich B 106, B 191, in den Ortslagen Redefin, Zahrensdorf und Neu Gülze an der B 5 sowie im Bereich der Verbindungsstraße L 07 zwischen

der B 5 Kummer und der B 106 statt. Bauliche Veränderungen hat es auf der B 191 in Neustadt-Glewe gegeben. Hier wurde die Pflasterdecke durch eine lärmmindernde Asphaltdecke ersetzt.

Die Landesregierung wird bauliche und planerische Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben weiter unterstützen. Auch wird die Landesregierung den zuständigen Behörden die Zahlen der Verkehrsbelegung und die Emissionsberechnung zur Verfügung stellen. Darüber hinaus unterliegt die Verkehrsbehörde der Fachaufsicht eben durch die Landesregierung.

Eine den Verkehrsbedürfnissen der Region entsprechende Infrastruktur soll mit den Bauabschnitten 6, also von der Landesgrenze Brandenburg bis Ludwigslust Süd, und 7 von Ludwigslust Süd bis zum Autobahndreieck Schwerin, der A 14, bestimmungsgemäß errichtet werden. Die Planfeststellung für den Bauabschnitt 7 wird im Jahr 2010 eingeleitet.

Stefan Köster, NPD: Gut. Die nächste Frage:

4. Wann ist mit welcher Entscheidung zum Bau der Hagenower Umgehungsstraße zu rechnen?

Minister Volker Schlotmann: Abgeordneter Köster, die Ortsumgehung Hagenow im Zuge der B 321 ist eine Maßnahme des vordringlichen Bedarfs des gültigen Bundesverkehrswegeplans. Die Planungen werden durch das Straßenbauamt Schwerin ausgeführt. Derzeit erfolgt die Linienplanung. Hierzu hat das Straßenbauamt Schwerin beim Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg die Unterlagen zur Raumordnung und Stellungnahme eingereicht. Vorzugsvariante aus Sicht der Raumordnung ist die Variante 2, das ist die stadtnahe Führung der Trasse.

Der Abschluss des Raumordnungsverfahrens ist für den Dezember dieses Jahres, also noch in diesen Wochen vorgesehen. Und im Anschluss kann das SBA die Linienbestätigungsunterlage erstellen. Diese, das ist das Verfahren, wird dann dem Bundesministerium zur Zustimmung, zum sogenannten Gesehenvermerk vorgelegt und nach Zustimmung des Bundes erfolgt die Bestätigung der Vorzugsvariante durch das Verkehrsministerium unseres Landes in 2010.

Stefan Köster, NPD: Gut, danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales und Gesundheit und hierzu bitte ich die Abgeordnete Frau Irene Müller, Fraktion DIE LINKE, die **Frage 5** zu stellen.

Irene Müller, DIE LINKE: Frau Ministerin, ich frage an:

5. Mit welchem Ergebnis und wann haben die fünf Arbeitsgruppen dieses Jahr getagt, um die Beschlüsse des 6. Altenparlamentes umzusetzen?

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Abgeordnete Müller, bereits mit Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2007 und nochmals im Bericht des Ministeriums für Soziales und Gesundheit in der 41. Sitzung des Sozialausschusses am 3. Dezember 2008 zum Stand der Arbeit der fünf Arbeitsgruppen zur Umsetzung der Beschlüsse des 5. Altenparlaments wurde unmissverständlich darauf

hingewiesen, dass infolge des 5. Altenparlaments vom 20. Juni 2007 keine Arbeitsgruppen zur Umsetzung der dort gefassten Beschlüsse gebildet worden sind. Vielmehr wurden diese bereits im Jahr 2006 primär zur Umsetzung und Begleitung des Landesprogramms "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" ins Leben gerufen. Dementsprechend gibt es auch keine fünf Arbeitsgruppen im Zusammenhang mit dem 6. Altenparlament. Es werden lediglich, soweit die Arbeitsgruppen thematisch betroffen sind, die Beschlüsse der Altenparlamente mit in die Arbeit einbezogen.

Der Sozialausschuss hat in seiner 54. Sitzung am 8. Juli 2009 mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE das Ministerium für Soziales und Gesundheit gebeten, im Januar 2010 einen ersten Zwischenbericht zur Umsetzung der Beschlüsse des 6. Altenparlaments 2009 vorzulegen. Dieser Bitte wird das Ministerium zeitgerecht nachkommen. Die hierzu erforderlichen Beiträge der betroffenen Stellen der Landesregierung werden derzeit eingeholt. Ein umfassendes Ergebnis liegt deshalb gegenwärtig noch nicht vor. Die Fraktion DIE LINKE wird vor diesem Hintergrund gebeten, sich bis zum Termin des Sozialausschusses im Januar 2010 zu gedulden.

Irene Müller, DIE LINKE: Eine Nachfrage bitte: Wurden die fünf Arbeitsgruppen offiziell aufgelöst und wissen diejenigen, die da mitgearbeitet haben, davon oder wie kann ich es verstehen, dass nachgefragt wird, wann sie wieder eingeladen werden vom Sozialministerium?

Ministerin Manuela Schwesig: Frau Abgeordnete, die Arbeitsgruppen wurden im Zusammenhang mit der Begleitung des Landesprogramms "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" eingerichtet und nicht im Zusammenhang mit der Abarbeitung der Beschlüsse des Altenparlaments. Soweit Beschlüsse des Altenparlaments auch dieses Landesprogramm betreffen, werden die Arbeitsgruppen damit befasst.

Irene Müller, DIE LINKE: Zweite Nachfrage: Das ist konträr mit der Aussage von Herrn Sellering, solange er Sozialminister war, und zumindest von drei Arbeitsgruppen verstehen die Mitglieder sich auch als verantwortlich für die ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Frau Müller, Sie dürfen hier keine Feststellungen treffen. Sie können eine Nachfrage stellen und die Frage darf nicht unterteilt sein. Also ich bitte Sie, das zu beachten.

Irene Müller, DIE LINKE: Ja, danke schön.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Innenministers und hierzu bitte ich den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Frage 7** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

7. Lag dem Landeskriminalamt ein Auslieferungsersuchen der USA gegen Roman Polanski vor, der wegen Vergewaltigung einer 13-Jährigen aus dem Jahre 1978 international per Haftbefehl gesucht wurde, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der nunmehr in der Schweiz Festgenommene Anfang dieses Jahres unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen Dreharbeiten auf der Insel Usedom durchgeführt hatte?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Müller, dem Landeskriminalamt lag kein Auslieferungsersuchen betreffs Roman Polanski vor.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Finanzministerin und bitte die Abgeordnete Frau Sigrun Reese, Fraktion der FDP, die **Fragen 8 und 9** zu stellen.

**Sigrun Reese**, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin!

8. Warum gestaltet sich die Personalgewinnung für diese Tätigkeit aktuell so schwierig?

Ministerin Heike Polzin: Seit dem Januar 2009 ist das Finanzamt Neubrandenburg bundesweit für die Besteuerung der Rentenempfänger im Ausland zuständig. Dadurch können wir 227 zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen, die zunächst bis Ende 2015 befristet sind und die uns zu 99,75 Prozent durch die anderen Länder bezahlt werden. Das ist eine gute Botschaft.

Aufgrund des besonderen Aufgabenzuschnitts sind allerdings bei der Mehrzahl der hierfür einzurichtenden Arbeitsplätze eine steuerliche Ausbildung und möglichst Erfahrungen bei der steuerlichen Veranlagung erforderlich. Der größte Teil der Arbeitsplätze wird daher durch Beschäftigte aus dem Kernbereich sowie nahezu alle Überhangbeschäftigten der Steuerverwaltung besetzt werden. Darüber hinaus prüfen wir derzeit, in welchem Umfang geeignete Mitarbeiter aus dem Überhangbereich anderer Ressorts, zum Beispiel aus dem Justizressort oder aus dem Geschäftsbereich des Sozialministeriums für diese Aufgabe gewonnen werden können. Sie sollen dann durch Fortbildung vorbereitet werden.

Ergänzend und unter begrenztem Umfang werden wir auch steuerlich vorgebildete Beschäftigte neu einstellen. Wir denken dabei in erster Linie an die jungen Leute, die einmal bei uns ausgebildet wurden, aber dann nicht übernommen werden konnten. Infrage kommen auch die jungen Heimkehrer, die ihre Ausbildung und erste Berufstätigkeit in anderen Bundesländern absolviert haben, aber nun gern wieder in ihre Heimat zurückkehren möchten. Wir haben da einige Anträge. Mit diesem Projekt sind also zahlreiche positive Effekte für die Beschäftigungssituation in der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern verbunden.

Im Übrigen hat sich aufgrund der verzögerten Überstellung der Rentenbezugsmitteilungen, das liegt nicht bei uns, der Starttermin für das Projekt um acht Wochen auf den 1. Juli 2010 verschoben. Insofern kann ich Ihnen versichern, das Personalgewinnungsverfahren verläuft nicht schwierig, sondern wir liegen sehr gut im Plan.

**Sigrun Reese**, FDP: Warum hat man nicht früher mit notwendigen Qualifizierungen begonnen?

Ministerin Heike Polzin: Ich glaube, aus meinen Ausführungen ist deutlich geworden, dass der größte Teil der in diesem Bereich zu Beschäftigenden schon eine Vorausbildung haben muss, das heißt, da werden wir nicht von vorn anfangen müssen, sondern hier ist eine steuerliche Veranlagung anberaumt, die bei den Beschäftigten sowieso schon in der Qualifikation ist.

Darüber hinaus hat die Projektgruppe, die schon seit Beginn dieses Jahres arbeitet, alle Voraussetzungen für die Organisation dieser neuen Einheit bereits sehr gut vorbereitet. Es gibt da regelmäßige Absprachen und Treffen und ich habe aus den Finanzämtern auch das Signal, dass die Aufstellung für diese wichtige Aufgabe, wir würden sie ja gern über 2015 hinaus bei uns im Land

behalten, als Service für alle Bundesländer dann tatsächlich sehr gut ausgeführt wird. Ich habe keine negativen Erkenntnisse.

# Sigrun Reese, FDP:

 Mit welchen Kosten der Personalgewinnung und der Qualifizierung des Personalüberhangs, der nicht durch die Vollkosten gedeckt wird, ist zu rechnen?

Ministerin Heike Polzin: Die Länder haben mit einem Verwaltungsabkommen vereinbart, die Kosten gemeinsam zu tragen. Ich sagte vorhin schon, 99,75 Prozent werden von anderen Bundesländern erstattet. Die kleine Differenz ist dann unser Anteil für den Service, den wir ja auch haben. Dementsprechend umfassen die auszugleichenden Verwaltungskosten alle anfallenden Personal- und Sachkosten. Demnach ist nicht mit zusätzlichen Kosten zum Beispiel für Personalgewinnung und die Qualifizierung zu rechnen, also keine zusätzlichen.

**Sigrun Reese**, FDP: Die Kosten der Personalgewinnung und Auswahl werden also auch von anderen Bundesländern mitgetragen?

Ministerin Heike Polzin: Soweit sie über das hinausgehen, was wir hier im Land ohnehin organisieren, ja. Alle Personal- und Sachkosten werden in diesem Schlüssel umgelegt.

Sigrun Reese, FDP: Danke schön.

Ministerin Heike Polzin: Bitte.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und hierzu bitte ich die Abgeordnete Frau Regine Lück, Fraktion DIE LINKE, die Fragen 10 und 11 zu stellen.

Regine Lück, DIE LINKE: Herr Minister!

10. Wie positioniert sich die Landesregierung zum im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgelegten Vorhaben, Vermittlung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen nach dem SGB II zukünftig in getrennter Trägerschaft von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen vornehmen zu lassen?

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete Lück! Die Landesregierung stellt fest, dass sich die in den vergangenen fünf Jahren praktizierte Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur für Arbeit und den Argen – ich betone ausdrücklich, hier in Mecklenburg-Vorpommern – bewährt hat. Insofern strebt die Landesregierung eine Änderung des Grundgesetzes an, um die bestehenden Regelungen verfassungskonform zu gestalten. Allerdings haben wir im Kabinett jetzt darüber gesprochen, wir müssen uns dann im neuen Jahr – wenn die Situation, die Rechtslage sich nicht ändert, das müsste sie ja – mit der neu angebotenen Regelung befassen, weil uns schlichtweg auch die Zeit wegläuft.

# Regine Lück, DIE LINKE:

11. Ist diese Position, die Sie jetzt vertreten, mit den kommunalen Verantwortungsträgern abgestimmt?

Minister Jürgen Seidel: Ja, ich muss korrekt sagen, diese Position ist mit den kommunalen Verantwortungsträgern erörtert. Es gibt da keine durchgehend gleichlautenden Positionen.

Regine Lück, DIE LINKE: Gut, danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Raimund Frank Borrmann, Fraktion der NPD, die **Frage 12** zu stellen.

#### Raimund Frank Borrmann, NPD:

12. Welche Erwartungen hat die Landesregierung bezüglich der Konferenz von Kopenhagen zu Fragen des Klimas und seinen Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, Mecklenburg-Vorpommern hofft natürlich, dass die Position der EU in Kopenhagen vor allem Gehör findet. Kernpunkt der Anstrengungen ist die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf maximal zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Dazu allerdings müssen die globalen Emissionen ihren Zenit spätesten 2020 erreicht haben und bis 2050 um mindestens die Hälfte reduziert werden.

Neben den konkreten Minderungsverpflichtungen von Industrieländern und auch den Minderungsbeiträgen von Entwicklungsländern setzt sich die EU zum Beispiel ein für die Weiterentwicklung des globalen Kohlenstoffmarktes, dann natürlich für die Entwicklung klimafreundlicher Technologien, die Anpassung an den Klimawandel und die Einrichtung einer darauf bezogenen tragfähigen Finanzarchitektur.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Wird es hierzu finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt geben, wenn es entsprechende Vereinbarungen gibt?

Minister Jürgen Seidel: Ich muss zunächst einmal sagen, dass wir unsere Aktivitäten im Klimaschutzbereich ja geplant haben, und ich gehe im Moment davon aus, dass für den Haushalt 2010 und 2011, den wir ja heute beschließen wollen, diesbezüglich Vorkehrungen getroffen sind.

**Raimund Frank Borrmann**, NPD: Können Sie sagen, in welcher Höhe diese Vorkehrungen getroffen sind?

Minister Jürgen Seidel: Das lässt sich so nicht ganz eindeutig formulieren, weil wir Möglichkeiten haben, nicht nur über den eigentlichen Titel Klimaschutz zu fördern, sondern zum Beispiel auch Investitionen zu unterstützen über die Gemeinschaftsaufgabe. Dazu braucht es allerdings Projekte.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Ich bitte nun den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Frage 13** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

13. In welchem Umfang gestaltet sich die personelle Unterstützung zur Beantragung von EU-Fördermitteln für deutsch-polnische Projekte beim Gemeinsamen Technischen Sekretariat durch die Kommunalgemeinschaft Pomerania e. V.?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, es ist so, dass vier Mitarbeiter des Vereins Kommunalgemeinschaft Europaregion Pomerania anteilig zu jeweils 34 Wochenstunden für das Gemeinsame Technische Sekretariat arbeiten.

**Tino Müller**, NPD: Eine Zusatzfrage: Ist eine Antragstellung, Bearbeitung und Genehmigung von Anträgen auf EU-Fördermittel für deutsch-polnische Projekte (INTER-REG IV A) auch ohne eine Beteiligung der Kommunalgemeinschaft Pomerania e. V. möglich?

Minister Jürgen Seidel: Grundsätzlich ist das möglich. Es hat sich allerdings gezeigt, dass die Pomerania über eine sehr große Erfahrung in diesem Bereich verfügt und Antragsteller sehr oft auch die Unterstützung dazu bekommen.

**Tino Müller**, NPD: Also ist eine Förderung über INTER-REG IV A auch möglich, wenn der Antragsteller kein Mitglied in der Pomerania e. V. ist?

Minister Jürgen Seidel: Das ist grundsätzlich möglich, ja.

Tino Müller, NPD: Danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Professor Dr. Fritz Tack, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 14 und 15** zu stellen.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister!

14. Welchen Stand haben die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Änderung der Privatisierungsgrundsätze der BVVG erreicht?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Professor Tack, auf Druck der Landesregierung – das wissen Sie – des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Landesregierung Brandenburg wurde ein Verkaufsstopp sowohl für die landwirtschaftlichen Nutzflächen als auch für die Gewässerflächen für die Verkehrswertverkäufe bis zum 31.12.2009 vereinbart und auch erlassen. Gleichzeitig sind die Verhandlungen zur Änderung der Privatisierungsgrundsätze aufgenommen worden, wenn auch etwas verzögert, ich hätte mir da auch eine schnellere Gangart gewünscht. Es hat den ersten Termin am 9. September 2009 gegeben sowie am 6. Oktober 2009 wurde auf der Abteilungsleiterebene verhandelt, am 23. November 2009 hat das Gespräch dann auf Staatssekretärsebene stattgefunden.

Da der Bund sich leider zurzeit nicht auf alle Länderforderungen, insbesondere auch auf unsere eingelassen hat, insbesondere zur Berücksichtigung der agrarstrukturellen Aspekte, weil wir eben eine andere Situation haben als in Thüringen oder in Sachsen oder auch in Sachsen-Anhalt – der Bund lässt sich zurzeit darauf noch nicht ein –, konnte bisher kein abschließendes Ergebnis erfolgen. Am heutigen Tage ist die nächste Runde auf Abteilungsleiterebene. Ich hoffe, dass wir tatsächlich noch in diesem Jahr, ich bin dazu bereit, wenn der Bund uns entgegenkommt, noch in diesem Jahr zum Abschluss kommen.

Worüber ich mich freue, das will ich gleich hinzusetzen, ist, dass der Bund erklärt hat, aufgrund der Tatsache, dass wir ab morgen den Antrag im Bundesrat zur Seenprivatisierung haben, dass das Moratorium für den Seenverkauf beziehungsweise das Aussetzen der Seenverkäufe verlängert wird.

(Gino Leonhard, FDP: Richtig.)

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Eine Nachfrage: Was geschieht, wenn es bis zum 31.12.2009 keine Einigung gibt mit dem Moratorium für die Flächen?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich gehe davon aus, dass der Bundesfinanzminister sich der Tragweite dieser Gesamtdiskussion in den neuen Ländern bewusst ist und dass es weiterhin zu einem Aussetzen kommt. Ich gehe davon aus, dass die Anweisung unverzüglich dann auch an die BVVG ergeht.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Borrmann.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Minister, haben Sie Kenntnis, wie lange das verlängerte Moratorium verlängert wurde?

(Gino Leonhard, FDP: Das ist noch nicht verlängert worden.)

**Minister Dr. Till Backhaus:** Das Moratorium ist ja noch nicht verlängert worden, bis auf das Thema Seen.

Sie wissen aus dem, was ich eben gesagt habe, dass wir morgen einen Bundesratsantrag im Deutschen Bundesrat haben werden. Ich wünsche mir sehr und freue mich auch darüber, dass der Wirtschaftsminister und auch die Staatskanzlei, der Ministerpräsident, sich da ja massiv eingesetzt haben. Ich gehe davon aus, dass unser Antrag morgen eine Mehrheit bekommt. Ich werde jedenfalls dafür kämpfen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Die zweite Frage:

15. Welche Fortschritte und Hindernisse haben sich bisher bei der Verbesserung der Breitbandversorgung in unserem Lande gezeigt?

Minister Dr. Till Backhaus: Dieses Thema ist ja ein deutschlandweites Thema, insofern bin ich auch dankbar für diese Frage. Den Vorschlag, den wir immer wieder unterbreitet haben, nämlich gleichwertige Lebensbedingungen, auch was die schnellen Internetverbindungen anbetrifft, habe ich ja hier auch mehrfach deutlich gemacht.

Über die Grundsätze zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung ist es uns ja möglich, im Jahr 2009 erhebliche Mittel bereitzustellen. Im Übrigen habe ich mich auch darüber gefreut, dass der Bund unseren Vorschlag aufgegriffen hat und die erhöhte Förderung, nämlich bis auf 90 Prozent zu unterstützen. Insgesamt sind im Jahr 2009 für 44 Infrastrukturprojekte die Zuwendungen erfolgt. Die Maßnahmen laufen also. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms des Landes Mecklenburg-Vorpommern konnte für weitere 15 Projekte die finanzielle Bereitstellung erfolgen.

Bei einigen funkbasierten – und diejenigen, die sich damit auseinandersetzen, die wissen das –, bei einigen funkbasierten Infrastrukturen sind Verzögerungen bei der Bereitstellung der Einbindung in das übergeordnete Netz durch die Deutsche Telekom entstanden. Ich gehe davon aus, dass die Deutsche Telekom endlich von der Bundesregierung tatsächlich jetzt aufgefordert wird, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Es hat hier in der letzten Woche noch mal intensive Gespräche mit dem Vorstand der Deutschen Telekom gegeben. Ich gehe davon aus, dass diese Probleme dann im ersten Quartal des Jahres 2010 wirklich gelöst werden.

Ich darf an dieser Stelle betonen, dass Mecklenburg-Vorpommern wohl doch in dieser Frage mittlerweile am weitesten gekommen ist im Vergleich der Bundesländer. **Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Eine Nachfrage: Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die neuerliche Initiative der Bundesregierung zur Verbesserung der Breitbandanbindung im ländlichen Raum?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Bundeskanzlerin und auch der Bundeswirtschaftsminister dies zu einem Schwerpunktthema gemacht haben. Das begrüße ich grundsätzlich. Ich erwarte aber von der Bundesregierung, dass man insbesondere auch der Telekom – das ist ja noch ein durch den Bund beteiligtes Unternehmen –, dass man endlich wirklich der Telekom auf die Finger schaut und gegebenenfalls auch Maßnahmen einleitet, dass nämlich die Netze endlich freigegeben werden.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Herrn Borrmann.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Minister, können Sie sagen, wie hoch die geflossenen Mittel für die von Ihnen angegebenen 59 Projekte waren oder sind?

Minister Dr. Till Backhaus: Wir gehen davon aus, dass die veranschlagten Mittel, so, wie sie im Haushalt veranschlagt worden sind – die Zahlen kennen Sie, wenn Sie im Ausschuss waren und zugehört haben –, im Jahr 2009/2010 abfließen, sodass wir unterm Strich um die 3 Millionen Euro dafür zur Verfügung haben.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Danke.

Minister Dr. Till Backhaus: Wussten Sie das?

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ich darf keine Fragen beantworten.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider**: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Fragen 16 und 17** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister!

16. Aus welchen Gründen hat nach Auffassung der Landesregierung das Staatliche Amt für Umwelt und Natur in Ueckermünde während des Hochwassers im Oktober nicht die Warnstufe 4 ausgerufen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich möchte die Frage wie folgt beantworten: Die Bestimmungen für das Auslösen von Alarmstufen zum Schutz vor Wassergefahren sind in der Hochwassermeldedienstverordnung eindeutig geregelt. Danach können Alarmstufen ausgelöst werden:

- sobald für einen Hochwassermeldepegel eine entsprechende Richtwasserhöhe und ein Richtwasserstand damit erreicht worden ist oder wenn ein weiterer Anstieg zu erwarten ist
- heißt es in der Verordnung, wenn im Zusammenhang mit dem Hochwasser weitere außergewöhnliche Gefahren vorliegen und diese die Auslösung damit auch einer Alarmstufe erfordern
- wenn aufgrund einer Hochwasser- beziehungsweise Sturmflutwarnung ein Überschreiten der Richtwasserstände für die Alarmstufe in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erwarten ist

Durch die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur wird im Übrigen nur die Alarmstufe 1 ausgelöst oder aufgehoben. Die Alarmstufen 2 bis 4 werden nach Anhörung mit dem jeweiligen StAUN durch die zuständigen Landratsämter beziehungsweise Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte ausgelöst oder aufgehoben, weil diese Aufgabe in die kommunale Zuständigkeit übertragen ist.

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen war das StAUN Ueckermünde, danach haben Sie ja gefragt, daher nicht befugt – und das ist, glaube ich, deutlich geworden –, die Alarmstufe 4 auszurufen. Der zuständige Landrat des Landkreises Uecker-Randow hat im Oktober die Alarmstufe 4 nicht ausgerufen, da die eingangs genannten Voraussetzungen für die Auslösung nicht gegeben waren, nämlich der Richtwasserstand für das Auslösen der Alarmstufe 4 am Pegel Ueckermünde betrug zum damaligen Zeitpunkt 630 Zentimeter. Der höchste Wasserstand am Richtpegel Ueckermünde betrug zur genannten Zeit jedoch 624 Zentimeter.

Außerdem wurde zum damaligen Zeitpunkt eingeschätzt, dass keine weiteren außergewöhnlichen Gefahren vorliegen werden. Es gab auch keine Warnung vor einem kurzfristigen Überschreiten dieses Richtwasserstandes. Deshalb blieb es bei der Ausrufung der Alarmstufe 3.

Michael Andrejewski, NPD: Ja, danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Borrmann.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Sind dem Ministerium Schäden durch das von Ihnen benannte Hochwasser entstanden, nicht dem Ministerium, sondern sind dem Land Schäden entstanden? Hat das Ministerium davon Kenntnis?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Also dem Ministerium selber ist kein Schaden entstanden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Weit genug weg, ne?)

Wir sind ja tatsächlich relativ weit weg von Ueckermünde.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Und auf der anderen Seite haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, glaube ich, obwohl sie für diese Hochwassergefahr nicht zuständig waren, eine hervorragende Arbeit geleistet. Da kann ich mich nur bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im StAUN Ueckermünde sehr herzlich bedanken.

Michael Andrejewski, NPD: Frage 17:

17. Auf welche Ursachen ist das besonders schnelle Ansteigen der Wasserstände der Peene im Oktober nach Ansicht der Landesregierung zurückzuführen?

Minister Dr. Till Backhaus: Wer sich mit den Gegebenheiten dort vor Ort auskennt, der wird das auch nachvollziehen können, nämlich dass dieser relativ schnelle Wasseranstieg der unteren Peene im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen ist:

Vor Beginn der Sturmflut war der Wasserpegel der Ostsee und der inneren Küstengewässer des Peenestroms und des Stettiner Haffs bereits um 40 bis 50 Zentimeter erhöht. Wenn man sich das an der Fläche anschaut, dann kann man, glaube ich, das auch nachvollziehen. Am Pegel Greifswald wurde schon am Vormittag des 10. Oktober ein Stand von 540 Zentimetern und am Pegel Anklam ein Stand von 550 Zentimetern beobachtet

Ab dem 12. Oktober 2009 – wenn Sie das nachvollziehen können hier im Hohen Hause, wird man auch das erkennen – setzte dann zusätzlich zu den hohen Ausgangswasserständen noch Nordwind ein, der sich im Übrigen bis zum 15. Oktober noch deutlich verstärkte. Die Windgeschwindigkeiten lagen in Usedom zwischen 6 und 8 Windstärken. Infolge des lang anhaltenden Windstaus entwickelte sich dann am 15. Oktober an der Küste eine mittlere, ich betone, eine mittlere Sturmflut.

Dies führte zu einem weiteren Einstrom von Ostseewasser in das Oderhaff und ließ damit auch die Wasserstände der Peene kontinuierlich steigen. Innerhalb von dreieinhalb Tagen stieg der Pegel Anklam um 58 Zentimeter. Das entspricht einer Steiggeschwindigkeit von etwa 0,5 bis 1 Zentimeter in der Stunde. Ich habe ja schon deutlich gemacht, es ist eine mittlere Sturmflut gewesen und gravierende Schäden sind im Lande nicht entstanden, zum Glück.

Michael Andrejewski, NPD: Okay.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Eine Nachfrage des Abgeordneten Herrn Borrmann.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Plant die Landesregierung, Herr Minister, zusätzliche Maßnahmen, um die Gefahr eines raschen Pegelanstieges in Zukunft zu verhindern?

Minister Dr. Till Backhaus: Also, mein Kollege Herr Schlotmann hat ja auch schon mal angedeutet, hellseherische Fähigkeiten, wann die nächste Sturmflut kommt, habe ich leider nicht. Auf der anderen Seite kann ich hier an dieser Stelle deutlich machen, dass der Hochwasserschutz, der Küstenschutz in Mecklenburg-Vorpommern eine ganz hohe Priorität hat. Wir werden hier heute im Hohen Haus den Haushalt beschließen.

(Gino Leonhard, FDP: Davon gehen Sie jetzt schon aus?)

Da ist im Übrigen auch vorgesehen, das Sonderprogramm der Bundesregierung für den Küstenschutz deutlich zu verbessern, sodass wir insbesondere für Greifswald im nächsten Jahr mit einer ganz entscheidenden Baumaßnahme, nämlich das Wehr in Greifswald, beginnen werden. Ansonsten investieren wir jährlich gut 20 Millionen Euro nur für den Erhalt der Küstenschutzanlagen. Da sind die Investitionen noch gar nicht mit einbezogen.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Wir sind damit am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 16 und hier a) Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung - Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010/2011, auf Drucksache 5/2699, und hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, auf Drucksache 5/3117, in Verbindung mit b) Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und die Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2010 und 2011, auf Drucksache 5/2700, sowie Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, auf Drucksache 5/2893, sowie Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung - Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, auf Drucksache 5/2698, und hierzu die Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses auf den Drucksachen 5/3100 bis 5/3116. Hierzu liegen Ihnen 2 Änderungsanträge der Fraktion der FDP, 11 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE sowie 41 Änderungsanträge der Fraktion der NPD vor.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010/2011 (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 5/2699 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses

- Drucksache 5/3117 -

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3078 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3160 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3161 –

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und die Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2010 und 2011

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

- Drucksache 5/2700 -

Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/2700 -

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und die Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2010 und 2011

Drucksache 5/2893 -

Unterrichtung durch die Landesregierung: Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

- Drucksache 5/2698 -

Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses

- Drucksachen 5/3100, 5/3101, 5/3102, 5/3103, 5/3104, 5/3105, 5/3106, 5/3107, 5/3108, 5/3109, 5/3110, 5/3111, 5/3112, 5/3113, 5/3114, 5/3115 und 5/3116 -

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksachen 5/3077 –

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE – Drucksachen 5/3162 bis 5/3170 –

Änderungsanträge der Fraktion der NPD – Drucksachen 5/3118 bis 5/3126 und 5/3128 bis 5/3159 –

Zunächst wird das Wort zur Berichterstattung erteilt. Hieran schließt sich die allgemeine Aussprache zum Haushaltsgesetz 2010/2011 an. Danach folgt die Beratung über alle Einzelpläne insgesamt und den Stellenplan, soweit hierzu Wortmeldungen vorliegen. Abstimmungen zu allen Einzelplänen und zum Gesetz einschließlich der Unterrichtung zur Mittelfristigen Finanzplanung finden am Ende der Aussprache nacheinander statt. Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Im Ältestenrat wurde weiterhin vereinbart, für die Aussprache insgesamt eine Dauer von 360 Minuten vorzusehen. Auch dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Berichterstattung hat die Vorsitzende des Finanzausschusses Frau Schwebs.

**Birgit Schwebs**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie haben die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses vor sich liegen zum Haushalt und zum Begleitgesetz, insgesamt 17 Beschlussempfehlungen und 2 schriftliche Berichte. Diese finden Sie auf Drucksache 5/3116 zur Beratung des Haushalts im engeren Sinne und zum Begleitgesetz auf Drucksache 5/3117.

In insgesamt 32 Sitzungen haben sich in den vergangenen drei Monaten die Ausschüsse des Landtages mit den Haushaltsunterlagen befasst. Zwölf Sitzungen des Finanzausschusses – davon sechs als Sondersitzungen, eine als öffentliche Anhörung – waren erforderlich, um die heutige Beschlussfassung über den Haushalt für die Jahre 2010 und 2011 zu ermöglichen.

Die Arbeit am Doppelhaushalt, meine Damen und Herren, erinnerte mich des Öfteren an den alten chinesischen Fluch, der da lautet: "Mögest du in interessanten Zeiten leben." Aber die vergangenen drei Monate waren nicht nur interessant, vor allem für die Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss, sondern wir haben dabei auch etwas bewegt – rund 131 Millionen Euro insgesamt, davon 69,5 Millionen im Jahr 2010 und 61,5 Millionen im Jahr 2011. Und es sind einige große Themen der Landespolitik, die wir dabei gestreift haben, vornehmlich die Finanzausstattung der Kommunen und den Sozialbereich. Aus meiner Sicht zu wenig getan haben wir allerdings im Bildungsbereich. Doch das wird sicherlich in der Aussprache zu vertiefen sein.

Aber, meine Damen und Herren, in den Bereichen, in denen wir finanzielle Mittel neu justiert haben, taten wir das nicht etwa deshalb, weil sich der Finanzausschuss oder etwa der Landtag auf diese Weise unbedingt in die aktive Gestaltung der Landespolitik einbringen wollten. Eher war es wohl ein Stück weit so, dass auch wir im Finanzausschuss getrieben waren, getrieben durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, getrieben durch neue Steuerschätzungen, getrieben durch neue Gesetzentwürfe und Beschlüsse auf Bundesebene und getrieben durch damit zusammenhängende Änderungen in den Grundannahmen, in den Prämissen, auf denen der Haushaltsentwurf beruhte.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist wohl wahr.)

Denn die Steuerschätzung im November hatte nicht nur Auswirkungen auf unsere eigenen Steuereinnahmen als Land. Auch über den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen werden wir deutlich geringere Einnahmen haben als noch im Sommer angenommen – 29,4 Millionen Euro weniger im Jahr 2010 und 48 Millionen Euro weniger im Jahr 2011. Ausgabenseitig führen die geringeren Einnahmen zu geringeren Ausga-

ben im Bereich des Kommunalen Finanzausgleichs: Wenn das Land weniger einnimmt – so der erklärte Wille der Mehrheit dieses Parlamentes –, soll auch weniger an die Kommunen gegeben werden. Um das zu kompensieren, wird jetzt der Kommunale Ausgleichsfonds aufgelegt.

(Harry Glawe, CDU: Ist das die Ausschussvorsitzende oder ist das Propaganda?)

Ich möchte hier und jetzt im Rahmen der Berichterstattung dazu nicht polemisch werden, das hebe ich mir für die Aussprache auf.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Michael Roolf, FDP)

Nur so viel: Manchmal ist es schon faszinierend, welche finanzpolitischen Konstruktionen – und den Begriff "Verrenkungen" möchte ich dabei vermeiden – erforderlich sind, um die Entscheidungen, mit denen wir die Kommunen zunächst belastet haben, um die Ecke herum wieder ein Stück weit zu kompensieren, damit eben nicht alles stillsteht auf der kommunalen Ebene, wie es die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter uns allen nachdrücklich geschildert haben.

(Harry Glawe, CDU: Wir haben dagegengestimmt.)

Meine Damen und Herren, um die zurückgehenden Einnahmen und die gleichzeitig weiter steigenden Sozialausgaben zu kompensieren, müssen wir in höherem Umfang als bisher geplant auf die Rücklagen zurückgreifen. Nur so können wir eine Nettoneuverschuldung verhindern. Ich will ja hier nicht schwarzmalen, dazu bin ich viel zu sehr in der roten Opposition verhaftet,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

aber gespannt bin ich schon, wie wir das so durchhalten wollen, Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Das liegt Ihnen doch.)

denn bald greift die vom Bund verordnete Schuldenbremse im Grundgesetz.

Und, meine Damen und Herren, möglicherweise stecken wir ab Mitte des kommenden Jahrzehnts in einer seltsamen Situation. Mangels dann noch vorhandener Rücklagen und auf der Grundlage zurückgehender Zuweisungen vom Bund und aus dem Länderfinanzausgleich werden wir möglicherweise Kredite aufnehmen müssen, um noch gestalten zu können. Wir werden dies aber nicht dürfen, weil das Grundgesetz dies verbietet. Heute dürften wir, wollen aber nicht. Na ja.

(Harry Glawe, CDU: Oi! Ah, ja, ja!)

Verstehen Sie mich nicht falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich bin für eine Nettoneuverschuldung in der Höhe "null", aber nicht um den Preis eines Verzichts auf politische Gestaltungsmöglichkeiten.

Parlament und Haushalt – das gehört heute untrennbar zusammen. Staatliches Handeln muss legitimiert sein. Und das gilt in ganz besonderer Weise für die Verwendung seiner finanziellen Mittel,

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch die Einbringungsrede der Ausschussvorsitzenden, oder?!)

denn es ist das Geld, das unsere Bürgerinnen und Bürger erwirtschaften.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist grenzwertig.)

Und so ist das Budgetrecht das vornehmste Recht des Parlaments. Damit korrespondiert aus meiner Sicht als Abgeordnete,

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie haben doch Möglichkeiten noch in der Aussprache, Frau Schwebs!)

aus meiner Sicht als Vorsitzende des Finanzausschusses auch eine besondere Verantwortung der Exekutive. Und da möchte ich positiv hervorheben, dass alle Ministerinnen und Minister, dass der Chef der Staatskanzlei und auch die Präsidentin des Landtages und der Präsident des Landesrechnungshofes ihren jeweiligen Haushalt im Finanzausschuss vorgestellt haben. Alle, Sie alle haben Ihren eigenen Einzelplan für so wichtig und bedeutend gehalten, dass Sie ihn selbst vorgestellt haben. Aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, ist das ein gutes Zeichen für Kultur in diesem Hause, für die Kultur zwischen Regierung und Parlament.

Und da ist Kultur ein gutes Stichwort, denn wenn ich von "allen" spreche, von allen Ministerinnen und Ministern, so trifft das leider nicht ganz zu. Von einem habe ich im Rahmen der Haushaltsberatungen noch gar nichts gehört, weder im Rahmen der Ersten Lesung hier im Parlament noch im Finanzausschuss. Und ich bin mir nicht sicher, ob er im Fachausschuss etwas zum Haushalt seines Ministeriums gesagt hat. Vielleicht erahnen Sie, wen ich mit diesen Andeutungen meine? Da ist Kultur ein gutes Stichwort, wenn es um Abwesenheit geht, beinahe hätte ich gesagt, wenn es um Ihre Abwesenheit geht, die der Kultur, der Bildung wohl auch.

Sei es drum, mein Dank gilt zuallererst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Parlamentssekretariat, die die Arbeit unter erschwerten Bedingungen mit viel Fleiß, Geduld und vor allen Dingen mit Freundlichkeit bewältigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und mein Dank, meine Damen und Herren, gilt auch den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss. Wir haben eine sehr intensive Zeit miteinander verbracht, in der wir wohl alle voneinander gelernt haben.

(Egbert Liskow, CDU: Was?!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erste Lesung eines Gesetzes ist die Stunde der Regierung, die Zweite die Stunde des Parlaments. Und am Ende meiner Ausführungen habe ich Sie als Vorsitzende des Finanzausschusses im Auftrag der Ausschussmehrheit um Ihre Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen zu bitten.

Was wir Ihnen und uns heute hier vorlegen, ist die Grundlage für die kommenden zwei Jahre Staatstätigkeit, für die kommenden zwei Jahre Mecklenburg-Vorpommern. Lassen Sie uns gemeinsam das Beste daraus machen!

Und denken wir gerade hier im Parlament in diesem Zusammenhang an einen der sprichwörtlich sparsamen Schotten. Ich meine damit den Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre, den Schotten Adam Smith. Ich möchte mich beziehen auf seine Einschätzung der Lernfähigkeit von Regierungen, und er beschrieb das einstmals so: "Keine Kunst lernt eine Regierung schnel-

ler als die, Geld aus den Taschen der Leute zu ziehen." Zitatende. Damit hat er aus meiner Sicht die Grundlage des Kontrollauftrages des Parlaments gegenüber der Regierung auf den Punkt gebracht. So enden heute die Beratungen zum Doppelhaushalt 2010/2011 und unser Kontrollauftrag beginnt. Wir werden als Parlament die Umsetzung unserer Beschlüsse aufmerksam zu begleiten haben. Für den Finanzausschuss kann ich das auch gern zusagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Polzin.

**Ministerin Heike Polzin:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Norbert Baunach, SPD: Kürzen Sie die Debatte, die ganzen Könige fehlen!)

Als langjährige Abgeordnete weiß ich, dass die Zweite Lesung eines Haushaltes ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist euer Haushalt.)

Störe ich irgendwie?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir beraten doch nicht die Einzelpläne zum Haushalt, wenn die Regierung nicht anwesend ist. – Michael Roolf, FDP: Es wäre schön, wenn die Regierung anwesend wäre.)

Was soll ich dazu sagen?

Es gibt ...

(Rudolf Borchert, SPD: Das Finanzministerium ist doch nicht zu übersehen.)

Und auch nicht zu überhören. Ich will es nur nicht darauf anlegen, über ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist doch die Königsdebatte, die wir hier führen.)

Der Auffassung bin ich auch, Herr Holter, was Sie nicht überraschen wird.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die haben sich doch offiziell entschuldigt.)

Aber ich gehe mal davon aus, wir fangen einfach an.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch gut so.)

Ich versuche das jetzt also noch mal.

Da ich ja auch langjährige Abgeordnete bin, weiß ich, dass normalerweise die Zweite Lesung eines Haushaltes nicht immer im gleichen Maße im Zentrum der Aufmerksamkeit steht wie die Einbringung. Das passt zum Einstieg. Für mich als Finanzministerin ist sie allerdings von ganz besonderer Bedeutung. Denn auch wenn einem Haushaltsentwurf intensive Verhandlungen innerhalb der Regierung vorausgehen, die wahre Bewährungsprobe hat ein Haushalt zu bestehen, wenn er dem parlamentarischen Verfahren und damit der öffentlichen Diskussion übergeben wird.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Mehrheit von Ihnen wird mit mir der Meinung sein, dass der Doppelhaushalt für die Jahre 2010 und 2011 diese erste Probe gut überstanden hat. Arbeitsreiche und beratungsintensive Wochen liegen seit September hinter uns. Allein die Zahl der Landtagsdrucksachen, die Frau Präsidentin vorgetragen hat, allein die Zahl der Sitzungen, die die Ausschussvorsitzende erwähnt hat, zeigen uns, dass wir es uns mit den Beratungen nicht leicht gemacht haben. Für die geleistete Arbeit möchte ich allen Abgeordneten meinen Dank aussprechen. Insbesondere die Mitglieder des Finanzausschusses haben mal wieder einen Beratungsmarathon absolviert. Ihnen, insbesondere der Vorsitzenden Frau Schwebs, und natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschusses sowie der Fraktionen sei daher noch einmal ausdrücklich gedankt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Mein Dank gilt auch den finanzpolitischen Sprechern der Regierungsfraktionen, die mit sehr großer Verantwortung das Prinzip, dass Deckungen nicht aus gesetzlichen Leistungen erfolgen sollen, berücksichtigt haben. Das war mir noch mal eine ganz besondere Würdigung wert.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, in meiner Einbringungsrede habe ich ausführlich die Schwerpunkte und Besonderheiten des Haushaltsentwurfes erläutert. Die Ausschussvorsitzende Frau Schwebs hat soeben die Veränderungen vorgetragen, die während der Haushaltsberatungen erarbeitet wurden. Ich möchte dies alles nicht wiederholen, sondern es der parlamentarischen Debatte überlassen. Ich möchte jedoch die Gelegenheit nutzen, um auf die veränderten finanzpolitischen Rahmenbedingungen hinzuweisen, einen kleinen Blick über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus zu werfen und einen Ausblick auf die Jahre ab 2012 zu geben.

Eine wesentliche, aber unbeantwortete Frage war, ob unsere Prognosen für die Steuerentwicklung der kommenden Jahre realistisch veranschlagt waren. Ich erinnere mich deutlich, vor allem die FDP hatte seinerzeit ihre Zweifel.

#### (Michael Roolf, FDP: Hat sie noch.)

Seit der Steuerschätzung im November 2009 wissen wir es: Trotz einer angehobenen Wachstumsprognose für das Jahr 2010 ist für die Steuereinnahmen im kommenden Jahr nur mit einem geringen Zuwachs gegenüber der Maisteuerschätzung zu rechnen. Damit haben sich die geplanten Einnahmen für das Haushaltsjahr 2010 bestätigt. Allerdings dürfte die Steuerschätzung auch all diejenigen auf den harten Boden der Realität zurückgebracht haben, die von überraschend sprudelnden Steuereinnahmen geträumt haben. Wir sind von einem sehr hohen Gipfel in ein tiefes Tal gestürzt und werden uns so schnell nicht wieder aufrappeln können.

Die Steuerschätzung war aber auch wichtig für die Einschätzung der kommunalen Finanzlage. Die Gemeinden des Landes können zwar im kommenden Jahr mit Mehreinnahmen in Höhe von rund 36 Millionen Euro im Vergleich zur Maisteuerschätzung rechnen, dies wiederum hat jedoch eine Verringerung der Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich zur Folge – Stichwort Gleichmäßigkeitsgrundsatz –, sodass die Finanzausstatung der Kommunen weiter angespannt bleibt.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung entschieden, die Kommunen durch verschiedene Maßnahmen zu unterstützen. Die Einrichtung eines Kommunalen Ausgleichsfonds soll den Kommunen in Zukunft eine stabilere Entwicklung der Einnahmen sichern und ist gleichzeitig eine kurzfristige Hilfe in dieser schwierigen Zeit. Durch die außerordentlich gute Unterstützung des Parlamentes gehe ich davon aus, dass wir diesen Fonds in der Tat zu Beginn des nächsten Jahres auf den Weg bringen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist Erpressung des Parlamentes.)

Ohne diesen Fonds würden die Kommunen in den kommenden zwei Jahren rund 137 Millionen Euro weniger zur Verfügung haben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die damit verbundene höhere Liquidität der öffentlichen Hand wird ein zusätzlicher Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur in Mecklenburg-Vorpommern sein.

Nicht vergessen darf man weiterhin, dass auch für das Jahr 2010 wieder 10 Millionen Euro Kofinanzierungshilfen bereitgestellt werden, um die Beteiligung von finanzschwachen Kommunen an den verschiedenen Konjunktur- und Investitionsprogrammen zu gewährleisten. Und schließlich sichert das Land den Kommunen eine Mindesterstattung für die landesseitigen Einsparungen beim Wohngeld in Höhe von 42,5 Millionen Euro zu. Hierdurch erhalten die Kommunen in den Jahren 2010 und 2011 jeweils 7,25 Millionen Euro mehr als nach bisheriger Rechtslage.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Das Versprechen des Ministerpräsidenten, dass wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen, ist damit eingelöst.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ha, ha, ha! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, da
dürft ihr auch mal mitklatschen. –
Harry Glawe, CDU: Haben wir doch. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Weiter so!)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, viel mehr als die Ergebnisse der Novembersteuerschätzung hat allerdings das Ergebnis der Bundestagswahl die finanzpolitischen Rahmenbedingungen verändert. Trotz einer Rekordneuverschuldung des Bundes, trotz Warnungen fast aller Wirtschaftsexperten und trotz großem Widerstand in den eigenen Reihen – ich war am letzten Donnerstag in der Finanzministerkonferenz und habe noch sehr gut einen Nachbarn aus Schleswig-Holstein im Ohr – beharrt die neue Bundesregierung auf ihren geplanten Steuersenkungen. Meine Meinung dazu ist ja bekannt. Wir haben heute auch bei anderer Gelegenheit noch mal die Möglichkeit, darauf einzugehen. Die ersten Steuersenkungen werden aber voraussichtlich morgen auf den Weg gebracht.

# (Michael Roolf, FDP: Ja.)

Sie werden sich natürlich auf die Haushalte von Land und Kommunen auswirken. Das Land verliert im kommenden Jahr damit rund 30 Millionen Euro Steuereinnahmen und ab 2011 sind es dann fast 50 Millionen Euro. Nur weil wir unsere gesamten Rücklagen auflösen, können wir diesen schweren Schlag noch abfangen und gehen mit einem Haushaltsplan ohne neue Schulden in die kommenden beiden Jahre. Dies gelingt uns als einem von sehr wenigen Bundesländern. Vielen von uns erscheint dies

als nichts Besonderes, aber angesichts der größten Wirtschaftskrise der vergangenen 80 Jahre ist dies ein Erfolg, auf den wir stolz sein können, auf den man auch überregional sehr interessiert schaut.

Um die Besonderheit unserer Finanzpolitik zu erkennen, lohnt sich ein Blick über den Tellerrand hinaus. Wie sind andere Bundesländer mit den Steuereinbrüchen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise umgegangen?

- In Hamburg zum Beispiel sollen 710 Millionen Euro eingespart werden. Der Elternbeitrag zum Essen in den Kitas wird verdoppelt, die Hilfen zur Erziehung werden gekürzt, Lehrerstellen werden gestrichen und an den Theatern werden die Eintrittspreise erhöht.
- Das bayerische Kabinett beschloss kürzlich, die Aufstiegsmöglichkeiten für Beschäftigte zu verschieben. Wer Bayern kennt, der weiß, was das für die Bayern heißt.
- In Schleswig-Holstein will und muss man 46 Millionen Euro kürzen.
- In Sachsen-Anhalt soll durch strukturelle Einsparungen ein ausgeglichener Haushalt im Jahr 2018 erreicht werden.
- Berlin hat im Jahr 2008 noch Schulden von über 600 Millionen Euro getilgt, wird aber in diesem Jahr planmäßig 1,6 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen müssen.
- Nordrhein-Westfalen verfünffacht in diesem Jahr die Kreditaufnahme gegenüber 2008 auf 6 Milliarden Euro.

Insgesamt werden die Bundesländer im kommenden Jahr Kredite in Höhe von über 30 Milliarden Euro aufnehmen müssen. Der Anteil unseres Bundeslandes daran beträgt 0,0 Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wir in Mecklenburg-Vorpommern sparen auch, aber ohne hektisch zum Rotstift zu greifen und in guten Steuerjahren euphorisch neue Ausgabenprogramme zu beschließen, ohne daran zu denken, dass man die dann dauerhaft finanzieren muss. Nachhaltige Finanzpolitik heißt in diesem Land, dass man in langen Zeiträumen denkt, dass man den hohen Personalbestand der Landesverwaltung in Kooperation mit den Betroffenen reduziert und bei tendenziell steigenden Steuereinnahmen die Ausgaben stabil hält, um zusätzliche Spielräume zu gewinnen.

Gleichzeitig investieren wir in unsere politischen Schwerpunkte. Mit Blick auf die eben erwähnten Maßnahmen anderer Bundesländer sollte man die zusätzlichen jährlichen Mehrausgaben von insgesamt 30 Millionen Euro für die Kindergärten und Schulen in unserem Land nicht geringschätzen. Angesichts solcher Ausgabensteigerungen bei drastisch sinkenden Einnahmen von einem Klacks zu sprechen, wie ich es neulich erleben musste, empfinde ich als zynisch. Das ist weit entfernt von der Realität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, die vergleichsweise gute Haushaltslage unseres Landes darf uns aber nicht dazu verführen, uns nun zur Ruhe zu betten. Denn wer sich unseren Haushalt genau anschaut, wird erkennen, dass in den kommenden beiden Jahren, erstmals seit 2005, die Ausgaben wieder deutlich die

Einnahmen überschreiten. Ohne die angesparten Rücklagen müssten wir in den kommenden beiden Jahren neue Schulden in Höhe von rund 480 Millionen Euro aufnehmen. Dementsprechend weist der vorliegende Finanzplan ab 2012 wieder Handlungsbedarfe aus. Dies bedeutet, dass wir zum Ausgleich entweder höhere Einnahmen erzielen und beziehungsweise oder die Ausgaben absenken müssen. Ziel ist es natürlich, weiterhin ohne neue Schulden auszukommen. Die Größenordnung der Handlungsbedarfe beträgt im Jahre 2012 rund 150 Millionen Euro und im Jahr 2013 rund 220 Millionen Euro. Durch die Wirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes

(Rudolf Borchert, SPD: Das sogenannte! – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ein Bundesgesetz.)

vergrößert sich der Handlungsbedarf in beiden Jahren um jeweils weitere 50 Millionen Euro. Darüber hinaus werden noch zusätzliche Verschlechterungen auf der Ausgabenseite wirksam.

Alles in allem kann man davon ausgehen, dass in den beiden Jahren 2012 und 2013 ein Handlungsbedarf von insgesamt rund 500 Millionen Euro besteht. Und vergessen dürfen wir nicht die großen Steuergeschenke, die die Bundesregierung ab 2011 plant,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

die noch einmal rund 170 Millionen Euro Mindereinnahmen pro Jahr bedeuten könnten.

(Hans Kreher, FDP: Der Staat schenkt uns gar nichts.)

Ich kann an dieser Stelle noch kein Patentrezept dafür anbieten, wie wir diesen Handlungsbedarf ab 2012 auflösen wollen. Dafür gibt es noch zu viele Unbekannte im Spiel. Ich bin aber überzeugt, dass wir auf der Ausgabenseite mit dem Plan 2010/2011 sowie der Fortschreibung über die mittelfristige Planperiode gute Grundlagen gelegt haben, um die Ausgaben im Griff zu behalten. Ich gehe im Moment allerdings davon aus, dass die Steuereinnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich hinterherhinken werden. Daher werden wir auch nicht umhinkönnen, auch bei den Ausgaben weiter Einsparpotenzial zu suchen. Wir werden die Entwicklung genau beobachten und analysieren, um dann mit dem nötigen Weitblick und der gebotenen Konsequenz auf die Lage zu reagieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der heute zu verabschiedende Doppelhaushalt für die Jahre 2010 und 2011 ist ein Haushalt mit Augenmaß. Wir setzen den nachhaltigen Sparkurs fort. Mit einem zusätzlichen Personalkonzept wollen wir noch einmal 1.500 Stellen mehr einsparen als bisher, aber wir sparen der Krise nicht hinterher. Unsere Investitionsausgaben steigen,

(Michael Roolf, FDP: Aber nicht die eigenen.)

was der Wirtschaft in unserem Land helfen wird. Wir stärken die langfristigen politischen Schwerpunkte dieser Landesregierung. Für die frühkindliche und die schulische Bildung geben wir deutlich mehr Geld aus. Wie Sie sehen, bleiben wir uns treu, und dafür lohnt sich jede Anstrengung. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt für die Jahre 2010/2011 liegt dem Parlament in Zweiter Lesung vor. Es richtig, es ist die Stunde des Parlamentes. Ich hatte ja damals in der Ersten Lesung darauf hingewiesen, dass jetzt die Abgeordneten am Zuge sind und dass wir selbstbewusst an die Sache herangehen sollen. Ich glaube, einige Dinge können auch die Parlamentarier auf ihre Fahnen schreiben. Von daher bin ich sehr froh, dass die Koalitionäre viele Änderungsanträge in den Haushalt eingebracht und ihn auch umgesetzt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Rudolf Borchert, SPD: Oh, oh!)

Ich bin auch froh,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frohe Weihnachten!)

dass die Ministerien am Ende tatkräftig mitgehalten und mitgeholfen haben, um diese Dinge dann auf den Weg zu bringen.

Ein Blick in die Nachbarländer, bevor ich zum Inhalt komme, ist natürlich richtig: Niedersachsen zum Beispiel tagt heute auch und hat einen Haushalt von 25 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, aber eben auch Neuverschuldungen in einer Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Ich glaube, das hat Mecklenburg-Vorpommern nicht aufzuweisen.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Von daher bin ich allen Abgeordneten, aber natürlich auch der Regierung dankbar, dass wir hier ohne Neuverschuldung in die nächsten zwei Jahre gehen können.

Wir bringen einen Haushalt von etwa 7 Milliarden Euro auf den Weg. Ich denke, wir haben drei große Schwerpunktsetzungen auf den Weg gebracht. Das ist einmal die Frage von Bildung, damit die Frage von Förderung der Hochschulen und der Schulen, die Förderung der Wirtschaft, ganz wichtig, obwohl ja Herr Holter immer behauptet, für Wirtschaft wird nichts getan.

(Rudolf Borchert, SPD: Das hat er nicht gesagt.)

Sie sollten mal in den Haushalt hineinsehen, Herr Abgeordneter Holter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Den habe ich gelesen, von Seite 1 bis zum Ende. Keine Ahnung haben Sie.)

Sie haben dort, glaube ich, übersehen, dass immerhin in der Gemeinschaftsaufgabe 460 Millionen Euro drinstehen, die wichtig sind, um im Land Mecklenburg-Vorpommern Investitionen voranzubringen, meine Damen und Herren.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da zweifelt ja gar keiner, wofür das Geld eingesetzt wird. Das ist die entscheidende Frage.)

So viel zu Ihren Aussagen, die Sie immer wieder tätigen, ohne in den Haushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu schauen. Der Wirtschaftsminister tut viel für dieses Land zusammen mit den Unternehmen. Gute Projekte werden gefördert, und das ist wichtig für uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Ein dritter Weg, der ganz wichtig ist, ist die Förderung von Familien. Familien sind eine der Meilensteine. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung darauf hingewirkt, dass ein Pakt für Familien im Land Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht wird. Wir werden diesem Weg der Förderung von Familien und Kindern in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin folgen.

Ich bin auch der Sozialministerin dankbar, dass sie diese Dinge mit umsetzt, auch wenn wir zugegebenermaßen das eine oder andere Mal über den Weg streiten. Aber das gehört ja sozusagen hinter verschlossenen Türen auch dazu,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das war aber öffentlich. – Helmut Holter, DIE LINKE: Das war in der Zeitung, Herr Glawe.)

meine Damen und Herren, um die Dinge auf den Weg zu bringen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie jetzt wieder so freudig erregt diskutieren,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber da geht die Tür auf, oder was? – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist die Stunde des Parlaments. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

die Dinge sind auf den Weg gebracht. Wir geben für Bildung und Kinder 30 Millionen Euro mehr aus und davon im Bereich für die Kita-Förderung 15 Millionen Euro. Sie haben es in den letzten Tagen ja immer wieder nachlesen dürfen, davon gehen 5 Millionen Euro zur Stärkung des Landesanteiles ein, um die Mehrinanspruchnahme von Kindern durch die Eltern, die ihre Kinder in die Kita bringen, dann auch zu fördern.

Und ein Zweites machen wir: Wir wollen benachteiligte Kinder weiterhin stärken, und zwar gerade im Bildungsanteil, und das ist das Thema Bildung von Anfang an. Das ist eines der wichtigsten Dinge, die sehr früh beginnen müssen. Da sind wir uns völlig einig mit der SPD, diesen Weg wollen wir weitergehen, deswegen auch die Mehrfinanzierungen unter Beibehaltung aller anderen Anteile, die wir in den letzten Jahren schon auf den Weg gebracht haben. Ich will hier nur einmal darauf hinweisen, dass es auch um das kostenlose Vorschuljahr geht. 80 Euro pro Familie und deren Kind, das in diesen Genuss kommen wird, werden ausgereicht. Das ist eine Förderung von 960 Euro pro Jahr und das ist mehr als die Erhöhung des Kindergeldes auf der Bundesebene, meine Damen und Herren, um das hier auch mal sagen zu dürfen.

Des Weiteren werden sozial schwache Familien und deren Kinder mit einem kostenlosen Mittagessen weiter unterstützt. Das ist eines der wichtigen Themen, die wir gemeinsam als Koalition besprochen haben, die wir verhandelt haben und die fortgeführt werden. Es hilft 20.000 Kindern hier in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist ein richtiger Weg, da lassen wir uns auch von den Wohlfahrtsverbänden nicht reinreden.

(Michael Roolf, FDP: Wollen die auch gar nicht. – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Diese Dinge sind für die Familien wichtig, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Ja, ja, das können Sie denen ruhig mitteilen. Da sind wir ganz klar auf richtigem Kurs.

Und Ihre Diskussionen vor zwei Jahren, da haben Sie noch von Chaos gesprochen, man könnte das statistisch gar nicht belegen, man könnte all die Dinge nicht nachvollziehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist wie beim Schulobst.)

Mittlerweile ist relative Ruhe eingekehrt zu dem Thema, außer bei der Frage: Wann kommen die neuen Förderrichtlinien?

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Wer sagt denn das? – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Das Sozialministerium hat dazu angekündigt, im Januar alle Träger,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.)

das sind über 1.000, zu unterrichten, wie die Dinge weitergehen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das Jahr beginnt aber am 01.01.)

Nach Vollendung dieses und nach Verabschiedung dieses Haushaltes, Herr Holter.

Es ist nun mal so, erst muss der Haushalt stehen und dann werden Richtlinien und Verfahrenswege weiter besprochen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ja, aber Sie lassen sich sehr viel Zeit für die Richtlinien.)

Auf alle Fälle hat die Sozialministerin dafür Sorge getragen, dass die Informationen bei den Trägern sind. Die vorläufigen Bescheide sind da. Sie können sich auch noch ein bisschen schlaumachen, wie das in der Praxis so läuft.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Bescheid!)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema, was diese Koalition auf den Weg gebracht hat, und ich sage es mit Stolz:

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Diese Koalition hat auf Initiative der CDU dafür gesorgt,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh!)

dass die Sportförderungen für die zukünftigen Leistungsträger,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber bislang war das immer parlamentsübergreifend.)

Olympioniken, Weltmeister, Europameister im Jugendbereich auf den Weg gebracht worden sind,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist richtig so.)

plus Investitionen immerhin zusätzlich 1 Million Euro mehr zum Landessportfördergesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die man jeden Tag auch sagen darf.

Wir haben weiter die Feuerwehrimagekampagne und die Jugendverbandsarbeit unterstützt mit zusätzlich 180.000 Euro. Wir geben im Bereich Soziales insgesamt 15 Millionen Euro mehr aus. Des Weiteren haben wir dafür gesorgt, und das darf ich hier ruhig sagen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie dürfen alles sagen.)

dass die Schuldnerberatungen um 150.000 Euro erhöht worden sind. Und wir haben dafür gesorgt, dass Pflegestützpunkte – da will ich gerade meinem Kollegen Heydorn besonders Danke sagen, der sich sehr intensiv mit uns abgestimmt hat, diese Dinge voranzubringen – in Höhe von 750.000 Euro in diesem Bereich neu eingestellt worden sind.

Meine Damen und Herren, das ist, denke ich, vorzeigbar, das kann man jedem sagen.

Ein weiteres Thema ist der Kampf gegen Rechts, gegen die Herren von der Fensterfront. Dies wird mit zusätzlichen 100.000 Euro im Programm "Demokratie und Toleranz" unterstützt.

(Stefan Köster, NPD: Das wird trotzdem überhaupt nichts bewirken. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Ja, ja, das ist ja in Ordnung. Da Sie sich gerade beschweren, ist das genau richtig.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir fühlen uns vernachlässigt. – Raimund Frank Borrmann, NPD: Wir hätten eigentlich mehr erwartet. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich sage der Sozialministerin ausdrücklich Dank, dass Sie diese Initiative aufgegriffen und auch unterstützt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Stefan Köster, NPD: Machen Sie ruhig weiter so!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns mit diesem Haushalt im Land Mecklenburg-Vorpommern nicht zu verstecken, denn er bringt Kontinuität in die Arbeit unserer Koalition. Wir wollen, dass Bildung und Wirtschaft vorankommen. Daher bitte ich um Unterstützung und um Zustimmung zum Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Glawe.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin jetzt gefragt worden, was denn mein Lieblingsfach in der Schule gewesen sei. Da gibt es viele. Unter anderem gehörte Mathematik dazu, das waren die Gleichungen mit mehreren Unbekannten. Deswegen, Frau Finanzministerin, will ich Ihnen das hier sagen: Ich beneide Sie zurzeit überhaupt nicht, weil Finanzpolitik gerade aufgrund der bundespolitischen Entwicklung eine Gleichung mit vielen Unbekannten ist. Sie haben das in Ihrer Rede dargestellt. Wir sehen das genauso. Und diese Unbekannten der Bundespolitik und das, was jetzt auch mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und anderen Steuerreformplänen geplant

(Michael Roolf, FDP: Ach, Herr Holter!)

Das müssen Sie nun mal aushalten, Herr Roolf!

(Michael Roolf, FDP: Haben Sie mal geguckt, von wann der Entwurf ist vom Kabinett? Von Juli!)

Sie sind doch aktuell in der Regierung, in der Bundesregierung.

(Michael Roolf, FDP: Mein Gott, fällt Ihnen denn gar nichts anderes ein?)

Ja, sehen Sie mal, so ist das mit Verantwortung.

(Michael Roolf, FDP: Das hat so einen Bart, Herr Holter. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Als Sie mir gestern vorgeworfen haben, dass ich zuständig sei für die falsche Verwendung von Ressourcen in der DDR  $\dots$ 

(Michael Roolf, FDP: Das stimmt.)

Sehen Sie, das stimmt? Wenn ich Ihnen sage, die FDP trägt Verantwortung für das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf Bundesebene ...

(Hans Kreher, FDP, und Michael Roolf, FDP: Das stimmt auch.)

Sehen Sie, wo ist denn da der alte Bart?

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und deswegen können Sie sich nicht aus Ihrer Verantwortung stehlen. Diese Bundesregierung ...

(Michael Roolf, FDP: Was hat das mit dem Kabinettsentwurf vom Juli zu tun? – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Der Entwurf des Haushaltes war vorher da. – Michael Roolf, FDP: Der war vorher da.)

Sie hören doch gar nicht zu Ende zu.

(Michael Roolf, FDP: Nein, nein!)

Die Unbekannten beziehungsweise inzwischen Bekannten aus den bundespolitischen Entscheidungen,

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

 $aus\ dem\ Wachstumsbeschleunigungsgesetz,$ 

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

aus den Steuerreformplänen und all das,

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

was wir noch in den nächsten Tagesordnungspunkt debattieren werden, stärken unsere Auffassung, dass der Haushaltsentwurf vom Juli, den wir heute hier abschließend beraten,

(Michael Roolf, FDP: Genau, richtig.)

nicht nur auf tönernen Füßen steht, sondern er wackelt mächtig. Das ist die Ausgangsposition.

Deswegen, Herr Roolf, Sätze zu Ende hören!

(Michael Roolf, FDP: Schön, dass Sie es so gesagt haben.)

Danke schön, dass Sie zugehört haben.

Dieser Landeshaushalt, den wir hier vorliegen haben, geht an den schwerwiegenden Problemen und Herausforderungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorbei. Das betrifft sowohl die Gegenwart als auch die Zukunft. Und da kann Herr Glawe natürlich sagen, jeder Mann und jede Frau einmal in der Woche an jedem Ort, einmal in der Woche Sport! Sie wissen, wer das gesagt hat.

(Harry Glawe, CDU: Das erzählen Sie uns immer wieder. Da stimmt kein Wort von.)

Das wird Ihnen nicht helfen, Herr Glawe.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Haushalt bleibt das, was er ist: Er ist ein Dokument des Versagens, weil Sie an den gravierenden Problemen vorbeigehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Das ist so.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie beantworten weder die Fragen, wie es in der Bildung weitergehen soll, wie es auf sozialem Gebiet weitergehen soll, wie es in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung weitergehen soll, noch wie es beim ökologischen Umbau weitergehen soll. Und die Krise, die beherrschen Sie nun überhaupt nicht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist auch deutlich geworden an diesem Dokument, was heute hier zur abschließenden Beratung vorliegt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Holter, immer langsam!)

Sie versagen, liebe Koalitionäre, in mehrfachem Sinne:

Erstens versagen Sie den Menschen die notwendige Unterstützung für nachhaltiges Wachstum, Wertschöpfung, für mehr Einnahmen der Finanzministerin, die wir alle brauchen, für mehr Beschäftigung, für mehr soziale Gerechtigkeit und für mehr kulturelle Qualität und kulturelle Vielfalt.

Zweitens ist es ein Versagen, weil Sie ein Kurzzeitgedächtnis haben und Sie nur kurzzeitig denken. Zurzeit wird viel vom Überbrücken gesprochen, ich bin der Überzeugung, Sie denken bis 2011.

> (Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber immerhin unterstellen Sie uns, dass wir denken. Das ist ja schon mal schön.)

Ich habe ein Allzeitgedächtnis, das ist richtig.

Sie denken bis Ende 2011, bis zum Ende Ihrer Amtszeit, und danach sagen Sie: Nach mir die Sintflut!

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Damit ist alles gesagt, meine Damen und Herren, und das dokumentiert sich auch in diesem Doppelhaushalt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war sehr verantwortungslos, Herr Holter.)

Es ist ja richtig, dass die Finanzministerin die finanzpolitischen Leitlinien hier darstellt und auch all die Fragen und Probleme, die mit der Finanzpolitik und Haushaltspolitik zusammenhängen. Aber wo sind denn die großen politischen strategischen Leitlinien für die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es gibt keine.)

Die kann ich in diesem Haushalt nun wirklich nicht wiederfinden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und wenn denn Ihre Grundkonzeption darin besteht, eine schwarze Null zu schreiben, dann sage ich Ihnen, Herr Glawe und Herr Nieszery, meine Damen und Herren von der Koalition, das ist einfach zu wenig. Das ist zu wenig, um das Land zu regieren,

(Harry Glawe, CDU: Immer wollen Sie Schulden machen und Schulden machen und Schulden machen.)

und zu wenig, um das Land voranzubringen, und zu wenig, um Zukunft zu sichern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das glaube ich nicht. Das glaube ich nicht, Herr Holter.)

Ja, meine Damen und Herren, Haushaltspolitik ist nicht nur reine Finanzpolitik,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da habe ich eine völlig andere Auffassung, Herr Holter.)

sind nicht nur reine Zahlen, sondern es geht um in Zahlen gegossene Politik. Und darüber wollen wir jetzt im Einzelnen mal reden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So, denn mal los!)

Das, was Sie machen, ist kurzsichtig. Ihnen fehlt der Mut, Ihnen fehlen die Ideen und Sie machen einfach eine Politik des "Weiter so!"

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann nennen Sie doch mal ein paar Beispiele! Das sind alles Allgemeinsätze, Oppositionsgetöse.)

Zu den Beispielen, Herr Nieszery, komme ich jetzt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Menschen haben das Nachsehen – das haben wir hier mehrfach debattiert, das werde ich jetzt auch noch mal wiederholen –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, denn mal los!)

weil viele der Kommunen mit deutlich weniger Zuweisungen rechnen müssen und sie vor dem finanziellen Kollaps stehen,

(Egbert Liskow, CDU: Das haben wir ja jetzt jahrelang gehabt, Herr Holter.)

weil nicht mit mehr Qualität im Bereich der Kindertagesstätten und der Schulen zu rechnen ist und weil finanzielle Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut und Armut überhaupt fehlen, und das angesichts der Situation, wo fast jeder Vierte in Mecklenburg-Vorpommern von Armut bedroht ist. Das Nachsehen haben die Menschen in unserem Land. Es wird versäumt, in die Zukunft zu investieren, statt mehr Geld für Bildung, Forschung und Wissenschaft einzusetzen. Und was machen Sie? Weiter so! Sie stecken weiter das Geld in Beton.

Wir haben gestern gerade über wirtschaftspolitische Ausrichtungen gesprochen. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, es geht um Innovation, es geht um Investitionen in die Köpfe. Und wenn der Wirtschaftsminister hier davon spricht, die wissensbasierten Arbeitsplätze tatsächlich auszugestalten, dann wird das in diesem Haushalt eben nicht deutlich. Darum geht es. Und deswegen ist die inhaltliche, die politisch strategische Debatte hier wichtig. Genauso gehört dazu, dass zu wenig Maßnahmen für den Klimaschutz unterstützt werden, und von Prävention, na ja, kann man auch nicht gerade reden. Meine Damen und Herren, Sie haben es trotz Ihrer Rede, Herr Glawe, nicht vermocht, entscheidende und notwendige Änderungen an diesem Doppelhaushalt vorzunehmen.

(Harry Glawe, CDU: Ach so?! – Regine Lück, DIE LINKE: So ist es.)

Unsere Alternativen, Sie werfen uns ja immer vor, wir haben keine Alternativen ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie auch nicht. Haben Sie auch nicht. Haben Sie auch nicht.)

Leere Sprüche, Herr Nieszery!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Neuverschuldung! – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wir haben eine Vielzahl von Vorschlägen in Form von Anträgen in den Haushaltsberatungen eingebracht. Sie haben sie alle abgelehnt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und wissen Sie, Herr Liskow, mit der Ablehnung kann ich ja noch leben, aber Sie scheuen die inhaltliche Auseinandersetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie sind nicht fähig, sich mit unseren Vorschlägen auseinandersetzen. Und das ist doch das entscheidende Manko Ihrer Politik. Sie sitzen in den Ausschüssen und schweigen zu dem, was wir vorbringen. Sie hören auf die Regierung

(Marc Reinhardt, CDU: Das stimmt nicht. – Regine Lück, DIE LINKE: So ist es.)

und sind noch nicht mal in der Lage, die eigene Regierung zu unterstützen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist Alltag. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das will ich auch mal deutlich sagen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh, oh, oh, oh! Herr Holter, jetzt überziehen Sie ein bisschen.)

Ja, ja. Da können Sie in manche Ausschüsse kommen. Das ist so.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Dazu sind wir sehr wohl in der Lage.)

Nein, nein, dazu sind Sie nicht in der Lage. Hier rumtönen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

aber wenn es um die einzelnen Fragen geht, wo es um die fachliche Auseinandersetzung geht, da scheitern Sie inhaltlich an den Herausforderungen des Landes. Und das müssen Sie sich mal ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Holter, das sind doch Allgemeinplätze. Belegen Sie es doch einfach mal!)

Ich kann mich gut an die Auseinandersetzung im Wirtschaftsausschuss erinnern, da herrschte Sprachlosigkeit. Fragen Sie mal Ihre Kollegen, wie das im Wirtschaftsausschuss abgelaufen ist, wie sprachlos die Koalitionäre waren in Bezug auf unsere Anträge!

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Haben Sie sich nichts mehr zu sagen? Oder haben Sie den Menschen im Lande nichts mehr zu sagen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh doch, wir reden ständig mit den Menschen, Herr Holter. Ständig! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist doch genau der Ausdruck Ihrer Sprachlosigkeit.

Ja, ja, Herr Nieszery und Herr Glawe, wo sind denn Ihre Gemeinsamkeiten?

(Harry Glawe, CDU: Haben Sie nicht registriert, dass zig Änderungsanträge durchgekommen sind? – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist doch in Ordnung.)

Sie haben davon gesprochen ...

Dass Sie Ihre Änderungsanträge durchbringen, das ist in Ordnung so.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Dass Sie aber nicht bereit sind und sich nicht in der Lage sehen, sich inhaltlich mit unseren Anträgen auseinanderzusetzen ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das wird durch Wiederholung nicht besser.)

Ich war doch dabei, ich war Zeuge. Natürlich! Fragen Sie doch Ihre Kollegen im Wirtschaftsausschuss, wie sprachlos die sind!

Und was haben Sie erreicht, meine Damen und Herren? Was haben Sie erreicht?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Zum Beispiel Millionen mehr im Sport haben wir erreicht.)

Der Ministerpräsident hat erklärt, die Kommunen werden nicht im Regen stehen gelassen. Den Schirm, den Sie aufgespannt haben, das ist ein ziemlich löchriger Schirm. Da regnet es kräftig durch. Die Kommunen sind vom Regen in die Traufe gekommen. Da wird Ihnen und den Kommunen schon gar nicht dieser Ausgleichsfonds helfen. Dieser Ausgleichsfonds wird mit großer Skepsis gesehen.

(Harry Glawe, CDU: Wie wäre denn Ihre Lösung ausgefallen?)

Ich frage Sie, Herr Glawe: Haben wir nicht eine einmalige Situation im Lande Mecklenburg-Vorpommern? Die einmalige Situation besteht darin, dass die kommunale Familie komplett die kommunalfinanzpolitische Ausrichtung dieser Landesregierung und dieser Koalition ablehnt. Das gab es noch nie, dass sich die kommunale Familie, Landkreise, Städte, Dörfer einig waren

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Regine Lück, DIE LINKE: Das stimmt.)

und sagten: Nein, das ist nicht der richtige Weg.

(Harry Glawe, CDU: Da sind Sie falsch informiert. Sie sind falsch informiert. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich bin überhaupt nicht falsch informiert.

Sie haben eine selektive Wahrnehmung. Sie nehmen das, was Ihre Politik unterstützt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich habe einen ganzheitlichen Blick, davon können Sie ausgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wenn Frau Gramkow da die Vorschläge des Städteund Gemeindetages manipuliert. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es wird jetzt also Folgendes passieren: Der Kommunale Ausgleichsfonds, der ja von der Idee richtig ist, aber jetzt über Kredite gespeist wird, der sowohl das Land mit den 20 Millionen Euro belastet, von denen Frau Finanzministerin gesprochen hat, aber auf der anderen Seite in der Zukunft die kommunalen Haushalte belasten wird,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

denn niemand weiß heute wirklich, ob im Jahre 2014/2015 die Steuereinnahmen so sprudeln werden, dass die Kommunen das geliehene Geld auch zurückzahlen können – genau das war die Argumentation Ihrer Finanzministerin und den Zweckoptimismus, den Sie hier verbreiten, Herr Glawe, der hilft Ihnen überhaupt nicht weiter –,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dieser Ausgleichsfonds bleibt eine Mogelpackung.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie zwingen die Kommunen in die Schulden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist nicht wahr, Herr Holter, das wissen Sie genau. – Harry Glawe, CDU: Das waren Sie, das waren Sie. – Heinz Müller, SPD: Das ist Quatsch.)

Da hilft auch der Spruch nicht: Das Geld muss ja nicht eingesetzt werden, man kann es ja bei einer Bank anlegen und die Zinsen für kommunale Aufgaben verwenden. Das ist doch eine Verhöhnung der kommunalen Familie.

> (Heinz Müller, SPD: Herr Holter, Sie wissen es besser.)

Nein, meine Damen und Herren, das geht nicht auf. Ihre Hilfe zeigt nicht  $\dots$ 

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das weiß er ganz genau, dass das eine gute Sache ist. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich sage Ihnen ein Beispiel: Ihre Hilfe ist nicht das, was die Kommunen brauchen. Wenn eine Gemeinde mit 1.200 Einwohnern beispielsweise 12.000 Euro mehr aus diesem Fonds bekommt und sie trotzdem nach den Schlüsselzuweisungen und den Berechnungen vom Finanz- und Innenministerium 120.000 Euro weniger an Schlüsselzuweisungen hat, dann frage ich mich, was ist das für eine Hilfe mit 12.000 Euro im Verhältnis zu dem,

(allgemeine Unruhe)

was in den Schlüsselzuweisungen verloren geht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo wollen Sie das Geld hernehmen für den Ausgleich?)

Meine Damen und Herren, die Hilferufe der Kommunen bleiben vor allem ungehört. Sie und Ihre Politik bedrohen die kommunale Selbstverwaltung und die kommunale Selbstbestimmung in Mecklenburg-Vorpommern. Sie haben faktisch die Kommunalpolitik und auch die kommunale Finanzpolitik in die Sackgasse geführt. Wir haben beantragt, dass den Kommunen direkt über Sonderzahlungen aus dem Landeshaushalt zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ja, Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Sie haben das eben zitiert,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass der Bundesfinanzminister Herr Schäuble gestern im Bundeskabinett die höchste Neuverschuldung des Bundes, der Bundesrepublik überhaupt durchgebracht hat. Das hat er nicht gerne getan.

(Harry Glawe, CDU: Wodurch denn?)

Das ist eine andere Frage.

(Harry Glawe, CDU: Wann beantworten Sie denn meine Frage?)

Er hat die höchste Neuverschuldung, dafür steht Schwarz-Gelb,

(Egbert Liskow, CDU: Sie wollen doch nur noch mehr ausgeben.)

er hat die höchste Neuverschuldung

(Harry Glawe, CDU: Quatsch.)

der Bundesrepublik Deutschlands zu verantworten.

(Egbert Liskow, CDU: Richtig.)

Wir sagen – ich will mich ja nicht gerade mit Herrn Schäuble in ein Boot setzen, das mache ich jetzt aber –, wir sagen, neue Schulden sind notwendig, um die Zukunft zu gestalten und die kommunale Handlungsfähigkeit zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Darum geht es doch. Herr Schäuble geht doch davon aus, dass er die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik sichern will.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Endlich sind Sie mal ehrlich. – Zuruf von Harry Glawe, CDU) Im Einzelnen muss man sich den Bundeshaushalt natürlich anschauen. Ich sage Ihnen, wir können doch mit neuen Schulden genau diese Herausforderung und auch die kommunale Finanzsituation der Kommunen deutlich verbessern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und wie lange?)

Es geht um eine Option auf die Zukunft.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, ja!)

Es geht nicht darum, wie Sie denken,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja!)

nach 2011 ist uns das alles egal. Irgendwie wird ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tue ich auch nicht. Das unterstellen Sie mir. Das ist falsch, Herr Holter, das wissen Sie ganz genau.)

Ja, aber genau das passiert zurzeit hier in diesem Lande Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Selbst namhafte Ökonomen sind der Ansicht, dass es besser sei, der nächsten Generation Schulden zu hinterlassen als einen Scherbenhaufen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist hier kein Scherbenhaufen.)

Und wenn in den Kommunen das Licht ausgeht, Herr Glawe, dann zahlt das Land die Zeche, das kann ich Ihnen sagen. Das Land zahlt die Zeche und für die Menschen ist es ein Einbruch an Lebensqualität, der damit ganz konkret verbunden ist.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir haben jetzt eine Krise, da wird es einen Bruch in der Lebensqualität geben. Das ist doch wohl logisch.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einen Moment Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Kommen Sie her, Herr Ringguth! Stellen Sie sich hier hin und sagen in der Öffentlichkeit, dass durch die Krise Einbrüche in der Lebensqualität zu erwarten sind.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, mein Gott, das ist die schwerste Krise, seit es Deutschland gibt. Ist das noch nicht klar?)

Das will ich ganz konkret nicht.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Holter, einen Moment.

Das Wort hier vorn hat der Redner. Ich kann verstehen, dass das Thema sehr emotionsgeladen ist. Wir haben ausreichend Zeit für die Aussprache vereinbart, in der Sie sich zu Wort melden konnten und können. Ich bitte Sie, hier vorn den Redner in seinem Vortrag fortfahren zu lassen

Helmut Holter, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin.

Meine Damen und Herren, nun kommen wir mal zu den zweimal 15 Millionen Euro. Also wir waren ja nicht sehr stark vertreten – der CDU muss ich zugestehen, die CDU war stark vertreten – bei dem Parlamentarischen Abend der Industrie- und Handelskammern zu den Fragen Fachkräftebildung, Aus- und Fortbildung. Da ist der Bildungsminister aufgetreten und hat ganz locker erklärt, der einen Fraktion, dem einen Koalitionär 15 Millionen und dem anderen 15 Millionen Euro. Das ist Ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, dass beide gleichmäßig behandelt werden.

(Jörg Heydorn, SPD: So wollten Sie doch auch immer behandelt werden. So wollten Sie doch auch immer behandelt werden. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Von Ihnen besonders, Herr Heydorn. Ich möchte von Ihnen sogar bevorzugt werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wird aber nicht passieren, Herr Holter.)

Sie wollten im Kita-Bereich die Eltern entlasten,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

aber viele Eltern erfahren zurzeit das Gegenteil. Die Bescheide, die ausgeteilt sind,

(Harry Glawe, CDU: Das hat damit nichts zu tun. Sie bringen das wieder durcheinander, Herr Holter. Sie bringen das alles wieder durcheinander.)

die Bescheide, Herr Glawe, die zurzeit die Elternhäuser erreichen, sagen, die Beiträge für den Kindergartenplatz, für den Krippenplatz steigen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Michael Roolf, FDP)

Das ist die Konsequenz Ihrer Politik.

(Harry Glawe, CDU: Sie nehmen das Gesetz von 2004 und setzen da Ihre Prioritäten.)

Sie sind seit zwei Jahren, seit drei Jahren schon an der Regierung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie haben das Heft in der Hand und Sie sind dafür verantwortlich.

(Harry Glawe, CDU: Und wer ist dafür verantwortlich? Frau Linke aus Ihrem Hause ist dafür verantwortlich. Haben Sie das vergessen?)

Sie haben in Ihrem Haushalt mehr Geld eingestellt, 15 Millionen Euro im Bereich der Sozialministerin, vollkommen richtig.

Aber, wie wir hören – Herr Glawe, Sie haben darüber gesprochen –,

(Harry Glawe, CDU: Ja, habe ich.)

nicht nur aus den Wohlfahrtsverbänden, von den Trägern der Kindertagesstätteneinrichtungen kommt die Frage:

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Wann kommt das Geld?

(Harry Glawe, CDU: August 2010!)

Wir haben jetzt schon den Mehrbedarf. Es geht nicht darum, dass es erst im Herbst 2010 zur Auszahlung kommt. Wir haben auf der einen Seite einen quantitativen Mehrbedarf und wir haben einen qualitativen Mehrbedarf. Die 15 Millionen Euro reichen vorne und hinten nicht, um beide Anforderungen zu sichern. So kommt es zu Mehrbelastungen der Kommunen und der Eltern.

(Harry Glawe, CDU: Nein, nein. Nein, das stimmt nicht.)

Das ist Ihre Politik und die muss hier auch ausgesprochen werden.

So, nun haben Sie sich gesagt, wenn die SPD 15 Millionen Euro bekommt, dann bekommt auch die CDU die 15 Millionen Euro.

(Harry Glawe, CDU: Nein, das habe ich nicht gesagt. Das ist Ihre Interpretation.)

Genau.

Deswegen geht es hier nicht um die Frage, und das habe ich Ihnen immer wieder gesagt, welche politischen Leitlinien sind die entscheidenden, sondern es ist ein Ausgleich zwischen den Koalitionären, deswegen zweimal 15 Millionen Euro. Das hat Herr Tesch auf diesem Abend eindeutig in der Öffentlichkeit bekannt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es geht um Qualitätsverbesserung in der Schule, richtig. Andreas Bluhm, unser Vizepräsident und mein Kollege, wird das im Einzelnen hier noch begründen, dass das mit den 15 Millionen Euro in keinster Weise zu erreichen ist. Wir brauchen ein Mehr, um den Anspruch für ein bildungsfreundliches Land tatsächlich umsetzen zu können. Und wenn wir wollen, dass mehr in Bildung und Forschung investiert wird, dass diesen Bereichen eine große Priorität eingeräumt wird, wir die Frage der Fachkräfteentwicklung Mecklenburg-Vorpommern über diesen Weg beantworten wollen und müssen, dann werden wir an dieser Stelle auch noch über ganz andere Zahlen reden müssen.

(Egbert Liskow, CDU: Da sind wir aber gespannt.)

Das wird Andreas Bluhm im Einzelnen in seinem Beitrag noch mal näher tun. Und hier haben Sie versagt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, wir haben versagt?!)

Sie haben vor dem Koalitionspartner versagt und Sie haben tatsächlich vor den Herausforderungen des Landes versagt.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Wir hatten ja gestern eine Debatte und es ist immer ganz gut, wenn man Aktuelle Stunden hat, um auch bestimmte Positionen zu erfahren, zum Beispiel über Ihr Konzept "Energieland 2020". Die SPD ist zu der Einsicht gekommen, es ist überholt. Es ist längst überholt und sie will tatsächlich eine neue strategische Ausrichtung. Das sehe ich bei der SPD, das ist auch gut so. Und das, was Herr Kokert gestern hier in der Aktuellen Stunde deutlich gemacht hat,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass die CDU nach wie vor an einem Steinkohlekraftwerk in Lubmin festhalten will, halte ich eindeutig für den falschen Weg. Auch das müssen Sie sich in das Stammbuch schreiben lassen.

(Egbert Liskow, CDU: Was sagt denn Ihre Landrätin aus Mecklenburg-Vorpommern dazu, Ihre Landrätin aus Ostvorpommern?)

Und Ihre Veränderungen in ...

Wir sind eine plurale Partei und das halten wir auch alles miteinander aus.

(Egbert Liskow, CDU: Ha, ha! Wir wohl nicht?! – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Hier ist nicht die Frage, welche Position Barbara Syrbe vertritt, sondern hier steht doch eindeutig die Frage: Hat bürgerschaftliches Engagement dazu beigetragen, diese Investitionen zu stoppen? Ich sage, ja. Bürgerschaftliches Engagement hat über Volksinitiativen ihren Beitrag geleistet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine Fehlentscheidung gewesen, Herr Holter.)

Das, glaube ich, das muss man hier mal festhalten. Aber darum geht es ja gar nicht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es geht jetzt darum,

(Egbert Liskow, CDU: Um die Arbeitsplätze.)

dass die Koalition in den Erläuterungen und nicht in den Zahlen mehr Geld aufgenommen hat, damit der Ausbau der erneuerbaren Energien besonders berücksichtigt wird

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch heute schon Tatsache in Vorpommern, Herr Holter.)

Aber nicht ein Cent ist mehr eingestellt worden. Das sind tolle Kompromisse, die Sie hier machen. Aber so wird keine Zukunft des Landes gestaltet werden. Wir haben vorgeschlagen, den Zukunftsfonds weiterhin zu fördern, wir haben vorschlagen, den Ausbau der erneuerbaren Energien mit Priorität zu fördern, und wir haben vorgeschlagen, das in Kombination und in Einheit mit der Förderung von kommunalen Klimaschutzkonzepten zu realisieren,

(Egbert Liskow, CDU: Genau. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil wir uns natürlich, Herr Renz, Gedanken über die Einnahmesituation machen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und da kommen immer kommunale Vertreter zu uns und sagen, was können wir denn tun, um die Einnahmen der Kommunen – wir reden jetzt mal von dem, was übers Land kommt und über ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Zum Beispiel Firmen ansiedeln.)

Wie bitte?! Beispielsweise Firmen ansiedeln?! Es kommt noch darauf an, welche Firmen wir ansiedeln wollen. Aber ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Arbeitsplätze schaffen.)

Ja, natürlich geht es um Arbeitsplätze. Es geht um Investitionen, es geht um Innovation und es geht natürlich darum, dass die Kommunen – und darum geht es jetzt tatsächlich –

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: 2,3 Milliarden Euro Investitionen.)

über eine Klimaschutzpolitik Einnahmen generieren können, indem sie sich tatsächlich den alternativen und erneuerbaren Energien zuwenden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Haben wir doch gemacht.)

Ich weiß ja, dass es gute Beispiele gibt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Warum machen wir das nicht zum Grundprinzip in Mecklenburg-Vorpommern?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das meine ich doch.)

Warum nehmen wir nicht diese guten Erfahrungen von den einzelnen Kommunen wie Varchentin, Ivenack und vielen anderen?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Rechlin.)

Rechlin auch. Rechlin, ich nenne es gerne, Wolf-Dieter, Rechlin.

Warum machen wir diese nicht zu einem Grundprinzip der Landespolitik und sagen, wir wollen die Kommunen über diesen Weg generell fördern, um nicht nur über diesen Weg einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, sondern tatsächlich auch einen Beitrag zur Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen zu leisten? Das sind Dinge, die wir eingebracht haben.

Aber, meine Damen und Herren von der Koalition,

(Harry Glawe, CDU: Na?)

abgelehnt.

(Harry Glawe, CDU: Ja, fertig.)

Ja, ja, keine Auseinandersetzung, keine Position, einfach gesagt, das kommt von der LINKEN, das wollen wir nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir sind doch schon einen Schritt weiter, Herr Holter. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da kann ich mit leben. Ich will bloß sagen, wie Sie Politik machen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da sind wir doch schon einen Schritt weiter als Sie. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Genauso, meine Damen und Herren, Sie denken überhaupt nicht weiter.

(Regine Lück, DIE LINKE: Kann ja nicht sein, ne?!)

Sie denken – Wissen Sie, wie weit Sie denken? – bis zum Herbst 2011. Das habe ich Ihnen schon mehrfach heute gesagt und das werde ich auch immer wiederholen. Das ist genau Ihre Politik.

(Regine Lück, DIE LINKE: Wenn nicht mal eine Diskussion zu Vorschlägen erfolgt.)

Sie denken, wie der Wirtschaftsminister sagt, nach der These: "Wir fahren auf Sicht." Und weil im Moment die Krise ist, können wir nur auf Sicht fahren. Ich bin der Meinung, wir müssen klar auf Sicht fahren, aber wir müssen auch die Zukunft anpacken.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und wenn wir gestärkt aus der Krise herauskommen wollen,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

müssen jetzt die Grundlagen dafür geschaffen werden. Und diese Grundlagen schaffen Sie nicht.

(allgemeine Unruhe)

Das kann ich Ihnen bei der Wirtschaftspolitik und erst recht in der Arbeitsmarktpolitik nachweisen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben gestern über einen neuen Begriff ...

(Harry Glawe, CDU: Ach ja!?)

Ja, ja, ja, ja, ja.

Schauen Sie sich doch die jüngsten Statistiken an!

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja wohl beispielgebend.)

Die Vollzeitbeschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern, Herr Glawe, geht zurück.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

Die Menschen können von ihren Einkommen nicht mehr leben, sie müssen zusätzlich Hartz IV beantragen.

(Harry Glawe, CDU: Gucken Sie mal auf Ihre Bilanzen! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das sind doch die Wahrheiten. Und dann ist es ja richtig, dass wir Innovationen und Investitionen fördern.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Regine Lück, DIE LINKE)

Die Frage ist aber: In welchem Verhältnis? Aber die Frage ist auch, ob wir tatsächlich existenzsichernde Arbeitseinkommen über die Beschäftigung generieren können.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

Und Sie bleiben beim "Weiter so!"

(Harry Glawe, CDU: Sie und "Weiter so!" Na ja, na ja!)

Sie mit Ihrer nebelneoliberalen konservativen Politik! Sie wollen die eingefahrenen Gleise weiterfahren und sind nicht bereit, eine neue strategische Ausrichtung ...

(Harry Glawe, CDU: Sie waren doch mal acht Jahre lang Arbeitsminister hier. Das ist erschreckend gewesen, das wissen Sie doch am besten.)

Und dann reden wir doch mal darüber, Herr Glawe, Sie kennen auch Ihre Mitglieder, Ihre CDU-Mitglieder, die beim Arbeitslosenverband arbeiten. Ist es nicht angesagt, ich wiederhole es von gestern noch mal, ist es nicht tatsächlich angesagt, soziale Arbeit, kulturelle Arbeit, Jugendarbeit, kulturelle ...

(Michael Roolf, FDP: Mindestlohn.)

Das sowieso, alles in einem Zusammenhang.

(Michael Roolf, FDP: Das sowieso. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ist es nicht angesagt, dies tatsächlich auch als Erwerbsarbeit anzuerkennen und diese Arbeit entsprechend zu entlohnen?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da sagt Herr Roolf nämlich genau das Richtige. Es ist doch richtig, den Mindestlohn, öffentlich geförderte Beschäftigung zu existenzsichernden Bedingungen

(Gino Leonhard, FDP: Jawoll, genauso ist es.)

und höhere Regelsätze bei Hartz IV in einem Kontext zu diskutieren. Das ist soziale Gerechtigkeit

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau, die können ja wohl einen Haushalt beschließen.)

und nur das verbessert die Lebensqualität der Menschen im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, das sind die großen politischen ...

(Harry Glawe, CDU: Das müssen die Steuerzahler finanzieren.)

Ja, natürlich.

(Harry Glawe, CDU: Bis jetzt sagen Sie immer nur, Sie sind dagegen. Jetzt reden Sie mal über Alternativen!)

Herr Glawe, ich rede die ganze Zeit über Alternativen.

(Harry Glawe, CDU: Kein konkreter Vorschlag. Ja, ja, kein konkreter Vorschlag.)

Das können Sie nachlesen.

(Harry Glawe, CDU: Ach, hören Sie doch auf! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sie sind bloß in Ihrer Denkweise gefangen, Herr Leonhard.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Gino Leonhard, FDP: Zum Glück.)

Sie sind gefangen.

(Michael Roolf, FDP: Nee, nee.)

 $\label{eq:meinstandard} \mbox{Mein Beruf ist doch Betontechnologe, ne?! Und ich weiß}$ 

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Egbert Liskow, CDU: Das merkt man ja auch.)

Nee, nee, nee, nee! Passen Sie mal auf, Herr Liskow! Das wissen Sie, dass Sie jetzt gelogen haben. Ich bekomme jetzt einen Ordnungsruf, aber den nehme ich auch gerne in Kauf. Aber Beton hat folgende Eigenschaften:

Erstens. Er wird härter und härter.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Zweitens. Beton ist doch ein lebendes Subjekt.

Ich habe einfach die Sorge, dass Sie sich irgendwo einbetoniert haben

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der ist schon ausgehärtet.)

und aus dieser Gefangenheit nicht herauskommen. Öffnen Sie sich doch mal neuen Gedanken!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Sie kommen doch aus Ihrer neoliberalen Falle nicht heraus und genau das spüren wir zurzeit auf Bundesebene. Das ist übrigens auch die Politik, die Sie hier im Landtag machen. Deshalb fehlt es Ihnen, der FDP insbesondere, an Ideen und an neuen Inhalten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die machen gar keine Politik, sondern nur Krawall.)

wie Sie das Land überhaupt voranbringen wollen. Deswegen werde ich ja nicht müde, genau über diese Fragen zu sprechen.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Wir, das ist nämlich der Übergang zum nächsten Punkt, sind bereit, die Werften zu unterstützen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und zwar auch das, was die Landesregierung in Form von Darlehen und Bürgschaften alles so macht. Wir sind auch bereit, über die Verlängerung von Transfergesellschaften zu sprechen. Das ist aber nur ein Teil.

Ich bin der Überzeugung, dass wir den Bereich, den ich eben genannt habe, die Vereine, Verbände, die Jugendund Schulsozialarbeit und viele andere Dinge, ausreichend finanzieren und das auf eine langfristige nachhaltige Basis stellen müssen. Wir müssen tatsächlich all das, was an guten Erfahrungen da ist, aus den Zeiten der verschiedenen Koalitionen, die hier gearbeitet haben, auf eine langfristige breite Basis stellen. Wir sind dazu nicht fähig. Ich bedauere das, dass wir es nicht schaffen, hier anzuerkennen, dass es außerhalb des klassischen - Sie sagen immer erster Arbeitsmarkt -, des gewerblichen Bereiches tatsächlich auch Arbeit gibt, die die Gesellschaft braucht, die die Gesellschaft anerkennt, und dass wir auch dauerhaft diese Arbeitsplätze benötigen. Ich bin der Überzeugung, das ist der richtige Weg und diesen werden wir meines Erachtens in Zukunft auch so umsetzen müssen. Dazu bieten ESF und auch das Arbeitsmarktprogramm des Landes entsprechende Möglichkei-

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Sie sind nicht bereit, über Alternativen zu diskutieren.

(Harry Glawe, CDU: Doch, doch.)

Sie sind nicht bereit, den Blick über das Jahr 2011, außer bei der finanzpolitischen Entwicklung, zu richten.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Sie wissen nicht, wie Sie die Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern gestalten wollen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ihr Haushalt vermittelt den Menschen im Lande eines:

(Reinhard Dankert, SPD: Vermitteln Sie!)

Wir haben eine Krise, wir haben wenig Geld in der Kasse,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ihr seid die Krise.)

wir wissen nicht, wie wir die Probleme lösen können. Ihr Haushalt ist ein Haushalt des Versagens und das zeichnet die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern aus. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert für die Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Bei Finanzpolitikern geht es erfahrungsgemäß etwas ruhiger und sachlicher zu als bei den Fraktionsvorsitzenden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Es gab mal Zeiten, da waren die Finanzpolitiker auch Fraktionsvorsitzende. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da haben sie noch eine andere Meinung zur Neuverschuldung gehabt.)

Na ja, schauen wir mal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 11. September 2009 haben wir hier in Erster Lesung das Haushaltsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz eingebracht, haben dann die parlamentarischen Beratungen gestartet und heute am 17. Dezember 2009 sind wir sozusagen auf der Zielgeraden und werden den Doppelhaushalt für die Jahre 2010 und 2011 mit rund 14 Milliarden Euro beschließen.

(Ute Schildt, SPD: Ja.)

Hinter uns liegt wahrlich ein Beratungsmarathon mit 12 Finanzausschusssitzungen, 20 Einzelplanberatungen in den Fachausschüssen zum Haushalt. Insofern war das wirklich ein gutes Stück Arbeit.

Ich möchte mich namens der SPD-Fraktion bei allen bedanken, die zum Erfolg dieser Beratungen beigetragen haben. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschusssekretariates. Insbesondere Herrn Strätker möchte ich danken. Er hat in Vertretung von Frau Frohriep eine hervorragende Arbeit geleistet. Der Dank geht aber auch an die neue Ausschussvorsitzende Frau Schwebs, die uns gut und sicher durch die Beratungen geführt hat, auch wenn sie heute natürlich als Ausschussvorsitzende diesen schwierigen Spagat versucht hat, die Meinung des Ausschusses zu vertreten.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Das war grenzwertig, Frau Schwebs.

(Hans Kreher, FDP: Na, na, na! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber ich kann mich gut daran erinnern, dass Ihre Vorgänger als Vorsitzende,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

ob Frau Gramkow oder auch Herr Riemann und Herr Nolte, in der Vergangenheit ähnliche Abgrenzungsprobleme hatten.

(Hans Kreher, FDP: Ja, das ist aber nicht gut.)

Ich bedanke mich aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen in den Fachausschüssen, die zügig und intensiv gearbeitet haben, damit wir vor allen Dingen unseren ehrgeizigen Zeitplan einhalten konnten.

Ich möchte, meine Damen und Herren, im Folgenden auf einige Beratungsschwerpunkte, insbesondere auf wich-

tige Veränderungen zu dem Gesetzentwurf der Regierung eingehen:

Als Erstes war es für die SPD-Fraktion klar, wir hatten das ja angekündigt, dass wir in dem Ausbau erneuerbarer Energien und den Kostensenkungen durch Energieeinsparungen und Steigerungen der Energieeffizienz einen wichtigen Schwerpunkt sehen. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde dann zum "Energieland 2020" im Wirtschaftsausschuss eine Anhörung durchgeführt, bei der Experten unter anderem eine Verstärkung der Fördermöglichkeiten für erneuerbare Energien forderten, aber auch eine bessere Transparenz der vorhandenen Fördermöglichkeiten.

Die SPD-Fraktion hat dann im Folgenden mit mehreren Antragsinitiativen diese Forderung zum Teil erfüllen können. Dazu zählen die Anpassung beziehungsweise Ergänzung in der Erläuterung bei diversen Titeln in den Einzelplänen 06 und 08, sodass besser nachvollziehbar ist, welche Fördermöglichkeiten es grundsätzlich überhaupt gibt.

Darüber hinaus hat der Finanzausschuss drei wichtige Entschließungsanträge der Koalitionsfraktionen zu diesem Thema angenommen, mit denen die Landesregierung aufgefordert wird:

- zum einen zur Entwicklung und Verbreiterung des Einsatzes erneuerbarer Energien im ländlichen Raum die Einführung eines revolvierenden Darlehensfonds unter Beteiligung von Mitteln des ELER zu prüfen – das Prüfergebnis soll bis zum 30. April 2010 vorgelegt werden –,
- zum Zweiten, zur Abdeckung des nach wie vor sehr großen Bedarfs sich gegenüber dem Bund für die Fortführung des Investitionspaktes energetischer Gebäudesanierung im Bereich der sozialen Infrastruktur einzusetzen
- und zum Dritten zu pr
  üfen, inwieweit bei der Umsetzung des Operationellen Programms in der F
  örderperiode 2007 bis 2013 Mittel des EFRE zugunsten der erneuerbaren Energien umgeschichtet werden k
  önnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können davon ausgesehen, dass selbstbewusste Parlamentarier gerade diese drei wichtigen Entschließungsanträge intensiv in den nächsten Monaten mit begleiten werden und wir die entsprechenden Arbeitsergebnisse von der Landesregierung erwarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für das geplante Landesinformations- und Demonstrationszentrum für erneuerbare Energien in Neustrelitz, Herr Holter, soll im Einzelplan 08 das bisher geplante Darlehen in Höhe von 450.000 Euro in einen Zuschuss von 600.000 Euro umgewandelt werden. Herr Holter, mehr als 1 Million Euro mehr für erneuerbare Energien.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da behauptet er, wir haben versagt. Dabei sind das genau seine Forderungen. – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Herr Holter, damit sind in Neustrelitz alle Voraussetzungen geschaffen,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

damit der Bau dieses Zentrums mit einem Investitionsvolumen von rund 3 Millionen Euro im Frühjahr starten kann. (Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Herr Holter, wir reden über den Haushalt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wenn schon kein Geld da ist, müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Muss neues Geld geschaffen werden.)

Es geht einfach darum, dass es beim Thema erneuerbare Energien nicht nur um Klimaschutz geht, sondern es geht um neue zukunftsfähige Arbeitsplätze für Mecklenburg-Vorpommern.

(Vincent Kokert, CDU, und Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein zweiter Schwerpunkt unserer Beratungen war die Sozialpolitik. Gegenüber dem Gesetzentwurf der Landesregierung wurden im Einzelplan 10 deutliche Verbesserungen vorgenommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hört, hört!)

Dazu möchte ich einige Beispiele noch einmal in Erinnerung rufen. Auch wenn der Finanzausschuss dem Votum des Sozialausschusses, den Ansatz für "Frühe Hilfen", wie zum Beispiel für Familienhebammen, um 150.000 Euro im Jahr aufzustocken, aufgrund der angebotenen Deckung nicht folgen konnte, so ist es doch ein Mehr von 100.000 Euro pro Jahr geworden, von 441.000 auf 541.000 Euro. Damit kann die Unterstützung von werdenden Eltern vor und nach der Geburt durch Familienhebammen zur gesunden Entwicklung und zum Schutze des Kindes verbessert werden.

Erstmals sollen auch Zuschüsse für Pflegestützpunkte, die der wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung von Bürgern gemäß Paragraf 92 SGB XI dienen, in Höhe von 750.000 Euro pro Jahr gewährt werden.

Und zugunsten der Einrichtungen für Schuldner- und Verbraucherinsolvenz soll die Mittelbereitstellung, diese war heftig umkämpft, jährlich um 150.000 Euro aufgestockt werden. Auch an dieser Stelle folgte der Finanzausschuss nicht dem Beschluss des Sozialausschusses, der eine Aufstockung um jährlich 250.000 Euro wollte. Aber wir folgten nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern in dem Falle auch, weil wir die Deckung aus gesetzlichen Leistungen akzeptieren konnten.

Des Weiteren wurden die Zuschüsse an Vereine und Verbände sowie an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Förderung der Familienpolitik jährlich um 200.000 Euro erhöht und die Aufstockung des Haushaltsgesetzes zugunsten der Jugendberufshilfe um 300.000 Euro sowie Maßnahmen für Demokratie und Toleranz um 100.000 Euro. Auch hier mussten wir abweichen vom Sozialausschuss und eine andere Deckung durch Umschichtung im ESF wählen.

An dieser Stelle haben die Koalitionsfraktionen per Entschließungsantrag die Landesregierung verpflichtet, auch für diese Positionen die entsprechenden Umschichtungen im ESF beziehungsweise im Bereich Zukunftsfonds zu nutzen.

Ein weiteres Beispiel: Immerhin 6 Millionen Euro wurden zusätzlich für das Sozialhilfefinanzierungsgesetz eingestellt, was demnächst im Landtag zur parlamentarischen Beratung vorliegen wird. Und in dieser Haushaltsberatung, meine Damen und Herren, und zum Einzelplan 10 passt das, glaube ich, ganz gut, haben sich dann die Koalitionsfraktionen darauf verständigt – die Finanzministerin hat es bereits angesprochen –, Mehrausgaben eben nicht aus gesetzlichen Leistungen zu decken. Aus dem Grund konnte nicht in jedem Fall, wie auch bei vorgenannten Beispielen, den Voten der Fachausschüsse im Finanzausschuss gefolgt werden.

Die Koalitionsfraktionen waren, das muss man sagen, in einer relativ komfortablen Situation, dass in der letzten Phase der Haushaltsberatungen deutlich wurde, dass es finanziell vertretbar und seriös ist, die Deckungen von Mehrausgaben durch Absenkung des Zinsausgabentitels zu finanzieren,

#### (Michael Roolf, FDP: Ach ja?)

weil sich doch deutlich gezeigt hat, dass es vertretbar war, in einer Höhe von 950.000 Euro pro Jahr die Zinsausgaben abzusenken, um nötige Mehrbedarfe in den Einzelplänen 04, 09 und 10 gegenzufinanzieren. Es war deshalb in diesem Umfang vertretbar, weil sich durch die Beratungen im Finanzausschuss ergeben hat, dass zum Zeitpunkt der Veranschlagung der Zinsausgaben nicht absehbar war, dass der relativ günstige Zinssatz sich auch weiterhin, Gott sei Dank, zurzeit noch auf entsprechend niedrigem Niveau befindet.

Des Weiteren möchte ich auf einen dritten Beratungsschwerpunkt eingehen, der Bildungsbereich. Hier können wir auf folgende Ergebnisse verweisen: Wir haben die Ausgaben im Hochschulbereich jährlich um 436.000 Euro erhöht. Im Rahmen des Personalkonzepts der bis 2017 noch zu erbringenden Stellen ergibt sich damit langfristig ein Spielraum von über 4 Millionen Euro für die Hochschulen, die auch im System verbleiben.

Unser Ziel wird es auch weiterhin sein, die Hochschulen leistungsfähig auszufinanzieren. Dafür stellen wir insgesamt 2.747 Stellen zur Verfügung und haben des Weiteren die Hochschulen unterstützt, indem die Hochschulen ab 2010 die Versorgungslasten für neu einzustellende Beamte nicht mehr komplett zu tragen haben. Dazu sollen ab 2010 jährlich wachsend 500.000 Euro bis 2 Millionen Euro bis zum Jahr 2013 für Pensionsrückstellungen vom Land zur Verfügung gestellt werden. Diese 2 Millionen Euro werden dann dauerhaft verstetigt.

Dieses Ergebnis, und das möchte ich besonders positiv hervorheben, ist durch alle vier demokratischen Fraktionen beschlossen worden und ist heute auch Bestandteil der abschließenden Beschlusslage hier im Landtag. Darüber hinaus ist es natürlich auch ein positives Signal an die Hochschulen, dass wir bei diesem wichtigen Zukunftsthema unseres Landes bei den Demokraten einen großen Grundkonsens haben.

# (Michael Roolf, FDP: Das hat Herr Brodkorb auch gut gemacht.)

Die mitberatende Stellungnahme des Bildungsausschusses an den Finanzausschuss machte aber auch deutlich, welche Mühe hinter diesen Beschlüssen steckte, zum Beispiel zur Stärkung der politischen Bildung über das Weiterbildungsgesetz, für politische Stiftungen, politische Jugendverbände, die Musikschulen, Kinder- und Jugendkunstschulen, die Bibliotheken, zugunsten von Schulabschlüssen an Volkshochschulen.

Für Schulversuche in Mecklenburg-Vorpommern wurden zur Deckung der Mehrausgaben zum Teil – wie so oft, kann man ja scherzhaft sagen – 1.000-Euro-Scheine zusammengesammelt und mit Erfolg auch im Einzelplan 07 eingestellt. Wir haben insgesamt im Einzelplan 07, Herr Holter, das sollte man nicht gering schätzen, eine Umschichtung von 1,3 Millionen Euro. An dieser Stelle herzlichen Dank, insbesondere den Bildungspolitikern

# (Marc Reinhardt, CDU: Machen wir. Haben wir gern gemacht.)

Einen besonderen Erfolg sehe ich auch in der Erhöhung für all diejenigen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen haben und zum Nachholen von Schulabschlüssen eine zweite Chance erhalten. Wir können auf diese Art und Weise den Kampf gegen das Analphabetentum, auch in Mecklenburg-Vorpommern leider ein Thema, sicherlich in Zukunft noch besser angehen. Als Haushälter nenne ich das eine wirklich solide Arbeit von den Bildungspolitikern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein vierter Schwerpunkt: Wir haben zusätzlich 500.000 Euro für die Sportförderung beschlossen. Die Koalitionsfraktionen setzen damit auch ein deutliches Zeichen. Ich bin ganz ehrlich, als Vorsitzender des Müritz-Sportclubs in Waren und als aktiver Sportler freut mich das natürlich an dieser Stelle besonders.

## (Michael Roolf, FDP: Lobbyarbeit.)

weil gerade mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben im Bereich des Sportstättenbaus und natürlich auch mit Projekten des Kinder- und Jugendsports diese Landesmittel sicherlich sehr gut eingesetzt sind.

Ein fünfter Schwerpunkt ist die beschlossene Soforthilfe für die Kutter- und Küstenfischerei in den Fachausschüssen in Höhe von 1 Million Euro für das Jahr 2010 als Ausgleich für eintretende Erlösminderungen zur Absenkung der Heringsfangquote in der Ostsee. Diese Mittelbereitstellung aus dem Landwirtschaftssondervermögen wird ins Haushaltsbegleitgesetz aufgenommen.

Und ein sechster Schwerpunkt: Für das Jahr 2010 werden 18,75 Millionen und für 2011 11,43 Millionen Euro Landesmittel zur Verbesserung der kommunalen Haushaltssituation, wie dem kommunalen Investitionsfonds, der Festschreibung der Mindestweitergabe der Lohnwerteinsparung und der Erstattung für Zinslasten, bereitgestellt. Wohlgemerkt, circa 30 Millionen Euro zusätzlich mit Landesmitteln zuzüglich des Ausgleichsfonds.

In das Haushaltsgesetz wird auf Antrag der Koalitionsfraktionen im Finanzausschuss der Absatz 6 auch im Paragrafen 14 aufgenommen, nachdem das Finanzministerium korrespondierend mit dem kommunalen Ausgleichsfondsgesetz einen Wirtschaftsrahmen bis zur Höhe von insgesamt 150 Millionen Euro zugunsten des Sondervermögens erteilt hat, um eine möglichst günstige Kreditbeschaffung auf dem Kapitalmarkt zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt beträgt das Umschichtungsvolumen gegenüber dem Gesetzentwurf durch die parlamentarischen Beratungen in 2010 rund 71 Millionen Euro und rund 64 Millionen Euro im Jahre 2010 beziehungsweise 2011. Der größte Teil der Veränderungen ergibt sich aus den Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, der Novembersteuerschätzung und den genannten Hilfsmaßnahmen für die Kommunen.

In den Fachausschüssen wurden insgesamt durch Deckung in den jeweiligen Einzelplänen fast 4 Millionen Euro umgeschichtet und die Deckung, ich sagte es bereits, in Höhe von 1 Million Euro pro Jahr haben die Koalitionsfraktionen außerhalb der Einzelpläne durch zusätzliche Absenkung der Zinsausgaben und durch eine nachträgliche Absenkung – 100.000 Euro – bei den Pflegestützpunkten erbracht.

Und erstmals ist es gelungen, die Deckung von Mehrausgaben aus gesetzlichen Leistungen nicht zuzulassen. Das ist auch ein Erfolg seriöser Finanzpolitik und ordnungspolitisch notwendig. Wir haben es in der Vergangenheit gemacht. Ich bin seit 1998 dabei und, wie gesagt, es ist das erste Mal, dass wir ohne Deckung aus gesetzlichen Leistungen politisch gewollte Mehrausgaben solide und seriös gegenfinanziert haben.

Meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zur Opposition. Bei der FDP hatte ich hier eigentlich vor zu vermelden "Fehlanzeige", weil mir in den Fachausschusssitzungen, also im Finanzausschuss, kaum ein Antrag der FDP so richtig nachhaltig in Erinnerung geblieben ist. Ich muss mich aber revidieren, denn heute liegen zwei bemerkenswerte FDP-Anträge auf dem Tisch, und da möchte ich an dieser Stelle doch kurz drauf eingehen, um noch mal deutlich ...

(Sigrun Reese, FDP: Die sind aber nicht neu. – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Bitte?

(Sigrun Reese, FDP: Die sind aber nicht neu.)

Die sind nicht neu, aber sie liegen heute noch mal vor. Und insofern ist heute, glaube ich, noch mal eine gute Gelegenheit, hier kurz drauf einzugehen.

Die FDP möchte mit diesen Anträgen erstens die Artikel 4 und 5 im Haushaltsbegleitgesetz streichen. Das heißt, sie will die Anhebung des Entgeltsatzes für das Entnehmen, Zutagefördern und die Ableitung von Grundwasser beseitigen durch die Streichung der Artikel 4 und 5 im Haushaltsbegleitgesetz. Diese Streichung würde bedeuten, dass dem Landeshaushalt circa 3 Millionen Euro verloren gehen, die wir dringend benötigen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine hochgradig populistische Forderung.)

um im Bereich der Verbesserung der Wasserqualität hier einen ganz, ganz wichtigen Beitrag zu leisten.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Für die SPD ist klar,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

für die SPD ist klar – ich kann auch für die Koalitionsfraktionen sprechen –, dass wir das Streichen des Artikels 4 im Haushaltsbegleitgesetz ablehnen. Wir brauchen diese Mehreinnahmen, um die entsprechenden Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität durchzuführen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Was dann aber noch mal gar nicht geht: Die FDP zieht zur Deckung dieser verlorenen Mehrausgaben das landwirtschaftliche Sondervermögen heran. Das halte ich in hohem Maße für finanzpolitisch unseriös, in einem Umfang von fast 2 Millionen Euro zusätzliche Absenkungen im Landwirtschaftssondervermögen vorzunehmen – nicht vertretbar. Wir brauchen das landwirtschaftliche Sondervermögen auch zukünftig für den Flächenkauf und nicht für, ich sage jetzt mal, die FDP-Klientel-Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

Nun wird die FDP natürlich gleich kommen und sagen: Auch die Koalitionsfraktionen haben das landwirtschaftliche Sondervermögen genutzt. Das stimmt, aber für die Soforthilfe der Fischer und für eine Erhöhung der Ausgaben im Bereich der erneuerbaren Energien für Neustrelitz.

Insofern, Herr Holter, und auch noch einmal an die FDP klipp und klar, wenn es um Zukunftsaufgaben geht, muss es auch möglich sein, einen begrenzten finanziellen Umfang und vor allen Dingen sehr zielgenau Mittel aus dem landwirtschaftlichen Sondervermögen hier einzusetzen. Dazu stehen wir. Wir müssen nur zukünftig klarmachen, dass wir aus dem landwirtschaftlichen Sondervermögen nur zusätzliche Ausgaben tätigen können durch Zinseinnahmen beziehungsweise durch rückfließende Darlehen. Insofern auch eine klare Absage an die FDP und andere, die meinen, das landwirtschaftliche Sondervermögen zukünftig praktisch nutzen zu können für zusätzliche Ausgaben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Entlastung ihrer Leute und der Unternehmen.)

Ich möchte natürlich an dieser Stelle dann auch auf die Fraktion DIE LINKE eingehen, die haben ja eine Vielzahl von Anträgen gestellt. Aus Zeitgründen möchte ich demzufolge nur auf zwei eingehen. Die liegen ja auch heute hier noch mal vor.

Zum einen möchte DIE LINKE, vorliegend auf der Drucksache 5/3167, eine Neuauflage des Zukunftsfonds ab 2011 und folgende Jahre im Umfang von 50 Millionen Euro. Grundsätzlich sicherlich positiv. Wir haben ja Zukunftsfonds I und II gehabt. Der zweite läuft jetzt in 2010 aus. Allerdings muss man inzwischen zur Kenntnis nehmen, dass viele gute Zielsetzungen des Zukunftsfonds alt im normalen Haushalt inzwischen auch weitgehend gut abgedeckt sind. Was das Entscheidende ist, DIE LINKE will diese 50 Millionen Euro beginnend ab 2011 mit 20 Millionen Euro durch neue Schulden, durch Kreditaufnahme gegenfinanzieren. Und das passt dann natürlich auch zum nächsten Antrag der LINKEN.

Für Sonderleistungen an die Kommunen beantragt die Fraktion DIE LINKE auf der Drucksache 5/3168 eine Kreditaufnahme in Höhe von 158 Millionen Euro in 2010 und 159 Millionen Euro in 2011, also eine Kreditaufnahme im Jahr 2010 von insgesamt mehr als 337 Millionen Euro insgesamt für 2010 und 2011 – ich hab das jetzt mal gleich addiert –, wenn es nach dem Willen der Antrag stellenden Fraktion geht. Und das bedeutet, meine Damen und Herren, bei einem angenommenen Zinssatz von vier Prozent zusätzliche Zinsausgaben für unseren Landeshaushalt 2010 von etwa 6 bis 6,5 Millionen Euro und ab 2011 folgend dann 13 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, Herr Holter, dass die Fraktion DIE LINKE damit den Weg der soliden Haushaltspolitik der Jahre 1998 bis 2006 möglicherweise verlassen will

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist nicht nur ein Eindruck, das hat er hier gerade bestätigt.)

und dass sie

(Helmut Holter, DIE LINKE: Im Gegenteil, im Gegenteil.)

als Opposition der Versuchung erliegt und meint, mit populistischen, nicht finanzierbaren Forderungen kurzfristig politisch erfolgreich zu sein.

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Nicht kurzfristig. Langfristig! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Langfristige Verschuldung. Das nehmen wir mal zur Kenntnis, langfristige Verschuldung.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, finanzpolitisch ist dieser Weg ein Irrweg, weil er mittelfristig, und ich hab das bei den steigenden Zinsbelastungen durch diese mögliche Kreditaufnahme deutlich gemacht, die politische Handlungsfähigkeit des Landes weiter einschränken würde

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, das machen wir dann zulasten der Kommunen, oder wie?!)

Für die SPD ist klar, wir brauchen auf der Ausgabenseite Schuldenbegrenzung, aber wir brauchen auch eine Verbesserung der Einnahmeseite.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, Finanzmarktsteuer heißt das bei euch.)

Und deshalb lehnen wir auch die Steuersenkungen der Berliner CDU/CSU-FDP-Koalition auf Pump ab und fordern Steuererhöhungen für Spitzenverdiener, für Einkommens- und Vermögensmillionäre, für große Erbschaften und Steuern auf globale Finanztransaktionen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. Sehr gut. – Hans Kreher, FDP: Jawohl, jawohl. – Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Doppelhaushalt 2010/2011 ist ein guter Haushalt, er ist solide und zukunftsfähig. Er ist eine gute Balance von Konsolidierung, von Investitionen und Vorsorge für die nächsten Jahre.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das wird durch Wiederholung auch nicht wahrer. – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU legen heute dem Landtag einen Haushalt zur Beschlussfassung vor, der für unser Land entscheidende Weichen für eine gute Zukunft stellen wird. Und zu Recht können wir stolz darauf sein, dass wir vermutlich das einzige Land bleiben werden, das einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden für die Jahre 2010 und 2011 beschließen wird.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da haben die Menschen aber was von.)

Da können wir sehr stolz drauf sein. Und wir werden einen Landeshaushalt bekommen, der mit rund 2,5 Milliarden Euro für 2010 und 2011 zu Recht auch als Investitionshaushalt bezeichnet werden kann. Das sind zukunftsgerichtete Investitionen, Herr Holter, die sollte man an dieser Stelle nun wirklich nicht schlechtreden, weil das einfach nicht den Tatsachen entspricht.

(Egbert Liskow, CDU: Richtig, Rudi. – Helmut Holter, DIE LINKE: Klotzen, nicht kleckern!)

Und, meine Damen und Herren, wir werden, auch das ist nicht selbstverständlich, alle EU- und Bundesmittel

vollständig kofinanzieren und wir werden mit zusätzlichen 30 Millionen Euro Prioritäten in der Förderung von frühkindlicher Erziehung und schulischer Bildung setzen. Und deshalb, meine Damen und Herren, ist der Doppelhaushalt 2010/2011 ein gelungenes Werk, das unter wirklich schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zustande gekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig, Herr Borchert. – Ralf Grabow, FDP: Das ist ja ganz schön mager.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ...

(Zuruf aus dem Plenum: Applaus, Applaus!)

Der mag ja vielleicht noch kommen.

(allgemeine Unruhe – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir haben im Gegensatz zu Ihnen keine Cheerleader hier eingeladen. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hab in meiner Rede zur Ersten Lesung am 11. September insbesondere zwei Risiken benannt, die einen guten Haushalt gefährden könnten. Das wäre heute am 17. Dezember eine gute Gelegenheit, mal Bilanz zu ziehen, was aus diesen beiden Risiken geworden ist.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ein Risiko ist die CDU.)

Genannt habe ich am 11. September das Risiko Nummer eins: Novembersteuerschätzung. Das Risiko Nummer zwei: FDP. Bei der Novemberschätzung hatten wir, sage ich mal, das Glück der Tüchtigen, denn die Steuerschätzung im November erbrachte im Saldo insgesamt keine nachträglichen Verschlechterungen.

(Michael Roolf, FDP: Aha?! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber jetzt kommt die FDP. – Michael Roolf, FDP: Jetzt kommt die FDP.)

Das Risiko FDP hat allerdings, meine Damen und Herren, voll durchgeschlagen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, und wir werden das ja heute Nachmittag noch mal ausdrücklich beraten können,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

bescherte uns dann zum Jahresende kurz vor Weihnachten für die nächsten zwei Jahre 78 Millionen Mindereinnahmen. Für 2011 haben CDU/CSU und FDP weitere Steuersenkungen auf Pump angekündigt, und zwar in Höhe von rund 25 Milliarden Euro.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber immer auf Betreiben der FDP. Das darf man auch nicht vergessen.)

Meine Damen und Herren, das wird natürlich auch Mecklenburg-Vorpommern hart treffen – sowohl als Land als auch für die Kommunen. Und, meine Damen und Herren, im Gegensatz zum jetzigen Haushalt werden wir dann ab 2012 keine Rücklagen mehr einsetzen können, denn die sind bereits für die Haushalte 2010 in vollem Umfang eingesetzt worden.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass wir feststellen können, dass, wie in der Vergangenheit auch, bei allem Respekt gegenüber unserem Koalitionspartner dieser Haushalt eine deutliche sozialdemokratische Handschrift trägt

(Egbert Liskow, CDU: Na, na, na, na! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Eine ziemlich starke sozialdemokratische Handschrift.)

und wir sind auch davon überzeugt, dass wir eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung hier in Mecklenburg-Vorpommern vorantreiben werden.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und es ist ein besonderer Haushalt, den wir hier heute beschließen. Es ist der letzte Haushalt in dieser Legislaturperiode

(Helmut Holter, DIE LINKE: Eben, eben.)

und ich meine, er ist eine erfolgreiche Premiere für den Ministerpräsidenten Erwin Sellering.

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Echt?)

Er ist eine erfolgreiche Premiere für die Finanzministerin Heike Polzin,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

eine erfolgreiche Premiere für die Ministerin für Soziales und Gesundheit Manuela Schwesig

(Gino Leonhard, FDP: Jetzt will er die Weihnachtsgeschenke verteilen.)

und natürlich auch für den Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Volker Schlotmann

(Vincent Kokert, CDU: Haben Sie nicht ein paar Minister vergessen, Herr Kollege?)

und für den Minister Till Backhaus, ich sag jetzt mal, für diesen "alten Fuchs" auch in Haushaltsfragen. Schade, dass er gerade nicht da ist.

(Gino Leonhard, FDP: Der Fuchs ist jagen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Für Minister Till Backhaus ist es der achte Haushalt und sicherlich auch einer seiner besonders erfolgreichen. Insofern an dieser Stelle auch noch mal vielen Dank an die gesamte Landesregierung für die gute Zusammenarbeit.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Wir sparen und das sind erfolgreiche Haushalte, ja. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, stimmen Sie den Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses zum Haushaltsgesetz, zum Haushaltsbegleitgesetz und den Einzelplänen bitte zu. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Egbert Liskow, CDU: Der Schluss war nicht mehr so furios.) Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP, der Abgeordnete Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tradition soll eigentlich so sein, dass zu Beginn der Haushaltsdiskussion hier heute die Fraktionsvorsitzenden die grundsätzlichen politischen Züge ihres Handelns präsentieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo steht das?)

Das, was wir heute speziell von den Sozialdemokraten gehört haben – wo ist der Kollege Borchert, ich sehe ihn im Augenblick nicht –,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, bitte?)

ist aller Ehren wert, das ist das, wofür wir Sie schätzen: akribisch saubere buchhalterische Arbeit.

(Rudolf Borchert, SPD: Danke schön.)

Aber von Visionen und von politischen Vorstellungen habe ich aus sozialdemokratischer Sicht gar nichts, aber auch überhaupt gar nichts gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dafür haben wir Sie ja, Herr Roolf. Dafür haben wir Sie ja. Dafür haben wir ja Sie. Jetzt kommt die Vision der FDP. Da wollen wir erst mal sehen, was da kommt.)

Lassen Sie uns in die Thematik des Haushaltes einsteigen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Visionen wollen wir jetzt sehen vom FDP-Chef!)

und einmal über unseren Umgang miteinander diskutieren.

Herr Kollege Borchert, Sie sprachen ganz kurz an, von der FDP seien keine Änderungsanträge gekommen.

(Rudolf Borchert, SPD: Die mir nachhaltig in Erinnerung geblieben wären.)

Okay. Dann ist das vielleicht mit Ihrem Erinnerungsvermögen so ein Problem. Ich will Ihnen mal einen einzigen aus dem Finanzausschuss vortragen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das ist der 5/490 von der FDP, da geht es um BioCon Valley

(Rudolf Borchert, SPD: Oh je!)

und da gab es einen Antrag dazu. Und auf der anderen Seite saßen so drei oder vier mit der Telekom-Mütze, die haben geschlafen, das waren die von CDU und SPD, die haben geguckt –Antrag FDP, ablehnen, weg.

(Hans Kreher, FDP: Jawoll! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und dann kommt der Antrag 5/569. Da sind wieder die von der Telekom-Mütze gewesen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist denn eine Telekom-Mütze? Was ist denn eine Telekom-Mütze? Erklären Sie mal!)

und die haben gesagt: Wir haben jetzt hier die BioCon-Valley-Geschichte und jetzt beantragen wir als SPD und als CDU mal genau das, was die FDP vorher beantragt hat, und stimmen dem zu.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das nennt man geistigen Diebstahl.)

Das zu Ihrem Anspruch, wie Sie mit unserer inhaltlichen Arbeit umgehen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

nur an einem einzigen Beispiel gezeigt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das einzige Beispiel überhaupt wahrscheinlich.)

Der Haushalt ...

(Rudolf Borchert, SPD: Die Erläuterung eines Textes in einem Satz, das ist eine Vision?! Oh Gott! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt kommt die Vision der FDP. Wir sind alle sehr gespannt, Herr Roolf.)

Der Doppelhaushalt, den wir hier vorgetragen bekommen, hat im Kern an seiner Problematik zur ersten Debatte nichts verloren. Wir diskutieren auf der Grundlage – und auch das sollten wir an dieser Stelle sehr deutlich sagen – eines Kabinettsentwurfes vom 7. Juli 2009. Ich gehe mal davon aus, dass es am 7. Juli 2009 auch noch den einen oder anderen Sozialdemokraten gegeben hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr visionär.)

der an einen Wahlsieg im September geglaubt hat. Da gehen wir mal einfach von aus. Das heißt, Sie haben in Ihrer Kabinettsvorlage, mit dem, was Sie am 11. September hier im Parlament eingebracht haben, gar nicht gewusst, was an politischer Änderung bevorstand, sondern Sie haben frei Ihren politischen Willen definieren können. Also tun Sie uns einen Gefallen und hören Sie endlich damit auf, dass Sie das Geschwätz von Schwarz-Gelb benutzen, um Ihren Haushalt hier zu rechtfertigen. Sie haben am 7. Juli die Weichen für Ihre Haushaltspolitik gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und wodurch zeichnet sich Ihre Haushaltspolitik aus? Sie zeichnet sich dadurch aus, dass dem Haushalt Transparenz und auch Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit fehlen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und da will ich einmal so drei, vier Haushaltsartikel nennen, die uns all die Jahre begleiten:

- Ich bin im Einzelplan 04 beim Innenminister. Permanent wird der Titel 518.008 mal um 548.000 Euro, mal um 662.000 Euro, mal um 709.000 Euro überzeichnet.
- Ich bin im Einzelplan 05, Finanzministerium. Da sind wir bei Vergütungen für Dienstleistungen im Lizenzbereich – mal um 100.000 Euro überzeichnet, mal um 200.000 Euro überzeichnet. Ich bin im Haushaltstitel 533.09.

(Egbert Liskow, CDU: Visionen sollten Sie doch bringen!)

 Da sind wir beim Rechnungswesen des Landes – mal um 200.000 Euro, mal um 300.000 Euro, mal um 400.000 Euro überzeichnet. (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sind ja richtige Visionen! Mein Gott noch mal, da müssen wir uns um die Zukunft des Landes ja keine Sorgen mehr machen, wenn das die Visionen der FDP sind.)

Herr Nieszery, und wenn ich feststelle ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mein lieber Mann, toll!)

Wir sind beim Thema Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit. Einmal zuhören!

(Dr. Norberg Nieszery, SPD: Ich höre immer zu, aber Sie haben mir nichts zu sagen, Herr Roolf.)

Wenn ich permanent Titel im Haushalt überzeichne und sie auch weiterhin noch überzeichne, nur weil ich sie dann intern so benutzen will.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das jetzt Haushaltstechnik oder ist das Vision?)

wie sie mir gefallen, dann hat das nichts mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich sage, Sie haben gar kein Interesse an Haushaltsklarheit und an Haushaltswahrheit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach Gott, ach Gott, ach Gott, ach Gott)

Die Entwicklungen, die wir uns anzuschauen haben, und die Perspektiven, die wir zu besprechen haben, da sind wir dann bei politischen Grundsatzausrichtungen. Der Kollege Glawe hat uns ja Gott sei Dank was dazu gesagt. Von der SPD, wie gesagt, haben wir nichts gehört, und auch der Kollege Holter hat ja was dazu gesagt.

Herr Kollege Holter, bei Ihnen nehme ich einfach erschreckend zur Kenntnis, dass Sie sagten – ich hoffe, ich zitiere Sie nicht falsch –: "Neue Schulden sind notwendig." Das ist eines Ihrer Zitate gewesen.

(Gino Leonhard, FDP: Richtig, ja. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wieso, das machen Sie doch auf Bundesebene auch.)

Und das zweite Zitat: "Schulden oder Scherbenhaufen." Das ist das, was Sie gesagt haben. Diese beiden Dinge sind mir sehr deutlich in Erinnerung.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Mehr nicht?)

Und da sage ich Ihnen, es gibt mehr als die Alternative Schulden oder Scherbenhaufen, es gibt eine vernünftige solide Finanzpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Wolfgang Griese, DIE LINKE: Jetzt kommt die Vision.)

Das ist die Alternative. Ausgabenkürzungen ist die Alternative und vernünftig mit den Ressourcen umgehen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sagen Sie, bei wem Sie Ausgaben kürzen wollen, legen Sie es auf den Tisch! Sagen Sie, wo Sie Ausgaben kürzen wollen! Das ist Haushaltsklarheit und -wahrheit.)

Aber genau das ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt erzählen Sie uns, wo die Knete herkommt!)

Lassen Sie uns doch erst mal zu der politischen Grundausrichtung kommen, Herr Nieszery, das, was Ihnen fehlt. Wir reden jetzt über die politische Grundausrichtung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Grundausrichtung. Ah ja, die fehlt mir. Ja, alles klar.)

Genau. Der Kollege Holter hat das ja dankenswerterweise so klar und so deutlich formuliert. Die Meinung muss man nicht teilen. Die Meinung finde ich auch nicht in Ordnung. Und ich bin glücklicher denn je, dass es seit 2006 keine linke Regierungsbeteiligung mehr gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Denn was hätte das bedeutet? Sie haben es zumindest geschafft – und da bin ich jetzt auch ein bisschen gemein, unter Druck der CDU –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was?)

dass Sie in den Jahren 2007, 2008 und 2009 Rücklagen gebildet haben.

(allgemeine Heiterkeit – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was, was?! – Helmut Holter, DIE LINKE: Ha, ha, unter Druck der CDU!)

Das hätten die LINKEN auch noch vergessen, dass wir zumindest

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was, was?! Das ist ja wohl ein Träumer da vorne. Das kann ja wohl nicht wahr sein.)

in der Situation sind, dass mit dieser vernünftigen Wirtschaftspolitik

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Oh, oh, oh, oh! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie leben doch wirklich auf einem anderen Stern, Herr Roolf.)

Rücklagen gebildet werden konnten, die wir heute in einer schwierigen Phase einsetzen können, um eben nicht die Verschuldung von der linken Seite hier permanent durchs Land zu treiben. Das ist zumindest ein Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, Andreas Bluhm, DIE LINKE, Wolfgang Griese, DIE LINKE, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Und, Kollege Holter ...

(allgemeine Unruhe – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Roolf, Sie haben überhaupt nichts verstanden, gar nichts. – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Mag so sein. Mag so sein. Bleiben Sie entspannt! Bleiben Sie ganz entspannt!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, wir sind entspannt. So viel Blödsinn hab ich selten gehört. Aber jetzt kommt die Vision oder?)

Und da sind wir bei 2011.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah, jetzt kommen die Visionen 2011.)

Der Kollege Holter hat auch immer gesagt: Die Sozialdemokraten retten sich nur bis 2011 hin.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nein, die Koalition, die Koalition)

Die Koalition. Entschuldigung, die Koalition. Ich will nichts Falsches sagen.

Da kann ich aber auch nur sagen, Kollege Holter: Gott bewahre uns vor einer Regierungsbeteiligung von Ihnen in 2011!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Das wäre nun auch wirklich eine Katastrophe.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Recht haben Sie, wenn Sie anmahnen, dass es Ihnen und auch uns an Visionen und an Vorstellungen fehlt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ihnen fehlt es an Visionen! – Helmut Holter, DIE LINKE: Das erzähle ich Ihnen seit zwei Tagen, Sie begreifen es bloß nicht.)

wie wollen wir umsteuern, wie wollen wir umstrukturieren. Keine Frage. Na, ich will's versuchen, dass wir da reingehen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, okay. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt kommt die Vision.)

Und dazu muss ich auch eine Grundeinstellung haben, wie ich Visionen umsetzen will. Und wenn ich die Äußerungen des Kollegen Fraktionsvorsitzenden Nieszery zu unserem Änderungsantrag "Wasserentnahmegeld" hier noch einmal deutlich in die Öffentlichkeit reinbringen kann,

(Heinz Müller, SPD: Ja, jetzt kommen die großen Brocken. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt kommt sie, jetzt kommt die große Vision.)

dann hat er zuerst gesagt, die paar Cent, nachdem der Kollege Borchert 3 Millionen Euro definiert hat.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die paar Cent für jeden. – Rudolf Borchert, SPD: 6 Euro für eine vierköpfige Familie im Jahr, Herr Roolf.)

Und dann, Herr Nieszery, haben Sie auf den Hinweis, dass das, wenn wir das so umsetzen, zu einer Verschlechterung des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern führt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch Quatsch. Das ist doch Blödsinn.)

haben Sie auf diese Äußerung gesagt: Sie wollen eine Entlastung dieser Leute. Ja, wir wollen eine Entlastung der Unternehmerinnen und Unternehmer,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Gino Leonhard, FDP: Ganz genauso ist das. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie nehmen doch sogar eine Sondervergütung.) denn mit dieser Entlastung werden wir Arbeitsplätze schaffen. Sie schüren eine Neiddebatte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Sie sagen, wir wollen diese Leute, diese Unternehmen höher belasten. Das ist eine unverantwortliche Politik, Herr Nieszery.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ein Unternehmen, das bei 6 Euro im Jahr pleite geht, ist kein Unternehmen, Herr Roolf. Hören Sie auf mit dem Blödsinn!)

Es tut mir herzlich leid. Sie haben hier die Unternehmer im Land in eine Ecke gedrängt. Das sind nicht diese Leute, das sind die Leute, die Arbeitsplätze schaffen – jeden Tag wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Gino Leonhard, FDP: Ja, richtig.)

Es steht Ihnen nicht zu, mit diesen Leuten so umzuge-

Und dann sind wir bei den Ausrichtungen, die wir für die Zukunft brauchen. Das erste Thema ist Generationengerechtigkeit. Herr Kollege Borchert, da sind wir wieder beim FDP-Antrag. Wir haben gefordert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker zu unterstützen, mehr Geld einzusetzen für eine Generationengerechtigkeit,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Herdprämie lässt grüßen.)

mehr Geld einzusetzen, damit die Auszubildenden hier im Land wieder zu ihrer Berufsschule fahren können, mehr Geld einzusetzen, damit die Auszubildenden hier überhaupt im Land bleiben, denn nur ein junger Mensch, der hier bleibt, wird auch dauerhaft über die Ausbildung hinaus hier arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Was haben Sie gemacht? Abgelehnt! Zum Thema Generationengerechtigkeit von Ihnen außer Luftblasen gar nichts.

Und dann hab ich den zweiten Punkt, in dem ich sage, ich muss die eigenen Möglichkeiten des Einsparens definieren. Da sind wir bei der Funktionalreform. Die Funktionalreform, die Sie angehen, wird nicht zu einer zwingend notwendigen Einsparung führen. 2006 – jetzt geht's mit der Keule gegen die CDU – hat die CDU sich hingestellt: Wir wollen bei Ministerien einsparen. Was haben Sie gemacht?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Jetzt hören Sie sich die Tiefschläge mal an! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir haben ein Ministerium eingestellt, ja, ja. Wie oft, Herr Roolf, wie oft kommt denn dies noch? – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ha, ha, ha! Das sind ja ganz starke Visionen.)

An dieser Stelle haben Sie nicht den Hintern in der Hose gehabt, um das umzusetzen. Wir haben einmal kurz gerechnet: Die Zusammenführung, die notwendige Zusammenführung von Wirtschafts- und Verkehrsministerium hätte uns jährlich um mindestens 10 Millionen Euro entlastet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aua, aua, Herr Roolf! Wie kommen Sie denn darauf? – Zuruf von Egbert Liskow, CDU) Und das ist etwas, was wir für 2011 auf jeden Fall angehen können.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Jährlich 10 Millionen! Die Zusammenlegung jährlich 10 Millionen!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schade, dass Sie nie regieren werden und das wirklich umsetzen müssen.)

Und dann sind wir bei dem, wie wir das, was wir hier leisten können, nach draußen tragen und wo wir eigentlich für uns aus Mecklenburg-Vorpommern zukünftig die Schwerpunkte setzen. Herr Ministerpräsident, ich hab Sie heut morgen im "Nordmagazin" gesehen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ihre Redezeit ist gleich zu Ende.)

und habe einen sehr traurigen Ministerpräsidenten gesehen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

der den Eindruck gemacht hat, Mensch, hier gibt mir auch keiner Geld. Was mache ich denn nur?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, es wird erst mal Geld weggenommen durch Schwarz-Gelb, Herr Roolf. Soll sich darüber ein Ministerpräsident freuen? – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Er hat nicht mal überlegt, was kann ich selber an Leistungen einbringen. Wir sagen, zukunftsfähig stellt sich Mecklenburg-Vorpommern nur dann auf, wenn es dahin geht, wo es präsent sein muss, nämlich in der Stärkung unserer Präsenz in Berlin in unserer Landesvertretung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ho, ho, ho, ho!)

Da brauchen wir keine SPD-Parteizentrale, sondern da brauchen wir einen offenen Dialog

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was unterstellen Sie dem Staatssekretär jetzt gerade?)

und da brauchen wir ein offenes Werben für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und das tun die nicht.)

Und wir müssen eine Präsenz ...

(Rudolf Borchert, SPD: Und was hat das mit dem Doppelhaushalt zu tun?)

Das hat mit Bereitstellung von Geldern was zu tun.

(Rudolf Borchert, SPD: Ach so? – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach ja?)

Und wir müssen eine bessere Präsenz in Brüssel haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das sind ja gnadenlose Visionen.)

denn dort werden die Dinge, gerade die unser Agrarland ...

Dort müssen wir Akzente setzen, dass wir auch dort im Prinzip die Dinge besser einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gnadenlose Visionen.)

Und dann müssen wir überlegen, wie gehen wir ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das heißt also, mehr Personal einstellen, oder?)

Herr Nieszery, hören Sie doch einmal zu! Herr Nieszery, wenn ich etwas ändern will, dann kann ich, so, wie Sie es machen, mich zuhause hinsetzen und jammern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich jammere nicht. Das tu ich nicht, im Gegenteil. – Rudolf Borchert, SPD: Das tun wir nicht. Im Gegenteil, wir freuen uns über den Doppelhaushalt.)

Wir Liberalen sagen: Wir gehen raus nach Berlin, gehen raus nach Brüssel, gehen raus, indem wir das, was wir an Möglichkeiten haben, nämlich unsere Marketingbudgets ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Marketingbudget!)

Sie geben über alle Haushaltstitel hinaus 20,8 Millionen Euro für Landesmarketing aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, gucken Sie sich das mal an!)

Was erreichen Sie denn damit? Nichts, gar nichts erreichen Sie damit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Sie müssen diese Mittel, diese finanziellen Rahmenbedingungen, die Sie haben, auch da einsetzen, wo sie notwendig sind, nämlich da, wo sie für Mecklenburg-Vorpommern werben. Wenn Sie permanent zuhause bleiben ...

(Rudolf Borchert, SPD: Also das heißt, die FDP will die Marketingmaßnahmen gegen null fahren, ja?)

Na ja, wir wollen zumindest nicht die 70.000 Euro für seine PR-Umfrage, die wollen wir auf keinen Fall haben.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Fragen Sie mal den Landestourismusverband, wenn wir die Ausgaben gegen null fahren wollen. Machen Sie das mal! Tolle Vision!)

Wenn Sie permanent hier zuhause sitzen und die Jammernummer abziehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir jammern nicht. Wir sind anders im Gegensatz zu Ihnen, die Sie nur das Land schlechtreden wollen.)

wird keiner zu uns kommen. Ihrer Haushaltspolitik fehlt es an Transparenz, Ihrer Haushaltspolitik fehlt es an klarem Einsparwillen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und Ihnen fehlt es an Visionen. Gott sei Dank dürfen Sie dieses Land nicht regieren.)

und Ihrer Haushaltspolitik fehlt es auch an Bereitschaft, sich Argumenten zu öffnen.

(Rudolf Borchert, SPD: Uns ausgerechnet keinen Einsparwillen vorzuwerfen.)

Das ist eine Basis, auf der Sie die Zustimmung der Liberalen zu solch einer Haushaltspolitik nicht bekommen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich hab noch nichts von Visionen gehört, tut mir leid, Herr Roolf.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Roolf

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Regierungsfraktionen haben im September mit einer Sondersitzung den Haushaltsentwurf für die Jahre 2010 und 2011 in den Landtag eingebracht, welcher in der heutigen Landtagssitzung von den Regierungsfraktionen SPD und CDU mit minimalen Änderungen durchgewunken wird.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Herr Dr. Nieszery, wenn Sie rumpöbeln möchten, gehen Sie doch bitte nach draußen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ein Haushalt ist immer auch ein Spiegelbild zur Politik der jeweiligen Regierung. Es liegt in der Natur der Sache und im Verhalten der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, dass heutzutage alles, was geschieht oder auch nicht geschieht, in den höchsten Tönen gelobt wird. Erst wenn die Politik der Landesregierung aber ganzheitlich durchleuchtet wird, ist der Haushalt dieser Regierung auch nachvollziehbar und der schöne Schein verblasst sehr schnell. Die Rahmenbedingungen für den Alltag, in dem viele Deutsche in Mecklenburg und Vorpommern auf höchst unterschiedliche Weise bestehen müssen, werden durch die Politik bestimmt. Insofern trägt die Politik ebenso auch die Verantwortung für die Lebensbedingungen in unserem Land.

Wie aber sehen diese Lebensbedingungen bei Lichte betrachtet aus? Nach einer Pressemitteilung des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern erhielten Ende 2007 mehr als 282.000 Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns Leistungen zur sozialen Mindestsicherung, davon rund 92 Prozent Hartz IV. Somit waren 16,8 Prozent oder, besser gesagt, mehr als jeder sechste Einwohner unseres Landes auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Bundesdurchschnitt erhielten insgesamt 9,8 Prozent finanzielle Unterstützung zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhaltes.

Die Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns sind im Ländervergleich am stärksten armutsgefährdet. Risikofaktoren sind vor allem Erwerbslosigkeit, Alleinerziehung und geringe Qualifikation. Etwa jede Vierte und jeder Vierte ist in Mecklenburg-Vorpommern durch Armut bedroht und Mecklenburg-Vorpommern weist dadurch die höchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer auf. 67,2 Prozent der Erwerbslosen gelten aufgrund des geringen Lohn- und Gehaltniveaus sowie des hohen Hartz-IV-Empfängeranteils in unserem Bundesland als armutsgefährdet. Nahezu jedes dritte Kind in unserem Land ist von Hartz IV abhängig. 15.635 Bürger beziehen zudem Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung.

(Egbert Liskow, CDU: Haushalt!)

"MV tut gut.", so Ihre Werbeparole. Warum aber immer seltener den eigenen Bürgern? Unsere Bürger haben zudem bundesweit die geringste Kaufkraft. Die genannten Zahlen beschreiben die wahre Situation in unserem Land. Obwohl Ihnen diese Zahlen sehr genau bekannt sind, wundern Sie sich über die Flucht vieler Mecklenburger und Pommern aus unserer schönen Heimat und beklagen diese öffentlich auch noch.

Aber auch wirtschaftlich ist in Mecklenburg-Vorpommern vieles in Bewegung geraten. Sagt Ihnen, Herr Seidel, der Name Burlakow noch etwas? Ich meine diesen offensichtlich sehr seriösen und vertrauenserweckenden Herrn aus Russland, der unsere Werften in Warnemünde und Wismar in den Abgrund führte und die Wirtschaftspolitik der Landesregierung gleich mit. Denn Landesregierungen Mecklenburg-Vorpommerns haben seit jeher ein glückliches Händchen beim Ausgeben der Steuergelder. Wenn es aber darum geht, für die Vergabe von Steuergeldern Mitspracherechte oder zumindest Sicherheiten zu erhalten, bleibt die Landesregierung untätig. Auch die offensichtlich nicht ausreichend geprüfte Vergabe von Steuergeldern dürfte zwielichtige Investoren nach Mecklenburg-Vorpommern locken. Dieses stellen in dieser Woche sogar die Medien

Unser Land hat eine Schuldenlast von mehr als 10 Milliarden Euro zu tragen. Gespart werden soll aber, so war es dem Telefonforum des "BLITZ am Sonntag" am 13. Dezember 2009 zu vernehmen, langfristig durch das Personalkonzept. So sollen mindestens bis zum Jahr 2020 Stellen in der Landesverwaltung abgebaut werden. Wenn man einen aufgeblähten Verwaltungsapparat hat, ist dieses auch in Ordnung. Uns wurde aber zugetragen, dass viele Bereiche in den Behörden bereits jetzt schon nicht mehr wissen, wie sie mit dem Personal die Aufgaben bewältigen sollen.

Statt über ein Personalkonzept nachzudenken, sollten Sie sich lieber endlich einmal über ein Aufgabenkonzept Gedanken machen. Eine vernünftige Strukturierung der Aufgaben und Verteilung von oben nach unten ist dringend geboten. Die politischen Zustände, und hierzu gehören auch die finanzpolitischen, haben die vier selbsternannten demokratischen Fraktionen zu verantworten

Den Schuldenstand von mehr als 10 Milliarden Euro habe ich bereits genannt. Mit Vollzug dieses Haushaltes werden Sie die Rücklagen des Landes verbraucht haben. Die Verantwortung für dieses Desaster wollen Sie aber nicht übernehmen. Mein Fraktionsvorsitzender hatte dieses bereits in der Ersten Lesung zu diesem Haushaltsentwurf betont. Ich zitiere ihn gerne noch einmal an dieser Stelle: "Wenn die Steuereinnahmen aufgrund der Leistungsfähigkeit in erster Linie der mittelständischen Wirtschaft und der" Erwerbstätigen "sprudeln, verkaufen Sie das stets als Leistung Ihrer Politik. Wenn die Steuereinnahmen" zurückgehen, "verweisen Sie" generell "auf die schlechte Konjunktur, um damit jede Verantwortung für das sich Weiterdrehen der Schuldenspirale des Landeshaushalts weit von sich zu weisen."

Ihre Politik der letzten 20 Jahre ist für unser Volk eine einzige Katastrophe. Zunächst haben Sie es zu verantworten, dass die DDR-Industrie Anfang der 90er-Jahre plattgemacht wurde, damit international agierende Konzerne einen neuen Markt erobern konnten. Werner Sinn, bekannt unter anderem als Leiter des IFO-Instituts und auch Autor zahlreicher Bücher, hat bereits Mitte

der 90er-Jahre sehr detailliert nachgewiesen, dass viele DDR-Betriebe weit unter Wert verscherbelt wurden. Lesen Sie sich einmal die Bücher dieses Herrn durch!

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Lieber nicht!)

Sie werden in manchen Dingen eine ganz andere Sichtweise bekommen.

Die beschriebenen Sachverhalte haben mittelbar und unmittelbar Auswirkungen auf die Finanzsituation und somit auch den Haushalt des Landes. Deshalb hätten Sie den Doppelhaushalt auch unter dem Titel "Doppelhaushalt 2010/2011 – Ergebnis einer 20-jährigen Misswirtschaft" hier einbringen können. Allein schon die Massenflucht Mecklenburger und Pommern seit 1989 aus unserer schönen Heimat hat zu schwerwiegenden Folgen – auch finanzpolitischen – für unser Land geführt. Die Verantwortung für diese Entwicklung tragen Sie als Vertreter von SPD, CDU, LINKE, PDS, SED und FDP.

In der Kombination aus dem geänderten Finanzausgleichsgesetz und dem vorliegenden Haushaltsentwurf fügt die Landesregierung unseren Kommunen schweren Schaden zu. Schon sind drastische Sparmaßnahmen für das Jahr 2010 in etlichen Kommunen angekündigt worden. Eine Haushaltssperre wird der nächsten folgen und die freiwilligen Leistungen der Kommunen, welche in den letzten Jahren schon fast auf null zurückgefahren worden sind, bleiben hier auf der Strecke. Ist dieses Ihr Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung?

Einige Gemeinden haben glücklicherweise bereits angekündigt, gegen die Änderungen zum FAG Rechtsmittel einzulegen. Wir wünschen diesen Gemeinden viel Erfolg und drücken ihnen die Daumen. Viele Gemeinden haben zu Recht kein Verständnis dafür, dass auf ihre Kosten die Zentren gestärkt und somit der ländliche Raum vernachlässigt wird. All dies sind Auswirkungen Ihrer Finanzpolitik.

Aber schauen wir uns einige wesentliche Bestandeile des Haushaltes mal an. Ursprünglich waren im Einzelplan 01, dem Haushaltsplan des Landtages, 594.000 Euro Planungskosten für die Neugestaltung beziehungsweise Umgestaltung des Plenarsaals eingeplant. Mit etwas fadenscheinigen Gründen wurde dieser Betrag in den Einzelplan 12 verlegt, jedoch ohne zukünftig in den Erläuterungen auf den Bestimmungszweck hinzuweisen. Die NPD-Fraktion lehnt – dieses betone ich an dieser Stelle gerne noch einmal – einen neuen Plenarsaal ebenso ab wie eine aufwendige Sanierung des jetzigen Plenarsaals. Die Bedingungen, unter welchen wir hier unseren Dienst für die Bürgerinnen und Bürger verrichten müssen, zu verrichten haben, sind in Ordnung.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wenn aus baulichen und/oder gesundheitlichen Gründen Änderungen notwendig sind, hat das seinen guten Grund. Was Sie allerdings planen, hat hiermit nur sehr, sehr begrenzt etwas zu tun.

Dann wollen Sie die Gebühren für das Grundwasser noch verdreifachen mit der Begründung, diese Erhöhung sei im Vergleich zu anderen Bundesländern noch moderat. Was die Erhöhungen aber im Einzelfall für die betroffenen Unternehmen und für die Bürger bedeuten, verschweigt die Landesregierung wieder einmal.

41 Änderungsanträge zu diesem Haushaltsentwurf haben wir von der NPD-Fraktion eingebracht.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Dabei haben wir uns lediglich darauf beschränkt, Möglichkeiten für Einsparungen aufzuzeigen. Insbesondere für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit in den Ministerien, der Staatskanzlei und des Landtages ist Maßhalten dringend geboten. So ist es unseres Erachtens ein absolutes Unding, dass Minister mit Haushaltsmitteln für sich persönlich werben. Sehr makaber ist in diesem Zusammenhang die erneute Einstellung von 70.000 Euro für eine erneute Umfrage der Staatskanzlei,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Tja.)

sozusagen Wahlkampf auf Kosten des Landeshaushaltes.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Sellerie, Sellera, Sellering!)

Der Ministerpräsident scheint offensichtlich sehr große Probleme mit seinem geringen Bekanntheitsgrad bei den Bürgerinnen und Bürgern im Lande zu haben. Wir Nationalen fordern daher folgerichtig die Streichung der gesamten Maßnahmegruppe 05, die sogenannte strategische Regierungsplanung, die nichts anderes bedeutet als versteckte Wahlkampfhilfe für den Ministerpräsidenten.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, ich muss Sie leider unterbrechen.

Herr Abgeordneter Borrmann, für Ihren Zwischenruf erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Haben Sie etwas gegen Gemüse?)

Das ist ein zweiter Ordnungsruf. Ich mache Sie gleich darauf aufmerksam, beim dritten Ordnungsruf wird Ihnen entsprechend unserer Geschäftsordnung das Wort entzogen.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Jetzt verschlägt's ihm die Sprache. – Raimund Frank Borrmann, NPD: Auch Gartenzwerge müssen sich mal äußern.)

Stefan Köster, NPD: Ein weiterer Schwerpunkt der NPD-Fraktion ist die Unterstützung der Kutter- und Küstenfischerei im Land. Durch die Kürzung der Fischfangquote für Heringe in der westlichen Ostsee, welche unsere Fischer besonders hart trifft, ist eine größere Hilfe für die Fischer zwingend geboten. Unsere Fischer benötigen die Hilfe des Landes, um die Existenz aufrechterhalten zu können. Die von SPD und CDU eingestellten Mittel in Höhe von 1 Million Euro sind viel zu niedrig.

Selbstverständlich sprechen wir uns weiterhin für die Abschaffung des Verfassungsschutzes aus. Unser Land braucht diese Abteilung, welche mit zwielichtigen Mitteln und offensichtlich auch rechtswidrigen Mitteln –

(Harry Glawe, CDU: Das könnte Ihnen gefallen, ja, das könnte Ihnen gefallen.)

ich nenne Ihnen nur den Fall Michael Grube als Beispiel – Andersdenkende bespitzelt, verfolgt, nötigt und auch kriminalisiert, absolut nicht. Daher ist die Auflösung des Verfassungsschutzes sofort dringend geboten.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Sehr richtig.)

Aber auch Ihre gesamten multikulturellen Steuergeldverschwendungen lehnen wir Nationalen kategorisch ab. Selbstverständlich lehnen wir auch die finanzielle Unterstützung der Parteien aus dem Landeshaushalt über Zuwendungen für Jugendorganisationen, Stiftungen und

kommunalpolitische Vereinigungen von mehr als einer halben Million Euro ab und machen dieses auch mit unseren Änderungsanträgen deutlich.

Anhand der starken Erhöhung der Ausgaben für diesen Bereich wird umso deutlicher, dass Ihre Parteien parteipolitisch hier in unserem Land zum Glück vor dem Kollaps stehen. Natürlich halten wir die Mehrzahl Ihrer internationalen Organisationsbeteiligungen für absolut entbehrlich. Nach Auskunft unseres Fraktionsvorsitzenden, der ein einziges Mal an einer solchen Veranstaltung teilnahm, besteht der Höhepunkt im Sturm auf das kalte Büffet.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, genau.)

Mit unseren Änderungsanträgen zeigen wir Ihnen auf, was verzichtbar ist. Ferner fordern wir eine komplette Umgestaltung der Kampagne "MV tut gut." In ihrer bisherigen Form ist diese Maßnahme total gescheitert.

Jetzt kommen wir zu einem Schwerpunkt Ihrer verfehlten Politik, dem Kampf gegen die bösen Rechten.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Na, na!)

Schauen Sie sich doch einmal die gescheiterten Existenzen an, welche Sie mit Ihren Steuermitteln im Namen von Demokratie und Toleranz finanzieren. Statt Bekämpfung heimattreuer Deutscher benötigen wir endlich eine Stärkung des Bewusstseins für Heimat und Identität.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Bei Ihren Maßnahmen zur Förderung von Demokratie und Toleranz handelt es sich fast ausnahmslos um Aktionen zur Bekämpfung der nationalen Opposition. Dies gilt gerade auch für den Bereich Jugendpflege. In Wirklichkeit unterlassen Sie häufig jungendpflegerische Maßnahmen, während stattdessen demokratisch legitimierte Organisationen wie beispielsweise die Nationaldemokratische Partei Deutschland offen mit staatlichen Mitteln bekämpft werden.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, ja.)

Dieses steht aber sehr deutlich im Widerspruch zum Grundgesetz und auch zu unserer Landesverfassung.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, das sind die Feinde der Demokratie.)

Abschließend verweise ich auf unsere Änderungsanträge zur Stärkung des Heimatbewusstseins und der Identität. So fordern wir unter anderem eine Erhöhung der Mittel für den Landeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden", für die historische Kommission "Mecklenburg und Pommern" sowie für die Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes. Stärkung des Heimatbewusstseins und der Identität sowie die Reintegration der Fremden sind das Gebot der Stunde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Raimund Frank Borrmann, NPD: Bravo!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Löttge von der Fraktion der CDU.

Mathias Löttge, CDU: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auf eine Sache will ich nur kurz eingehen, das sind die Herren von der Fensterfront. Ich glaube, mit der Rede, die wir eben gehört haben, ist deutlich geworden, dass wir die Ände-

rungsanträge mit Sicherheit nicht brauchen und dass wir ganz dringend den Landesverfassungsschutz brauchen und auch erhalten werden, neben anderen Maßnahmen, wie zum Beispiel zur Stärkung von Demokratie und Toleranz.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Ansonsten, meine Damen und Herren, haben wir heute nach einer intensiven Diskussion in den Fachausschüssen und im Finanzausschuss nunmehr den Doppelhaushalt für die Jahre 2010/2011 hier im Parlament in Zweiter Lesung. Es ist sicherlich guter Brauch, dass Vertreter der Opposition diesen vorgelegten Haushalt in einzelnen Punkten nicht so gut finden.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Auch in Gänze nicht. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Das scheint ganz einfach in der Demokratie so zu sein,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist so.)

aber das bedeutet noch lange nicht, dass er schlecht ist, weil wir definitiv der Meinung sind, der Haushalt ist gut.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Wenn ich, meine Damen und Herren, so die bisherigen Reden, auch von der Opposition, gehört habe,

(Egbert Liskow, CDU: Meint er eigentlich auch.)

dann muss ich sagen, Herr Roolf, schönen Dank natürlich für das Lob an die CDU,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Möchte doch mit Ihnen zusammenarbeiten. – Jochen Schulte, SPD: Es kommt immer darauf an, wer das sagt. – Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

aber da sind wir der FDP auch schon entgegengekommen mit dem BioCon-Valley-Antrag, den wir noch etwas verbessert und danach durchgetragen haben. Das war dann schon einmal der Dank für das Lob. Ansonsten ist Herr Roolf bedauerlicherweise, und das war auch gestern in der Aktuellen Stunde schon ein bisschen so, nicht ganz seinen Ankündigungen gefolgt,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Sehr richtig, sehr richtig.)

nämlich die Visionen, die uns versprochen wurden für den Haushalt, die blieben bedauerlicherweise aus.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Visionsarm, visionsarm. – Jochen Schulte, SPD: Das ist keine Vision. Das ist eine Fata Morgana. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nun zu Herrn Holter. Da muss ich einmal sagen, eine Politik des "Weiter so" muss nicht schlecht sein, nämlich wenn man Politik und insbesondere auch Finanzpolitik in der Vergangenheit sehr gut gemacht hat und auch so beibehalten möchte, dann darf man ruhig so weitermachen. Ich glaube, die Finanzpolitik, die die Große Koalition in den zurückliegenden Jahren gemacht hat und auch mit diesem Doppelhaushalt weiterverfolgt, ist gut.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, finanzpolitisch ist das sicher korrekt, es ist bloß fachpolitisch nicht tragfähig.) Insofern werden wir sie auch weiter so machen.

Meine Damen und Herren, leider sind mir die Fraktionsvorsitzenden der Opposition jetzt hier so ein bisschen abhandengekommen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, wir sind ja auch noch da. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

aber ich muss mal eins sagen: Ich war im Wirtschaftsausschuss auch dabei. Und wenn nun permanent angesprochen wird, dass wir uns mit den Anträgen der LINKEN im Wirtschaftsausschuss nicht hinreichend auseinandergesetzt haben, dann hat es aber auch etwas damit zu tun, dass die Anträge nicht neu sind. Denn diese Anträge wiederholen sich permanent

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, weil sie richtig sind aus unserer Sicht.)

und sind insbesondere auf den öffentlichen Beschäftigungssektor gerichtet, auch auf einiges andere mehr, aber das ist schon ein ganz wesentlicher Schwerpunkt und da gibt es nun ganz konkret politisch unterschiedliche Auffassungen.

Wir haben uns klar dazu bekannt, den ersten Arbeitsmarkt zu stärken,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das klappt nur nicht so richtig.)

die Wirtschaft im Lande zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolfgang Griese, DIE LINKE: Das Ergebnis spricht nicht für Sie.)

Ich finde, es ist eine gute und richtige Wirtschaftspolitik, die dieses auch komplex gestaltet. Nun können einige Herren sagen, das klappt noch nicht so richtig. Nun sage ich einmal umgekehrt: Wie war es denn in der Vergangenheit? Wie sah es denn 2006 aus? Wo standen wir mit der Arbeitslosigkeit in diesem Lande im Jahr 2006 und was haben wir durch gute Wirtschaftspolitik erreicht?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist statistische Schummelei, was Sie da machen.)

Wir haben heute die geringste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren und wir haben die meisten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Wenn das nicht für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik spricht, was dann, meine Herren? Im Jahr 2006 sah es genau umgekehrt aus.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Sie wissen doch, wie die Statistik hingerechnet wird.)

Insofern muss man auch einmal sagen, die Wirtschaftspolitik bis dahin lässt sich dann durchaus auch infrage stellen, insbesondere aber auch die Arbeitsmarktpolitik.

Meine Damen und Herren, aber nun zurück zum Haushalt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ihr betrügt euch selber mit den Zahlen.)

Ich denke, man muss sich, wenn man diesen Haushalt betrachtet, auch vor Augen führen, wie schwierig unsere Ausgangslage war und ist. Die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen sind außerordentlich schwierig und es ist sicherlich ein großer Erfolg der Koalition, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung in dieser schwierigen Situation vorlegen können.

Allerdings, und das will ich auch sagen, gelingt uns das auch nur dadurch, dass wir Rücklagen auflösen. Es ist also bei Weitem nicht so rosig, wie es manchmal scheint, und schon gar nicht ist diese Zeit dafür geeignet, von diesem bewährten Kurs, keine neue Schulden aufzunehmen, abzurücken. Das wäre der falsche Weg und das ist leider bei einigen Anträgen der Opposition so der Fall, dass man sich von der soliden nachhaltigen Haushaltspolitik der letzten Jahre verabschieden möchte. Herr Kollege Borchert hat darauf auch schon hingewiesen.

Meine Damen und Herren, dass es uns wieder gelungen ist, einen ausgeglichen Haushalt, ohne Neuverschuldung vorzulegen, hat sicherlich etwas damit zu tun, dass durch die Landesregierung ein sehr konservativer und, so weit man bei Kameralistik davon sprechen kann, kaufmännisch gut gerechneter Entwurf vorgelegt wurde. Durch die zurückhaltenden Ansätze und die etwas positiver als erwartet ausgefallene Steuerschätzung im November, aber auch durch die nachhaltige und solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre konnten die noch auftretenden Mehrbedarfe weiterhin ohne Neuverschuldung dargestellt werden. Deswegen, meine Damen und Herren, möchte ich mich ganz besonders bedanken für die gute Arbeit und die gute Zusammenarbeit, die es zwischen Finanzausschuss und den einzelnen Fachausschüssen bei der Gestaltung dieses Doppelhaushaltes gegeben hat.

Durch diese gute Arbeit und Zusammenarbeit ist es uns insbesondere gelungen, in verschiedenen Politikfeldern wirklich vieles zusätzlich zu gestalten. Immerhin konnten durch die angenommenen Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse sowie die Änderungsanträge, die im Finanzausschuss beschlossen wurden, noch über 50 Änderungs- und Entschließungsanträge in den Haushalt eingearbeitet werden. Dadurch haben sich die Gesamtausgaben von gut 7 Milliarden Euro pro Haushaltsjahr noch einmal um immerhin 69 Millionen Euro in 2010 und 61 Millionen Euro in 2011 erhöht. Auf diese Weise konnten dringende Bedarfe, die im Regierungsentwurf noch nicht ausreichend berücksichtigt waren, durch politische Schwerpunktsetzung in den Haushalt mit entsprechenden Deckungen aufgenommen werden.

Dabei ist es uns insbesondere gelungen, die jeweiligen Gruppeninteressen mit dem übergeordneten Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes in Einklang zu bringen. Was sicherlich gut und richtig ist, ist die Tatsache, dass es uns gelungen ist, die Deckung nicht über Leistungstitel darzustellen, da eine Deckung über Leistungstitel immer auch für gewisse Unwägbarkeiten sorgt, da man nicht genau kalkulieren kann, wie sie in Anspruch genommen werden. Insofern war es richtig, dieses mit diesem Haushalt 2010/2011 anders zu gestalten. Dass uns dieses gelingen konnte, ist insbesondere auch der Entwicklung am Zinsmarkt zu verdanken, denn in einigen Fällen konnte damit eine Deckung aus dem Zinstitel im Einzelplan 11 ermöglicht werden.

Meine Damen und Herren, die angesprochenen Erhöhungen der Mitteleinsätze erlaubten wichtige Schwerpunktsetzungen innerhalb des Haushaltes, die ich hier an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich hervorheben möchte. Die Mehrausgaben im Bereich Soziales, also insbesondere die Erhöhung der Familieförderung um 200.000 Euro, die Ausstattung der Pflegestützpunke mit 750.000 Euro und die schon im Regierungsentwurf eingearbeitete Erhöhung der Kindertagesförderung um jährlich 15 Millionen Euro hat unser Fraktionsvorsitzender bereits dargestellt. Ich möchte hier noch einmal

ausdrücklich die positive Bewertung teilen und betonen, dass diese Schwerpunktsetzungen gerade im Bereich Soziales für unsere Menschen im Land von größter Wichtigkeit sind.

Meine Damen und Herren, in den Verhandlungen stand die Erhöhung der Zuweisung für die Sportförderung in einem engen Zusammenhang mit den Schwerpunkten im Bereich Soziales. Auch hier konnten mit der Erhöhung der Sportförderung um 1 Million Euro in den Jahren 2010/2011 noch einmal deutliche Akzente im Rahmen der parlamentarischen Arbeit gesetzt werden.

(Egbert Liskow, CDU: Sehr richtig.)

Auch wenn es so als Nichts dargestellt wird, ich meine, dass gerade diese zusätzliche Förderung notwendig ist, um die Arbeit weiterhin in den Vereinen zu garantieren

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

und etwas im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit in diesem Land zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, zu einem nächsten Punkt. Auch das hört sich wenig an, aber ich denke, da hat Mecklenburg-Vorpommern Zeichen gesetzt. Immerhin haben wir 1 Million Euro als einmalige Förderung für eine besondere Berufsgruppe eingesetzt, nämlich für die Kutter- und Küstenfischerei, und haben das gedeckt aus dem Landwirtschaftssondervermögen des Landes. Ich meine, damit haben wir auf bestimmte europäische Entwicklungen reagiert, haben alles dafür getan, einer Berufsgruppe erst einmal über eine schwierige Zeit hinwegzuhelfen. Denn was wäre Mecklenburg-Vorpommern ohne Fischer? Insofern muss diese Berufsgruppe, muss die Fischerei erhalten bleiben. Deswegen war es richtig und wichtig, diese Million Euro in den Haushalt aufzunehmen und bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, ein besonders Anliegen war auch für unsere Fraktion die aufgabengerechtere Finanzierung der Vereine und Verbände zur Förderung der Opferhilfeberatung. Hier konnte eine Aufstockung des entsprechenden Titels um circa ein Drittel, das heißt auf gut 340.000 Euro erreicht werden. Damit wurde auch dieser Bereich nachhaltig gestärkt.

Auch im Bereich Bildung haben wir gezeigt, dass es für uns ein wichtiger Schwerpunkt ist. Es wurden zusätzlich zu den im Regierungsentwurf bereits eingearbeiteten Mehrausgaben von 15 Millionen Euro im Bereich Schule in den Verhandlungen auch noch Mehrbedarfe in den Bereichen politische Bildung und Hochschulen gedeckt. Auf diesen Bereich möchte ich nicht weiter eingehen, denn das wird mein Kollege Marc Reinhardt dann noch etwas ausführlicher und intensiver in der Debatte tun.

Ein besonderes Anliegen unserer Fraktion war es auch, die Kommunen nicht im Regen stehen zu lassen

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ha! Ha!)

und gerade in dieser aktuellen finanziellen Finanzlage zu helfen. Dementsprechend wurde das Gesetz zur Errichtung eines kommunalen Stabilisierungsfonds auf den Weg gebracht und ich meine nach wie vor, es ist richtig. Wenn man sich mit kommunalen Vertretern, auch Bürgermeistern, unterhält und wenn man sich vor Ort die Haushalte anguckt, dann war es richtig und wichtig, dieses Gesetz auf den Weg zu bringen.

Hinzu kommt, dass es natürlich auch Landeszuschüsse gibt. Ich will es noch einmal in Erinnerung rufen. Wir stellen die Kofinanzierungshilfe in Höhe von 10 Millionen Euro zur Verfügung. Wir schreiben fest die Mindestweitergabe der Wohngeldeinsparung. In den Jahren 2010 und 2011 sind das auch noch einmal 14,5 Millionen Euro, die zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren werden wir die Landeshauptstadt mit zusätzlichen 1,5 Millionen Euro unterstützen. Da wundert es mich immer ganz besonders, dass Frau Gramkow das eigentlich nicht mehr würdigt als bisher, denn ich denke, das ist auch eine konkrete Hilfestellung, wo wir unserer Verantwortung für die Landeshauptstadt gerecht werden. Ja, meine Damen und Herren, auch das muss man sagen.

Sollten zur Finanzierung – es wird so sein – Kreditaufnahmen notwendig werden, um diesen kommunalen Ausgleichsfonds zu speisen, wird das Land die daraus fälligen Zinsen tragen. Auch das sind noch einmal Mittel in Höhe von 20,2 Millionen Euro. Das ist eine wesentliche Hilfe für die Kommunen und ich denke, wir sind damit auch unserer Verpflichtung gerecht geworden, die Kommunen tatsächlich nicht im Regen stehen zu lassen. Ich glaube, im Zuge der Durchsetzung dieses Gesetzes, welches wir hoffentlich termingerecht beschließen werden im Monat Januar, wird das auch für die Kommunen spürbar werden.

Sie sehen, meine Damen und Herren, dass zusätzlich zu der Schwerpunktsetzung des Ausgangsentwurfes noch weitere Mehrbedarfe erkannt und gedeckt wurden, ohne dass sich die Notwendigkeit einer Neuverschuldung ergab. Maßgeblich hierfür, ich sagte es schon, war sicherlich zum einen der Entwurf der Landesregierung, der solide Entwurf der Landesregierung, aber auch die gute Zusammenarbeit zwischen den Finanzpolitikern und den Fachpolitikern bei der Gestaltung in den entsprechenden Einzelplänen.

Lassen Sie mich noch feststellen, dass es auf jeden Fall notwendig sein wird, auch zukünftig die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre konsequent fortzusetzen. Das ist insbesondere notwendig angesichts der demografischen Entwicklung in unserem Bundesland, aber auch angesichts der zurückgehenden Zuweisungen von EU und Bund. Es kann nicht sein, dass wir jetzt neue Schulden aufnehmen. Hier muss es bei dieser konsequenten Haushaltspolitik der vergangenen Jahre bleiben. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, wir müssen in Zukunft auch wieder dahin kommen, das zu tun, was wir in den letzten Jahren schon praktiziert haben, Schulden zu tilgen. Das sind wir, ganz einfach, den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern schuldig.

(Rudolf Borchert, SPD: Bloß bei der aktuellen Bundespolitik wird das künftig nicht mehr möglich sein.)

Insbesondere sind wir es zukünftigen Generationen schuldig. Man kann immer so einfach sagen, es interessiert die Menschen nicht, welche Finanzpolitik, welche Haushaltspolitik wir machen. Ich glaube, es wird zukünftig eine wesentliche Rolle spielen, um das Leben und die Politik in Mecklenburg-Vorpommern weiter gestalten zu können. Das erfordert eine solide konservative Haushaltspolitik und es erfordert auch, dafür Sorge zu tragen, dass es zukünftig wieder möglich sein wird, entsprechende Tilgung der bestehenden Schulden – und der Schuldenberg in Mecklenburg-Vorpommern ist enorm hoch – darzustellen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch zwei, drei Feststellungen:

Erstens möchte ich mich natürlich auch bedanken. Bedanken möchte ich mich bei der Finanzministerin und ihrem gesamten Haus. Bedanken möchte ich mich aber auch bei der gesamten Landesregierung und den einzelnen Häusern, und ich darf betonen, dass die Landesregierung nicht nur aus den genannten Ministerinnen und Ministern besteht, sondern der gehören noch einige CDU-Ministerinnen und -Minister an. Ich darf erwähnen Frau Ministerin Kuder.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Egbert Liskow, CDU: Oh!)

Ich darf erwähnen Herrn Minister Jürgen Seidel. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen unseren Innenminister Lorenz Caffier und natürlich auch unseren Bildungsminister Henry Tesch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Auf den komme ich noch zurück! Auf den komme ich noch zurück!)

Ich denke, meine Damen und Herren, ein so guter Haushalt geht nur im Team,

(Jörg Heydorn, SPD: Da sind sie ja richtig munter geworden, Mensch!)

und Team heißt Zusammenarbeit in der Koalition, Team heißt auch Zusammenarbeit in der Landesregierung. Dieses hat im Ergebnis dazu beigetragen, diesen soliden guten Haushalt hier heute vorzulegen, den wir dann hoffentlich auch nachher beschließen werden.

(Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Ich darf Sie jetzt schon einmal um Ihre Zustimmung bitten.

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen. Ich glaube, meine Damen und Herren, das Risiko, was wir haben, besteht nicht nur in dem heute so, gestern schon so und auch heute noch einmal geschmähten Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich glaube, ein viel größeres Risiko wäre es, wenn es uns nicht gelingt, durch geeignete Maßnahmen aus der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise herauszukommen. Was wir brauchen, sind sichere Arbeitsplätze. Was wir brauchen, ist entsprechende wirtschaftliche Entwicklung, und man muss darüber reden, welche Maßnahmen dahin führen können. Ich meine, mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz geplante Maßnahmen sind durchaus richtig und notwendig, und ich glaube, darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Darüber hat auch der Koalitionspartner nie diskutiert. Das ist zum Beispiel die Absenkung der Umsatzsteuer auf sieben Prozent. Auch das muss man dann sagen.

(Rudolf Borchert, SPD: Das bringt aber kein Wachstum, null Wachstum.)

Wer gegen das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist, der muss dann auch sagen, dass er gegen die Absenkung der Umsatzsteuer für Beherbergungsbetriebe auf sieben Prozent ist.

> (Rudolf Borchert, SPD: Ich habe das Gesetz nicht als Wachstumsbeschleunigungsgesetz bezeichnet.)

Wenn wir dann immerzu nur das eine als Risiko darstellen,

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist doch Etikettenschwindel.)

ich denke, wichtig ist wirklich die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten und in Mecklenburg-Vorpommern sollten wir alles dafür tun, dass uns dieses so gelingt.

Ein Letztes: Ich glaube, dass dieser Haushalt nicht nur sozialdemokratische Politik verkörpert, sondern genauso auch christdemokratische. Und eins will ich auch deutlich sagen: Eine konservative Haushaltspolitik ist immer auch eine gute Voraussetzung für solide Finanzen. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bitte ich um Ihre Zustimmung zum Doppelhaushalt 2010/2011

(Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

und freue mich auf die Umsetzung in den nächsten beiden Jahren auch mit dem Koalitionspartner. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Löttge.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! "Solide trotz Krise" lautete die Überschrift einer Pressemitteilung des Finanzministeriums nach dem Beschluss des Haushaltsentwurfes durch das Kabinett am 7. Juli dieses Jahres. Die Landesregierung hatte es sich zum Ziel gestellt, einen Doppelhaushalt aufzustellen, ohne zum Haushaltsausgleich neue Schulden aufnehmen zu müssen. Trotz erheblicher Steuerausfälle infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise konnte die Landesregierung dieses Ziel auch nach jetzigem Stand der Beratungen erreichen. Das erkennen auch wir als Opposition an.

Aber damit hört das Lob unsererseits dann schon auf. Von der groß verkündeten Solidität sind wir mit dem vorgelegten Haushalt weit entfernt. Schauen wir uns einige Eckdaten doch einmal genauer an:

Jedes Jahr gehen die Einnahmen aus dem Solidarpakt II um nahezu 80 Millionen Euro zurück. Mecklenburg-Vorpommern wird also bis 2020 über stetig fallende und immer geringere Finanzmittel aus dem Solidarpakt verfügen. Das Ergebnis der Maisteuerschätzung konnte im Wesentlichen mit den Zahlen der Novembersteuerschätzung zwar bestätigt werden, das befürchtete weitere Einbrechen der Steuereinnahmen blieb glücklicherweise aus, das Haushaltsvolumen erhöhte sich gegenüber dem ursprünglichen Planansatz um fast 70 Millionen Euro in 2010 und fast 62 Millionen Euro in 2011. Trotzdem, auch wenn Mecklenburg-Vorpommern für dieses Jahr aller Voraussicht nach einen guten Haushaltsabschluss erreichen wird, so sind die guten Jahre erst einmal vorbei.

(Rudolf Borchert, SPD: Tja.)

Den nahezu vollständigen Verbrauch der gesamten Rücklagen des Landes

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

in den nächsten beiden Jahren zur Realisierung des Haushaltsausgleiches betrachtete meine Fraktion bereits bei der Haushaltseinbringung kritisch. Selbstredend ist die Nutzung eigenen Geldes besser als die Aufnahme neuer Kredite und somit die Finanzierungskosten und die Schulden noch weiter auf kommende Generationen zu verteilen. Aber wir kritisieren, dass auch die zusätzlichen Mittel aus der Ausgleichsrücklage von derzeit fast 52 Millionen Euro vollständig für den Haushalt wieder verfrühstückt werden sollen.

Im Jahr 2010 soll die zusätzliche Entnahme aus der Rücklage 29,2 Millionen Euro und in 2011 22,9 Millionen Euro betragen. Das Land steht trotz des angekündigten guten Ergebnisses des Jahres 2009 wieder an der gleichen Stelle wie bei der Planerstellung. Mit dem Beschluss des Haushaltes verfügt das Land über keine weiteren Rücklagen nach 2011. In den letzten Jahren ...

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, wem haben wir das denn zu verdanken?)

Herr Borchert, wenn Sie die Sachen immer,

(Hans Kreher, FDP: Das war bei der Haushaltseinbringung schon deutlich, ne?)

wenn Sie die Sachen immer wiederholen, werden sie trotzdem nicht richtiger.

(Rudolf Borchert, SPD: 78 Millionen haben oder nicht haben.)

In den letzten Jahren war es so, dass Rücklagen wegen höherer Einnahmen des Landes gebildet werden konnten. Sollten die Einnahmen ab 2012 nicht wie erwartet steigen,

(Rudolf Borchert, SPD: Nee.)

verfügt das Land über keine weiteren finanziellen Puffer.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, was schlägt denn die FDP jetzt vor? Was schlägt die FDP konkret vor?)

In einer Zeitungsmeldung des "Nordkurier" rief die Finanzministerin zu weiterem Sparen auf.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Entweder Neuverschuldung oder Ausgabenkürzung.)

Von diesem Ansatz ist auch nach Vorlage der neuen Zahlen nichts zu spüren. Es wird weiterhin keine Vorsorge für kommende Zeiten getroffen. Dies ist keine nachhaltige Haushaltsführung. Gerade bei der derzeitigen Praxis des Stellenabbaus in der Landesverwaltung ist die Äußerung der Finanzministerin, weitere Einschnitte abzulehnen, für mich nicht nachvollziehbar. Zwar werden in der Kernverwaltung immer weniger Stellen ausgewiesen, diese werden aber oft nicht real abgebaut, sondern lediglich in die Maßnahmegruppe 96 "Disponibler Überhang" verschoben und stehen somit weiterhin auf der Gehaltsliste.

Weiterhin kritisiert meine Fraktion, dass es seitens der Landesregierung keine Ansätze gibt,

(Rudolf Borchert, SPD: Und was ist jetzt Ihr Vorschlag?)

aufgenommene Kredite zu tilgen.

(Rudolf Borchert, SPD: Sie müssen jetzt laut sagen, was Sie wollen!)

Dabei bleibt der Schuldenstand konstant bei 10,4 Milliarden Euro und durch die Bevölkerungsabnahme

(Rudolf Borchert, SPD: Kündigung, betriebsbedingt, schnellstmöglich.)

steigt die Pro-Kopf-Verschuldung der Bürger automatisch. Das Land lässt jede Perspektive vermissen, wie der Schuldenberg abgebaut werden kann.

Wir wollen die Auswirkungen der Krise für Mecklenburg-Vorpommern nicht verkennen. Da muss der Gürtel enger geschnallt werden und den Forderungen seitens der Landesregierung nach Einsparungen müssen auch Taten folgen.

(Rudolf Borchert, SPD: Dann machen Sie mal konkrete Vorschläge!)

Dieser Stillstand beim Schuldenabbau kann doch nicht unser Ziel und Ansatz sein. Mecklenburg-Vorpommern kann sich nicht auf den jetzigen Ergebnissen ausruhen. Es ist gut, dass der durchschnittliche Zinssatz für Kredite des Landes leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt, aber letztendlich hilft das der Entwicklung des Landes auch nicht weiter. Ein Verbleiben beim Status quo ist kein zukunftsgerichteter Ansatz für unser Land. Letztendlich bleibt die alte Forderung meiner Fraktion das Hauptcredo einer jeden Haushaltsberatung: Die Ausgaben haben sich grundsätzlich an der Höhe der Einnahmen zu orientieren.

(Egbert Liskow, CDU: Machen wir.)

Aufkeimende Begehrlichkeiten sind konsequent gegeneinander abzuwägen. Mit Blick auf DIE LINKE muss ich sagen, wir können nicht ständig über unsere Verhältnisse leben und die Lasten weiter auf zukünftige Generationen verschieben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Wo ist denn nun die Strategie der FDP? Was wollen Sie denn jetzt?)

Betrachten wir den Haushalt etwas genauer, dann ist festzustellen, dass die Landesregierung gerade die sächlichen Verwaltungsausgaben im IT-Bereich erhöht. Ein Rationalisierungseffekt ist mit den getätigten höheren Sachausgaben aber nicht zu erkennen. Nach Auffassung meiner Fraktion sollten gerade erhebliche Ausgabenerhöhungen im IT-Bereich dazu führen, die Verwaltung effizienter zu gestalten

(Rudolf Borchert, SPD: Das machen wir doch.)

und damit kostengünstiger.

(Rudolf Borchert, SPD: Das machen wir doch.)

In jeder Haushaltsberatung gibt es Gewinner und Verlierer. Zu den Verlierern der jetzigen Haushaltsberatungen ist wieder einmal das Wirtschaftsministerium zu zählen.

(Rudolf Borchert, SPD: Oh!)

Sein Anteil am Gesamthaushalt

(Rudolf Borchert, SPD: Oh, oh!)

nimmt weiter kontinuierlich ab. Nicht von ungefähr kommt daher der Vorschlag meines Fraktionsvorsitzenden, das Wirtschafts- und Verkehrsministerium zusammenzulegen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Als wenn das an der Haushaltssituation was ändern würde.)

Als größter Gewinner der Haushaltsberatung ist wohl das Bildungsministerium zu nennen. Der Mittelaufwuchs im Bildungsministerium wird durch meine Fraktion grundsätzlich begrüßt.

(Rudolf Borchert, SPD: Die haben umgeschichtet im Einzelplan 07. Was sind denn das für Gewinne? – Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Michael Roolf, FDP)

Weiterhin sind das Innenministerium, das Sozialministerium und wie im letzten Haushalt auch das Verkehrsministerium weitere Gewinner der Beratungen. Beim Sozialministerium und beim Bildungsministerium ist dies nicht weiter verwunderlich, feiert sich doch die Landesregierung damit, erhebliche zusätzliche Mittel für die frühkindliche Bildung und für die Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes bereitzustellen. Es reicht oftmals aber eben nicht aus, einfach mehr Geld in schlechte Strukturen zu stecken,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Sehr richtig. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

denn auch mehr Geld in einem schlechten System bringt unser Land nicht im gewünschten Maße weiter.

Die von der Landesregierung hochgesteckten Ziele einer Qualitätsverbesserung sind mit den zusätzlich bereitgestellten Mitteln bei Weitem nicht zu erreichen. Die geplante Erhöhung der Haushaltsansätze reicht weder aus, die Lohnkostensteigerung aufzufangen, die Mehrkosten infolge höherer Kinderzahlen auszugleichen oder gar den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Und der Haushaltsplan nimmt auf ein Gesetz Bezug, welches weder als Entwurf vorliegt, geschweige denn vom Landtag verabschiedet wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ähnliches gilt für den Schulbereich.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum Haushaltsbegleitgesetz. Auch dieses war Gegenstand sehr intensiver Beratungen in den Ausschüssen. Im Laufe der Ausschussberatungen wurde der Artikel 1 des Begleitgesetzes zwar sehr stark verändert, letztendlich waren die Änderungen aber nicht konsequent genug, um die von uns bereits bei der Haushaltseinbringung kritisierte und nicht akzeptable Einrichtung der Stelle eines Landesschulrates aus dem Begleitgesetz zu streichen.

Einen weiteren Diskussionsschwerpunkt bildete gerade im Agrarbereich – und das ist ja schon angesprochen worden – die geplante Wasserentnahmeentgelterhöhung. Von Anfang an wurde dieser Ansatz von meiner Fraktion sehr kritisch betrachtet. Die mit Benchmarking der Leistungsgesetze begründete Erhöhung ist unserer Auffassung nach weder moderat noch begründet. Es kommt nahezu zu einer Verdreifachung des Wasserentnahmeentgeltes. Wenn sich auch der Katalog der Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie erweitert hat, ist dies aus Sicht meiner Fraktion noch keine Begründung für die unmoderate Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Dies führt zu höheren Kosten bei den Bürgern und zu schlechteren Wettbewerbsbedingungen wasserintensiv wirtschaftender Unternehmen.

(Rudolf Borchert, SPD: 6 Euro im Jahr. – Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus und Michael Roolf, FDP)

Aus diesem Grund hat Ihnen meine Fraktion auf den Drucksachen 5/3077 und 5/3078 Änderungsanträge vorgelegt, mit denen die geplante Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes aufgehoben werden soll.

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

Nach meiner Auffassung ist das Wasserentnahmeentgelt nicht für einen Benchmark geeignet, denn neben den Bundesländern, die ein Wasserentnahmeentgelt einführen oder konstant halten, gibt es eben auch die Bundesländer, in denen das Wasserentnahmeentgelt abgeschmolzen wird oder auch ganz abgeschafft wurde.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Ich verweise hier nur auf Hessen und Rheinland-Pfalz.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Die Stellungnahmen zu der im Agrarausschuss durchgeführten Anhörung

(Michael Roolf, FDP: Und wer regiert in Rheinland-Pfalz?)

kamen ebenfalls zu dem Ergebnis,

(Michael Roolf, FDP: Tja.)

dass die geplante Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes als unmoderat abgelehnt wird. Diese Auffassung bestätigte auch eine Vielzahl an Briefen, die in meiner Fraktion zu diesem Thema eingegangen sind.

Sehr interessant waren auch die Beratungen zum Haushaltsgesetz. Es gab hier zwar einige, aber dennoch diskussionswürdige Änderungen. Konkret spreche ich hier die gefundene Regelung zu Artikel 1 Paragraf 14 Absatz 18 an. Nach den neuen Regelungen sollen nicht beamtete Aufsichtsratsmitglieder, die im Auftrag des Landes handeln, statt über eine D&O-Versicherung nun über eine Freistellung durch das Land abgesichert werden. Wir als FDP stehen immer auch für einen effizienten Einsatz der Finanzmittel, aber gerade bei der ständig steigenden Aufgabenwahrnehmung auf eine Schadensabsicherung über eine Versicherungsprämie zu verzichten, scheint uns am falschen Ende gespart.

Die für diesen Fall erteilte Ermächtigung für das Finanzministerium beläuft sich auf 100 Millionen Euro. Anhand der vom Finanzministerium erstellten Unterlagen scheint es zwar sinnvoll, einige Vertragsabschlüsse noch einmal zu überprüfen, aber generell auf den Versicherungsschutz zu verzichten und damit mögliche Kosten voll auf das Land zu übertragen, hält meine Fraktion für den falschen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich möchte in meinem letzten Block die Beratung der Einzelpläne im Finanzausschuss Revue passieren lassen. Nachdem wir bereits während der Beratung des letzten Doppelhaushaltes den Umgang mit der Opposition in den Haushaltsberatungen kennenlernen durften, hat es uns in diesem Jahr auch nicht überrascht, dass alle unsere – und, Herr Borchert, ich bitte Sie, da noch mal in Ihr Gedächtnis zu schauen – 20 Änderungsanträge, die wir im Finanzausschuss gestellt haben, pauschal abgelehnt wurden.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja, aber nachhaltig hat sich mir keiner eingeprägt. Tut mir leid.)

Im Gegensatz zur Koalition hat sich meine Fraktion durchaus Mühe gegeben,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

geeignete Deckungsquellen für die Änderungsanträge zu finden. Oft wurden wir als Opposition kritisiert, dass zur Deckung der Anträge durch andere Einzelpläne geräubert und vor allem der Einzelplan 11 "Allgemeine Finanzverwaltung" als Deckungsrahmen genutzt wurde. Aber in diesem Jahr machte es sich die Koalition recht einfach. Nachdem die Koalition im Sozialausschuss ungedeckte Schecks verteilte,

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

konnte dieses Problem auch in drei Finanzausschusssitzungen nicht durch die Koalitionäre behoben werden.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Um die selbstverschuldete Situation zu heilen, einigte man sich dann kurzerhand darauf, für die Deckung von Ansatzänderungen doch nicht in Leistungsgesetze einzugreifen. Auch zukünftig sollen Leistungsgesetze nicht berührt werden,

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

ebenso wie der BBL. Zum Glück, Koalition, gibt es ja im Einzelplan 11

(Harry Glawe, CDU: Das Ergebnis stimmt doch, Frau Kollegin!)

die Ansätze für Zinsausgaben,

(Harry Glawe, CDU: Das Ergebnis stimmt doch! – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

die zur Deckung der eigenen Anträge weiter reduziert werden können.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sehr geehrte Kollegen, selbst wenn wir einige Anträge inhaltlich durchaus unterstützt haben, hätten wir gerade in Bezug auf die Deckung von Ihnen mehr Kreativität erwartet.

(Harry Glawe, CDU: Na ja, aber immerhin haben wir Deckung gebracht. – Rudolf Borchert, SPD: Es geht nicht um die Kreativität, es geht um eine solide Finanzpolitik. Seriös muss sie sein.)

Im Vorfeld der Haushaltseinbringung verkündete die SPD groß und breit, dass mit dem Haushaltsentwurf vor allem die regenerativen Energien weiter in den Fokus gestellt werden sollten. Allein es fand sich kaum etwas im Haushalt davon wieder. Aber spätestens seit Dienstag wissen wir ja, was die SPD darunter versteht.

Immerhin, schon in der Schlussabstimmung im Finanzausschuss fiel Ihnen dann Ihr ursprünglicher Schwerpunkt wieder ein. Wie heißt es da so schön: Lieber spät als nie. Mit einem wahrhaft bahnbrechenden Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, eine mögliche Umschichtung der EFRE-Mittel zugunsten der erneuerbaren Energien zu prüfen. Meine Fraktion hat den Antrag unterstützt, aber anhand Ihrer großen Ankündigung hätten wir auch da erheblich mehr erwartet. Die geplante Errichtung des Landesinformations- und Demonstrationszentrums erneuerbare Energien in Neustrelitz kann da doch nur als Feigenblatt betrachtet werden.

(Vincent Kokert, CDU: Na, na, na, na, na!)

Die SPD geht dabei sehr konsequent vor.

(Rudolf Borchert, SPD: Sie bezeichnen 3 Millionen als Feigenblatt?! Oh, nein! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Erst werden durch Zutun des Ministerpräsidenten unliebsame Investoren verprellt, um dann im Nachgang,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann fragen Sie mal Ihren Kreisverband Rügen, Frau Reese, wie die das sehen!)

immerhin erst sieben Monate nach Verabschiedung der Konzeption "Energieland 2020", ein neues Konzept zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Form von Windenergieanlagen auf der Ostsee zu fordern. Herzlichen Glückwunsch! Von einer verlässlichen Politik kann bei Ihnen nicht die Rede sein.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Es ist ein Warnzeichen für jeden Investor, der sich mit einem Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ansiedeln will.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Jawohl!)

Sehr geehrte Kollegen der SPD, ich bin mir nicht sicher, ob Sie schon überblicken können, welche finanziellen Schäden die Äußerungen des Ministerpräsidenten für unser Land angerichtet haben. Hier unterscheidet sich unser Politikansatz grundsätzlich. Wir wollen Wachstum generieren, nicht verhindern.

(Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Und deshalb werden wir den vorgelegten Haushalt auch ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Rudolf Borchert, SPD: Deshalb haben Sie ja auch ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz gemacht.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Reese.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

(Rudolf Borchert, SPD: Oh, jetzt kriegen wir wieder das Zucken.)

**Birgit Schwebs**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Ausführungen meines Fraktionsvorsitzenden noch einige inhaltliche Bemerkungen hinzufügen.

(Udo Timm, CDU: Na, na!)

In der Haushaltsdebatte konnten wir feststellen, dass sich die Mehrheit des Parlamentes mutlos zeigte, sich vor Entscheidungen drückte und sich der Verantwortung als Haushaltsgesetzgeber entzogen hat. Beispiele dafür wurden bereits genannt: die Zuweisungen für die Kommunen, die Förderung im Kita-Bereich und auch die Bildungsausgaben.

(Harry Glawe, CDU: Das ist alles mutlos?)

Das Credo der rot-schwarzen Finanzpolitik hierzulande ist ein "Weiter so!", egal, wie sich die Bedingungen im Land und in den Kommunen verändern. Und deswegen, Herr Löttge, kann man eben nicht so weitermachen, wie wir es unter Rot-Rot mit der Finanzpolitik angefan-

gen haben. Die Stichworte haben Sie selbst genannt: die weltweite Krise, die Schuldenbremse, die wirkt, die geringeren Zuweisungen, die Situation der Kommunen, demografische Entwicklung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Offensichtlich konstatieren wir alle die objektiven Veränderungen, aber wir ziehen unterschiedliche politische Schlussfolgerungen. Und ich finde, das ist eigentlich auch in Ordnung so.

Das "Weiter so!" der Koalitionsfraktionen ist aber auch immer wieder sichtbar geworden in der tiefen Zerstrittenheit der Koalition. Wenn sich CDU und SPD nicht auf gemeinsame politische Schwerpunkte einigen können, dann muss dies natürlich auch haushaltspolitisch im Stillstand enden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Und insofern war es nicht verwunderlich, dass das, was uns von der Koalition in den Haushaltsberatungen geboten wurde, alles andere als überzeugend war, Herr Glawe,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

denn so zeugt es eher wenig von vorabgestimmter Politik zwischen Fraktionen und Regierung,

(Harry Glawe, CDU: Das ist aber sehr schwach, was Sie jetzt hier vortragen.)

wenn zunächst Haushaltstitel durch die Landesregierung abgesenkt werden und diese in den Haushaltsberatungen durch die Koalitionsfraktionen auf den vorjährigen Haushaltsansatz wieder angehoben werden.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist das Recht das Parlamentes, Frau Kollegin. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sicher ist es das Recht des Parlamentes, aber wenn dann die Koalitionsfraktionen,

(Heinz Müller, SPD: Wenn es abgestimmt ist, meckern Sie rum, wenn es nicht abgestimmt ist, meckern Sie rum. Was nun? – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Vincent Kokert, CDU)

wenn die Koalitionsfraktionen im Fachausschuss mit Stimmenmehrheit Beschlüsse durchdrücken, dabei vor Deckungsvorschlägen aus Leistungsgesetzen nicht haltmachen,

(Harry Glawe, CDU: Familienförderung wollen Sie doch wohl auch.)

ohne darüber nachzudenken, welche Folgen das bei der Umsetzung der Gesetze nach sich ziehen wird, dann mutet das doch schon komisch an.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Keine solide Haushaltspolitik.)

Und das Bild, das die Sozialministerin und ihr Staatssekretär dann in der Finanzausschussberatung geboten haben, das war alles andere als erfreulich und zeugte auch nicht von großer Einigkeit der Koalitionsfraktionen.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Auch die Diskussion, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

um die Zuschüsse an Sportvereine oder für Projekte im Kinder- und Jugendsport,

(Egbert Liskow, CDU: Da habt ihr uns gelobt.)

den Sportstättenbau oder die Imagekampagne der Feuerwehr

(Harry Glawe, CDU: Ja, und was haben Sie dagegen? Was haben Sie dagegen?)

zeugten nicht gerade von Harmonie zwischen den Koalitionsfraktionen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch gut gelaufen.)

sondern sie liefen eher unter dem Motto: "Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln."

(Zuruf von Eggert Liskow, CDU)

Aber, meine Damen und Herren, auch mit der Festschreibung von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ist es in den Koalitionsfraktionen nicht so weit her. Waren die Abgeordneten der Koalition nicht in der Lage, machbare Deckungsvorschläge zu finden, haben sie den Weg über dehnbare Entschließungen gesucht. Dazu nur zwei Beispiele:

Meine Fraktion hatte einen Antrag zur Aufstockung der Jugendberufshilfe gestellt mit seriösen und konkreten Deckungsvorschlägen.

(Egbert Liskow, CDU: Welche denn?)

Und wir haben ihn frühzeitig in die Debatte eingebracht. Was haben Sie getan? Sie haben ihn kommentarlos abgelehnt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ohne Diskussion.)

Hingegen haben Sie dann natürlich die Probleme gesehen, die herauskommen, wenn man die Jugendberufshilfe kürzt,

(Rudolf Borchert, SPD: Und haben eine Lösung gefunden.)

und haben darauf reagiert.

(Rudolf Borchert, SPD: Wir haben eine Lösung gefunden.)

Genau dasselbe haben Sie gesehen bei den Maßnahmen für Demokratie und Toleranz,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

die nicht genügend ausfinanziert im Haushalt standen.

(Rudolf Borchert, SPD: Auch das haben wir sauber gegenfinanziert.)

Die Lösung war dann natürlich nicht die Korrektur der direkten Ansatzerhöhungen im Haushalt, wie wir vorgeschlagen hatten, sondern Sie haben das Sozialministerium beauftragt, im Rahmen der Bewirtschaftung der Mittel des ESF dafür Sorge zu tragen,

(Rudolf Borchert, SPD: Klare Entscheidung.)

dass die Mittel dafür in gewünschter Höhe zur Verfügung stehen sollen.

Das, meine Damen und Herren, ist weder transparent,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

noch ist es verlässlich für die Empfänger des Geldes. In der Öffentlichkeit aber tun Sie so, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen, als hätten Sie was Großartiges vollbracht,

(Harry Glawe, CDU: Haben wir auch.)

obwohl realistisch gesehen nur der Berg kreißte und ein Mäuslein gebar.

(Harry Glawe, CDU: Ei, ei, ei, ei, ei!)

Abgelehnt,

(Jörg Vierkant, CDU: Oh!)

und jetzt komme ich zum zweiten Beispiel,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

abgelehnt wurde ebenso ein Antrag meiner Fraktion, mit dem wir die Gleichrangigkeit von Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit und einen höheren Förderansatz beantragt hatten, denn die Anhörung zu dieser Frage hat eindeutig Folgendes ergeben: zum einen, dass die Jugendsozialarbeit nicht weiter zurückgefahren werden darf, selbst wenn die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in den Kreisen sinkt, und dass zweitens dringender Handlungsbedarf besteht, um den Eigenanteil zu senken.

(Regine Lück, DIE LINKE: So ist es.)

Wenn Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Ort umschauen, dann ist aber der fehlende Eigenanteil das Hauptproblem bei der Finanzierung der Jugendsozialarbeit, insbesondere im ländlichen Raum. Mit der hier beschlossenen unzureichenden kommunalen Finanzausstattung wird sich die Situation in den Städten und Gemeinden noch weiter zuspitzen, obwohl auf den großen Bedarf an Schul- und Jugendsozialarbeit heute schon nicht mehr angemessen reagiert werden kann.

Und, meine Damen und Herren, wenig heldenhaft ist auch Ihre Initiative zur weiteren Förderung der Schuldnerberatungen. Das eingestellte Plus an Geld ist angesichts der Situation zwar sehr zu begrüßen, aber auch diese Aufstockung ist längst nicht bedarfsgerecht, sondern wird allein durch die anstehenden Tarifsteigerungen aufgefressen.

(Jörg Heydorn, SPD: Falsch, falsch.)

Und vor dem Hintergrund der überdurchschnittlichen Verschuldung der privaten Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern

(Jörg Heydorn, SPD: Das ist falsch.)

brauchen wir eben mehr Schuldnerberater.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die von der Landesregierung geforderte rigorose Anwendung des Einwohnerschlüssels konterkariert jedoch geradezu die Aufstockung der Mittel und die gute Absicht, die Träger ein Stück weit von dem zu erbringenden Eigenanteil zu entlasten. Da kann man nur feststellen, in diesem Falle kommen die Kommunen ohne Umwege vom Regen in die Traufe. Zum Beispiel führt die Anwendung des Einwohnerschlüssels in der Hansestadt Stralsund dazu, dass pro Woche 16 Beratungsstunden weniger zur Verfügung stehen. Damit wird die Bearbeitungszeit für laufende Verfahren ebenso verlängert wie die Wartezeit für die Aufnahme von neuen Fällen.

Das ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Kommunen und eigentlich auch nicht im Interesse des Landes. Die Kostenersparnis, die Land und Kommunen durch die Arbeit der Schuldnerberatungen letztendlich erfahren, ist um das Mehrfache höher als die vom Land gewährte Förderung selbst, von der Hilfe zur Selbsthilfe für die Betroffenen ganz zu schweigen.

Deshalb fordern wir die Koalition heute nochmals auf, ihren Einfluss auf die Landesregierung geltend zu machen, um die absurde, weil kontraproduktive Anwendung des Einwohnerschlüssels aufzuheben.

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU, und Jörg Vierkant, CDU)

Die Richtlinie muss mindestens in diesem Punkt umgehend geändert und ein Konzept zur bedarfsgerechten Aufstellung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung im Land entwickelt werden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, wenig beispielhaft waren auch die Aktionen der Koalitionsfraktionen, mit denen sie im Gesetzentwurf nachsteuerten und neue Haushaltstitel aufnahmen, die im Vorfeld weder im Fach- noch im Finanzausschuss diskutiert worden waren. Ich erinnere da nur an die in der letzten Ausschussberatung eingebrachte Förderung der Pflegestützpunkte.

(Harry Glawe, CDU: Das war eine gute Entscheidung. – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Offensichtlich hatte das Sozialministerium diese völlig vergessen oder eigentlich gar nicht fördern wollen.

Und natürlich finden wir im Doppelhaushalt auch Ausgaben, auf die wir gut und gerne verzichten könnten,

(Harry Glawe, CDU: Wir haben die Möglichkeit genutzt, die der Bundesgesetzgeber eröffnet hat.)

denn sie werden unser Land nicht vorwärtsbringen.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Wir denken da an die Ausgaben für die Stelle des Landesschulrates,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ausgaben für Imageumfragen des Ministerpräsidenten oder an die unverhältnismäßig hohen Ausgaben,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

mit denen das Land auf der Expo 2010 in Shanghai für Land und Leute werben will.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Und verzichten könnten wir nach Auffassung meiner Fraktion auch auf den neu eingerichteten Kommunalfonds.

(Harry Glawe, CDU: Was? Gönnen Sie den Kommunen gar nichts mehr?)

Eine einfache Aufstockung der Finanzausgleichsmasse für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen wäre die zeitgemäße und die notwendige Alternative, die zudem den Prinzipien von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit eher entsprechen würde.

(Vincent Kokert, CDU: Dann ziehen wir das Geld bei Schwerin einfach ab.)

Damit wäre auch der Ruch von Alimentierung der Kommunen durch das Land vom Tisch

(Vincent Kokert, CDU: Und wir verteilen es auf die anderen, wenn Sie das nicht brauchen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und die Kommunen müssten sich nicht Sorgen machen, wie sie in drei Jahren die ihnen gewährten Zwangskredite zurückzahlen könnten.

(Harry Glawe, CDU: Wir nehmen Doberan alles weg.)

Ob diese Frist realistisch ist, wird in der dazu stattfindenden Anhörung noch zu klären sein. Fakt jedenfalls ist, dass sich die finanzielle Lage der Kommunen damit nicht nachhaltig verbessern wird. Das sieht wohl auch die Landesregierung so, denn in der Anlage 9 des Haushaltserlasses für die Kommunen werden Potenziale zur Einnahmeerhöhung beziehungsweise zur Senkung der Ausgaben vorgeschlagen, die teilweise weit an der kommunalen Realität vorbeigehen.

Und auch bei dem angeblichen Schwerpunkt der Koalitionsfraktionen für die Politik des Landes unter Rot-Schwarz in Richtung erneuerbare Energien bleibt es lediglich bei Luftbuchungen.

(Harry Glawe, CDU: Ach was!)

Anstatt tatsächlich umzusteuern, wie wir es in den Ausschussberatungen beantragt hatten,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

gab es im allerletzten Moment der Beratungen im Finanzausschuss noch viele schöne Worte und Prüfaufträge durch die Koalitionsfraktionen.

(Rudolf Borchert, SPD: Die sollte man aber nicht unterschätzen.)

Das tun wir nicht, aber an der Haushaltslage werden sie nichts ändern. Substanzielle, haushaltspolitisch relevante Veränderungen werden wir dadurch nicht erreichen. Und deshalb, meine Damen und Herren, war auch das keine Glanzleistung der Koalitionsfraktionen.

(Harry Glawe, CDU: Nee.)

Und dass die Vorschläge der Opposition nicht ernst genommen werden, Herr Löttge, das hat mir vorhin Ihr Redebeitrag gezeigt. Wir haben im Wirtschaftsausschuss keinen Antrag zum öffentlichen Beschäftigungssektor im Rahmen der Haushaltsdebatte vorgelegt. Sie haben einfach nur abgelehnt, was aus den Oppositionsfraktionen kam,

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: So ist es. So ist es.)

ohne sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Hans Kreher, FDP)

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch etwas zur Änderung des Landeswassergesetzes mittels Haushaltsbegleitgesetz sagen. Für mich und meine Fraktion ist sehr wohl nachvollziehbar, dass das Wasserentnahmeentgelt auf 5 Cent je Kubikmeter festgeschrieben wird.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Es ist nachvollziehbar.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Und ich möchte auch keinesfalls in das Klagelied der Wirtschaft wegen des erhöhten Entgelts einstimmen, denn in der Regel werden die dadurch erhöhten Kosten auf den Preis des Endproduktes aufgeschlagen.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Was ich aber nicht verstehen kann, ist zum einen die Art und Weise der Umsetzung der Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes durch das Haushaltsbegleitgesetz, denn letztlich bleibt bei den Trinkwasserverbänden die Erhöhung der Umsetzung hängen, und diesen stößt es natürlich sehr sauer auf, dass anscheinend sie das Ganze verursacht haben.

(Regine Lück, DIE LINKE: Verständlich.)

Und was wir als Fraktion absolut nicht nachvollziehen können, ist die Ermächtigung der obersten Wasserbehörde, im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen obersten Landesbehörde ganz oder teilweise auf die Erhebung des Wasserentnahmeentgeltes zu verzichten, wenn ein Vorhaben im besonderen öffentlichen Interesse steht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja.)

Was aber, meine Damen und Herren, könnte wohl ein größeres öffentliches Interesse sein als der Schutz und der Erhalt des natürlichen Trinkwasserreservoirs?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Welches öffentliche Interesse, meine Damen und Herren, könnte wohl über dem guten ökologischen Zustand des Grundwassers stehen? Denn das ist ja wohl das Ziel der EU-Wasserrahmenrichtlinie, deren teilweise Umsetzung im Land, so steht es zumindest in der Begründung, mit der Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts finanziert werden soll.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ich halte diese Ermächtigung, die es bis jetzt nicht gibt, schlichtweg für eine vorweggenommene Klientelpolitik der Landesregierung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Mit diesem Doppelhaushalt, meine Damen und Herren, führen Sie auch das Personalkonzept des Landes fort und wollen gleichzeitig ein neues Personalkonzept umsetzen.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

So weit, so gut oder so schlecht. Welche qualitativen Verbesserungen aber mit dem neuen Personalkonzept verbunden sind, konnten Sie in den Ausschussberatungen nicht darlegen. Ganz offensichtlich beschränkt sich das Konzept, wenn man es dann überhaupt als ein Konzept bezeichnen kann, ausschließlich auf pauschale Stellenkürzungen in allen Ressorts, egal ob sie verantwortbar sind oder nicht.

So wäre zum Beispiel mit Blick auf die innere Sicherheit, die Kriminalitätsbekämpfung und vor allem die Präsenz von Polizeibeamtinnen und -beamten vor Ort ein weiterer Stellenabbau im Bereich der Polizei unverantwortbar. Die Beamten werden immer mehr zu Einsätzen von Fußball-

spielen und anderen Großveranstaltungen herangezogen und schieben zig Überstunden vor sich her.

Problematisch sind auch die Bereiche Justizvollzug und soziale Dienste, wo die Personalausstattung schon heute knapp bemessen ist. Für notwendig erachten wir, dass mindestens ein Aus- und Fortbildungskonzept danebengelegt wird und ein Einstellungskorridor geöffnet wird, um insbesondere jungen Menschen eine Perspektive im öffentlichen Dienst unseres Landes zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, weitere detaillierte Ausführungen zu den Einzelplänen werden meine Kolleginnen und Kollegen im Fortlauf der Debatte noch machen. Sie aber wird es nicht verwundern, dass wir in der Summe den von Ihnen vorgelegten Haushaltsplan ablehnen werden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Schwebs.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, bevor ich die Beratung der Einzelpläne aufrufe, frage ich, ob es noch weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache gibt. – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Beratung über die Einzelpläne. Ich rufe auf die Einzelpläne 01 bis 12 sowie 14 und 15, hierzu die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses auf den Drucksachen 5/3101 bis 5/3112 sowie 5/3114 und 5/3115 sowie die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3113, Stellenplan.

Ich eröffne die Aussprache zu allen Einzelplänen und dem Stellenplan.

Das Wort hat der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Bluhm von der Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorsitzende des Finanzausschusses hatte in ihrer Einbringungsrede gelobt, dass die Fachministerinnen und Fachminister ihre Haushalte im Finanzausschuss begründet und erläutert haben. Nun, der Bildungsminister wollte oder fühlte sich vielleicht nicht in der Lage, dies im Bildungsausschuss zu tun, sodass wir keine, wie in der parlamentarischen Praxis üblich, Grundsatzdebatte hatten. Das war bisher immer ein guter politischer Brauch. Wir bekamen sozusagen den Haushalt wie eine tote Katze vor die Füße geworfen

(Egbert Liskow, CDU: Ach wo! – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und waren unter diesen Umständen nicht bereit, von uns aus eine Grundsatzberatung zu führen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber es gibt ja so das eine oder andere an Nachtragshaushalten, die sich andeuten. Vielleicht wird es ja parlamentarisch besser. Aber so viele verwaltungstechnische Fehler – und im Amtsdeutsch heißen sie ja nicht Fehler, sondern Büroversehen – wie in diesem Haushalt, habe ich noch nie gefunden. Auch deshalb hatten die Koalitionsfraktionen alle Hände voll zu tun, die fehlerhaften Büroversehen mit Änderungsanträgen zu heilen.

Nun, meine Damen und Herren, haben wir Ihnen den Antrag zur Einführung einer Bildungsquote vorgelegt. Und wenige Stunden nach dem Bildungsgipfel der Kanzlerin, dem zweiten Bildungsgipfel, weiß ich nicht so recht, wie Sie es begründen wollen, warum Sie diesen Antrag zur Einführung einer Bildungsquote als einer wichtigen Haushaltsquote überhaupt ablehnen wollen. Die Bundeskanzlerin hat gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der selbsternannten Bildungsrepublik Deutschland im Oktober 2008 diese Bildungsquote selbst ins Gespräch gebracht. Die Bildungsausgaben sollen bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen. Wie, das ist nach wie vor nicht klar, aber bis Juni 2010 soll ja dann sozusagen die Einigung zwischen dem Bund und den Ländern erfolgt sein. Ich gehe mal davon aus, dass uns spätestens dann ein Nachtragshaushalt erreichen muss. Ich bin also gespannt, wie Sie diese Antragstellung ablehnen wollen.

Zweitens hat schon mehrfach die neue Stelle eines Landesschulrates eine Rolle gespielt. Vielleicht erinnern Sie sich: Eine der ersten Maßnahmen, die der Bildungsminister dieses Landes bei Amtsantritt verkündete, war die Entbürokratisierung und Deregulierung im Schulbereich. Und eine zweite erhebliche Welle sollte es mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Selbstständige Schule geben. So kann man in der Landtagsrede des Ministers vom 12. Juli 2007 unter anderem nachlesen, dass es – Zitat – "weg von einer durch Verwaltungsvorschriften überregulierten und verwalteten Schule und hin zu einer Schule, die stärker Ergebnisverantwortung übernimmt, dafür auch Gestaltungsfreiräume erhält und Rechenschaft über ihre Arbeit abgibt" – Ende des Zitats –, geben soll.

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Die Folge von vielen neuen Verordnungsermächtigungen, mehr Ermächtigungen auf der Grundlage des Gesetzes, ist, dass die Schulen förmlich in neuen Verwaltungsvorschriften ersticken, die zudem die zugesicherten neuen Spielräume wieder erheblich einengen, von den entsprechenden finanziellen Untersetzungen dieses neuen Gestaltungsspielraumes ganz zu schweigen. Die versprochene Deregulierung und Entbürokratisierung erweist sich in der Praxis zunehmend als Gängelei und ausufernder Kontrollwahn.

## (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hätte, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist es die Einführung dieses Oberaufsehers, nämlich dieses Landesschulrates.

In der Begründung aus dem Haushaltsbegleitgesetz heißt es, ich zitiere: "Dies bedeutet einen erheblichen Mehraufwand an Steuerung" – also die Selbstständige Schule – "und Koordinierung, da die Zusammenarbeit der Schulämter mit der obersten Schulbehörde und den anderen Unterstützungssystemen, insbesondere dem Institut für Qualitätsentwicklung, zu intensivieren ist. Diese Aufgabe soll durch das Amt des Landesschulrates zielgerichtet unterstützt werden." Ende des Zitats.

Na, meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist das denn? Das ist doch sozusagen das Kontakarieren von Selbstständigkeit von Schule. Das hat mit Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Einzelschule überhaupt nichts zu tun. Und wie sich da der Mehraufwand für das Ministerium herleitet, ist mir auch nicht so ganz

klar. Und was da noch eine Abteilung Schulen mit einem Abteilungsleiter und weiteren Referaten dann zu tun hat, das erklärt sich mir auch nicht. Diese neue Stelle ist aus unserer Sicht überhaupt nicht logisch zu erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig. – Wolfgang Griese, DIE LINKE: So ist es, genau.)

Und die Politik ist "Weiter so!", meine sehr verehrten Damen und Herren. Natürlich, das Landesinstitut für Schule und Ausbildung wird mit diesem Haushalt beerdigt und es gibt das Institut für Qualitätsentwicklung. Ein Teil dieses Personals geht in das Ministerium und ein Teil wird sozusagen in dem Institut veranschlagt. Das, was aber sozusagen die Reineffekte wären, tritt nicht ein, und zwar einfach eine Umorganisation der Haushaltstitel in diese neuen Zuständigkeitsbereiche. Null! Null neuer Ansatz! Nichts für Qualitätsentwicklung und nichts für entsprechende Erhöhung von Fortbildung,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das Kind hat nur einen anderen Namen. – Gino Leonhard, FDP: Genauso ist das.)

die Beibehaltung der Ansätze für fast alle Titel in Bezug auf die Entwicklung der Schule in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich rede das nicht klein, was die Koalitionsfraktionen im Ausschuss punktuell gemacht haben, was ja zum Teil auch die Zustimmung meiner Fraktion gefunden hat. Das ist okay. Aber im Grundsatz sind alle Titel so, wie sie im Doppelhaushalt 2008/2009 waren, fortgeführt worden, und das unter dem Gesichtspunkt einer völlig neuen Situation einer Selbstständigen Schule nach dem Schulgesetz mit völlig neuen Herausforderungen.

Da wird getönt, über zweimal 15 Millionen Euro im Einzelplan 07. Nun will ich damit noch mal aufräumen. Also das, was man im Haushalt findet, ist die MG 74. Im Haushaltsentwurf stand unter der Überschrift dieser Maßnahmegruppe, die "Qualitätsverbessernde Maßnahmen im Schulbereich" heißt, 4,2 Millionen Euro für 2010.

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist ja richtig.)

Wo der Rest von den 15 Millionen Euro ist, das ist auch in den Haushaltsberatungen nicht so wirklich klar geworden. Da bin ich ja mal gespannt, wie die sozusagen zur Qualitätsverbesserung beitragen, wenn sie dafür benötigt werden, einfach nur den normalen Unterricht zu erteilen. Und in dieser Maßnahmegruppe 74, die dann für 2010/2011 die 10 Millionen Euro ausweist, wird beides, die 4,2 und die 10 Millionen Euro, fast ausschließlich aufgebracht für das Junglehrerprogramm, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Marc Reinhardt, CDU: Für das Zukunftsprogramm!)

Das ist ja nicht so ganz ohne, dass will ich auch nicht bestreiten. Aber die Differenzbeträge zu den 15 Millionen Euro, die verkündet wurden, scheinen in den normalen Personalkosten aufgegangen zu sein.

(Marc Reinhardt, CDU: Richtig.)

Und dann sind wir ja bei der Bildsprache dieses Haushalts. Gucken Sie sich mal die Beschlussempfehlung an, da machen Sie nämlich eine neue Maßnahmegruppe 74, die heißt "Qualitätsverbessernde Maßnahmen im Schulbereich". Der Titel, der sich mit Qualitätsverbesserungen

im Schulbereich befasst, den streichen Sie wieder und untersetzen diese 4,2 Millionen Euro beziehungsweise 10 Millionen Euro in Fortbildung, in zusätzliche Personalkosten für die entsprechende Ausbildung von Referendaren und so weiter, also die Untersetzung des Junglehrerprogramms in den einzelnen Kostenpositionen. Wo sind die 15 Millionen Euro, die der Minister dieses Landes für die Verbesserung von Qualität von Schule, für mehr Selbstständigkeit und für die Schaffung von Schulpools versprochen hat?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Wo sind sie, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Weg!)

Weggefallen!

Und dieses Junglehrerprogramm, das ist sozusagen ein Rohrkrepierer. Da darf ich Ihnen zitieren aus der Stellungnahme der Referendars- und Ausbildungsvertretung der Referendare im Land.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da heißt es: "Die Referendare im Schuldienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern bewerten das 'Junglehrerprogramm' als nicht Ziel führend für die Gewinnung des Lehrernachwuchses. Das Programm stelle keinen effektiven Beitrag zur Behebung des wachsenden Problems der Überalterung der Kollegien und des drohenden Lehrermangels dar, so die Jugend- und Auszubildendenvertretung der Referendare." Nun, da muss man doch mal fragen, ob das, was Sie da vorschlagen, tatsächlich realistisch ist.

Ich will den Fragen noch ein paar hinzufügen, weil das mit unseren beiden Anträgen zu tun hat, die wir dazu heute zusätzlich vorgelegt haben, und zwar den entsprechenden Haushaltstitel in der Maßnahmegruppe 74 wieder einzuführen und ihn mit 15 Millionen Euro zu füllen:

- Wo sind die versprochenen Mittel für die Umsetzung der Selbstständigen Schule und der Qualitätsverbesserung?
- Wo sind die Ausstattungen an den Schulen für die Umsetzung der Förderpläne? Die Lehrerinnen und Lehrer sollen für jeden Schüler Förderpläne erstellen. Das ist ja okay, das ist richtig. Aber wo sind die handhabbaren Mittel, mit denen man einen solchen Förderplan stundentechnisch und finanztechnisch denn auch umsetzen kann? Null!
- Wo sind die Rahmenbedingungen für die Beschulung von bisherigen Schülern, die eigentlich bisher in Förderschulen eingeschult worden wären, wenn sie denn im nächsten Schuljahr in die Regelschule kommen, in die DFK? Das ist eine völlig andere Schülerklientel, als sie bisher in den DFK ist.
- Und wer soll denn diese Schülerinnen und Schüler überhaupt unterrichten?
- Bis Weihnachten soll den Lehrerinnen und Lehrern der Plan zur Rückkehr in die Vollzeit vorgelegt werden. Offen bleibt, wie der Haushalt 2010/2011 dazu einen Beitrag leistet. Wie passt denn die Reduzierung der Pflichtstundenzahlermäßigung gemäß Verordnung für Personalräte dazu?
- Reichen die Stellen im Haushalt aus, um die gesetzlichen Anforderungen dieses neuen Schulgeset-

zes überhaupt zu erfüllen? Die Haushaltsberatungen haben dazu keine erschöpfende Antwort gegeben. Wir sagen aus unserer Sicht der Fraktion: Nein!

Von daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie, den Änderungsanträgen meiner Fraktion zuzustimmen. Ich gehe davon aus, dass sich bis Juni nächsten Jahres die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin über das Maßnahmepaket von knapp 14 Milliarden Euro einigen. Das wird dann dazu führen, dass wir wohl im Bereich Bildung einen Nachtragshaushalt in diesem Lande auf den Tisch bekommen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal etwas zu dem ständigen Vorwurf sagen, den wir immer wieder hören müssen, dass wir eine neoliberale Politik betreiben. Ich bekenne mich dazu, dass wir uns als Liberale hier in diesem Land für Toleranz, für Weltoffenheit, aber auch für Wettbewerb um die besten Lösungen einsetzen, also auch für gute Leistungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Sigrun Reese, FDP)

Und dazu gehören, meine Damen und Herren, Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit. Wenn Sie dies immer als neoliberal abwerten, bitte, dann bin ich eben ein Neoliberaler. Dann stehe ich dazu und sage: Das wollen wir, meine Damen und Herren, denn das ist eine unserer wichtigen Visionen für dieses Land.

(Vincent Kokert, CDU: Kein Beifall! Ich stelle fest, kein Beifall.)

Wenn wir jetzt dabei über Bildung sprechen, dann ging es uns immer wieder um diese Dinge, und zwar auch bei den Dingen, die wir einbringen wollen. Wenn im Bildungsbereich – das wurde von uns angemahnt – auch die freien Schulträger an einem Junglehrerprogramm teilhaben sollen, beweist die Landesregierung jedoch bei jeder Gelegenheit, dass eine Ungleichbehandlung, also kein fairer Wettbewerb zwischen den Schulträgern gewollt ist. Chancengleichheit für alle Kinder, also für alle Schulkinder in Mecklenburg-Vorpommern, wird es daher mit dieser Regierung nicht geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Gino Leonhard, FDP: Jawoll!)

Zweitens, meine Damen und Herren, möchte ich mich kurzfassen, weil mein Vorredner schon viel dazu gesagt hat. Der Landesschulrat ist wirklich kein Beweis für Entbürokratisierung und damit für die Selbstständige Schule in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Also da kann ich mich kurzfassen, weil mein Vorredner, wie gesagt, dazu alles schon gesagt hat. Dem stimme ich vollkommen zu. Dieser Landesschulrat ist nicht das, was wir brauchen, wenn wir mehr Eigenverantwortung vor Ort entwickeln wollen.

Drittens. Ein Schwerpunkt, den wir auch gesetzt haben, ist der Bereich der Erwachsenenbildung und das Nach-

holen von Schulabschlüssen. In einem Land mit einer derart dramatischen demografischen Situation können wir in der Bildung niemanden zurücklassen. Hier haben wir die Landesregierung immerhin zu einer kleinen Koalition,

(Vincent Kokert, CDU: Ganz ruhig.)

Korrektur, Verzeihung, zu einer kleiner Korrektur bewegen können. Da hier so viel über Qualitätsverbesserung gesprochen wurde, meine Damen und Herren, kann ich meinem Vorredner zum Teil zustimmen, denn ich sehe noch nicht, wie wir es mit diesen Mitteln, wenn wir die Verhältnisse an den Schulen nicht so verändern, dass wir eine höhere Motivation unter den Lehrern im Land haben, erreichen.

### (allgemeine Unruhe)

Wenn wir das nicht erreichen, meine Damen und Herren, dann können wir auch mit 5 Millionen Euro, die unter Umständen dafür vorgesehen sind, nicht das erreichen, was wir brauchen, um wirklich unsere Schulen so zu entwickeln, wie wir das in Zukunft brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich habe nicht viel Zeit, deshalb gehe ich nur noch ganz kurz auf die Hochschulen ein.

(Vincent Kokert, CDU, und Marc Reinhardt, CDU: Oh ja!)

Meine Damen und Herren, die Hochschulen haben nicht nur mit steigenden Betriebskosten zu rechnen, sie sollen auch mit steigenden Studierendenzahlen und mit steigenden Pensionslasten fertigwerden. Der jährliche Korridor von 1,5 Prozent Steigerung im Hochschulbudget jeder Hochschule reicht dafür nicht aus. Die von uns geforderte Erhöhung des Korridors ist nur eine Maßnahme. Wir wollen durch Verlagerung, durch größere Hochschulautonomie in den Bereichen Personal, Haushalt und Baubewirtschaftung den Hochschulen mehr Spielraum geben.

Einen Punkt, der bei der Haushaltsberatung immer unterbelichtet ist, den möchte ich hier doch noch mal kurz ansprechen, soweit meine Redezeit dazu reicht, das ist der Neubau des Depots in der Stellingstraße für das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege. Der Neubau wird von uns ausdrücklich begrüßt.

(Rudolf Borchert, SPD: Wunderbar. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Na, siehste!)

Hoffentlich bringt die verbesserte Depotsituation möglichst schnell einen besseren Schutz für die stark gefährdeten Kulturgüter unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Dies, meine Damen und Herren, darf allerdings nicht dazu führen, dass das Staatliche Museum Schwerin in der Zukunft keine Bedingungen hat, die unsere Kulturgüter, die wir dort haben, wirklich gut zum Tragen bringen. Hierzu haben wir auch die entsprechende Anhörung durchgeführt und müssen uns dazu auf jeden Fall noch entsprechende Gedanken machen, wie wir dieses Staatliche Museum mit seinen großen Schätzen besser für unser Land nutzen können. Bei der Theaterfinanzierung können wir mit Recht darauf verweisen, dass die FDP-Fraktion der Landesregierung schon zu Beginn des Jahres den Weg gewiesen hat.

(Gelächter bei Vincent Kokert, CDU)

Jawohl!

(Gelächter bei Vincent Kokert, CDU)

Sie lachen.

In unserem Antrag zur Stärkung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern haben wir freiwillige Kooperationen und eine Dynamisierung der Förderung bei gleichzeitiger Leistungsbezogenheit gefordert. Jetzt ist die Landesregierung zum Glück – zum Teil wenigstens – darauf eingegangen und hat einen Teil unserer Forderungen umgesetzt.

(Vincent Kokert, CDU: Mit Deckungsquelle? Daran kann ich mich nicht erinnern.)

Das begrüßen wir natürlich. Wir sehen daran auch, dass die FDP Sie auf den richtigen Weg bringt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir, meine Damen und Herren, werden das weiterhin tun. Ich hoffe, dass wir langsam auch die Regierung in die richtigen Bahnen lenken. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Rudolf Borchert, SPD: Wenn wir die FDP nicht hätten! – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kreher

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

**Torsten Koplin**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte dort fortsetzen, wo der Abgeordnete Kreher aufgehört hat, und zwar bei der Kulturpolitik.

(Rudolf Borchert, SPD: Wenn wir die FDP nicht hätten! – Vincent Kokert, CDU: Dass sich DIE LINKE und die FDP so gut verstehen, ist ja nicht zu fassen.)

Ich möchte Ihnen, Herr Kokert, und all denjenigen, die es interessiert, gerne sagen, wir lehnen den Kulturetat ab, denn er ist nicht zustimmungsfähig,

(Vincent Kokert, CDU: Was?!)

und zwar nicht, weil wir das aus Gründen der fundamentalen Opposition tun würden,

(Vincent Kokert, CDU: Nein!)

sondern, sehr geehrte Damen und Herren, Sie genügen Ihren eigenen Ansprüchen nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und das will ich an drei Beispielen deutlich machen:

So haben Sie im August 2008 bereits vollmundig verkündet, mit dem Eckpunktepapier für die Theater und Orchester werden wir langfristig Planungssicherheit für die Theater und Orchester schaffen. Was Sie jetzt machen, ist Folgendes. Ich beziehe mich auf ein Argument, das Ihnen sehr vertraut sein dürfte, nämlich die Pressemitteilung von dem Intendanten des Rostocker Volkstheaters, der sagt: Was macht ihr eigentlich mit uns? 15 Tage vor ultimo verändert ihr die Spielregeln.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So sind sie. – Regine Lück, DIE LINKE: Da hat er ja auch recht.) Ich finde, Parteien, die ausgeben, dass sie ein Herz für die Wirtschaft haben, verhalten sich an dieser Stelle gegenüber den, ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Der kam völlig aus dem Muspott.)

Der kam nicht aus dem Muspott.

... Sie verhalten sich schäbig gegenüber den Theatern und Orchestern in unserem Land,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

denn ihnen 15 Tage vor Ultimo zu sagen, wir verändern die Rahmenbedingungen, sie kriegen circa eine knappe Million Euro weniger, da muss man doch mal bedenken, unter welchen Bedingungen die Theater und Orchester arbeiten. Zwei Jahre vorher werden die Spielpläne konzipiert, zwei Jahre vorher werden die Künstlerinnen und Künstler verpflichtet. Da gibt es Fürsorgepflichten, da gibt es Kündigungsfristen, da gibt es Rechtsgrundlagen, aber die scheinen Sie ganz einfach zu ignorieren.

(Vincent Kokert, CDU: Wo haben Sie das denn her? – Egbert Liskow, CDU: Das stimmt ja gar nicht. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Und das gehört sich nicht. Das ist eine Art und Weise, die wir ablehnen.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Sie stehen gar nicht im Bild.)

Wir sagen, eine Dynamisierung ist notwendig, genauso wie die FDP, sicherlich aus anderen Gründen, und wir haben einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht.

In unserem Änderungsantrag geht es um die Sonderleistungen für Kommunen, die wurden hier schon mal unter Kritik gestellt, aber ich sage Ihnen, da ist die Dynamisierung mit enthalten. Wer diesen Antrag ablehnt, der wird mittelfristig – freuen Sie sich nicht zu früh, was die Zukunftsfähigkeit der Theater und Orchester betrifft –, wer diesen Antrag ablehnt, wird mittelfristig bereits die Theater- und Orchesterlandschaften nachhaltig beschädigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Eine zweite Behauptung, mit der ich mich auseinandersetzen möchte, Herr Reinhardt, ich komme jetzt zu Ihnen, ist folgende:

(Marc Reinhardt, CDU: Was?!)

Herr Reinhardt hat kürzlich gesagt, wir stellen mehr Mittel für Kultur bereit. Nun habe ich mir das mal angequckt, aber das stimmt nicht.

(Marc Reinhardt, CDU: Das stimmt!)

Das stimmt nicht!

Was ist der Maßstab? Der Maßstab ist nicht irgendeine absolute abstrakte Zahl, sondern der Maßstab ist, wie ist das Verhältnis zwischen Gesamtetat und Kulturetat. Und da bleiben Sie um 9,7 Prozent unter dem Haushaltsvollzug und dem Haushaltsansatz der Vorgängerregierung zurück.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?!)

De facto stellen Sie im Kulturetat weniger Mittel bereit.

(Vincent Kokert, CDU: Das haben Sie ja mit dem Milchmädchen ausgerechnet. – Marc Reinhardt, CDU: Die Zahlen sagen aber etwas anderes.)

Die Zahlen sagen gar nichts anderes.

Eine Kleine Anfrage von mir, dieser Tage beantwortet, sagt, die Regierung aus SPD und damals Linkspartei.PDS hat 1,13 Prozent Kulturetat im Gesamthaushalt gehabt. Sie haben jetzt 1,02 Prozent eingestellt.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Die Zahlen lügen nicht. Sie können nachschauen, es ist alles dokumentiert.

Sie, und das ist der Punkt, machen das Gegenteil von dem, was Sie behaupten, denn Sie geben weniger Mittel für Kultur und Kunst in diesem Land aus.

Dann behaupten Sie – dritter Punkt der Auseinandersetzung, nachlesbar im Internet, Auftritt des Bildungsministeriums –, wir schützen die Kultur. Tatsächlich nehmen Sie ihr beim eisigen Regenwind sogar noch den Schutzschirm weg. Und das will ich an drei Beispielen deutlich machen:

- Soziokultur wird gekürzt im nächsten Jahr um 24.600 Euro, im übernächsten Jahr 39.000 Euro. Soziokultur, darauf möchte ich aufmerksam machen, ist wichtig für Demokratie und Toleranz. Wenn uns das wichtig ist, dann kürzen wir doch an der Stelle nicht.
- Film und Medien, Aushängeschild für den Wirtschaftsstandort und Kulturstandort Mecklenburg-Vorpommern, nächstes Jahr knapp 50.000 Euro weniger und übernächstes Jahr 74.000 Euro weniger.
- Heimatpflege und da sage ich mal etwas ganz Böses: Wollen wir die Fragen der Heimatpflege den Nationalisten überlassen? –,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja.)

Heimatpflege wird gekürzt um 69.000 Euro im nächsten Jahr und im übernächsten Jahr um 84.000 Euro.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Machen Sie das ruhig.)

Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus. Von diesem Geld, können Sie natürlich behaupten, unterstützen wir bundesweit relevante Vorhaben wie "Norddeutsches Theatertreffen" oder "Jugend musiziert". Das tun Sie. Aber nüchtern betrachtet machen Sie Folgendes: Sie spielen den einen Kulturbereich gegen den anderen aus. Und das ist unanständig und für uns nicht unterstützenswert

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

DIE LINKE sagt, Kultur und Kunst ist Fundament, nicht Ornament dieser Gesellschaft.

(Vincent Kokert, CDU: Jetzt kommen wir mal zu Ihren Inhalten.)

Kultur und Kunst ist kein Kostenfaktor, sondern ist ein Wirtschaftsfaktor. Und wenn Sie auf uns nicht hören, oder auf mich nicht hören wollen, Herr Kokert, dann

hören Sie zumindest auf Herrn Neumann, den Bundesstaatssekretär für Kultur, der sagt: Es bedarf einer Allparteienkoalition, ...

(Vincent Kokert, CDU: Der ist Staatsminister übrigens.)

Staatsminister, ja.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, wenn Sie das schon sagen. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

... es bedarf einer Allparteienkoalition für Kunst und Kultur. Hören Sie wenigsten auf ihn, wenn Sie schon nicht auf uns hören! – Einen schönen Tag noch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Rente Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde, ein Haushalt ohne neue Schulden, der trotzdem in wichtige Bereiche des Landes investiert, ist ein sehr guter Doppelhaushalt. Nun haben meine Vorredner bereits vieles gesagt, aber ich will auch auf einiges eingehen.

Herr Holter ist leider nicht mehr da, aber ich nehme an, Vizepräsident Bluhm wird ihm das Gesagte ausrichten.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Mache ich, mache ich, mache ich,

Er hatte ja hier als bekennender Betontechnologe einen interessanten Satz geprägt: Er ist dafür, in Köpfe und nicht in Beton zu investieren. Das widerspricht sich ja nun erst mal mit seiner Branche.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Ich finde, wir sollten uns mit dem Thema ein wenig näher auseinandersetzen.

(Vincent Kokert, CDU: Nein, bloß nicht!)

Wenn er damit meint, dass wir verstärkt in Kinder, in mehr Lehrer und vielleicht auch in Essen an Kindertagesstätten investieren sollten, dann ist das richtig. Aber auf der anderen Seite, finde ich, ist es genauso wichtig, dass diese Leute in vernünftig ausgebauten Schulen und Universitäten sitzen und dort nicht frieren. Also wenn er meint, dass Investitionen in Schulen und Hochschulen auch Investitionen in Köpfe sind, dann kommen wir dem Ganzen schon ein wenig näher.

Ich will auch auf einen Vorwurf eingehen, den Frau Schwebs und auch Frau Holter gemacht haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Vincent Kokert, CDU: Frau Schwebs und Frau Holter! – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Holter!)

Entschuldigung, Frau Schwebs und Herr Holter natürlich, weil gesagt wurde, es wurde auf Anregung der Opposition so gut wie gar nicht eingegangen. Ich habe das mal schnell für Sie überprüft und allein bei den Abstimmungen im Finanzausschuss, wo es nur um den Bereich Bildung geht, zehn gemeinsame Projekte gefunden, wo sowohl CDU, SPD, LINKE und zu großen Teilen auch die FDP gemeinsam abgestimmt haben.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Habe ich doch gesagt.)

Es gab sogar gemeinsame Anträge.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Habe ich gesagt.)

Ja, aber Ihr Fraktionsvorsitzender hat etwas anderes gesagt. Er hat gesagt, Sie sind auf gar nichts eingegangen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Falschdarstellung!)

Nee! So viel Zeit muss sein, dass wir hier bei der Wahrheit bleiben.

Und weil Sie es sagen, Herr Kollege Bluhm, wir haben sogar einen richtig großen gemeinsamen Antrag zu den Hochschulen gehabt,

(Irene Müller, DIE LINKE: Alles weggestimmt haben Sie uns.)

wo es darum ging, für die Hochschulen in Zukunft die Stellen zu sichern und wie wir mit den Pensionierungsgeschichten umgehen. Da sind wir auch auf Ihre Anregung eingegangen, denn wir haben es gemeinsam erarbeitet. Insofern stimmt es nicht, dass wir hier nicht auf Vorschläge der Opposition eingegangen sind. Ich finde, das muss an so einem Punkt auch mal gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Dann von Herrn Bluhm die Kritik, dass wir im Ausschuss

(Vincent Kokert, CDU: So, wie Sie das immer mit uns gemacht haben.)

Ja, das finde ich auch. Wenn ich mir die letzte Legislatur angucke, dann gehen wir da wesentlich anders mit der Opposition um, als das früher der Fall war.

> (allgemeine Unruhe – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Oh, oh, oh! – Glocke der Vizepräsidentin)

Wir sollten da einfach mal nachzählen. Ich glaube, wir kommen auf eine sehr gute Quote.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr richtig. – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, Andreas Bluhm, DIE LINKE, und Ralf Grabow, FDP)

Ja, Ihre Betroffenheit zeigt mir, dass ich recht habe.

Ich will noch auf ein paar Äußerungen des Abgeordneten Bluhm eingehen: Sie haben kritisiert – im Ausschuss habe ich die Kritik nicht gehört, vielleicht habe ich sie auch überhört –, dass wir keine Grundsatzdebatte geführt haben.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, das haben wir doch gesagt. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir hätten das im Ausschuss gerne machen können. Ich glaube aber, wir haben uns auch so sehr intensiv mit jedem Thema beschäftigt. Ich habe jedoch im Ausschuss nichts davon gehört, dass Sie das dort beantragt haben oder so. Ich denke, der Minister hätte das gerne getan.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Der Landesschulrat ist, glaube ich, ein lang diskutiertes Feld hier in diesem Hohen Hause. Erstens arbeitet er schon lange und zweitens ist es keine neue Stelle, es ist höchstens eine Höhergruppierung.

(Jörg Heydorn, SPD: Bleiben Sie ruhig! Denken Sie an Ihr Herz!)

Und drittens finde ich, dass das neu begonnene Schuljahr zeigt, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Noch niemals hat es so ein Schuljahr in den letzten Jahren in Mecklenburg-Vorpommern gegeben, das so geräuschlos gestartet ist, wie es in diesem Jahr der Fall war.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Was hatte er mit meiner Frau? – Vincent Kokert, CDU: Er hat gesagt: "Frau Holter".)

Das zeigt für mich, dass sowohl die Selbstständige Schule als auch der Landesschulrat ein Erfolg ist, meine Damen und Herren.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Frau Holter und Herr Schwebs!)

Wir kommen noch zu dem 15-Millionen-Euro-Programm.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Träum mal weiter!)

Ich denke, auch Sie werden wissen, Herr Bluhm, dass dieses Lehrerzukunftsprogramm erst mit dem Schuljahr 2010/2011 beginnt.

(Zuruf aus dem Plenum: Wo sind die 15 Millionen Euro geblieben?)

Das beginnt erst im September oder im August des Jahres 2010. Dort stehen dann die 4,2 Millionen Euro. Und wenn wir uns den Haushalt 2011 angucken, da finden wir sowohl die 10 Millionen Euro für das Lehrerzukunftsprogramm

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

als auch die 5 Millionen Euro für die verbesserte Ausstattung des Unterrichts an Schulen,

(Vincent Kokert, CDU: Aha, aha!)

weil es dort auch mehr Schüler gibt und wir das dort mit eingestellt haben. Insofern sind die 15 Millionen Euro zu finden.

(Zuruf aus dem Plenum: Wo sind denn die 5 Millionen geblieben?)

Ich kann Ihnen das nachher gerne zeigen.

Ich will noch auf Herrn Koplin eingehen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ich habe den Vorschlag hier.)

weil er ja gerade behauptet hat, für Kultur geben wir nicht mehr Geld aus. Ich will Ihnen ganz klar an Zahlen belegen, dass das nicht stimmt. Wir können mal mit dem Staatlichen Museum in Schwerin anfangen: Bis 2011 500.000 Euro mehr als im Doppelhaushalt 2008/2009. (Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wegen der Personalkostenentwicklung. Ist doch klar.)

Wir machen weiter bei dem Landesamt für Kultur und Denkmal, bis 2011 pro Jahr 2 Millionen Euro mehr als 2008/2009.

(Vincent Kokert, CDU: Das sind Summen, das sind Summen! – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Allgemeine Bewilligung – Kunst und Kultur steigt von 13,9 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 15,3 Millionen Euro im Jahr 2011.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Das sind also für Kultur in diesem Land im Doppelhaushalt 2010/2011 pro Jahr circa 5 Millionen Euro mehr. Davon zu sprechen, dass das weniger ist, kann ich beim besten Willen nicht verstehen, Herr Koplin. Aber Sie werden es mir sicherlich noch erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Kommen wir zum Theater: Auch da haben Sie hier gesagt, kurz vor Schluss muss Rostock jetzt mit 1 Million Euro weniger auskommen. Wenn Sie in die Eckpunkte gucken, werden Sie feststellen, dass das nicht stimmt. Es könnte perspektivisch so sein, dass es so ist, weil wir in der Theaterfinanzierung verstärkt auf Leistungskriterien setzen.

(Hans Kreher, FDP: Das ist auch richtig.)

Und wenn sich die Leistungsparameter in Rostock nicht verbessern, dann werden das in vier Jahren 1 Million Euro sein oder 900.000 und ein paar Tausend.

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Hans Kreher, FDP)

Es werden im nächsten Jahr aber maximal 220.000 Euro sein, weil es im nächsten Jahr eine Stufenregelung gibt und diese Kürzung tritt im nächsten Jahr erst mit 25 Prozent zutage. Insofern stimmt das auch nicht, was Sie hier gesagt haben. Wenn Sie hier schon etwas sagen, dann sollten Sie auch die ganze Wahrheit sagen.

(Vincent Kokert, CDU: Nur Blasen!)

Ich will noch sagen, dass ich ...

(Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Ich gehe ...

(Regine Lück, DIE LINKE: Gehen Sie mal vor Ort!)

Gerne, Frau Lück. Ich habe mit allen Theaterintendanten telefoniert. Ich diskutiere das gerne alles aus. Ich bin auch gerne bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Aber natürlich, genug Geld ist nie da.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nee, nee, gehen Sie mal lieber ins Theater in Rostock!)

Natürlich könnte man sich immer mehr Geld wünschen. Ich finde, das, was wir in den Jahren gemacht haben 2010/2011, dass wir trotz 400 Millionen Euro weniger Einnahmen in entscheidenden Bereichen, zum Beispiel in der Kultur, mehr Geld ausgeben, ist ein richtiges Programm.

Damit wäre ich noch mal beim Junglehrerprogramm. Ich finde, es ist richtig, dass wir hier gehandelt haben, wenn wir uns angucken, was in den nächsten Jahren für ein Bedarf an Lehrern entsteht, dass wir die Vollbeschäftigung für junge Lehrer garantieren, dass wir ihnen ein Startergeld gewähren, dass wir sicherlich erst schrittweise die Referendarstellen erhöhen. Das ist sicherlich ein ganz wichtiger Punkt, wo man vielleicht auch noch mal gucken muss, ob man da perspektivisch etwas nachbessern muss.

### (Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und wir machen auch etwas für die Lehrer im Bestand. Ich erwähne das Mentorenprogramm, ich erwähne Qualifizierungsmaßnahmen und ich erwähne ein Problem, das schon lange hätte angepasst werden müssen, das ist ein verbindlicher Plan zum Ende der Teilzeit. Wir sind da auf einem guten Weg, das bis zum Jahresende auch darzustellen.

### (Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, genau.)

Sicherlich bis zum Jahr 2014 für die Schulartgruppen 2 ist das zurzeit im Gespräch. Bis dahin soll schrittweise der Beschäftigungsumfang erhöht werden. Das, denke ich, ist ein ganz wichtiges Verhandlungsergebnis, welches Henry Tesch hier erreicht hat Und spätestens 2016/2017 soll dann auch an den Berufsschulen Schluss mit der Teilzeit sein. Ich finde, man muss das jetzt auch so deutlich sagen, dass wir es wollen, dass die Teilzeit ausläuft. Das ist ein großer Solidaritätsbeitrag, den die Lehrer hier erbracht haben. Insofern ist es auch nur richtig, hier zu sagen, wann damit Schluss ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann sind ja auch die Lehrer weg, die jetzt Teilzeit machen.)

Ein weiterer Punkt sind die Fahrkosten für Lehrer. Auch das ist in den letzten Jahrzehnten, so kann man es fast sagen, schon immer ein großer Kritik- und Streitpunkt gewesen, dass, wenn Lehrer auf Klassenfahrten oder auf Dienstfahrten gingen, es sehr kompliziert war, Fahrkosten zu beantragen, oder dass man sie gar nicht bekommen hat, weil gar nicht genug Geld vorhanden war. Wir haben diesen Haushaltstitel jetzt im vorliegenden Doppelhaushalt verdoppelt und auch die Verfahrensregeln sollen in einer Verordnung des Bildungsministeriums bis nächstes Jahr deutlich vereinfacht werden, sodass es auch hier zu deutlichen Verbesserungen an den Schulen kommt.

## (Rudolf Borchert, SPD: Das ist gut.)

Ich will zum Schluss noch etwas zur politischen Bildung sagen. Auch hier haben wir in der politischen Weiterbildung Akzente gesetzt. Wir verstetigen das Projekt "Demokratie auf Achse", wo ein Bus das ganze Jahr durchs Land an Schulen fährt und dort mit Kindern und Jugendlichen sehr aktiv Demokratie erlebbar macht. Wir investieren 50.000 Euro mehr für die kulturelle Jugendbildung. Wir haben gemeinsam mit allen Fraktionen dafür votiert, auch das will ich an der Stelle betonen, dass die Fachstelle für Bibliotheken, die zurzeit eine halbe Stelle umfasst, in Zukunft eine ganze Stelle sein wird. Und wir haben auf Initiative der CDU-Fraktion 50.000 Euro für ein Pilotprojekt gestartet, das sich "Immersion" nennt, welches an einer Grundschule im Land einen zweisprachigen Unterricht ermöglichen soll. Alle, die mit in Charlotte waren, werden feststellen, das ist ein Ergebnis aus der Ausschussreise, was uns dort sehr gut gefallen hat.

# (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist gut.)

Und es ist auch sehr wichtig, wir haben 30.000 Euro mehr für Abschlüsse an Volkshochschulen, für Schulabschlüsse und für Maßnahmen der Alphabetisierung zur Verfügung. Auch das ist, denke ich, ein ganz wichtiges Signal.

#### (Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und so muss ich sehen, dass dieser Doppelhaushalt ganz klare Zeichen für die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern setzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Er kommt ohne neue Schulden aus, setzt ganz klare Prioritäten und deshalb können ihm auch eigentlich alle zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Reinhardt, Sie haben ja sehr ausführlich versucht, uns den Doppelhaushalt schmackhaft zu machen.

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU, und Jörg Vierkant, CDU)

Als die Generaldebatte vorhin stattgefunden hat, waren dort hinten 45 Schülerinnen und Schüler aus dem Bereich Parchim, und als ich zu ihnen gekommen bin, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen, haben sie mich gefragt: Sagen Sie mal, Frau Borchardt, was können Sie uns denn mit auf den Weg geben, was hat denn der Haushalt dieses Landes für die nächsten zwei Jahre für uns vorgesehen.

(Vincent Kokert, CDU: Keine Neuverschuldung. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Keine Neuverschuldung, ganz wichtig. Sie müssen das wieder abtragen.)

Bleiben Sie doch erst mal ruhig! Bleiben Sie doch ganz ruhig.

Das habe ich Ihnen gesagt: Natürlich wird die Koalition damit umgehen, dass Sie die Neuverschuldung nicht weiter vorantreiben

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

zugunsten der zukünftigen Generation.

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr gut.)

Ich sage aber, die jetzige Generation braucht Geld, finanzielle Mittel, damit sie die Aufgaben in Zukunft lösen kann.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig. Bekommt sie.)

Und da müssen wir auch mal gucken, was in Zukunft für die jetzige Generation in Ihrem Haushalt bleibt.

(Rudolf Borchert, SPD: Auch die jetzige Generation bekommt Geld.)

Mir ist einiges eingefallen. Das sage ich Ihnen ganz offen, dazu stehen wir auch und das haben wir in der Debatte bislang auch zum Ausdruck gebracht. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um zum Einzelplan 09, zum Geschäftsbereich des Justizministeriums, etwas zu sagen. Dabei geht es mir vor allen Dingen darum, zwei Probleme hier besonders zu benennen. Zum einen möchten wir etwas richtigstellen, und zwar das, dass im Zusammenhang mit der Beratung zum Bereich Opferberatungsstellen der Herr Glawe

(Harry Glawe, CDU: Ich bin hier.)

gleich nach der Ausschussberatung meinte – das hat er am 08.10. gleich der Presse übergeben –, dass die Fraktion DIE LINKE nicht bereit wäre, den Opferschutz zu stärken. Falsch, kann ich da nur sagen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Was ist wirklich geschehen? Ich denke, Herr Glawe, so viel Offenheit und Ehrlichkeit sollte hier im Hause wirklich walten, denn vom Prinzip her hat sich die Fraktion DIE LINKE in der Ausschussberatung nicht gegen die Stärkung des Opferschutzes gestellt.

(Heinz Müller, SPD: Im Prinzip.)

Was ist denn passiert? Sie haben zu dem Haushaltsansatz der Regierung, der schon von 2009 eine Erhöhung von 100.000 Euro, mehr als das Doppelte also, gebracht hatte, noch einmal eine Erhöhung angegeben von 100.000 Euro. Das war für uns nicht das Problem. Das Problem war, dass Sie die Deckung nicht offengelegt haben beziehungsweise eine Deckung vorgeschlagen haben aus Pflichtaufgaben des Landes, nämlich aus Prozesskostenhilfe.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und da haben wir gesagt, es kann nicht wahr sein, dass Sie von der Opposition erwarten, dass wir eine solide Deckung darzustellen haben, und Sie selber kommen hier mit Deckungsvorschlägen,

(Harry Glawe, CDU: Sie waren doch dagegen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wollten doch nicht.)

die aus Pflichtaufgaben des Landes bestehen und sozusagen dann einen verschwommenen Haushalt darstellen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und wenn Sie der Auffassung sind ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Natürlich stimmt es, Herr Glawe, aber natürlich, umsonst ist der Entschließungsantrag jetzt nicht drin,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass nach wie vor die Deckung für die Erhöhung der Opferschutzstellen und der Vereine und Verbände, die sich mit Opferschutz befassen, vom Prinzip her noch ausgewiesen werden muss. Das ist doch heute noch nicht ganz klar.

Wir haben darauf hingewiesen, dass es aus Prozesskostenhilfe nicht geht, und deswegen haben wir Ihrem Antrag nicht zugestimmt, weil wir schon davon ausgehen, dass Sie genauso wie wir eine vernünftige und solide Deckung darstellen sollten.

> (Zurufe von Harry Glawe, CDU, Dr. Armin Jäger, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Und was die Prozesskostenhilfe betrifft, Sie versuchen uns laufend darzustellen, dass wir in Zukunft nicht mehr so viel an Prozesskostenhilfe brauchen. Ich kann Ihnen nur sagen, da werden Sie irren. Wir werden in den nächsten Jahren und insbesondere im Jahre 2011 dazu kommen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass wir mehr Auseinandersetzungen in Bezug auf die Hilfe und Unterstützung von Betroffenen über die Prozesskostenhilfe benötigen. Das SGB II, das wissen Sie, die Argen werden umgestellt.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Zukünftig wird es so sein, dass der Hilfebedürftige zwei Bescheide bekommt,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

einen von der Bundesagentur, einen von der Kommune. Das bedeutet, dass wir zukünftig, wenn sie etwas dagegen machen wollen, zweimal klagen müssen, einmal zu dem Bescheid der BA und einmal zu dem Bescheid der Kommune. Das wirft automatisch die Frage der Erhöhung der Prozesskostenhilfe vom Prinzip her auf.

(Rudolf Borchert, SPD: Aber wir haben die Prozesskostenhilfe gar nicht abgesenkt.)

Nein, Herr Borchert, es wurde gesagt, dass wir nicht mehr so viel benötigen. Sie waren bei der Ausschussberatung nicht dabei in unserem Ausschuss. Das sage ich Ihnen. Gucken Sie bitte im Protokoll nach. Ich habe versucht, das hier darzustellen, weil es falsch ist, hier überhaupt ranzugehen beziehungsweise nicht zur Kenntnis zu nehmen, dass wir hier mehr Geld brauchen. Das ist das eine.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das andere ist die Frage – auch das will ich an der Stelle sagen –, wir haben uns in der gesamten Debatte

(Rudolf Borchert, SPD: Wir haben aus dem Elfer gegenfinanziert.)

immer dagegen ausgesprochen, dass dieses Personalkonzept so pauschal umgesetzt wird. Wir haben von Ihnen erwartet, dass Sie eine Aufgabenkritik vornehmen. Und auch hier kann ich Ihnen nur sagen, Sie irren, wenn Sie meinen, dass Sie hier in den nächsten Wochen und Monaten nichts tun müssen. Heute noch, trotz Unterstützung – und Frau Kuder weiß, dass wir dafür sehr dankbar sind, dass es diese Unterstützung der Sozialgerichtsbarkeit gibt –, sind die Anträge an die Sozialgerichte nicht weniger geworden. Das liegt an dem bescheiden schönen Gesetz. Es wäre besser, das mal zurückzuziehen und was Vernünftiges auf den Weg zu bringen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Machen Sie einen Vorschlag! – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das sagen wir auch. Was machen wir denn? Wir nutzen das Gesetz und die Gerichte müssen erklären, was der Gesetzgeber sich sozusagen bei der Gesetzgebung gedacht hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Warum denn wir?)

Das ist vom Prinzip her die Aufgabe, die die Sozialgerichte zurzeit zu leisten haben. Und bis zum Jahr 2008 ist hier nichts zurückgegangen, trotz aller Hoffnung, die Sie hier hatten. Das heißt, es wird erhöhte Aufgaben geben.

Alles andere habe ich Ihnen gestern schon mitgeteilt. Auch im Rahmen des Untersuchungshaftgesetzes, bei den Beratungsstellen und bei den Rechtspflegern, auch da gibt es Mehrbedarf. Wir werden uns ansehen, wie sich dieses Personalkonzept auf genau die Stellen auswirken wird, und wir werden gemeinsam dann darum streiten müssen, dass hier wieder eine Erhöhung erfolgt. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Das ist auch richtig so.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Borchardt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Marianne Linke**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir lesen es fast täglich in der Zeitung, das Lob der Koalitionäre über ihren Doppelhaushalt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch auch ein schönes Ding, oder?)

Lassen Sie es mich ganz klar und deutlich sagen: Eine erhöhte Mittelbereitstellung für die Kindertagesförderung wird von meiner Fraktion unterstützt, solange und soweit diese geeignet ist, die Kinder auf dem Weg zu einer chancengleichen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern zu fördern, also kurz gesagt, solange diese Mittel der verbesserten Qualität der Kindertagesbetreuung dienen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Schauen wir uns unter diesem Aspekt die Aufgliederung der Titel im Kapitel 27 des Einzelplans 10 an, kommen Zweifel auf.

Ich will noch einmal daran erinnern: 2004 wurde das Gesetz in Kraft gesetzt und die frühkindliche Bildung als Anspruch der Kinder verbindlich im Gesetz festgeschrieben. Gleichzeitig wurde der gesamte Finanzierungsrahmen nach der damaligen Anzahl der Kinder geregelt. Die breite öffentliche Debatte, die im Zuge der Einführung des Gesetzes in der Öffentlichkeit stattfand, kann man heute durchaus noch als Bildungsoffensive bezeichnen, die ganz erstaunliche Wirkungen hatte. Von 2003 bis 2005 stieg der Anteil der drei- bis sechsjährigen Kinder, die eine Kita besuchen, von 93 Prozent auf 98 Prozent des Altersjahrganges. Und wenn wir uns vergegenwärtigen, dass das Finanzvolumen für die Kindertagesbetreuung gesetzlich geregelt ist, dann ergeben sich daraus natürlich Probleme.

Wir hatten das so gelöst, die Sozialpolitiker der SPD und PDS vereinbarten gemeinsam mit der Landesregierung, dass damals außergesetzliche Mittel in den Haushalt eingestellt wurden in Höhe von 2 Millionen Euro, um nach der Regierungsneubildung diese dann auch gesetzlich zu verankern. So war es geplant, so waren die Vorstellungen. Was ist passiert? In einem Akt von ungeheurer Ignoranz, so muss man das sagen, wurden die Mittel der vorschulischen Bildung von 7 auf 5 Millionen Euro gekürzt

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und die außergesetzlichen Mittel der allgemeinen Kindertagesbetreuung von jährlich 2 Millionen Euro, die einer dringenden Aufstockung bedurft hätten, wurden im Haushalt einfach gestrichen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das Geld, ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das wurde gebraucht, um Wahlversprechen der CDU zu finanzieren. Gut, so etwas ist nicht ungewöhnlich, Herr Glawe, das wissen wir.

> (Zurufe von Harry Glawe, CDU, Dr. Armin Jäger, CDU, Egbert Liskow, CDU, und Marc Reinhardt, CDU)

Ungewöhnlich allerdings ist, dass hierbei eine derartige Klientelpolitik betrieben wurde, die allen Kindern der Kindertageseinrichtungen Steuermittel entzogen hat, um damit Kinder einzelner Eltern zu privilegieren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Berufstätige Eltern, deren Kinder das letzte Jahr den Kindergarten besuchen, erhalten seit 2008 eine Elternbeitragsbefreiung von bis zu 80 Euro monatlich.

> (Harry Glawe, CDU: Seit 2003 gibt es Gutscheine.)

Das soll nun trotz umfangreicher Proteste von Trägern, Vereinen, Verbänden, Elterninitiativen so bleiben, auch in diesem Doppelhaushalt, obgleich in Mecklenburg-Vorpommern davon nur eine Minderheit betroffen ist. Circa 50 Prozent der unter 15-jährigen Kinder des Landes leben in Familien, deren Eltern Hartz-IV-Leistungen beziehen oder so geringe Einnahmen haben, dass die Eltern ergänzende SGB-II-Leistungen erhalten und die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die für diese Kinder die Elternbeiträge übernehmen, mit diesem Finanzakt einfach überfordert sind. 50 Prozent der unter 15-Jährigen! Schaut man sich die genauere Analyse an, ist der Teil bei Kleinkindern besonders hoch und nimmt dann mit zunehmendem Alter ab. Das heißt, die Beiträge, die von der öffentlichen Hand getragen werden müssen, sind doch immens.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Das Geld, das für die Bevorzugung Einzelner, wie auch in diesem Doppelhaushalt wieder ausgewiesenen, eingesetzt werden soll, fehlt den Kitas. Die Konsequenzen sind dramatisch und schlagen sich landesweit in einer weiteren deutlichen Beitragserhöhung nieder.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Allein in Schwerin sollen die Beiträge für einen Krippenplatz ab Januar etwa um 50 Euro steigen. Kommunen sind kaum noch in der Lage,

(Egbert Liskow, CDU: Das gibt's doch gar nicht!)

diese anfallenden Beiträge für Kinder, deren Eltern ein geringes Einkommen und den Wunsch nach einem Ganztagsplatz haben, zu tragen. Halbtagsplätze sind die Folge.

> (Dr. Armin Jäger, CDU: Das kann ich Ihnen erklären.)

Vergegenwärtigen wir uns den Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin, dann wissen wir, dass ein Betreuungsgeld eingeführt werden soll.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Kinder, die durch Krippe und Kita in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gewinnen, werden durch eine solche Art von Klientel- und Sozialpolitik aus den Betreuungseinrichtungen geradezu verdrängt.

(Marc Reinhardt, CDU: Die zahlen doch gar nicht. Sie kennen Ihr eigenes Gesetz nicht.)

Meine Fraktion plädiert dafür, im Interesse einer chancengleichen Entwicklung der Kinder alle im Haushalt für die Kindertagesbetreuung, sprich im Kapitel 27, ausgewiesenen Mittel zusammenzuführen, so, wie es in unserem Antrag steht. Wir plädieren auch dafür, die im Einzelplan 07 ausgewiesenen Mittel für die vorschulische Bildung hier wieder zu integrieren.

Es ist interessant, dass offensichtlich die Sozialministerin noch gar nicht gemerkt hat, dass ihr Vorgänger im Amt ihr diese Kompetenz entzogen hat. Während der Bildungsminister, der zuständig dafür ist, von einer Baustelle zur anderen im Land stolpert und sich als Abrissminister profiliert, läuft sie ebenfalls emsig durchs Land und erklärte erst kürzlich in Stavenhagen, wie wichtig ihr das Thema frühkindliche Bildung ist, was sie allerdings gar nicht beeinflussen kann.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Marc Reinhardt, CDU)

Summa summarum: Meine Fraktion fordert eine Mittelzusammenführung aller im Einzelplan 27 für die Kindertagesförderung vorgesehenen Mittel und, ...

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Entschuldung, im Einzelplan 10, Kapitel 27, ich korrigiere mich.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, ja.)

... wie es auch in unserem Antrag heißt, eine Aufstockung der Mittel zunächst um 4,8 Millionen Euro im Jahr 2010 und dann um 14,4 Millionen Euro im Jahr 2011.

Die Erhöhung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die Zusammenführung dieser Mittel muss zielgerichtet der Qualitätsentwicklung dienen, für einen verstärkten Einsatz pädagogischer Fachkräfte, für die Einbeziehung der Verpflegungsmittel in die Betriebskosten sowie deren anteilige Deckung aus dieser Mittelerhöhung, aber eben auch für den Ausgleich gestiegener Inanspruchnahme

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Frau Abgeordnete Dr. Linke, die Redezeit ist zu Ende.

**Dr. Marianne Linke**, DIE LINKE: Gut, das, denke ich, war klar.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich zunächst auf den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN eingehen. Herr Holter hat heute Morgen sinngemäß gesagt, Strategie im Haushalt ist nicht zu erkennen, das läuft nach dem Motto: "Eine Hand wäscht die andere und beide das Gesicht", 15 Millionen für die Kitas und 15 Millionen für die Schule, und alles andere ist schwammig dahinter.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Er hat Herrn Tesch zitiert.)

Ein Stück weit funktioniert Politik so. Wenn man in der Koalition zusammensitzt, dann wird man sich verständigen müssen, wo jeder seine Schwerpunkte setzt. Aber ich will gerne jetzt der Fraktion DIE LINKE die Strategie dahinter noch einmal erläutern.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ah! Es gibt sie also noch.)

Hören Sie gut zu, Herr Koplin, jetzt können Sie was dazulernen, wie die Dinge abzuleiten sind.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das haben Sie vor acht Jahren nicht gemacht. Da waren Sie der Chef.)

Und zwar erinnern Sie sich an die erste Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten Erwin Sellering, der zum Thema Bildung hier ein paar Dinge gesagt hat. Er hat gesagt, wir wollen in Mecklenburg-Vorpommern unsere Abiturientenquote erhöhen, wir wollen in Mecklenburg-Vorpommern die Schulabbrecherquote senken und wir wollen den Anteil an Kindern erhöhen, die bei uns den Schulabschluss machen. Ja, bitte schön, meine Damen und Herren von der LINKEN, wie macht man das denn, wenn man nicht in das Thema Kindertagesstättenförderung und Schule investiert?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das ist doch eine ganz klare Sache an der Stelle. Die Strategie drängt sich doch förmlich auf.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das muss aber nicht richtig sein.)

Deswegen wundert es mich, dass Sie die nicht so klar gesehen haben.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Noch sind wir nicht different.)

Völlig klar an der Stelle. Wir machen eine Menge. Der Kollege Reinhardt hat darauf hingewiesen, was in der Schule passiert.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Und auch die Mittel, die wir in der Kindertagesstättenförderung zum großen Teil einsetzen, dienen einer Verbesserung der Qualität und vor allem einer Verbesserung der Benachteiligtenförderung in den Kindertageseinrichtungen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

was im Ergebnis dazu führt, dass wir mehr Kinder haben werden, die einen Schulabschluss machen, dass wir die Abiturientenquote erhöhen können und dass wir mehr Kinder in Ausbildung bringen.

(Zurufe von Wolfgang Griese, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Das ist die Realität dahinter und das ist unsere klare Strategie. Und hier zu sagen, wir seien völlig konzeptionslos, ist einfach falsch. Deswegen wollte ich Ihnen das an dieser Stelle noch einmal erläutern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und auch auf die Ausführungen von Frau Schwebs muss man an der Stelle noch mal eingehen. Frau Schwebs, zum Thema Schuldnerberatung haben Sie gesagt, die 150.000 Euro, die auf Antrag der Koalitionäre zusätzlich dazugekommen sind, dienen ausschließlich der Finanzierung von Tarifsteigerungen. Ich will das an dieser Stelle noch einmal deutlich herausarbeiten. Das ist falsch.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Entweder Sie wissen es nicht besser oder Sie erzählen hier bewusst die Unwahrheit, denn für die Tarifsteigerungen sind durch das Sozialministerium schon 50.000 Euro mehr in den Haushaltsplanentwurf eingearbeitet worden.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Die 150.000 Euro, die wir zusätzlich zur Verfügung stellen, dienen dazu, den Eigenanteil in Höhe von zehn Prozent zu ersetzen, den die Träger von Schuldnerberatungsstellen heute noch zu erbringen haben.

(Irene Müller, DIE LINKE: Und genau das funktioniert nicht, wie wir es gehört haben in der Anhörung. Das haben die ganz genau vorgerechnet, dass das nicht geht.)

Das werden wir sehen, das werden wir sehen, Frau Müller. Das, was wir anfangen, funktioniert immer gut, das können Sie sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Irene Müller, DIE LINKE: Von wegen!)

Das letzte Kindertagesstättenförderungsgesetz, was Ihre Kollegin Frau Dr. Linke

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

hier gerade noch erwähnt hat, ist im Wesentlichen auch von uns geschrieben worden, weil wir eine Vorlage bekamen, die eigentlich hinten und vorne nicht zu gebrauchen war.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Und Sie sehen, es funktioniert im Wesentlichen.

Und dann kam Frau Schwebs zu der Kritik an den Pflegestützpunkten. Diese reduzierte sich allerdings darauf zu sagen, die Ministerin hatte dafür kein Geld eingestellt. Also wenn sich das da erschöpft, dann sage ich herzlichen Dank,

(Rudolf Borchert, SPD: Können wir gut mit leben.)

denn implizit ist das ein Lob für das, was wir tun.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Sie loben uns ausdrücklich dafür, dass wir an die Pflegestützpunkte gedacht haben

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Sie haben es verpennt.)

und 750.000 Euro Geld dafür zur Verfügung stellen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Seit Januar, seit Januar dieses Jahres.)

damit das Land sich an dieser Stelle in erheblichem Umfang an diesem Projekt wird beteiligen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir machen hier Strukturpolitik, Strukturpolitik machen wir hier.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, nachdem Ihre Allgemeinverfügung nicht funktioniert hat.)

Wenn Sie sich die Situation im Lande mal ansehen und Sie fragen mal diejenigen, die noch nicht alt sind, was sie im Alter nicht erleben wollen, dann sagen Ihnen die Leute, sie wollen ihre letzten Tage möglichst nicht in einem Alten- und Pflegeheim verbringen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Und wenn, dann unter vernünftigen Bedingungen.)

Und das bringt die Pflegestützpunkte ins Spiel, weil diese Pflegestützpunkte der richtige Schlüssel dazu sind,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

den Bereich der Ambulantisierung in der Altenhilfe deutlich voranzubringen, weil wir hier Beratung anbieten,

(Irene Müller, DIE LINKE: Schlimm genug, dass wir ein ganzes Jahr haben vergehen lassen. Ein ganzes Jahr geschlafen! – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

weil wir hier zunehmend Unterstützungsstrukturen anbieten werden. Da werden Sie sich wundern, was daraus entsteht. Wir hoffen, dass wir dann, wenn es auf dem Tisch liegt, von Ihnen auch ordentlich beklatscht werden für das Gute, was dabei herauskommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das hätten Sie schon lange tun sollen. – Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Und auch die von Frau Dr. Linke vorgetragene Kritik zur Kindertagesstättenförderung geht weitestgehend ins Leere. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, bevorzugen Sie an dieser Stelle das Gießkannenprinzip. Das Geld soll alles rein und dann mit der Gießkanne womöglich über die Landschaft. Dabei wird, was das Thema Qualität angeht, so wahnsinnig viel nicht herauskommen. Das ist ein Schuss in den Ofen. So was wollen wir nicht. Wir machen es an der Stelle besser.

Den Rest kann man sich fast kneifen, weil zum großen Teil das, was hier ausgeführt wurde, Selbstbeweihräucherung war, weil die Kollegin Dr. Linke für den Bereich ja mal Verantwortung getragen hat

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Phantomschmerzen.)

und wieder mal diese 7 Millionen Euro herausgearbeitet hat. Wir haben uns im Zuge der jetzigen Gesetzesnovellierung mal angeguckt, was mit diesen 7 Millionen Euro passiert ist, was damit gemacht wurde.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist eine wilde Geschichte. Und fragen Sie doch bitte mal Ihre Kollegin, ob sie Kenntnis davon hat, was mit dem Geld alles passierte. Und da kann man nur sagen, na ja, das kann man besser machen. Das haben wir vor.

Zum Thema der Elternentlastung kann ich nur sagen, mein Vorschlag ist es nicht gewesen,

(Harry Glawe, CDU: Unserer war es.)

aber ich kann mir auch nicht vorstellen, dass diejenigen, die eine Entlastung erhalten, jetzt irgendwo auf der Matte stehen und sagen, das Geld wollen wir nicht. (Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Das halte ich auch nicht gerade für realistisch. Und man muss die Dinge fein auseinanderziehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben auf der einen Seite eine Menge Haushalte, wo die Elternbeiträge durch den örtlichen Jugendhilfeträger übernommen werden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so.)

aber auf der anderen Seite sind es gerade Sie als Fraktion DIE LINKE, die immer wieder auf die Höhe der Einkommen in Mecklenburg-Vorpommern hinweisen. Und wenn man dann sagt, für die Leute, die nicht so viel Einkommen zur Verfügung haben, wollen wir in den wesentlichen Bereichen ein Stück weit für Entlastung sorgen, so völlig falsch ist das nicht. Man kann das Geld an anderer Stelle sicherlich ähnlich gut anlegen. Das ist eine ganz klare Sache, wenn man das in Qualität bringt. Aber so eine Position zu besetzen und zu sagen, wir unterstützen damit nicht die Hartz-IV-Empfänger, die erhalten das Geld von der örtlichen Jugendhilfe, sondern wir unterstützen damit Menschen, die sich ihr Geld teilweise sehr hart verdienen müssen, das ist ein Aspekt, den finde ich nicht ganz falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und dann ist das Thema Beitragserhöhung angesprochen worden. Auch da kann ich nur sagen, wir wollen es besser machen. Wir wollen es besser machen mit dem jetzigen Gesetzentwurf.

Ich will an der Stelle noch einmal darauf aufmerksam machen, wir haben vier verschiedene Finanzierungsquellen. Die eine ist das Land, die zweite sind die örtlichen Jugendhilfeträger, die dritte sind die Eltern und die vierte sind die Kommunen. Sie beteiligen sich an der Kindertagesstättenfinanzierung, wobei bei zwei Akteuren ein fester Beitrag gedeckelt ist. Das ist der Landesbeitrag und das ist der Beitrag der örtlichen Jugendhilfeträger. Und natürlich ist es klar, dass, wenn die Anzahl der Kinder, die betreut werden, steigt, natürlich das Geld sinkt, was örtliche Jugendhilfeträger und das Land zur Verfügung stellen. Das ist ganz klar. Pro Kind steht weniger Geld zur Verfügung. Das wollen wir ändern. Wir werden die Landesförderung künftig auf eine Pro-Platz-Förderung umstellen, die das aufgreift, die das besser macht und die verhindert, dass die Dinge, wie sie im Augenblick sind, so weiterlaufen können.

(Jörg Vierkant, CDU: Das ist auch sinnvoll.)

Das ist Fortschritt.

Und auch da muss ich sagen, Ihre Kollegin hätte es damals besser machen können.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das hätten Sie schon lange machen können.)

Sie hatte das Heft des Handelns in der Hand. Und warum ist das dabei herausgekommen?

(Irene Müller, DIE LINKE: Weil Sie auch da zugestimmt haben.)

Auch damals waren die Dinge schon klar. Auch damals war klar, wie sich die Kinderzahlen entwickeln. Da hätte schon vor ein paar Jahren etwas in dieser Richtung passieren können. Okay, wir haben das damals mitgemacht.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wir haben Neuland beschritten.)

Wir sind heute dabei, die Sachen aufzugreifen. Wir haben erkannt, dass man das verbessern kann,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

und insofern gibt es hier an sich nichts zu kritisieren. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem vorgelegten Haushaltsplanentwurf. – Herzlichen Dank.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 16 a).

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010/2011 auf der Drucksache 5/2699. Der Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3117 anzunehmen.

Ich rufe auf den Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3161 vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3161 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, die Fraktion der FDP, eines Abgeordneten der Fraktion der NPD, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Stimmenthaltung der anderen Abgeordneten der Fraktion der NPD angelehnt.

Wer dem Artikel 1 in unveränderter Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind der Artikel 2 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen

Ich rufe auf den Artikel 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3078 vor, soweit er den Artikel 3 betrifft. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3078, soweit er den Artikel 3 betrifft, zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Hand-

zeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3078, soweit er den Artikel 3 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP und Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE, der SPD und CDU sowie Stimmenthaltung der Fraktion der NPD angelehnt.

Wer dem Artikel 3 entsprechend der Beschlussempfehlung unverändert zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist Artikel 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die Fraktionen der FDP und NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 4 und 5 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Zu Artikel 4 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3160 vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3160 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3160 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU und eines Abgeordneten der Fraktion der NPD sowie Enthaltung vonseiten der Fraktion der NPD – und wie war das bei der FDP? – bei Ablehnung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Auf Drucksache 5/3078 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor, soweit er die Artikel 4 und 5 betrifft. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3078, soweit er die Artikel 4 und 5 betrifft, bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer den Artikeln 4 und 5 entsprechend der Beschlussempfehlung in unveränderter Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 4 und 5 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktionen der FDP und NPD sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 6 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Artikel 6 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE, Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3117 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3117 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 16 b).

Wir kommen zur Abstimmung über die Einzelpläne.

Ich rufe auf den Einzelplan 01 - Landtag.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 01 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3118 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3118 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3119 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3119 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3120 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3120 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3121 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3121 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3122 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3122 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3123 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3123 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD

und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3101 zum Einzelplan 01 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 01 auf Drucksache 5/3101 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Gegenstimmen durch die Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 02 – Landesrechnungshof.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3102 zum Einzelplan 02 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02 auf Drucksache 5/3102 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 03 – Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 03 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3124 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3124 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3125 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3125 bei Zustimmung vonseiten der Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3126 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3126 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3128 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3128 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3129 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3129 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD

und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3130 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3130 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3131 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3131 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3103 zum Einzelplan 03 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 auf Drucksache 5/3103 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Gegenstimmen durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Innenministeriums.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 04 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3132 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3132 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD sowie Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3133 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3133 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3134 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3134 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3135 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3135 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3104 zum Einzelplan 04 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 auf Drucksache 5/3104 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Ablehnung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 05 – Geschäftsbereich des Finanzministeriums

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3105 zum Einzelplan 05 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 05 auf Drucksache 5/3105 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die Fraktionen DIE LINKE und NPD sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus.

Auch hier lasse ich zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 06 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3136 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3136 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3137 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3137 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3138 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3138 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3106 zum Einzelplan 06 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 06 auf Drucksache 5/3106 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU und Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf

Drucksache 5/3106 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe nun auf den Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Auch hier zunächst die Abstimmung über die vorliegenden Änderungsanträge zum Einzelplan 07.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3139 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3139 bei Zustimmung vonseiten der Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3140 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3140 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3141 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3141 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3142 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3142 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3143 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3143 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3144 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3144 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3145 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3145 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3146 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3146 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3147 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3147 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3148 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3148 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3149 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3149 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3162 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3162 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie eines Abgeordneten der Fraktion der NPD und ansonsten Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3163 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf der Drucksache 5/3163 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU, FDP sowie drei Abgeordnete der Fraktion der NPD und ansonsten Enthaltung vonseiten der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3164 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3164 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU, FDP sowie einen Abgeordneten der Fraktion der NPD und ansonsten Enthaltung vonseiten der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3107 zum Einzelplan 07 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07 auf Drucksache 5/3107 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU und Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3107 empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen.

Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, über die Ziffern 1 bis 3 der Entschließung gesondert abzustimmen. Ich rufe dementsprechend die einzelnen Ziffern auf.

Wer der Ziffer 1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 der Ziffer II der Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP sowie Gegenstimmen vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung vonseiten der NPD angenommen.

Wer der Ziffer 2 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um seine Stimmabgabe. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung unter Ziffer II bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP, Gegenstimmen vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD angenommen.

Wer der Ziffer 3 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 3 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD angenommen.

Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3107 angenommen.

Ich rufe nun auf den Einzelplan 08 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Meiner.)

Auch hier lasse ich zunächst abstimmen über die Änderungsanträge zum Einzelplan 08.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Jetzt geht's los.)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3077 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön.

(Dr. Till Backhaus, SPD: So ist das in Ordnung.)

Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3077 bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3150 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3150 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD

und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3151 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3151 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3108 zum Einzelplan 08 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 08 auf Drucksache 5/3108 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3108 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe nun auf den Einzelplan 09 – Geschäftsbereich des Justizministeriums.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3109 zum Einzelplan 09 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 09 auf Drucksache 5/3109 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und FDP und einiger Abgeordneter der Fraktion der NPD sowie Stimmenthaltung einiger Abgeordneter der Fraktion der NPD angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3109 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP, bei drei Gegenstimmen vonseiten der Fraktion der NPD und zwei Stimmenthaltungen vonseiten der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 10 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales und Gesundheit.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge zum Einzelplan 10 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3152 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3152 bei Zustimmung vonseiten der Fraktion der

NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3153 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3153 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3154 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3154 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3155 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3155 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3156 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3156 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3157 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3157 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3158 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3158 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3165 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3165 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und NPD sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3110 zum Einzelplan 10 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 10 auf Drucksache 5/3110 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die Fraktionen DIE LINKE und NPD sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3166 vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3166 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3166 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP, Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung in unveränderter Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Herr Holter hat zugestimmt. Das freut mich.)

Ja, ja, ich habe das gesehen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das freut mich natürlich sehr.)

Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3110 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP sowie zwei Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen vonseiten der Fraktion der NPD und Stimmenthaltung von den anderen Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung.

Auch hier wieder zunächst die Abstimmung über die Änderungsanträge zum Einzelplan 11.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3167 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3167 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, FDP und NPD abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3168 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3168 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, FDP und NPD abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3111 zum Einzelplan 11 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 11 auf Drucksache 5/3111 bei Zustimmung durch die Fraktio-

nen der SPD und CDU sowie Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen des Landes.

Auch hier zunächst die Abstimmung über die Änderungsanträge.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3159 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3159 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3112 zum Einzelplan 12 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 12 auf Drucksache 5/3112 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE und NPD sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 14 – Landesverfassungsgericht.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3114 zum Einzelplan 14 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 14 auf Drucksache 5/3114 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 15 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3115 zum Einzelplan 15 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 15 auf Drucksache 5/3115 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen durch die Fraktionen DIE LINKE und NPD sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der FDP angenommen.

In der Ziffer II der Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP, einer Gegenstimme der Fraktion der NPD und ansonsten Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3113 – Stellenpläne.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3113 zuzustimmen wünscht, den

bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3113 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

Wir kommen nun zu der Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und die Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2010 und 2011 auf der Drucksache 5/2700 sowie der Ergänzung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 5/2893.

In Ziffer I seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Finanzausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 5/3100 anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3100. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3100 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Gegenstimmen vonseiten der Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

(Angelika Peters, SPD: Sehr schön.)

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3100 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3100 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE, der FDP und NPD angenommen.

Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3100 zuzustimmen wünscht ...

(Rudolf Borchert, SPD: Erst den Änderungsantrag, Drucksache 5/3169!)

Also, wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer II der Beschlussempfehlung in Bezug auf die Drucksache 5/3100.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3169 vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3169 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3169 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP, Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU und zwei Abgeordnete der Fraktion der NPD sowie drei Enthaltungen vonseiten der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3100 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3100 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und FDP, bei Gegenstimmen vonseiten der Fraktion der NPD und Stimmenthaltung vonseiten der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3100. Wer der Ziffer III der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist die Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 5/3100 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie Stimmenthaltung vonseiten der Fraktionen der FDP und NPD angenommen.

Von der Fraktion DIE LINKE liegt Ihnen ein Änderungsantrag auf Drucksache 5/3170 vor, der die Einfügung einer Ziffer IV beinhaltet. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zuzustimmen wüscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3170 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und eines Abgeordneten der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und FDP sowie vier Stimmenthaltungen vonseiten der Fraktion der NPD abgelehnt.

Damit sind wir am Schluss der Abstimmung zum Haushalt 2010/2011.

Ich darf hier vom Präsidium aus noch einmal allen an den Haushaltsberatungen 2010/2011 beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Abgeordneten des Landtages und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landesbehörden ganz herzlich danken für diesen besonderen Einsatz in dieser wichtigen gesetzlichen Regelung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir bedanken uns für die souveräne Leitung, Herr Präsident.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Finanzministerin – Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2008 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes, Drucksache 5/2968.

Antrag der Finanzministerin: Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2008 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes – – Drucksache 5/2968 –

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Finanzministerin auf Drucksache 5/2968 zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die

Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie einer Gegenstimme aus der Fraktion der NPD und ansonsten Enthaltung vonseiten der Fraktion der NPD,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Gegenstimmen!)

also einer Enthaltung vonseiten der Fraktion der NPD und vier Gegenstimmen vonseiten der Fraktion der NPD, so ist es korrekt, angenommen. Trotzdem ist die Überweisung so angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat ablehnen, Drucksache 5/3018.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat ablehnen – Drucksache 5/3018 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entscheidung zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz fällt morgen im Bundesrat. Damit gehen das Gezerre und das Gezänk um Steuerausfälle und Steuergeschenke erst einmal in eine Pause. Vor allem, meine Damen und Herren, ist dieses Gesetz aber eines, nämlich Bestandteil einer irrwitzigen Politik, die davon ausgeht, mehr Steuern einnehmen zu können, indem man Steuern senkt, einer Politik, die von einem Wachstum – ausgelöst durch Steuersenkungen – ausgeht, an das außer Union und FDP nahezu niemand mehr glaubt. Mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren, wächst nur die öffentliche Armut, aber nicht das Steueraufkommen.

(Michael Roolf, FDP: Oha!)

Die Steuerreform 2000 hatte als zentrales Instrument schon die Senkung von Einkommens- und Unternehmenssteuern. Und es ist empirisch nachweisbar, von 2001 bis 2005 hat die deutsche Wirtschaft trotz kräftiger Steuersenkungen stagniert.

(Michael Roolf, FDP: Vielleicht hätte sie sonst noch mehr stagniert.)

Der Aufschwung, der in den Jahren 2006 und 2007 kam, fiel in eine Phase deutlicher Steuererhöhungen, also wird es auch bei diesem Mal nicht anders sein, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, Herr Roolf ist wieder aufgewacht!)

Deshalb sollten Sie es besser ein Umverteilungsbeschleunigungsgesetz nennen, denn das wäre ehrlicher.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Dieses Gesetz ist eine dreiste Mogelpackung und finanzpolitisch unverantwortlich, ja geradezu abenteuerlich. Deshalb ist es auch völlig abwegig, dass die unsinnigen Wachstumsbeschleuniger von Union und FDP eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern darstellen könnten. Einen solchen Bären, meine Damen und Herren, können Sie niemandem aufbinden.

Nicht nur hierzulande beklagt die Finanzministerin die Einnahmeverluste, die damit verbunden sind. In Mecklenburg-Vorpommern sind es für Land und Kommunen im Jahr 2010 minus 38 Millionen Euro und 2011 noch einmal minus 52 Millionen Euro, Geld, das uns für wichtige Aufgaben wie für die Verbesserung von Qualität an Schulen beispielsweise nicht mehr zur Verfügung steht. Zahlreiche Bundesländer, auch CDU-geführte, stimmten in diese Klagen mit ein, und zwar zu Recht, denn Länder und Kommunen haben letztlich die Zeche zu zahlen. Die drohenden Haushaltslöcher sind überhaupt nicht kleinzureden, denn die Zahlen sprechen für sich, meine Damen und Herren. Wie sollen denn die Länder und die Kommunen für eine bessere Kindertagesstättenbetreuung und Bildung sorgen, wenn gleichzeitig die Einnahmen zurückgehen und die unsägliche Schuldenbremse einzuhalten ist?

(Michael Roolf, FDP: Wieso unsäglich?)

Eine solche Quadratur des Kreises zeigt nur, wie irrational die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung mittlerweile ist.

Meine Damen und Herren, weder werden die Entlastungen für Erben noch die für große Unternehmen zu mehr Wachstum und zu mehr Arbeitsplätzen führen. Hier setzen Sie Ideologie an die Stelle der Wirtschaftstheorie. Sie bedienen damit lediglich eine Klientel, die Klientel von Union und FDP, die Besserverdienenden, die Vermögenden, die Konzerne.

Besonders scheinheilig ist es, wenn Sie sich brüsten mit den angeblichen Entlastungen für Familien. Dabei verschweigen Sie, wer wirklich entlastet wird, nämlich vor allem Familien mit hohem Einkommen. Das sind die Familien, die von der Anhebung des Kinderfreibetrages profitieren werden.

Aber wie, meine Damen und Herren, wirken sich die Maßnahmen auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit mittleren und kleinen Einkommen aus?

(Michael Roolf, FDP: Na, wie denn?!)

Für die Beschäftigten gibt es – wie für andere auch – 20 Euro Kindergeld mehr. Dagegen ist nichts zu sagen, auch wir fordern eine Kindergelderhöhung. Aber bei der Politik von Schwarz-Gelb geht das Geld wieder drauf, wenn die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr zunehmend unabhängig von der Höhe des Einkommens erhoben werden, wie es im Koalitionsvertrag heißt.

(Michael Roolf, FDP: Das hat aber mit dem Gesetz nichts zu tun.)

Konkret bedeutet das, dass nicht ein bestimmter Prozentsatz vom Einkommen, sondern eine feste Prämie wie bei den privaten Versicherungen gezahlt werden muss. Das Gleiche gilt für die Pflegeversicherung.

(Michael Roolf, FDP: Oi!)

Der Unternehmeranteil bei der Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung soll hingegen konstant bleiben. Damit wird jedenfalls die solidarische Sozialversicherung, wie sie seit Bismarck Bestand hatte, zulasten der abhängig Beschäftigten und zugunsten der Arbeitgeber aufgekündigt.

Bei den Hartz-IV-Beziehern kommt die Erhöhung des Kindergeldes gar nicht erst an, weil das Kindergeld voll angerechnet wird. 1,7 Millionen Kinder, deren Eltern Hartz IV erhalten, sind wieder einmal außen vor und werden wie Menschen dritter Klasse behandelt. Das nennen die Koalitionäre von Union und FDP sozial ausgewogene Politik! Sie erhöhen die Kinderfreibeträge, ja,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das ist doch wohl eine Sauerei!)

aber das bedeutet konkret für die Kinder von Millionären 37 Euro pro Monat. Der Freibetrag zum Beispiel für Kinder einer Lehrerin steigt real aber nur um 20 Euro pro Monat. Und eine arbeitslose alleinerziehende Mutter hingegen bekommt null Komma nichts. Dabei brauchen wir gerade für Bezieher kleiner Einkommen endlich eine deutliche Entlastung, um die Binnennachfrage zu erhöhen. Gerade in der Krise zeigt sich, dass der Binnenkonsum wichtig ist. Und wir brauchen dafür auch eine Entlastung für die Durchschnittsverdiener. Dazu müsste endlich der Steuerbauch abgeschafft werden.

Das alles kostet Geld, wäre aber bezahlbar, ohne dass sich der Staat zusätzlich verschulden müsste. Bezahlbar wäre es, wenn wir eine Millionärssteuer und eine Börsenumsatzsteuer einführen würden. Bezahlbar wäre es, wenn Spitzeneinkommen und hohe Vermögen wieder stärker belastet werden würden. Daran verschwendet die Regierung von Union und FDP aber keinen Gedanken. Nein, sie vergibt Steuergeschenke auf Pump, wohl wissend, dass diese Steuergeschenke von heute die Sozialkürzungen und Steuererhöhungen von morgen sind

Meine Damen und Herren aus CDU und FDP, Sie sollten sich darum kümmern auf der Bundesebene, dass die Banken zu einer zuverlässigen Kreditversorgung verpflichtet werden.

(Michael Roolf, FDP: Aha!)

Dafür ist zum Beispiel auch öffentliches Eigentum an Banken notwendig. Sie sollten sich auf der Bundesebene darum kümmern, dass endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird.

(Michael Roolf, FDP: Oha!)

Sie sollten sich um ein Zukunftsinvestitionsprogramm kümmern, das den Namen verdient.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der weiß ja gar nicht, wie das geschrieben wird.)

Und, meine Damen und Herren, Sie sollten sich um die Lage am Arbeitsmarkt kümmern, denn die wird sich im nächsten Jahr zuspitzen – hier und bundesweit. Es wäre ratsam, noch einmal das Kurzarbeitergeld zu verlängern. Das wären echte Wachstumsbeschleuniger.

Aber um es noch einmal deutlich zu sagen: Ihre Wachstumsbeschleuniger werden konjunkturpolitisch nahezu wirkungslos sein. Mittlerweile sind Sie die Letzten, die noch glauben, dass sich Steuersenkungen im Zeitablauf selber finanzieren werden. Das ist so überholt, dass sogar im Gabler Wirtschaftslexikon, dem deutschsprachigen Standard-Wirtschaftslexikon, dieser These widersprochen wird.

Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, werden Wachstum nicht per Gesetz verordnen können. Die Landesregierung ist deshalb aufgefordert, im Interesse des Landes zu handeln. Deshalb muss sie morgen im Bundesrat gegen das Wachstumsbeschleunigungsgesetz stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das reicht nicht mal für eine Enthaltung.) **Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster erhält das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Rudi, schmeiß den Riemen auf die Orgel!)

Rudolf Borchert, SPD: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt wohl in den letzten Monaten, man kann wohl sagen, auch seit Jahren kaum ein Gesetz aus Berlin, das massiver kritisiert wurde in der Öffentlichkeit als dieses sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

(Hans Kreher, FDP: Ich kann mich an das Hartz-IV-Gesetz erinnern. – Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Wir haben festzustellen, dass lediglich 17 Prozent der Deutschen diesem Gesetz zustimmen.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

und das trotz dieser ganzen Wohltaten, die immer wieder von CDU und FDP hier genannt werden. Nur 17 Prozent Zustimmung bei den Deutschen!

(Jochen Schulte, SPD: Alles der FDP wegen.)

Und die Bewertungsskala, meine Damen und Herren, reicht über willkürlich, teils widersinnig, bürokratisch, sinnlos.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Flickwerk, Unsinn, Etikettenschwindel und so weiter.

(Ute Schildt, SPD: Das ist richtig.)

Dass dieses Gesetz von den Oppositionsparteien abgelehnt wird, wird sicherlich niemanden überraschen. Aber auch in der CDU/CSU und FDP gibt es sehr viel Ablehnung

(Dr. Till Backhaus, SPD: FDP und CDU interessiert das ja selber nicht.)

mit Herrn Müller im Saarland, Herrn Tillich in Sachsen, Herrn Böhmer in Sachsen-Anhalt. Herr Wulff in Niedersachsen spricht von einer Riesenkröte, die er schlucken muss

(Michael Roolf, FDP: Das werden wir ja morgen sehen, wie die abstimmen.)

Peter Harry Carstensen, Schleswig-Holstein, beklagt die Einnahmeausfälle der Länderhaushalte.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Besser eine Rotbauchunke als eine gelbe Kröte.)

Nur auffallend ist, dass es aus der CDU Mecklenburg-Vorpommerns keine kritischen Stimmen gibt. Mecklenburg-Vorpommern ist Merkel-Land,

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

obwohl ich mir vorgestellt hätte, dass der Landesvorsitzende etwas Kritisches gesagt hätte, vielleicht auch der stellvertretende Ministerpräsident.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Der hat ja etwas gesagt, der hat das Wachstumsbeschleunigungsgesetz gestern verteidigt.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Das Gesetz auch nicht.)

Ich hätte mir zum Beispiel gut vorstellen können, dass Harry Glawe mit Peter Harry Carstensen in Schleswig-Holstein vielleicht auch einmal praktisch hier im Gleichschritt gegangen wäre, zwei politische Schwergewichte wie Peter Harry Carstensen

(Dr. Till Backhaus, SPD: Harry, hol schon mal den Wagen!)

in Schleswig-Holstein und Harry Glawe in Mecklenburg-Vorpommern so als Norddeutsche. Von all diesem ist bis heute nichts zu hören.

> (Dr. Till Backhaus, SPD: Vom Gewicht her hätten sie ja richtig was auf die Waage gebracht, die beiden.)

Man muss zur Kenntnis nehmen, dass alle Fachleute, also alle Experten, Wirtschaftsexperten und Finanzexperten dieses sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz

> (Peter Ritter, DIE LINKE: So richtig thematisieren lässt sich das ja mit der Koalition auch nicht. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

vom Sachverständigenrat bis hin zum Bundesrechnungshof ablehnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich habe nichts gehört.)

Interessant ist, dass international IBF, OECD und EU-Kommission starke Vorbehalte äußern zur gegenwärtigen Finanzpolitik in Deutschland,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und das ausdrücklich bezogen auf das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Die kommunalen Spitzenverbände Deutschlands lehnen das Gesetz ab.

> (Irene Müller, DIE LINKE: Das wird das Unwort des Jahres, glaube ich. – Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Ich kann an dieser Stelle auch mit Zitaten einige Kostproben bringen, die noch mal etwas deutlicher machen, worum es hier geht, zum Beispiel zur Änderung einer Erbschaftssteuer. Ich zitiere Professor Dr. Lorenz Jarass, Zitat: "Ich finde es äußerst überraschend, dass die neue Regierung ... im Wesentlichen Entlastungen für Vermögensbesitzer vorsieht. Wenn Sie mit dem Gesetz Vermögensbesitzer und Firmenerben entlasten, dann wirkt es nicht als Wachstumsbeschleunigungsgesetz, sondern als Wachstumsverhinderungsgesetz." Zitatende.

Ich bleibe bei der Erbschaftssteuer. Professor Dr. Joachim Wieland, Lehrstuhl für Öffentliches Recht in Speyer: "Ich halte den Gesetzentwurf, soweit Hemmnisse für die Unternehmensnachfolge beseitigt werden sollen, in der vorliegenden Form für verfassungswidrig; das will ich in aller Deutlichkeit sagen." Und er setzt fort: "Meine Prophezeiung: Es wird möglicherweise eine Weile dauern, aber das wird in Karlsruhe angefochten werden. Das Ergebnis scheint mir eindeutig: Die vorgeschlagene Regelung ist verfassungswidrig."

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, oh! – Michael Roolf, FDP: Ja.)

Zum Mehrwertsteuerprivileg. Bei Hotelübernachtungen zitiere ich den Bundestagspräsidenten aus seiner persönlichen Erklärung zur Abstimmung am 4. Dezember 2009, Dr. Norbert Lammert: "Die in Artikel 5 vorgesehene Ermäßigung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes für das Beherbergungsgewerbe lehne ich ab. Sie ist steuersystematisch willkürlich, in der Abgrenzung verbundener Leistungen nicht praktikabel, schafft zusätzliche Bürokratie und unsinnige Einkommenseffekte. Eine "Wachstumsbeschleunigung" ist von dieser Regelung nicht zu erwarten."

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich bleibe beim Mehrwertsteuerprivileg bei Hotelübernachtungen. Noch mal Professor Dr. Joachim Wieland. Oder ich verzichte an der Stelle mal aus Zeitgründen auf Professor Wieland und nehme Professor Dr. Stefan Homburg, Institut für Öffentliche Finanzen, Leibniz Universität Hannover, um da ein bisschen Abwechslung reinzubringen. Zitat: "Die Senkung der Umsatzsteuer für die Hotellerie ist ökonomisch irrsinnig."

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Zitieren Sie doch mal Herrn Sellering!)

"Es ist sicherlich der schlechteste Vorschlag sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht."

Zu den Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen sagt Helmut Dedy, Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände: "Mit Blick auf den heute vorliegenden Gesetzentwurf und einige Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung ist unsere größte Sorge, dass wir nicht mehr in der Lage sein werden, zu investieren, zumindest nicht mehr so, dass wir unseren Aufgaben gerecht werden und für das sorgen können, wofür wir eigentlich da sind."

(Harry Glawe, CDU: Die Hotelkollegen aus deinem Wahlkreis werden sich freuen über das, was du verkündest hier.)

"nämlich für ein vernünftiges, lebensfreundliches Umfeld vor Ort." Das waren einige Kostproben einiger Zitate.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit das auch noch mal klar gesagt wird,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die SPD lehnt dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz aus folgenden Gründen ab:

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Erstens. Das Gesetz ist nicht geeignet, das Wachstum anzukurbeln. Das Volumen ist zu gering. Mangelnde Zielgenauigkeit, falsche Schwerpunktsetzung, die Anhebung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages werden nur sehr geringe Effekte bringen, weil ein Großteil durch Erhöhung der Krankenkassenbeiträge auch gleich wieder weg ist. Keine Effekte bei der Unternehmenssteuerreform, keine Effekte bei der Absenkung des Erbsteuertarifs und negative Effekte bei der Absenkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent bei den Hotels. Der Kollege Jochen Schulte wird auf die Thematik noch mal gesondert eingehen.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Da kommt Freude auf.)

Ein zweiter Grund der Ablehnung aus Sicht der SPD ist folgender: Mit dem Gesetz wird kein Wachstum gefördert, sondern mit dem Gesetz wird soziale Ungleichheit gefördert. Das Gesetz ist sozial ungerecht, denn Schwarz-Gelb verteilt Geschenke an Besserverdienende. Spitzenverdiener werden zukünftig für ein Kind 440 Euro im Jahr mehr bekommen, während die Kinder von Normalverdienern, die ja nicht von den Steuervorteilen profitieren, lediglich 240 Euro im Jahr mehr bekommen. Und, meine Damen und Herren, 1,8 Millionen Kinder aus den ärmsten Haushalten in Deutschland werden gänzlich leer ausgehen.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Und drittens ist es völlig klar, diese Steuersenkungen führen dauerhaft zu Einnahmeausfällen für die öffentlichen Haushalte für Mecklenburg-Vorpommern, nicht nur die 78 Millionen Euro für den Landeshaushalt, sondern noch mal 22 Millionen Euro für die Kommunen für die Jahre 2010 und 2011. Insofern ist dieses sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz auch ein Schuldenbeschleunigungsgesetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Alternative der SPD, um das klarzumachen, ist eine andere. Eine zukunftsorientierte und generationengerechte Finanzpolitik verlangt den konsequenten Erhalt der notwendigen Einnahmebasis von Bund, Ländern und Kommunen, denn wir brauchen dringend neue Investitionen in Bildung, in Infrastruktur, in Klimaschutz und in Gerechtigkeit.

Sie können sicher sein, dass die SPD das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ablehnt, weil es kein Wachstum bringt, weil es sozial ungerecht ist, weil es zu dauerhaften Steuerausfällen führt. Demzufolge ist auch klar, es wird keine Zustimmung im Bundesrat vom Land Mecklenburg-Vorpommern geben, es wird eine Enthaltung entsprechend der Koalitionsvereinbarung zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz zum Ausdruck gebracht werden. Insofern natürlich morgen keine Zustimmung und demzufolge auch keine Zustimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Borchert.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Herr Roolf. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Michael Roolf**, FDP: Herr Borchert, hier ist noch ein Stückchen von Ihrem Redemanuskript. Ich nehme mein eigenes, ist das okay?!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Sagen Sie das doch vorher!)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Borchert, das, was Sie zum Schluss gemacht haben, habe ich nicht verstanden. Ich habe hier einen Beschluss liegen, der lautet: "Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat ablehnen." Das ist Ihre politische Auffassung.

(Rudolf Borchert, SPD: Keine Zustimmung.)

Dann bleibt das einzig Konsequente, wenn Sie heute hier als Sozialdemokraten den Mut haben, diesem Antrag zuzustimmen. Das ist konsequente Politik.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie müssen uns nicht erklären, was notwendig ist. Es gibt eine Koalitionsvereinbarung, Herr Roolf.)

Wir halten uns an den Text dieses Antrages, so, wie er hier ist. Und wir haben es ja eben gesehen, Frau Schwebs und Herr Borchert haben mit verbundenen Augen einen Ritt durch den Gemüsegarten gemacht, links und rechts ein bisschen was aufgewühlt, aber an Substanz haben Sie nichts dazu beigetragen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh doch! Sie haben nicht zugehört.)

Wir halten uns an den Text dieses Antrages. Inhaltlich hat der Wirtschaftsminister gestern, denke ich, in der Aktuellen Stunde sehr ausführlich über die Auswirkungen gesprochen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja. Als allererstes an die Hartz-IV-Empfänger gedacht.)

Nach unserer Auffassung sollte Mecklenburg-Vorpommern, die CDU in Mecklenburg-Vorpommern mit breiter Brust aufstehen und sagen: Ja, wir stimmen diesem Gesetz zu. Also unsere Position hier heute ganz klar:

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Lassen Sie uns aufhören mit diesen Vorurteilen, mit diesen Argumenten, die keine Argumente sind, aus Ihrer Richtung! Wir werden den Antrag der LINKEN wegen Substanzlosigkeit ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist das? – Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist alles? – Irene Müller, DIE LINKE: Das war aber jämmerlich!)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Rudolf Borchert, SPD: Ich dachte, er verteidigt jetzt hier sein Gesetz. Das war ja nun gar nichts. Das war ja nun nicht eine begeisternde Rede für das Wachstumsgesetz.)

**Egbert Liskow**, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, Peter Ritter, DIE LINKE, und Michael Roolf, FDP)

Herr Roolf, jetzt soll ich die breite Brust übernehmen. Nein, so viel vorweg: Wir hatten ja gestern in der Aktuellen Stunde schon mal dieses Thema angesprochen und dazu hat der Wirtschaftsminister sich sehr ausführlich geäußert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war doch genauso schwach wie gerade eben. – Irene Müller, DIE LINKE: Aber nicht überzeugend.)

Ich möchte trotzdem noch den einen oder anderen Punkt hier aufgreifen. Ich möchte ausdrücklich erst einmal sagen, dass die Steuermindereinnahmen natürlich die Kommunen und das Land belasten und dass sie uns fehlen werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auch die Hansestadt Greifswald, ja, ja, ja.)

Aber ich muss auch sagen, dass wir Ähnliches schon mal im Jahre 2002 gehabt haben. Da gab es eine Steuergesetzgebung, die Kapitalgesellschaften so entlastet hat, dass wir Körperschaftssteuermindereinnahmen in Größenordnungen von mindestens 25 Milliarden Euro hatten, was sich durchgeschlagen hat auf die Kommunen, die jetzt immer noch darunter leiden, und zwar die gesamten Verluste, die wir die letzten Jahre hatten,

(Irene Müller, DIE LINKE: Was hat das mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu tun?)

die negativen Haushalte.

(Heinz Müller, SPD: Gleichzeitig wurden Schlupflöcher bei der Gewerbesteuer gestopft, die Sie wieder aufmachen wollen. – Irene Müller, DIE LINKE: Wir haben das aber anders bewältig, ganz anders.)

Vielen Dank.

Auf jeden Fall haben die Kommunen und auch das Land sehr wesentlich darunter gelitten. Jetzt geht es um eine Größenordnung, die lange nicht diese Ausmaße annimmt. Trotzdem ist es ein Problem, gerade in der Wirtschaftskrise,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber in der Krise, in der Krise.)

dass man da noch mal für die Kommunen weniger Steuereinnahmen hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dass man da steuern kann.)

Andererseits muss man aber immer sehen, wer zahlt denn diese Steuern. Wir haben einmal die betroffenen Länder und Kommunen und andererseits haben wir natürlich die betroffenen Steuerzahler, und zwar einmal als Arbeitnehmer und als Arbeitgeber.

(Michael Roolf, FDP: Die sollen noch mehr bezahlen. Die sollen noch mehr bezahlen.)

Die Arbeitnehmer werden entlastet durch die Kindergeldzahlungen.

(Michael Roolf, FDP: Das wollen die nicht. Das wollen die ja nicht. Die wollen immer mehr Steuern haben.)

Erst einmal bekommen alle, die Kinder haben, 20 Euro pro Kind mehr und ...

(Ministerin Manuela Schwesig: Das stimmt doch gar nicht.)

Außer die Hartz-IV-Empfänger.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Michael Roolf, FDP)

Das hätte ich jetzt noch gesagt, Frau Schwesig.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Von der Ministerbank gibt es keinen Kommentar.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Abgeordneter Liskow, einen kleinen Moment mal bitte.

Ich bitte doch erstens die Abgeordneten des Hauses, die Zwischenrufe so zu beschränken, dass man dem Redner hier folgen kann,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Entschuldigung!)

und zweitens mache ich noch mal darauf aufmerksam, dass Zwischenrufe von der Regierungsbank nicht zulässig sind.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Bitte, Herr Abgeordneter.

Egbert Liskow, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Natürlich hätte ich dieses noch erwähnt, Frau Schwesig, aber Sie sind manchmal etwas voreilig,

(Marc Reinhardt, CDU: Auch bei den Gesetzen.)

vielleicht vorlaut. Das sage ich mal an dieser Stelle.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Oh, oh, oh!)

Das sage ich jetzt an dieser Stelle.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist sie nicht. – Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt beklagt sich die CDU, dass sie mit ihren Gesetzen nicht hinterherkommt. Ist das voreilig oder nicht?!)

Ich denke, dass wir an der Stelle erst einmal die Familien stärken. Natürlich muss man darüber nachdenken, ob man ganz speziell auch etwas für die Hartz-IV-Empfänger in diesem Falle macht. Wenn man die Kindergelderhöhung haben möchte,

> (Rudolf Borchert, SPD: Ja, das Schonvermögen erweitern. – Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

darf man diese nicht ausschließen, davon bin ich überzeugt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Richtig.)

Die Frage mit dem Steuerfreibetrag,

(Irene Müller, DIE LINKE: Mit dem Schonvermögen.)

der hier immer im Vordergrund angenommen wird, ist eine Frage von 400 Millionen Euro im Gegensatz zu den 4,2 Milliarden Euro, die die Kindergelderhöhung insgesamt ausmacht. Ich denke mal, das ist vertretbar, dieses so zu machen, weil diese Leute auch viel mehr Steuern bezahlen.

Wir haben mehrere Punkte, die hier für das Land verhältnismäßig wichtig sind. Es wird nur immer angesprochen, Herr Borchert, die Frage der verminderten Umsatzsteuer für die Hotellerie. Wir als Landtag haben dieses schon mehrmals gefordert,

(Rudolf Borchert, SPD: Ja. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

jetzt ist es so gekommen. Auch Ihr Ministerpräsident hat dies beim Tag der DEHOGA, aber auch bei unseren Touristikern ausdrücklich gelobt.

(Michael Roolf, FDP: Ausdrücklich gelobt.)

Ausdrücklich!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er hat aber auch gesagt, wofür wir das Geld verwenden sollen, ne?!)

Dazu muss man sagen, dieses nutzt in diesem Falle dem Land Mecklenburg-Vorpommern. Es geht nicht um die Frage, dass es allen Ländern nutzt.

Wir haben eine Frage in dieser Gesetzgebung, die hier noch mitgeregelt wird, die aber noch nicht so angesprochen worden ist. Das ist aus meiner Sicht die Frage,

## (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Biogasanlage Penkun.)

die gerade Kleinunternehmen nach der Absetzbarkeit bei geringfügigen Wirtschaftsgütern besonders hilft. Ich denke, das ist ganz wichtig, denn gerade kleine und mittelständische Unternehmen müssen diese Krise einigermaßen überstehen, da hilft auch solch eine Sache wesentlich.

## (Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir haben gestern auch schon gehört, dass wir im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit von Biokraftstoffen mit diesem Gesetz etwas machen, was auch diesem Land nutzt. Wir haben uns mit der Frage der erneuerbaren Energien beschäftigt, wo wir hinsichtlich Penkun gehört haben, dass wir da etwas Besonderes in unserem Land nutzen. Man muss also feststellen, aus meiner Sicht, dass natürlich erst einmal, wie es schon am Anfang gesagt wurde, Bund, Land und Kommunen die direkten Steuern fehlen, die aber andererseits dem Steuerbürger an anderer Stelle wieder zurückgegeben werden. Aus meiner Sicht, denke ich, dass es angemessen ist und zu einem Wachstum kommen kann,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist "linke Tasche, rechte Tasche". – Ute Schildt, SPD: Das ist dann Verteilung.)

wobei heute noch gar keiner sagen kann, ob diese Impulse auch dabei rauskommen,

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist schlimm genug. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so?! Sie machen erst einmal Gesetze und wissen nicht, was das ist?! Das ist ja eine tolle Strategie.)

die uns dann wieder eine Steuerentlastung geben werden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir haben ja auch gemerkt, dass in den letzten zwei, drei Jahren durch Wachstum Steuern regeneriert wurden und wir damit unsere Defizite wieder abbauen konnten.

> (Rudolf Borchert, SPD: Sie machen ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz und wissen nicht, ob das funktioniert. – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie wissen nicht, wo es hinwächst. – Heinz Müller, SPD: Irgendetwas wird schon wachsen. Wir wissen nur noch nicht, was.)

Erst einmal vielen Dank, wir warten, was noch hier kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt um das Wort gebeten die Finanzministerin des Landes Frau Polzin. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Heike Polzin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(allgemeine Unruhe – Michael Roolf, FDP: Es gibt hier noch ein paar, die zuhören wollen.)

Speziell für Sie und natürlich auch für alle anderen gleich noch einmal vorweg: Wir haben gestern in der Aktuellen Stunde den Wirtschaftsminister schon kurze Ausführungen aus seiner Sicht der Dinge machen hören.

(Michael Roolf, FDP: Die sehr gut waren.)

Sie dürfen davon ausgehen, dass meine Sicht der Dinge mit ihm auch kollegial abgesprochen ist, aber nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig lässt, wie man es ja eigentlich von mir auch kennt. Ich denke, das ist auch ein Teil der Demokratie, mit unterschiedlichen Auffassungen dabei umzugehen. Und bevor Herr Kreher dann wieder von irgendwelchen Zersetzungserscheinungen Alpträume bekommt,

(Heinz Müller, SPD: Amen!)

weise ich einfach mal darauf hin, damit können wir in der Koalition sehr gut umgehen, dafür gibt es nämlich ein ganz normales Prozedere. Damit sind wir heute ja zitiert worden und ich habe ein bisschen gelächelt.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die neue Bundesregierung leider nicht nur ein beschönigendes Wortungetüm geschaffen, das wäre ja noch zu verkraften, sondern sie hinterlässt doch tiefe Wunden in den öffentlichen Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen, die lange zu spüren sein werden. Ein Sammelsurium an verschiedenen und kaum zusammenhängenden Steuergeschenken wird hier gebündelt und uns als wachstumsförderndes Programm präsentiert. Grund genug, sich die Frage zu stellen: Verdient das Wachstumsbeschleunigungsgesetz eigentlich diesen Namen?

(Rudolf Borchert, SPD: Sicher nicht. Etikettenschwindel.)

Lassen Sie uns die Punkte des Programms noch mal einzeln durchgehen:

Erstens. Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages

So gut wie alle unabhängigen Experten sind sich hier einig, diese Maßnahme hat weder etwas mit gerechter Familienförderung zu tun, noch hilft sie, effektiv das Wachstum zu fördern. Denn von der Erhöhung der Freibeträge profitieren in erster Linie die Besserverdienenden

Und, Herr Liskow, die Summe, die Sie hier genannt haben, die in der Tat marginal gegenüber der ist, die wir für das Kindergeld brauchen, die zeigt nur eines: Es sind sehr, sehr wenige Bestverdiener, die überhaupt in den Genuss dieses Steuerfreibetrages kommen.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Selbst als mein Mann und ich noch ganz normale Lehrer waren, also Vollverdiener, sind wir immer noch mit dem Kindergeld besser gefahren. Das heißt, man muss schon ein sehr gutes Einkommen haben, um hiervon zu profitieren. Aber es ist ja klar, wer hier eigentlich an erster Stelle gemeint war.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das nennt man Umverteilung von unten nach oben. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Wir haben noch sehr gut in Erinnerung, jetzt will ich Ihnen etwas zugutehalten, eigentlich war der Beitrag in den Koa-Verhandlungen – die haben wir immer verfolgt, was da so über die Medien lief, die Liberalen wollten ja nur den Kinderfreibetrag erhöhen – ein CDU-Beitrag, in

dem sie sagten, na, dann müssen wir die anderen auch

(Michael Roolf, FDP: Waren Sie dabei? – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch typisch FDP. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

So war es ganz deutlich, oder alle Medien lügen. Das waren auch überregionale. Ich glaube das nicht. Das muss sicherlich der Kompromiss gewesen sein.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Insofern wenigstens noch der Ansatz, dass die Normalverdiener etwas abbekommen.

(Hans Kreher, FDP: Sie müssen sich mal mit unseren Anträgen befassen, ehe Sie solch einen Quatsch hier reden!)

Also haben wir einen etwas weiteren Kreis. Das muss man schon mal akzeptieren.

(Hans Kreher, FDP: Das ist doch selbstverständlich. Das ist doch auch bei uns klar, dass wir das machen.)

Aber jedermann weiß, dass wir in unserem Land etwa ein Drittel der Kinder unter dem Hartz-IV-Regime haben, die wieder einmal leer ausgehen. Und man muss natürlich dazu auch wissen, dass selbst die Kinder, die Unterhalt bekommen, leer ausgehen werden,

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen wir noch mehr die Steuern erhöhen.)

weil das nämlich wieder vom Unterhalt der Väter abgezogen wird. Das ist die nächste Geschichte, wo es zweimal beim Kind nicht ankommt. Das kann also nicht das sein, was wir toll finden sollen.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Die Erhöhung des Kindergeldes erreicht nicht diejenigen, die es am dringendsten brauchen. Darüber bin ich mir sicher und ich muss niemanden hier im Saal daran erinnern. In der Konsequenz heißt das also: Diejenigen, die am wenigsten haben und alles konsumieren würden, erhalten nichts, und diejenigen, die am meisten haben und anteilig am wenigsten konsumieren werden, erhalten noch mehr. Also im Hinblick auf "konjunkturfördernd" ist das eine volkswirtschaftliche Meisterleistung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jo! Von der FDP.)

Zweitens. Änderung der Unternehmenssteuerreform

Ziel dieser Veränderung ist ganz offenbar nicht die Beseitigung krisenverschärfender Regelungen, sondern die Rücknahme wichtiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmenssteuerreform 2008.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Die sind alle mühsam als Kompromiss zusammen erarbeitet worden, um die Unternehmen zu entlasten. Und jetzt wird peu à peu das ganze Gegenfinanzierungsmodell aufgedröselt. Die Bemühungen bemerke ich in dem letzten Jahr in jeder Finanzministerkonferenz. Es waren auch einschlägig immer dieselben Länder, die dafür plädiert haben. Aber nun ist das wohl offensichtlich durch den Koa-Vertrag auch mehrheitsfähig geworden und schlägt zu Buche. Ich kann mir kaum vorstellen, dass davon hiesige Unternehmen in dem Maße profitieren werden, wie wir umgekehrt darunter leiden. Das ist überhaupt keine ausgeglichene Bilanz.

Die Aufrechnungen bei der Zinsschranke, bei der Verlustrechnungsbeschränkung, bei der gewerbesteuerrechtlichen Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen vergrößern die Spielräume auch für missbräuchliche Steuergestaltung und erleichtern Gewinnverlagerungen ins Ausland. Das ist auch etwas, was wir nicht wollen können, denn Wachstum werden wir so nicht generieren.

(Michael Roolf, FDP: Das machen die auch. Das machen die Handwerksunternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern auch.)

Herr Roolf, das habe ich auch nicht behauptet, dass unsere Unternehmen das tun. Aber da es möglich ist, gehen die Gewinne ins Ausland und da hat insgesamt der Bund

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

weniger Steuern. Und darunter leiden alle.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Diese Zusammenhänge müssen Sie einfach mal zur Kenntnis nehmen!

(Michael Roolf, FDP: Das ist typisch SPD-Politik.)

So ein bisschen Wissen über den eigenen Tellerrand hinaus braucht man schon, um das mal an so einem Faden zu definieren.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist aber sehr schwierig für die FDP.)

Drittens. Ermäßigung des Steuersatzes für Übernachtungskosten

Auf den ersten Blick mögen wir als Tourismusland von dieser Regelung profitieren. Dafür, das ist hier auch schon mehrfach gesagt worden und das leugnet ja auch keiner, hat sich die Landesregierung in der Vergangenheit starkgemacht.

(Egbert Liskow, CDU: Auch der Landtag.)

In Klammern: Ich stand nie an der Spitze der Bewegungen, aber ich würde da auch nicht reinkarten. Das ist eine unterschiedliche Sichtweise. Wir sind ja eher der Auffassung, dass man generell die Harmonisierung der Steuern auf EU-Ebene auf die Reihe bekommen muss, weil das der richtige Weg insgesamt wäre.

(Hans Kreher, FDP: Das ist richtig. Aber das ist doch ein Teil davon. – Michael Roolf, FDP: Das hat Herr Steinbrück doch gemacht.)

Ja, das ist eine gute Idee, Herr Kreher. Wir fangen also mit dem kleinen süßen Teilchen an, um die Balance völlig auszuhebeln.

Glauben Sie mir bitte, selbst Vertreter der IHK und der Unternehmensverbände haben zu mir gesagt, dieser herausgebrochene Mosaikstein aus dem Ganzen nützt nicht mal der Tourismusbranche,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

weil die jetzt tatsächlich dastehen werden durch den großen Bürokratieanteil,

> (Marc Reinhardt, CDU: Da war der Ministerpräsident anderer Meinung, Frau Finanzministerin.)

der sich in der Auseinanderdividierung von Übernachtungskosten, Speisen, Getränken und der Sauna

in Pauschalangeboten ergibt und eine interessante Geschichte bieten wird.

Erinnern Sie sich an den Sommer? Da hieß es: Wie hoch ist ein Fischbrötchen versteuert? Da haben wir mal an einem Beispiel mitbekommen, wie das Steuerwirrwarr inzwischen dafür sorgt, und zwar immer genau durch solche Verschiebungen, dass zum Schluss überhaupt keiner mehr weiß, sind es 19 Prozent oder sind es 7 Prozent. Dieser Part wird sicherlich dem einen oder anderen hier auch ein bisschen mehr Geld in der Tasche lassen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das kann hier überhaupt keiner leugnen, wenn der Umsatzsteuersatz ...

(Rudolf Borchert, SPD: Was hat das mit Wachstum zu tun? – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Aber ist es eigentlich das, was damit vereinbart wurde? Ich habe den Worten des Tourismusverbands entnommen – zwar nur aus der Zeitung, aber ich nehme an, das ist in Ordnung –, dass er damit die Hoffnung auf Investitionen verbunden hat, auf faire Löhne für die Mitarbeiter und natürlich auf faire Preise. Ich bin gespannt, da das ja nun demnächst umgesetzt wird, wie das den Feldversuch überstehen wird. In Frankreich hat man nach einem Jahr gerade mal Erkenntnisse dazu gewonnen,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

weil dort mit der Mehrwertsteuerabsenkung in der Hotelbranche und auch insgesamt in der Tourismusbranche feste Versprechungen vereinbart wurden. Dort hieß es: Senkung der Preise und bessere Bezahlung der Mitarbeiter sowie Mehreinstellung. Nach einem Jahr musste man zur Kenntnis nehmen, das allergrößte waren Mitnahmeeffekte.

(Rudolf Borchert, SPD: Gewinne, na klar!)

Das wird bei uns natürlich nicht passieren.

(Rudolf Borchert, SPD: Hotelketten vor allen Dingen.)

Aber die Hoffnung, die sich mit solchen Maßnahmen verknüpft, ist an der Stelle vielleicht nur das Prinzip Hoffnung.

Viertens. Zu den Veränderungen bei der Erbschaftssteuer hat noch keiner was gesagt, weil das auch noch ein interessanter Part ist in diesem Sammelordner. Die Erbschaftssteuer war ohnehin eine sehr schwere Geburt. Sie ist eine reine Ländersteuer, das heißt, wir profitieren davon, ob was kommt oder nicht. Und da bei uns die reichen Erben auch nicht so dicht gesät sind,

(Michael Roolf, FDP: Ja eben, abschaffen, abschaffen.)

profitieren wir eher davon, über den Länderfinanzausgleich mehr zu bekommen. Das hat bis jetzt zumindest einigermaßen geklappt. So, und jetzt kommen wieder Veränderungen rein, die machen es nur noch schwieriger.

(Michael Roolf, FDP: Nee.)

Ich befürchte jetzt noch größere verfassungsrechtliche Probleme durch die neue Reform. Das Ergebnis wird sein, uns fehlen dann weitere 4 Millionen Euro, wenn es die nicht mehr gibt, wenn die nicht mehr erhoben wird. Aber einige meinen vielleicht, wir können es uns leisten. Ich hätte die gerne auch in Zukunft.

(Rudolf Borchert, SPD: Die FDP will doch die Erbschaftssteuer sowieso abschaffen.)

Die vorgesehene Verkürzung der Behaltens- und Lohnsummenfristen für das Betriebsvermögen geht so weit, dass eine am Gemeinwohl orientierte und damit sachgerechte Privilegierung kaum noch zu begründen ist. Also auch hier haben wir mal wieder eine Umverteilung von hier nach hier. Auch das, meine ich, kann irgendwo aus keiner Sicht zu unterstützen sein. Diese Überprivilegierung des Betriebsvermögens gefährdet den Bestand der Erbschaftssteuer und damit übrigens den Bestand einer reinen Ländersteuer.

Alles in allem muss ich zum Schluss kommen, dass das Einzige, was durch das Gesetz wachsen wird, der Schuldenberg der öffentlichen Hand ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fragwürdigkeit dieses Gesetzesvorhabens entspricht der Art und Weise, mit der dieses Gesetz gegen den offensichtlichen Willen vieler im Bundesrat durchgedrückt werden soll. Im Finanzausschuss, wo mit Mehrheit dieses Gesetz abgelehnt wurde, waren nicht nur Schleswig-Holstein und nicht nur Thüringen dagegen,

(Jochen Schulte, SPD: Sachsen.)

sondern es gab auch Enthaltungen aus dem Saarland und Hamburg. All diese sind sachlich auch nicht so unbeschlagen, sie haben jeweils immer auch die CDU mit an Bord.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die haben ihre Gründe, weshalb sie sagen, zu diesem Zeitpunkt ist das das falsche Signal.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Die rot-schwarze Bundesregierung hat in der Krise einige Investitionspakete auf den Weg gebracht, an denen arbeiten wir noch. ZIP ist das eine,

(Rudolf Borchert, SPD: Mit nachgewiesenen Konjunkturimpulsen.)

Bildung und Infrastruktur in die Dörfer, das sind alles Dinge, meine ich, die auch die Konjunktur vor Ort ankurbeln.

Ich höre noch genau Herrn Roolf, wie der sich über die sogenannte Verschrottungsprämie aufgeregt hat.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Ich sage Ihnen mal ganz ehrlich, ich finde die auch nicht so toll.

(Michael Roolf, FDP: Ist sie auch nicht.)

aber wir haben ja gesehen, das hat einen momentanen Boom ausgelöst und jetzt ist Ruhe nach dem Sturm. Das war doch aber vorauszusehen.

(Michael Roolf, FDP: Jetzt.)

Damit will ich nur mal sagen ...

(Michael Roolf, FDP: Aber Kindergeld ist keine Verschrottungsprämie. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Moment, das ist natürlich auch nicht der einzige Effekt gewesen. Für die Umwelt hat das schon noch einen Sinn. Das muss man so und so sehen.

## (Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ich will nur sagen, es ist im Grunde in dieser Krise vieles auf den Weg gebracht worden, was in der Sache teilweise sogar umstritten war, was aber schon insgesamt große Lasten für den Bund vor allem, der hat die meisten geschultert auf der Ausgabenseite, und natürlich auch für die Länder mit sich gebracht hat.

Es gibt im Moment einen Punkt, und den haben wir vor Kurzem erreicht, wo man sich sagt, alles, was darüber hinaus kommt, wird dafür sorgen, dass die ganze Balance umkippt. Das ist eben das Problem, wenn wir von dieser Schuldenspirale nicht langsam zurückweichen. Ich habe so ein Gefühl, es ist wie bei Lemmingen: Alle müssen hinterher, weil ja alle es tun. Warum können wir nicht wenigstens als Land Mecklenburg-Vorpommern einmal sagen: Ich sehe, Sie tun es, aber ich überlege und distanziere mich davon, denn uns kann es nur auf den ersten Blick egal sein, was der Bund mit seinem eigenen Schuldenberg macht. Er schultert ja noch mehr von diesen ganzen Programmen, als es die Länder anteilig tun. Er hat eine Rekordverschuldung vor sich, er hat die Maastricht-Kriterien vor sich und das läuft auf einen Crashkurs hinaus, der nachher nur den Rotstift und uns in eine Situation, die ich eigentlich keinem von uns wünsche, bringt.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Dann werden wir uns mal an Zeiten zurückerinnern, in denen wir noch maßvoll und langfristig etwas abbauen konnten und nicht von heute auf morgen 100 Millionen Euro aus einem Haushalt streichen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja die Sauerei!)

Das tut viel mehr weh. Aber einige müssen es vielleicht erst einmal erleben, um zu glauben, wie komfortabel die andere Situation dabei auch ist.

Ich spreche hier nämlich nicht nur als Finanzministerin dieses Landes, denn ich bin auch Bürgerin dieser Bundesrepublik. Insofern macht es mir schon Sorgen, welcher Kurs da jetzt angestrebt wird, weil das, was morgen vermutlich, wie es so scheint, beschlossen wird, ja erst der erste Schlag ist, und der zweite folgt sogleich. Und wenn das dann alles so wunderbar durchgeht mit den Konsequenzen für die Länderhaushalte, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht, Mariel Die griechische Variante strebt ja wohl keiner hier an, dass man über Rating schon nicht mehr als Staat akzeptabel ist für Kredite. Wir sind weit davon entfernt, aber Vernunft sollten wir trotzdem annehmen.

Insofern fasse ich zusammen: Ich bin froh, dass wir diesem Gesetz morgen nicht zustimmen werden, aber ich habe eingangs auch deutlich gemacht, da wir eine Koalition sind und es unterschiedliche Auffassungen gibt, ist eine Enthaltung das Ergebnis. Ablehnen wird nur die SPD-Seite, zustimmen die CDU-Seite. Damit gehen wir kollegial und unaufgeregt um, aber es muss auch damit umgegangen werden, dass wir als Land natürlich nicht im Bundesrat ablehnen können, denn das wäre ein klarer Bruch des Koalitionsvertrages. Und ich erinnere mich an einen einzigen, Herr Holter, der hat auch schwere Folgen gehabt,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das weiß ich, das weiß ich,

das war noch unter Rot-Rot.

(Jochen Schulte, SPD: Das hat er nicht vergessen.)

Das, denke ich, müssen wir so nicht mehr machen, aber deutlicher kann man das, glaube ich, auch nicht mehr formulieren. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Ministerin.

Da die angemeldete Redezeit der Landesregierung um sechs Minuten überschritten ist, ist es den Oppositionsfraktionen möglich, in dieser Dimension länger zu reden.

Zum Zweiten, Herr Abgeordneter Kreher, weise ich den in Bezug auf die Ausführungen der Ministerin gemachten Zwischenruf als unparlamentarisch zurück.

(Vincent Kokert, CDU: Und das als Vizepräsident!)

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der NPD den Abgeordneten Herrn Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei dem gesamten Paket Wachstumsbeschleunigungsgesetz geht es um sage und schreibe fünf Themenkomplexe: Kindergeld, Unternehmensbesteuerung, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Umsatzsteuer und Energiesteuer.

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung kommt zu dem Ergebnis, dass die in dem Gesetz vorgesehenen Steuersenkungen maximal einen einmaligen Wachstumsimpuls von rund 5 Milliarden Euro und somit 0,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts erzielen werden. Dem sollen, Berechnungen des Instituts zufolge, staatliche Einnahmeausfälle und zusätzliche Ausgaben von gut 8 Milliarden im Jahr gegenüberstehen. Das Institut stellt darüber hinaus fest, dass die Wachstumseffekte der Steuersenkung sogar negativ ausfielen, wenn die Bundesregierung künftig versuchen sollte, diese Aufwendungen durch Ausgabenkürzungen zu kompensieren. Eine nennenswerte Wirkung wird weder angebots- noch nachfrageseitig vom Institut bescheinigt.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

So viel zum viel umjubelten, aber letztendlich sinnlosen Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Es wird lediglich Aktivismus vorgetäuscht, ohne jedoch etwas für die meisten Bürger im Land zu bewegen. Aber etwas anderes kennen wir von CDU und FDP ja nicht.

Bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, um ein Beispiel zu nennen, reduzieren sich die Steuersätze von derzeit 30 bis 50 Prozent auf 15 bis 43 Prozent. Diese neue Regelung bezieht sich auf Geschwister sowie Nichten und Neffen des Erblassers. Und besonders interessant für weite Bevölkerungskreise: Bei einem Erbe ab 26 Millionen Euro reduziert sich der Steuersatz von bisher 50 Prozent auf zukünftig 40 Prozent.

Das, meine Damen und Herren, soll nun also die Antwort der Bundesregierung auf die Staatskrise sein. Wenn diese Bundesregierung nur etwas Mumm in den Knochen hätte, dann hätte man eine echte Steuererleichterung, nachhaltig und vor allem sozial gerecht für alle, schon damit umgesetzt, wenn man die Mehrwertsteuer um zwei oder sogar drei Prozentpunkte gesenkt hätte

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Die wird ja erhöht werden.)

Aber diese Regierung betreibt eine asoziale Klientelpolitik, wie wir dies seit nunmehr 60 Jahren in diesem System nicht anders kennenlernen durften.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Absolut richtig.)

Wer alleine an die Unterstützung der Banken denkt, über die wir an dieser Stelle gar nicht zu reden brauchen,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Riesenschweinerei!)

erkennt schnell, welche schwachen Impulse von diesem Wachstumsgesetz bestenfalls ausgehen werden. Dieses wachsweiche Gesetz entlastet bestenfalls Großunternehmen um einen Milliardenbetrag, der unter dem Strich den Kommunen fehlen wird.

Diese Wachstumsmogelpackung wird unsere Unterstützung nicht bekommen. Folgerichtig werden wir dem vorliegenden Antrag zustimmen und fordern hiermit die Landesregierung auf, dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke schön, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts des massiven Interesses, auch seitens der FDP, die ja morgen diesen Gesetzentwurf im Bundesrat mit zu vertreten hat, will ich mal mein Redekonzept zur Seite legen und mich vielleicht auf zwei, drei Punkte konzentrieren.

Erstens. Es ist ja immer darüber gesprochen worden, Wirkung von Steuersenkungen auf das Wachstum. Nun muss man eins klarstellen – und da bin ich ja durchaus dann auch bei den Kollegen von der CDU und der FDP –: Steuersenkungen können durchaus wachstumswirtschaftliche Impulse mit sich bringen. Das setzt aber zwei grundsätzliche Punkte voraus:

Erstens. Diese Steuersenkungen müssen dort ankommen, wo sie wirklich auch konsumtiv Wirkung zeigen, das bedeutet nämlich, dort, wo Menschen tatsächlich darauf angewiesen sind, das, was sie an Mehr an Einnahmen haben, auch zu verkonsumieren.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz setzt aber gerade dort nicht an.

(Rudolf Borchert, SPD: Eben.)

Und der zweite Punkt – und der ist ebenfalls bei diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz nicht vorhanden –: Die wachstumsstärkenden Effekte werden dann konterkariert, wenn ich das Geld, das ich tatsächlich dafür aufwende, zum Beispiel durch Steuersenkungen in diesem Fall, dadurch aufbringe, dass ich im Bereich der öffentlichen Hand selber wiederum durch Aufgabenreduzierung dieses Geld erwirtschaften muss.

Und wir haben es nun heute Morgen schon bei den Haushaltsberatungen durch Frau Ministerin Polzin gehört, dass wir ja glücklicherweise noch in der Lage sind, das hier nicht durch Ausgabenreduzierung aufzufangen, sondern durch Rückgriff auf die Rücklagen. Aber letztendlich, wenn wir uns allein die Kommunen in diesem

Land angucken, wird es wohl kaum eine Gebietskörperschaft geben, die nicht in dem Bereich, der ohnehin massiv geschwächt ist, nämlich dem Bereich der öffentlichen Investitionen, noch weiter wird kürzen müssen, um tatsächlich dann die Belastungen aufzunehmen. Das vielleicht nur ganz kurz zu diesem Punkt.

Ein zweiter Punkt, den ich noch ansprechen möchte: Es ist ja immer wieder davon die Rede gewesen, die Unternehmen sollen tatsächlich in ihrer steuerlichen Situation verbessert werden. Nun gibt es eine Menge Überlegungen, auch im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform 2008, die tatsächlich dafür sprechen, dass man die Situation bestimmter Unternehmen verbessert. Das betrifft in erster Linie Personengesellschaften. Und da wäre es natürlich schön, wenn diese Bundesregierung auch einen entsprechenden Gesetzentwurf gemacht hätte. Das wäre dann übrigens – und da, denke ich mal, sind wir, Herr Minister Seidel, durchaus konform –, das wäre dann auch etwas gewesen, was vielen Unternehmen in diesem Land tatsächlich einen entsprechend wirtschaftlichen Anreiz gegeben hätte.

Dieses Gesetz nutzt allerdings den Unternehmen in diesem Land – auch in diesem Land! – im Sinne einer Wachstumsbeschleunigung nicht. Das kann auch gar nicht sein, weil es sich bei der Regelung, die hier vorgelegt wird, im Endeffekt nur um eine Verstetigung bereits bestehender Regelungen handelt, denn es ist alles schon einmal durch das Bürgerentlastungsgesetz 2009 eingeführt worden. Und hier geht es nur darum, dass ursprüngliche Maßnahmen, die angedacht worden sind, dass man gesagt hat, wir wollen in der Krisensituation entsprechend agieren, jetzt auf Dauer verstetigt werden. Was das mit Wachstumsbeschleunigung zu tun hat, das entzieht sich mir allerdings völlig.

Meine Damen und Herren, der Kollege Borchert hat darauf hingewiesen, dass ich auch noch zwei Sätze zu der Umsatzsteuerreduzierung für das Hotel- und Gastronomiegewerbe sagen möchte. Lassen Sie mich mit zwei Zitaten anfangen, und da möchte ich dann noch mal auf mein Redemanuskript zurückgreifen.

Das erste Zitat lautet: "Es ist wenig hilfreich, dass die Koalition nun eilig den vielen Ausnahmen eine weitere völlig unsystematische hinzufügen will." Das war der Präsident des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels Josef Sanktjohanser am 13.11. dieses Jahres in der "Berliner Zeitung".

Und das zweite Zitat, meine Damen und Herren, stammt von dem CDU-Bundestagskollegen Wolfgang Bosbach, der in der vorigen Wahlperiode immerhin einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war und der sich laut "Focus online" zu diesem Punkt wie folgt äußerte: "Es handelt sich hierbei um eine klassische politische Entscheidung. Und den Begriff politische Entscheidung verwenden wir, wenn wir keine überzeugenden Sachargumente haben."

(Toralf Schnur, FDP: Das scheint ja dann ein Standardbegriff bei der SPD zu sein.)

Damit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allen in Richtung FDP,

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

ist eigentlich alles gesagt, weil die gleiche Regelung, die jetzt im Rahmen dieser Koalition durch die FDP durchgedrückt wird, teilweise gegen massiven Widerstand auch von CDU-Kollegen, ist letztendlich nichts anderes als tatsächlich das, was am Anfang dieses Jahres auch von der CDU im Bundestag noch gemeinsam abgelehnt worden ist.

Es wird natürlich immer wieder angeführt, wenn wir die Gastronomie, das Hotelgewerbe in diesem Land durch die Umsatzsteuerreduzierung entlasten, dann hat das nennenswerte wirtschaftliche Effekte. Und Frau Ministerin Polzin hat ja schon darauf hingewiesen, man soll, was die Umsatzsteuer angeht, nicht immer nur über die Landesgrenzen schauen, was die Höhe der Steuersätze angeht, man soll vielleicht auch tatsächlich mal schauen, wie sich das denn ausgewirkt hat.

Und das Beispiel, was jetzt gerade in den letzten Tagen durch die Presse gegangen ist, ist natürlich die Art und Weise, wie es in Frankreich gehandhabt wurde. Dort wurde der Umsatzsteuersatz von 19,6 auf immerhin 5,5 Prozent – das muss man sich auch mal zu Gemüte führen, deutlich unter dem, was Sie ja dann auch erreichen wollen – reduziert. Das Ergebnis war, wenn ich jetzt mal zitieren darf aus dem "Handelsblatt" vom 08.12., da heißt die Überschrift: "Frankreich bereut das Steuergeschenk". Das Hotel- und Gaststättengewerbe "hält sich nicht an die Zusagen, Preise zu senken" und "Arbeitsplätze zu schaffen".

Und, meine Damen und Herren, das ist ja ...

(Marc Reinhardt, CDU: Trotzdem hat der Ministerpräsident das begrüßt.)

Das kann gut sein, dass der Ministerpräsident das begrüßt hat, das sind aber Tatsachen, so, wie sie sich darstellen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Meine Damen und Herren, und das kann auch gar nicht anders sein.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das kann auch gar nicht anders sein.

(Rudolf Borchert, SPD: Das stimmt.)

Sie müssen sich das mal betriebswirtschaftlich überlegen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie müssen sich das mal betriebswirtschaftlich überlegen. Diese Umsatzsteuerreduzierung hat nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie behalten den Preis so, wie er ist, dann können Sie Geld, das Sie mehr einnehmen, investieren oder in Arbeitsplätze geben.

(Michael Roolf, FDP: Genau.)

Dann verbessern Sie aber nicht die Wettbewerbsfähigkeit, wie es immer verlangt wird, gegenüber Hotel- und Gastronomiebetrieben im Umland.

(Michael Roolf, FDP: Doch, indem ich eine höhere Qualität schaffe.)

Der zweite Punkt ist,

(Michael Roolf, FDP: Ich schaffe dafür eine höhere Qualität.)

der zweite, der zweite Punkt ist,

(Michael Roolf, FDP: Genau das ist der Ansatz.)

das, was dann,

(Michael Roolf, FDP: Ja, ja, ja, ja, ja, ja.)

was dann dazukommt ...

Lassen Sie mich ausreden, ich bin ja noch nicht fertig!

(Michael Roolf, FDP: So geht es.)

Herr Roolf, hören Sie mir doch mal zu!

Der zweite Punkt ist, wenn Sie das aber so machen – und ich komme damit auch zum Ende –,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

dann erhöht sich gleichzeitig der Nettopreis.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Und die Erhöhung des Nettopreises führt dann wieder dazu, und das wird viele Unternehmen gerade in diesem Bereich in diesem Land betreffen, dass sich einige überlegen müssen, ob sie das tatsächlich in Anspruch nehmen, denn wir haben eine Menge Hotels, die im Tagungsgeschäft tätig sind,

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

und das sind Geschäftskosten.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Und das wird dann teurer. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Holter von der Fraktion DIE LINKE.

(Ralf Grabow, FDP, und Michael Roolf, FDP: Oh!)

**Helmut Holter**, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Ziel unseres Antrages ist bereits erreicht.

(Michael Roolf, FDP: Sie schmunzeln.)

Ja, links wirkt und wir haben Erfolg.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Darüber wird sich nicht geäußert. – Raimund Frank Borrmann, NPD: Es schneit.)

Und links meine ich jetzt nicht nur bezogen auf die Partei DIE LINKE, sondern links wirkt und hat Erfolg, nämlich das Land Mecklenburg-Vorpommern wird dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat nicht zustimmen

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Michael Roolf, FDP)

Und jeder, der sich ...

Ja, aber hören Sie doch mal zu, Herr Roolf!

Jeder, der sich im Bundesrat auskennt, weiß, es gibt gar keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen,

(Michael Roolf, FDP: Eben, eben.)

es wird nur positiv abgestimmt.

(Michael Roolf, FDP: Genauso ist es.)

Und deswegen ist das, was wir hier machen, auch, was die Regierung macht, politisches Geplänkel – auch das, was wir damals gemacht haben, das weiß ich, das gehört

zum Geschäft dazu, alles in Ordnung, kritisiere ich ja gar nicht. Das ist in Koalitionen so. Fakt ist eins: Im Bundesrat wird nach Zustimmung gefragt, und Mecklenburg-Vorpommern ist bei der Zustimmung nicht dabei.

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

Und das ist in Ordnung so,

(Michael Roolf, FDP: Ja, so ist es.)

das ist gut so,

(Michael Roolf, FDP: Genau.)

und damit positioniert sich Mecklenburg-Vorpommern, das Land Mecklenburg-Vorpommern gegen dieses Gesetz,

(Michael Roolf, FDP: Richtig.)

was die CDU in Mecklenburg-Vorpommern allerdings nicht macht.

(Michael Roolf, FDP: Und jetzt können Sie den Antrag zurückziehen.)

Die CDU hat eben,

(Michael Roolf, FDP: Jetzt können Sie den Antrag zurückziehen.)

eben, vor einer halben Stunde so ungefähr,

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

noch den Haushalt verteidigt

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

und hat mit der SPD dem Haushalt zugestimmt.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Mit Ihrer Haltung zu dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz entziehen Sie Ihrem Haushalt das Fundament. Das ist Ihre Politik, das ist Ihre Politik!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Torsten Koplin, DIE LINKE: Genau.)

Und darüber müssen wir doch mal hier reden.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Marc Reinhardt, CDU)

Jawohl, so sieht das ganz konkret aus.

Und Sie reden die ganze Zeit, auch wenn ich hier gesprochen habe und andere von uns gesprochen haben, darüber: Ja, wir haben eine Krise, Herr Holter, haben Sie das noch nicht begriffen, meine Damen und Herren von den LINKEN, haben Sie das noch nicht begriffen. – Wir haben sehr wohl begriffen, dass wir eine Krise haben. Deswegen legen wir auch unsere Alternativen vor, im Gegensatz zur FDP, die es ja nicht mal schafft,

(Michael Roolf, FDP: Na, na, na, na, na!)

die es ja ...

Aber natürlich! Wo ist denn Ihre Alternative? Sie haben weder in der Aktuellen Stunde noch in der Haushaltsdebatte, noch bei diesem Antrag

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ehrlich, nur heiße Luft!)

irgendwo über Visionen, Alternativen, über Ihre Politik gesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Diese Freiheit nehme ich mir. Das ist Ihr Slogan, aus, Ende der Fahnenstange. Das muss man mal deutlich sagen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das muss ich auch mal unterstreichen, das ist so.)

Nein, meine Damen und Herren, Politik und konsistente Politik vom Bund in die Länder runter sieht anders aus. Das muss ich an Ihre Adresse sagen, Herr Roolf. Und Sie sind nicht in der Lage, die Politik der Bundes-FDP hier zu vertreten und zu verteidigen.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Scheinbar haben Sie eine ganz andere Auffassung gegenüber diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na ja, der hat keine Ahnung.)

Wenn wir über die Krise sprechen, und das machen FDP, CDU und CSU mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, dann belasten Sie die Länder und die Kommunen.

> (Michael Roolf, FDP: Entlasten! Wir entlasten!)

Und das ist die Wahrheit, die auch von den Vorrednern ausgesprochen wurde, sowohl von Rudi Borchert als auch von Frau Polzin und auch von Jochen Schulte. Das müssen wir doch mal festhalten.

(Michael Roolf, FDP: Wir entlasten die Bürger. Das müssen Sie mal verstehen.)

Es führt zu einer Belastung

(Michael Roolf, FDP: Das müssen Sie verstehen.)

der Länder und der kommunalen Haushalte.

(Michael Roolf, FDP: Wir denken zuerst an die Bürger.)

Und die Bürgerinnen und Bürger werden nicht entlastet,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

das werde ich Ihnen gleich nachweisen. Sie sind die Letzten,

(Toralf Schnur, FDP: So'n Quark hier.)

Sie sind die Letzten,

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

ein Teil von Ihnen, die anderen sind ja gar nicht da, die noch daran glauben,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

dass dieses Gesetz tatsächlich zu Wachstum führt. Nein. Und das müssen Sie doch mal beantworten, wie denn die Steuersenkungen kompensiert werden sollen. Entweder – auch da beziehen Sie keine klare Position –, entweder werden weitere Aufgaben gekürzt oder an anderer Stelle werden die Steuern erhöht.

(Rudolf Borchert, SPD: Erst nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen. – Zuruf von Michael Roolf, FDP) Eine andere Alternative haben Sie doch nicht. Und das müssen Sie auch mal aussprechen, wie denn tatsächlich eine solide Haushaltspolitik unter den Bedingungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der Steuerreformen, die noch auf der Tagesordnung stehen, tatsächlich zukünftig gepackt werden soll.

Und zum Schluss werden nicht die Bürgerinnen und Bürger entlastet, Herr Roolf.

(Michael Roolf, FDP: Nein?)

Das sollten Sie sich mal richtig durchrechnen und richtig anschauen. Sie werden zum Schluss belastet.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Genau.)

Und das ist meines Erachtens auch die Wahrheit, die dazugehört.

Irgendwo habe ich den Eindruck, als wenn die FDP und die CDU mit der Buschtrommel auf dem Feld sitzen, die Buschtrommel klopfen und nach der Regengottideologie nun die Götter um Verzeihung bitten, um Versöhnung bitten, damit es wieder regnet, damit alles wieder wächst.

(Irene Müller, DIE LINKE: Und damit sie die Krise wieder mit sich nehmen.)

Das scheint Ihre Wirtschaftstheorie zu sein.

(Vincent Kokert, CDU: Na, Ihre Wirtschaftstheorie kennen wir ja.)

Ja, das ist erst mal schon gut, dass sie bei Ihnen angekommen ist.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Nein, Ihre Mystik,

(Zurufe von Michael Roolf, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

über Erbschaftssteuerreform oder auch andere Steuergeschenke tatsächlich eine Veränderung und ein Wachstum zu erreichen, wird so nicht aufgehen. Wir haben in den vergangenen zwei Tagen sehr intensiv darüber gesprochen.

(Egbert Liskow, CDU: Das kann doch nicht sein, dass man auf die Leute, die die Steuern zahlen, immer nur draufkloppt, immer nur draufkloppt.)

Und in Bezug,

(Egbert Liskow, CDU: Das kann doch nicht sein.)

und in Bezug auf die Entlastung will ich Ihnen sagen, die Unternehmen werden mit 2,4 Milliarden Euro jährlich entlastet, und zwar dauerhaft.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Der höhere Kinderfreibetrag nützt nur denen etwas, die hohe Einkommen haben.

(Toralf Schnur, FDP: Sagen Sie doch mal, wie hoch das ist!)

Frau Polzin hat das hier vorgerechnet, das kann ich mir jetzt sparen.

(Toralf Schnur, FDP: Sagen Sie doch mal die Zahl!)

Ich sage Ihnen mal drei Zahlen.

(Toralf Schnur, FDP: Nee, dann sagen Sie die Zahl!)

Nur drei Zahlen, drei Zahlen.

(Toralf Schnur, FDP: Ich brauche Ihre Zahlen nicht, addieren kann ich selber.)

Seien Sie mal nicht so überheblich! Hören Sie mal zu!

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

37, 20, 0 – 37 hat der Millionär an Gewinn,

(Beate Schlupp, CDU: Zahlt er weniger Steuern? Zahlt er weniger Steuern?)

20 die Lehrerinnen und Lehrer,

(Beate Schlupp, CDU: Gar nicht mehr, er zahlt weniger. Das ist die Wahrheit.)

aber die Hartz-IV-Empfängerin, die alleinerziehende Mutter, hat null von dem, was in dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz steht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber die anderen müssen die Steuern für die zahlen!)

Hinzu kommt, hinzu kommt die Kopfpauschale,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber das ist doch ...! Was soll denn das? – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, Michael Roolf, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

hinzu kommt ...

Also, lieber Herr Ringguth, betrachten Sie doch nicht nur Ihr Wachstumsbeschleunigungsgesetz! Betrachten Sie die Gesundheitsreform, betrachten Sie die anderen Steuerreformen und die Gesamtbelastung der Länder, der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und dann kann man meines Erachtens tatsächlich diese Frage auch ganz anders beurteilen. Es geht um einen ganzheitlichen Ansatz. Und deswegen bringt es kein Wachstum, es bringt auch keine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger,

(Ralf Grabow, FDP: Schauen wir mal!)

sondern es bringt eine Belastung all derer, von denen Sie hier sprechen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und ich will als Letztes etwas dazu sagen, wie denn die Kompensationen hier erfolgen sollen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ja, die CDU-Ministerpräsidenten aus Schleswig-Holstein, Thüringen, Sachsen und andere gehen auf die Barrikaden und erklären vollmundig, das ist mit uns nicht zu machen. Vom Abstimmungsverhalten im Finanzausschuss des Bundesrates ist hier berichtet worden. Und dann werden Kaufangebote gemacht.

(Michael Roolf, FDP: Oh!)

Doch, doch, doch, Kaufangebote. Es werden Angebote gemacht, wie denn die Zustimmung der Länder eingeholt werden kann.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Und es werden zweckgebundene Zuweisungen an die Länder im Bereich der Bildungspolitik versprochen.

(Toralf Schnur, FDP: Da sind Sie wahrscheinlich auch nicht dafür.)

Und Sie haben heute Morgen – und da will ich jetzt mal Herrn Sellering auch durchaus an die Seite treten –, Sie haben ja heute Morgen Herrn Sellering kritisiert für sein sorgenvolles Gesicht nach dem gestrigen Gipfel.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Der Ministerpräsident hat an der Stelle, so viel ich ihn auch kritisiere, an der Stelle hat er aus Verantwortung für das Land gehandelt. Er kann dieses Angebot nicht annehmen, weil die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes viel schärfer und viel größer sind als das, was an Kompensation geboten wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und das will ich Ihnen noch mal sagen, Herr Roolf: Das, was an Bildung hier jetzt zusätzlich vom Bund kommen soll, hat eine Ursache in der Föderalismusreform. Und da fragen wir mal, wer dafür gesorgt hat, dass Bildung in Länderhoheit übergeben wurde.

(Michael Roolf, FDP: Richtig.)

Heute, heute soll diese Föderalismusreform mit der Länderhoheit für Bildung durch zusätzliche Bundesbeteiligung an den Bildungsausgaben der Länder faktisch kompensiert werden. Was ist das für eine Politik?!

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Ich bin der Meinung, aber das ist eine andere Debatte,

(Irene Müller, DIE LINKE: Die ist richtig hinterhältig.)

dass wir von dieser Länderhoheit wieder weg müssen, dass wir zu einem einheitlichen Bildungssystem in der Bundesrepublik kommen müssen

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Michael Roolf, FDP)

und die Verantwortung dafür tatsächlich beim Bund liegt. Und das wäre eine andere Politik und das wäre Konsequenz.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und deswegen ist unser Antrag nicht substanzlos, das gebe ich gerne an Ihre ganzen Auftritte zurück. Unser Antrag ist ein Antrag aus Verantwortung für das Land, aus Verantwortung für die Kommunen, aus Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger, er ist vernünftig,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Dieses Gesetz, zu Recht, gehört abgelehnt im Bundesrat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

**Toralf Schnur**, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Vincent Kokert, CDU: Aber die Zahlen, die merken wir uns.)

Das, was wir hier gehört haben, ist natürlich abenteuerlich hoch zehn. Ich will mal anfangen mit einer Bemerkung der Finanzministerin,

(Irene Müller, DIE LINKE: So was Falsches!)

die sich hier hingestellt und gesagt hat, und ich zitiere jetzt, also als Vorbemerkung zu Ihrer Begründung der Schlechtigkeit dieses Gesetzes: Ein Drittel der Kinder unterliegen dem Hartz-IV-Regime. Zitat Frau Polzin.

(Michael Roolf, FDP: Hartz-IV-Regime! Interessante Formulierung.)

Ich will das nur mal sagen, das Hartz-IV-Regime ist ja nun wirklich keine Erfindung von CDU und FDP. Das Hartz-IV-Regime, wenn es denn eins gibt, ist eingeführt worden von der SPD.

> (Michael Roolf, FDP: Genau so. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie haben dagegen gestimmt, ne?)

Dass man an der Stelle sich heute hinstellt

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und Sie haben dagegen gestimmt, oder?)

und ernsthaft von einem Hartz-IV-Regime spricht und auch dieses Wort überhaupt verwendet,

(Michael Roolf, FDP: Genau.)

ist eine Frechheit an den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Das will ich ganz offen sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Und dann will ich weiter fortfahren:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Womit denn? – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wenn Sie immer davon sprechen,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und Sie sprechen ja immer von Steuergeschenken, da ist es natürlich so,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und das ist ja auch die Sichtweise, verstehe ich ja, wenn die LINKEN sie haben, aber wenn wir von Steuergeschenken sprechen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja?)

dann haben wir eine völlig verfehlte Gedankenkonstruktion im Zusammenhang, wie wir Steuern eigentlich aufbauen. Nicht wir als Staat oder als organisatorische Einheit schenken den Bürgern irgendetwas. Wir geben ihnen das zurück, was sie uns vorher gegeben haben.

(Michael Roolf, FDP: Jawohl, genauso ist es.)

Genau darum geht es auch.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und darum will ich Ihnen noch ein Weiteres sagen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, wem geben Sie was zurück?)

Und jetzt kommen wir mal zu ein, zwei Inhalten.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Michael Roolf, FDP)

Der Bund der Steuerzahler sagt selber – da könnt ihr ja schreien, was ihr wollt –, der Bund der Steuerzahler sagt ja selber, natürlich werden die unteren und mittleren Einkommen entlastet. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob es nun 100 Euro sind, 200 Euro, 300 Euro, aber wir entlasten sie wenigstens.

(Michael Roolf, FDP: Genau so.)

Und das ist der entscheidende Unterschied zu Ihnen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Pass mal auf, wenn die Gesundheitsreform kommt. Dann nehmen Sie denen alles wieder weg. – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Sie belasten die Bürger immer wieder und immer wieder. Und das ist ja auch Ihr gutes Recht, sollen Sie machen, aber Sie verantworten es eben auch. Und da will ich an der Stelle dann noch,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja? Davon habe ich aber hier von der FDP noch nichts gehört.)

da will ich dann ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber von Ihnen höre ich nichts, Herr Schnur.)

Na ja, von Ihnen hören wir ja auch immer weniger, aber vielleicht drückt sich das ja entsprechend eben auch in den Wahlergebnissen aus, zuletzt gesehen bei der Bundestagswahl.

Ich will an der Stelle auch noch eine Bemerkung machen im Zusammenhang mit dem Begriff Etikettenschwindel. Wenn man bei einem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, was nachhaltig Wachstum schaffen wird – und es ist keine Theorie –.

(Rudolf Borchert, SPD, und Irene Müller, DIE LINKE: Oh!)

was nachhaltig Wachstum schaffen wird,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

von einem Etikettenschwindel spricht, dann ist es schlicht und einfach Unsinn.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Was ist das Ergebnis unserer sozialdemokratischen Bundesregierung?

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Sie gehen raus mit vier Prozent Minuswachstum.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, oh!)

Das ist das Ergebnis sozialdemokratischen Regierungshandelns.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Och! Och!)

Jetzt ist es ja so, wenn wir als FDP und CDU ...

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Na ja, Sie haben ja auch den Begriff des Minuswachstums erfunden, den haben wir ja nicht erfunden.

(Irene Müller, DIE LINKE: So, so.)

Wenn ich an der Stelle sagen darf, und das abschließend dazu,

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

wir werden im Jahre 2010 und 2011 ein Wirtschaftswachstum bekommen, wir werden im Jahre 2011 eine Steigerung des Wirtschaftswachstums bekommen und wir werden im Jahre 2011 und 2010 mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz genau das erreichen,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

was wir auch erreichen wollen.

(Rudolf Borchert, SPD: Wie viel Prozent?)

Wir werden unsere Hoteliers an der Stelle entlasten.

(Rudolf Borchert, SPD: Wie viel Prozent?)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Herr Schulte, von Ihnen brauche ich keine Antwort oder dergleichen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schnur.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie wussten nicht, worüber Sie reden.)

Ich schließe die Aussprache.

(allgemeine Unruhe)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3018.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3018 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der NPD, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Beschäftigungsbrücke für jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Förderung der Altersteilzeit erhalten, Drucksache 5/2965.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Beschäftigungsbrücke für jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Förderung der Altersteilzeit erhalten – Drucksache 5/2965 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 31.12.2009 läuft die durch die Bundesagentur für Arbeit geförderte Altersteilzeit aus. Damit geht ein sinnvolles Instrument zu Ende, das älteren Beschäftigten die Möglichkeit eröffnet hat, gleitend vom Arbeitsleben in den Ruhestand zu gelangen.

Für viele, die davon Gebrauch gemacht haben, war außerdem wichtig, dass sie diesen Übergang möglichst gesund vollziehen konnten. Wir alle wissen, dass in vielen Branchen die Belastungen am Arbeitsplatz heute so groß sind, dass die Beschäftigten aufgrund gesundheitlicher Probleme das reguläre Rentenalter nicht erreichen können, erst recht nicht, da ja das Renteneintrittsalter erhöht wurde, in Mecklenburg-Vorpommern gerade im Beamtenrechtsneuordnungsgesetz auch für Polizisten und Feuerwehrleute. Das war zu Recht von wütenden Protesten begleitet.

DIE LINKE meint, dass ältere Beschäftigte nach einem langen Arbeitsleben das Recht haben müssen, gesund und mobil ihren Lebensabend zu genießen, zumal sie auch nur dann ihren reichen Erfahrungsschatz im Ehrenamt nutzen können und so auf andere Weise als im Berufsleben im Interesse der Gesellschaft wirken. Gerade das erwartet ja auch die Politik von den Älteren.

Rund 90 Prozent der Arbeitnehmerinnen in Altersteilzeit haben sich für das Blockmodell entschieden. Sie haben also nicht ihre wöchentliche Arbeitszeit gleichmäßig reduziert, sondern arbeiten vielmehr in der ersten Hälfte der Altersteilzeit wie bisher Vollzeit, in der zweiten Hälfte, der Freistellungsphase, bleiben sie dann ganz zu Hause. Diese Regelung ist den Beschäftigten so wichtig, dass sie dafür auch Lohnabschläge in Kauf nehmen.

Der Staat hat bisher die Altersteilzeit in zweierlei Hinsicht gefördert:

Erstens. Der Betrag, mit dem das Teilzeitgehalt aufgestockt wird, ist von Steuern und Sozialabgaben befreit.

Zweitens. Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt die Mindestaufstockung des Gehalts um 20 Prozent unter einer Bedingung: Der Arbeitgeber muss den frei werdenden Teilzeitarbeitsplatz mit einem Erwerbslosen oder einem zuvor Ausgebildeten besetzen.

Zurzeit übernimmt die Bundesagentur für Arbeit für 105.000 der rund 420.000 Arbeitnehmer/-innen in Altersteilzeit die Aufstockung des Gehalts. Für neue Verträge ab Januar 2010 bekommt der Arbeitgeber keinen Zuschuss mehr für das Gehalt des Arbeitnehmers in Altersteilzeit von der Arbeitsagentur.

Altersteilzeit wird überhaupt nur noch Anwendung finden, wenn die Tarifpartner entsprechende Klauseln vereinbaren, denn einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit gibt es nicht. Zurzeit verhandeln verschiedene Tarifpartner über eine Lösung, aber die Chancen stehen nicht gut. Die Beträge, mit denen der Arbeitgeber das Gehalt aufstockt, sind zwar weiterhin von Steuern und Sozialabgaben befreit, aber die Attraktivität für die Beschäftigten sinkt ohne die Zusatzförderung durch die Bundesagentur. Die Abschläge sind dann einfach zu hoch.

Kolleginnen und Kollegen, unser Antrag will Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke für Junge erhalten. Diesen Aspekt halten wir für besonders wichtig. Zurzeit haben wir etwa 500.000 Jugendliche, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und unterbeschäftigt sind. Sie sind zwar nicht alle in der Arbeitslosenstatistik aufgeführt, weil sie zum Teil in sinnvollen, aber auch in weniger sinnvollen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit oder auch der Argen geparkt sind, aber sie haben keine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Gerade angesichts der Krise, der zu erwartenden weitergehenden Talfahrt auf dem Arbeitsmarkt ist die geförderte Altersteilzeit nicht überflüssig, nicht nur im Inte-

resse von gesunden und aktiven älteren Menschen, sondern auch gerade als Chance für Jugendliche, ins Berufsleben einsteigen zu können. Und diese Chance brauchen nicht nur arbeitslose Jugendliche. Auch Auszubildende wollen übernommen werden. Absolventen von Universitäten und Hochschulen brauchen gute Arbeit.

In Mecklenburg-Vorpommern wird, wie übrigens in ganz Deutschland, der Fachkräftemangel als Bedrohung an die Wand gemalt. Im Moment haben wir aber noch sehr viele jugendliche Menschen, die außen vor bleiben und die auf durch die Altersteilzeit frei werdende Stellen hoffen, und das nicht nur im öffentlichen Dienst.

(Toralf Schnur, FDP: Na, wie viele gibt es denn da?)

DIE LINKE meint also, dass wir für eine Übergangszeit von zwei bis drei Jahren die geförderte Altersteilzeit brauchen – für die Jungen und für die Älteren. Wir bitten Sie, stimmen Sie für unseren Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Toralf Schnur, FDP: Nein.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Lück.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel. Herr Seidel, Sie haben das Wort.

Minister Jürgen Seidel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Lück, ich will jetzt noch mal versuchen, kurz auf die Dinge einzugehen. Ein bisschen hatte ich den Eindruck, dass Sie selbst nicht überzeugt sind, dass dieser Antrag sehr sinnvoll ist.

(Regine Lück, DIE LINKE: Der ist sogar sehr sinnvoll.)

Auch der Beifall der Fraktion war sehr schwach,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na ja, na ja.)

ist ja auch kaum jemand da.

Aber ich will noch mal sagen, die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit läuft, das wissen Sie auch, gemäß Paragraf 1 Absatz 2 Altersteilzeitgesetz für neue Altersteilzeitfälle Ende 2009 aus. Finanziell gefördert wird Altersteilzeit also nur noch, wenn bis spätestens am 31. Dezember 2009 die Altersteilzeit angetreten ist und der Arbeitnehmer das 55. Lebensjahr vollendet hat. Das sind die Fakten zunächst einmal.

Ich bin der Meinung, das ist auch richtig so. Das soll jetzt so bleiben, das wird auch so bleiben, das wissen Sie auch. Insofern ist der Antrag wirklich nur ein Schaufensterantrag.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Im Bundesrat ist das auch beantragt. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ich will Ihnen zunächst drei Gründe bringen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist kein Schaufensterantrag.)

Ich sage gleich etwas zum Bundesrat.

Erstens. Die geförderte Altersteilzeit verursacht sehr hohe Kosten. Immerhin kostet ein Fall ungefähr 50.000 Euro. Und das kostet ja nicht irgendwen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

das kostet zunächst mal die Beitragszahler, später dann vielleicht den Steuerzahler, aber zunächst erst mal die Beitragszahler, ein Fall im Durchschnitt 50.000 Euro Mehrkosten.

Zweitens. Sie sorgt nicht für mehr, sondern sie sorgt zunächst mal für weniger Beschäftigung von Älteren. Ich habe das so verstanden, dass wir oft beklagt haben, dass doch die Erfahrung Älterer in den Unternehmen außerordentlich wichtig ist. Jetzt kommen wir in eine Situation, wo die Erfahrung auch gebraucht wird, und nun sagen wir, wir müssen Altersteilzeit haben. Das kann doch nicht richtig sein.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na ja!)

Drittens will ich ganz klar sagen, das habe ich ja eben praktisch schon angedeutet,

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie gehen sonst in den Vorruhestand.)

dass wir mit der demografischen Entwicklung nun doch klar zur Kenntnis nehmen müssen, dass in der Tat die älteren Menschen gebraucht werden. Das werden wir auch jetzt erleben. Deswegen wäre es völlig falsch, dieses Signal tatsächlich noch auszusenden.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Selbst wenn es noch ginge, es geht gar nicht, aber selbst wenn es noch ginge, wäre es völlig in der Sache daneben, man würde jetzt ein solches Signal aussenden, dass Altersteilzeit weiter gewährt werden sollte. Und wenn Herr Holter gerade vorhin bei einem Antrag von "Geplänkel" sprach, so muss ich sagen, das ist eben Geplänkel, wenn man solche Anträge bringt, denn, auch das will ich noch mal deutlich sagen, Sie wissen, dass die Koalitionsvereinbarung ganz klar vorsieht, diese Altersteilzeit auslaufen zu lassen. Das kennen Sie ja alles. Davon gehe ich mal aus.

Zum Zweiten müssten Sie wissen, dass der Deutsche Bundestag über eine Verlängerung der Altersteilzeit in seiner Sitzung am 26.11.2009 in Erster Lesung beraten hat.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Deswegen haben wir ja einen Dringlichkeitsantrag gestellt.)

In der Debatte dort haben sich die Koalitionspartner, aber im Übrigen auch die Grünen sogar, ganz klar dafür ausgesprochen, dass die Altersteilzeit jetzt auslaufen sollte.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist aber kein Markenzeichen.)

Im Übrigen muss man an dieser Stelle sagen, die Erfahrungen haben gezeigt, dass dies zu heftigen Mitnahmeeffekten geführt hat. Auch wenn Jüngere die frei gewordenen Arbeitsplätze der Älteren besetzen, so sind damit vielfach solche Einstellungen gefördert worden, die auch ansonsten zustande gekommen wären, wenn nicht eine Altersteilzeitstelle eingerichtet worden wäre.

Ich will noch mal darauf hinweisen – das ist der nächste Punkt –, das sagten Sie, glaube ich, auch schon: Im Bundesrat wird aktuell in der Tat über die Altersteilzeitregelung beraten. Aber auch hier ist es so, dass der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie der Wirtschaftsausschuss in ihren Sitzungen am 03.12.2009 beschlossen haben zu empfehlen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wer hat denn den Antrag gestellt?)

diesen Gesetzentwurf nicht einzubringen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und insofern will ich noch mal die Fakten versuchen zusammenzuzählen:

Erstens stellen wir ganz klar auch für unser Land fest, dass das Erwerbspersonenpotenzial in Mecklenburg-Vorpommern abnimmt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na ja, wir haben aber noch riesige Reserven.)

Ja, Sie müssen aber auch mal Zahlen zur Kenntnis nehmen, das hilft ja alles nichts. Das kann ich Ihnen nicht ersparen. Pro Monat verlieren wir 1.000 Menschen aus dem erwerbsfähigen Alter. So will ich es jetzt ausdrücken.

(Irene Müller, DIE LINKE: Da haben wir aber ganz viele Arbeitslose.)

Zum anderen wissen Sie auch, dass wir in diesem Jahr 11.700 Ausbildungsstellenbewerber haben und 12.800 Stellen. Ich weiß auch, dass das noch nicht alle Probleme löst, das ist mir völlig klar. Aber wir haben erstmalig eine Bilanz, wo wir mehr Stellen als Bewerber haben. Das ist erstmalig in Mecklenburg-Vorpommern. Das zeigt nicht mehr als den Trend. Das zeigt noch nicht die Lösung des Problems, damit das gleich klar ist, aber es zeigt einen deutlichen Trend auf.

Der Rückgang der Ausbildungsbewerberzahlen wird noch deutlicher, wenn man sich die Schulabgängerzahlen im Einzelnen anschaut. Da ist die Zahl, ich wiederhole es gern noch mal, wir haben schon oft hier darüber gesprochen: 2010 haben wir 11.610, in 2011 dann 10.700 und im Jahr 2020 werden wir dann ungefähr 13.000 haben, also analog zu der Zahl dieses Jahres. Das heißt, wir sind von 30.000 in der Spitze dann runter auf 13.000. Das muss man sich vergegenwärtigen! Ich sage Ihnen, wir werden ganz andere Probleme bekommen als das, was Sie versuchen, hier aufzuzeigen. Insofern macht es wirklich keinen Sinn, die Anstrengungen zur Fachkräfteversicherung auf der einen Seite zu verstärken und gleichzeitig den Vorruhestand zu verlängern.

Im Übrigen würde auch Rente mit 67 überhaupt keinen Sinn machen, wenn man Altersteilzeit gleichzeitig anführt. Wie gesagt, völlig widersinnig!

Insofern würde ich sagen, es müsste wirklich überlegt werden, dass man hier Anträge einbringt, die auch einigermaßen sinnvoll überhaupt eine Chance geben, vernünftig über diese Dinge zu diskutieren. Dieser Antrag verdient das wirklich nicht. Es tut mir leid, ich bitte da um Verständnis.

Ich habe noch eine Bitte, bevor der Beifall erschallt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Och! Von wem?)

Ich habe eine Bitte. Ich müsste jetzt wirklich gleich die Veranstaltung hier verlassen und ich weiß ja, dass man da manchmal unterschiedlicher Auffassung sein kann. Ich bin dann nachher schon eine halbe Stunde überfällig, ich schaffe es ja nicht schneller zum Bundeswirtschaftsministerium. Wir müssen den neuen Koordinator für die maritime Industrie, wenn es geht, sehr frühzeitig einnorden, und das soll heute geschehen. Insofern ...

(Jochen Schulte, SPD: Ist das Herr Otto?)

Ja.

(Jochen Schulte, SPD: Der hat das auch nötig!)

Das weiß ich ja. Und insofern bitte ich um Verständnis, dass ich dann nachher fahren müsste. Ich bitte um Nachsicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister, und qute Fahrt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

**Toralf Schnur**, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Nach dem Beitrag des Wirtschaftsministers bleibt einem ja nur noch wenig Raum, weil er im Grunde auch meine Position dargelegt hat.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, oh! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Aber ich möchte ganz gerne noch etwas ergänzen. Wenn ich mir vorstelle, und das vergessen auch immer ganz gerne insbesondere die Vertreter von der LINKEN und von der SPD, das Gesetz zur Regelung der Altersteilzeit ist im Jahr 1996 eingeführt worden von CDU und FDP – das vergessen einige ganz gerne mal –, übrigens gegen die Stimmen einiger anderer Vertreter, die heute links sitzen

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Einfach nur mal, damit wir den Status quo festhalten.

(Regine Lück, DIE LINKE: Na, na, na, na!)

Und dann sagen die Vertreter von den LINKEN und insbesondere von der Sozialdemokratie immer, dieses Gesetz muss aufrechterhalten werden, um,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und jetzt zitiere ich auch mal, weil Frau Lück es heute wieder hat fallen lassen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber die ist doch nicht in der SPD.)

den gleitenden Ausstieg älterer Mitarbeiter, ich sage mal, zu begleiten. Fakt ist aber, wenn wir uns angucken, wie die Nutzung der Altersteilzeit verläuft, dann haben wir etwa 98, 99 Prozent, das kommt auf das Jahr an, Altersteilzeitvereinbarungen nach dem Blockmodell. Und im Rahmen einer Veranstaltung fragte ich mich, wie ich mir das vorstellen sollte, ich sage mal, bei einem Alpinskiläufer, der den Berg gleitend heruntersegelt, wenn der das Ganze versuchen würde, nach dem Blockmodell zu gestalten. Da würde er sicherlich die Bestzeit haben, aber wahrscheinlich nicht überleben.

Und genauso ist es bei uns. Wir haben das Problem an der Stelle, wenn wir dieses Blockmodell, das eigentlich

als Alternativmodell, was nur als Ausnahme gedacht war, mit einer Größenordnung von 99 Prozent in der Umsetzung haben, da muss man schlichtweg sagen, das Instrument der Altersteilzeit, was der Gesetzgeber damals gewollt hat, hat im Ergebnis das Ziel verfehlt.

Nur, neben dem Problem der Kosten, die der Minister angegeben hat, haben wir auch das Problem, dass wir mittlerweile aufgrund der demografischen Entwicklung eine völlig andere Struktur der Bevölkerung haben. Man hat damals im Jahre 1996 relativ klar gesehen, dass ein Alterungsprozess in der Gesellschaft einsetzt, und man hat dann versucht, die jüngeren Menschen in Arbeit zu bekommen über dieses Modell, übrigens über einen gleitenden Ausstieg, nämlich das Teilzeitmodell, wo man das gesagt hat. Übrigens war auch favorisiert die Dauer von vier Jahren und nicht von zehn Jahren, wie es heute teilweise möglich ist. An der Stelle, wie gesagt, war das beabsichtigt.

Fakt ist, wir gucken jetzt 13 Jahre später, wir haben das Ergebnis: Es wird ausschließlich das Blockmodell genutzt. Es geht in der freien Wirtschaft überhaupt nicht, also so gut wie gegen null, es findet praktisch nur im öffentlichen Dienst statt. Und wir haben das Problem, die Überalterung in den Verwaltungen ist trotzdem da. Fakt ist, und das muss man jetzt insgesamt sagen, das ist der Punkt, wenn man dann mal auf DIE LINKE schaut. Da will man es gerne als Beschäftigungsbrücke für Jüngere haben. Und da muss man ganz ehrlich sein, selbst ihre Landräte, die ja die Chance hätten, ihre Bürgermeister, nutzen dieses Instrument in der Form nicht, um Jüngere einzustellen. Sie nutzen es, um Mitarbeiter abzubauen, und genau das war nicht das Ziel des Altersteilzeitgesetzes.

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Schnur, Ihre Redezeit ist beendet.

**Toralf Schnur**, FDP: Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Ralf Grabow, FDP – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Großer Beifall durch die FDP!)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Schnur.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rühs von der Fraktion der CDU.

**Günter Rühs**, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Altersteilzeitregelung läuft zum 31. Dezember dieses Jahres aus und dabei wird es auch bleiben, das ist hier gesagt worden.

Wir haben heute hier schon mehrfach Zahlen gehört. Pro Jahr sind es rund 1,3 Millionen Euro, die ausgegeben werden, und zwar für nur 94.000 Beschäftigte. Da ist die Aussage, dass viele die Frührente weniger subventionieren, nicht von der Hand zu weisen. Das ist auch der Grund dafür, dass eine Verlängerung der Regelung auf Bundesebene verworfen wurde. Das sagt nicht nur der Koalitionsvertrag, sondern auch in entsprechenden Beratungen im Bundestag ist dieses Ergebnis erzielt worden. Das hat Herr Seidel eben ausgeführt. Ebenso verhielt es sich in den Beratungen der Fachausschüsse des Bundesrates, die eine Empfehlung aussprachen, dieses Gesetz nicht einzubringen.

Nun wollen Sie, verehrte Kollegin Lück, sich über diese breite Ablehnung und die Empfehlung augenscheinlich hinwegsetzen und Initiativen zur Verlängerung dennoch unterstützen. Einmal abgesehen von taktischen Überlegungen, die bei einem solchen Antrag auch immer eine Rolle spielen, will ich einmal davon ausgehen, dass Sie hier das Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern vertreten wollen. Allein unserem Bundesland ist mit einer Verlängerung der Regelung nun im besonderen Maße nicht gedient, denn außer den mehrfach genannten Gründen, wegen derer die Altersteilzeitregelung nicht funktioniert, namentlich dem Scheitern sowohl als Beschäftigungsbrücke wie als Instrument für einen vorgezogenen Ruhestand,

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

gibt es für uns in Mecklenburg-Vorpommern noch gewichtigere Gründe, einer Verlängerung der Altersteilzeitregelung nicht zuzustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Bundesland ist in ganz besonderer Weise vom demografischen Wandel betroffen. Aufgrund der niedrigen Geburtenraten ist in Mecklenburg-Vorpommern absehbar, dass in unmittelbarer Zukunft, in einigen Bereichen sogar schon jetzt, das haben wir im Wirtschaftsausschuss kürzlich diskutiert, die notwendigen Fachkräfte nicht zur Verfügung stehen. Dieser Trend wird sich insbesondere für qualifizierte, für hochqualifizierte Arbeitnehmer noch drastisch verschärfen.

Natürlich muss man alles dafür tun, um hier entgegenzusteuern, das heißt, auf der einen Seite die Ausbildungsund Arbeitszeitbedingungen für junge Menschen so attraktiv zu machen, dass sie in unserem Land bleiben. Daran wird von Wirtschaftsverbänden, Schulen und der Politik aktiv gearbeitet. Ich erinnere an den Wirtschaftsausschuss und die Initiative zur Verbesserung der Förderung des Übergangs von der Schule zum Berufsleben.

Wenn man aber das Problem nun realistisch betrachtet, kommt man zu der Einsicht, dass es sich nicht einseitig lösen lässt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist wohl wahr.)

Zusätzlich muss es gerade im Interesse unseres Bundeslandes liegen, Facharbeiter und hochqualifizierte Arbeitnehmer länger im Berufsleben zu halten. Gerade für Mecklenburg-Vorpommern macht es daher Sinn, die Erwerbsbeteiligung von Älteren zu erhöhen und nicht zu deren Frühverrentung beizutragen. Diesem Anliegen läuft aber die Initiative zur Verlängerung der Altersteilzeitregelung genau entgegen. Sie sehen also, dass die Verlängerung der Altersteilzeitregelung aus vielfachen Gründen keinen Sinn macht.

Einmal hat sie sich zum Erreichen der angestrebten Ziele als untauglich erwiesen. Die Zahlen sprechen doch für sich. Außerdem widerspricht sie dem Anliegen, die Erwerbsbeteiligung von Älteren zu erhöhen. Anreize zur Frühverrentung sind aber gerade für unser Bundesland mit seiner schwierigen demografischen Entwicklung ganz besonders kontraproduktiv.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es gerade für Mecklenburg-Vorpommern nicht sinnvoll, die Initiativen zu unterstützen, die auf eine Verlängerung der Altersteilzeitregelung abzielen. Aus diesem Grunde werden wir den Antrag auch ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Rühs.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Einige von Ihnen haben hier in der Diskussion gesagt, dass es nach dem Dezember 2009 noch die Möglichkeit der Altersteilzeit gibt,

(Toralf Schnur, FDP: Nein, das hat keiner gesagt, aber es stimmt.)

die staatliche Förderung dann also nicht mehr unbedingt nötig ist. Ist Altersteilzeit auch nach 2009 möglich? – Natürlich, ja, möglich ist sie. Die Frage ist doch nur, zu welchen Konditionen, und genau darüber reden wir ja.

(Toralf Schnur, FDP: Zu welchen Konditionen für wen?)

Arbeitnehmer/-innen haben dann, wie bereits jetzt schon, keinen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit, wenn diese nicht in einem Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung geregelt ist. Die Tarifverträge zur Altersteilzeit sind zum großen Teil bereits gekündigt. Gewerkschaften und Arbeitgeber verhandeln derzeit über eine Vereinbarung. Vom Erfolg dieser Tarifverhandlungen hängt es ab,

(Toralf Schnur, FDP: Im öffentlichen Dienst.)

ob Altersteilzeit auch künftig für viele möglich ist. Altersteilzeit war eine Regelung in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, das muss man einfach mal festhalten und sich wieder vergegenwärtigen, erstens, um Älteren sozialverträglich das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess zu ermöglichen. Zweitens konnten dadurch jüngere Berufseinsteiger die Chancen auf einen Arbeitsplatz erhalten.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist nur nicht gemacht worden, Frau Lück.)

Hier eine Reihe von Argumenten, mit denen das Abschaffen begründet wird und die auch einige von Ihnen wieder in der Diskussion aufgeführt haben: Altersteilzeit sei nicht nur eine teure Regelung, sondern vor allem der demografische Wandel bedeute auch, dass die Arbeitskraft von Jungen und Älteren gebraucht werde. Ähnlich wie bei der Rente ab 67 wird gesagt, wir könnten es uns nicht leisten, die erfahrenen Älteren aus dem Arbeitsprozess zu entlassen. Ich betone es noch einmal: Infolge der Krise steigen die Arbeitslosenzahlen. Das ist ein Fakt.

(Toralf Schnur, FDP: Frau Lück, sie haben keine jungen Leute, die da reingekommen sind.)

Im zweiten Halbjahr 2010 wird die Wirkung auf den Arbeitsmarkt erst richtig durchschlagen, das wissen Sie auch und das sagen alle Arbeitsmarktexperten.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, von den LINKEN.)

Das heißt auch, die Chancen der Jungen auf einen Arbeitsplatz sinken wieder. Deshalb ist eine befristete Fortsetzung der Regelung sinnvoll, und da ich weiß, wie verschiedene Kolleginnen und Kollegen gerade auch auf kreislicher Ebene darüber diskutiert haben,

(Toralf Schnur, FDP: Ja, das ist gut, das ist okay.)

nicht nur in den Bürgerschaften, sondern auch in den Kreistagen sehr unterschiedliche Auffassungen dazu auch vertreten haben, (Toralf Schnur; FDP: Ja, das kann man machen.)

fordere ich eine namentliche Abstimmung.

(Jochen Schulte, SPD: Oh, Regine! – Toralf Schnur, FDP: Das ist doch schön.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Lück.

Ich schließe die Aussprache.

Es wurde soeben beantragt, eine namentliche Abstimmung durchzuführen. Wir bereiten das hier kurz vor.

Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 18

Es wurde soeben noch Beratungsbedarf für fünf Minuten von der CDU beantragt. Ich unterbreche die Sitzung und wir kommen dann zur Abstimmung.

Unterbrechung: 15.48 Uhr

Wiederbeginn: 15.52 Uhr

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion DIE LINKE hat entsprechend Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt 18, Drucksache 5/2965, eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Rudolf Borchert und Raimund Frank Borrmann werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 15.57 Uhr

Wiederbeginn: 15.58 Uhr

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 55 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 10 Abgeordnete, mit Nein stimmten 44 Abgeordnete, es enthielt sich ein Abgeordneter. Damit ist der Antrag auf Drucksache 5/2965 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesord-nungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – UN-Behindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern durchsetzen, Drucksache 5/3012.

Antrag der Fraktion der FDP: UN-Behindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern durchsetzen – Drucksache 5/3012 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Präsident! Meine lieben Kollegen! Im Dezember 2008 hat der Deutsche Bundestag dem Ratifizierungsgesetz zur UN-Behindertenrechtskonvention zugestimmt. Ich meine, dass diese Konvention einen Wechsel in der Behindertenpolitik darstellt. Statt nämlich nur einer möglichst guten Förderung in Spezialeinrichtungen steht jetzt die aktive Teilhabe der Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben im Vordergrund. Teilhabe, Inklusion, Selbstbestimmung, unabhängige Lebensführung und Würdigung der menschlichen Vielfalt sind die Leitgedanken der Konvention.

Das sind Leitgedanken, die die Liberalen unterstützen. Wir haben dem Ratifizierungsgesetz im Deutschen Bundestag zugestimmt. Das trifft ausdrücklich unsere Zustimmung, weil es unserem liberalen Gesellschaftsbild entspricht.

(Michael Roolf, FDP: Jawohl!)

Es ist nämlich wichtig, dass Behinderung als Normalität des Lebens begriffen wird. Das ist ein ganz wichtiger Forschritt, ein ganz wichtiger Punkt. Nicht die Menschen mit Behinderung müssen sich der Lebenswelt anpassen, sondern die Lebenswelt muss so gestaltet werden, dass alle Menschen – ganz gleich, ob mit oder ohne Behinderung – an ihr teilhaben können. Das ist ein Ziel, das wir alle unterschreiben können. Insofern kann diese Konvention ein Meilenstein auf dem Weg zur vollständigen Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Teilhabe, Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung sein.

Es ist aber klar, mit der Ratifizierung der Konvention fängt eigentlich die Arbeit erst richtig an, denn auch auf die Länder, nicht nur auf den Bund, kommen einige Änderungen zu. Deshalb ist unser Bundesland in der Pflicht, die Durchsetzung der Konvention zu gewährleisten. Ungeachtet der vielen guten Ergebnisse, die in der Politik für Menschen mit Behinderungen erreicht wurden, besteht im Hinblick auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen weiterer Handlungsbedarf. Vor allem in den Bereichen inklusiver Bildung, Barrierefreiheit, gleichberechtigter Teilhabe am Arbeitsleben in Mecklenburg-Vorpommern sind wir noch weit entfernt von den Zielvorgaben der Konvention.

Laut Bildungsbarometer des Reichsbundes hat Mecklenburg-Vorpommern lediglich eine Integrationsquote von 20,5 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern wird jedem zehnten Schüler sonderpädagogischer Förderbedarf als Behinderung attestiert. Damit liegt unser Bundesland weit über dem Bundesdurchschnitt von 5,8 Prozent. Die übergroße Mehrheit von 79,5 Prozent dieser Kinder besucht nicht die Regelschule, sondern wird auf eine Sonderschule verwiesen. Dies zeigt, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Anstrengungen nötig sind, um die Ziele der UN-Behindertenkonvention voranzubringen.

Obwohl im Land großer Handlungsbedarf zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention besteht, hat bislang keine breit geführte politische Diskussion begonnen. Mit unserem Antrag wollen wir einen solchen

Prozess in Gang setzen. Gerade der Landtag bietet doch das Podium, um die von der UN-Konvention geforderte Inklusion zu verwirklichen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Was für'n Ding?)

Selbst wenn Sie unseren Antrag heute ablehnen, so haben wir doch erreicht, dass dieses wichtige Thema hier im Landtag debattiert wird und in der Folge weiter diskutiert werden wird. Ich hoffe, dass Sie ...

(Beifall der Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ja, schauen wir mal!

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Schwesig. Frau Schwesig, Sie haben das Wort.

**Ministerin Manuela Schwesig:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Abgeordneter Grabow, Sie haben recht und haben ja auch gesagt – in diesem Ziel sind wir uns einig –, dass es wichtig ist, dass alle Menschen, unabhängig von dem Grad ihrer Behinderung, selbstbestimmt am Leben teilhaben können, und das bedeutet dann eben Inklusion. Und auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft sind wir, aber es gibt eine ganze Menge zu tun.

Ihr Antrag erweckt den Eindruck, die Landesregierung müsse erst darauf aufmerksam gemacht werden, dass es eine Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gibt. Das ist nicht nötig, das wissen Sie auch, Herr Grabow. Sie wissen, dass sich diese Landesregierung, das Sozialministerium und ich persönlich mich schon länger mit diesem Thema befasse und für dieses Thema einstehe.

Ihnen sollte auch bekannt sein, dass sich die Arbeitsund Sozialminister der Länder auf ihrer Konferenz erst vor drei Wochen mit der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe beschäftigt haben. Dabei habe ich folgende für mich zentrale Forderungen eingebracht:

Erstens. Die individuellen Bedarfe und das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderungen müssen bei der Eingliederungshilfe stärker berücksichtigt werden. Sie müssen eine echte, auf die Person bezogene Teilhabeleistung werden.

Zweitens. Die notwendigen Unterstützungsbedarfe jedes einzelnen Menschen mit Behinderung müssen wohnortnah angeboten werden. Das ist insbesondere in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern eine große Herausforderung.

Drittens. Die Wahlmöglichkeiten zwischen Leistungserbringern müssen abgesichert werden und gleichzeitig geht es darum, die erforderlichen Beratungs- und Unterstützungsangebote auf regionaler Ebene weiterzuentwickeln.

Viertens. Damit Menschen mit Behinderungen bessere Berufschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben, muss ein berufliches Orientierungsverfahren eingeführt werden. Und fünftens. Behinderte Menschen wollen und sollen nicht nur in einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten. Sie müssen mehr Chancen erhalten, auch in regulären Unternehmen und Firmen zu arbeiten.

Klar ist, dass es mit einer solchen neuen Eingliederungshilfe allein nicht getan ist. Sie muss eingebettet sein in eine viel stärker auf die Belange von Menschen mit Behinderungen ausgerichtete Gesellschaft. Das bedeutet, ganz viel, sehr viel muss sich ändern in den Köpfen der Menschen, aber auch zum Beispiel in der Infrastruktur insgesamt.

Sie sehen also, meine Damen und Herren – jetzt gerade zwei Herren von der FDP –, Ihre Forderungen sind längst in der Mache,

(Michael Roolf, FDP: Einer sitzt hinter Ihnen.)

denn wir sind ...

Sie sehen also, meine drei Herren von der FDP, Ihre Forderungen sind längst in der Mache, denn wir sind uns ja darin einig, dass noch mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um eine inklusive Gesellschaft zu haben, in der sich Menschen mit Behinderungen nicht mehr an vielen Ecken und Kanten zurückgesetzt finden, wie es heute leider noch ist.

Und wir wollen damit bei den Kleinsten anfangen. Sie wissen, dass wir nicht, wie Herr Roolf es hier schon mal im Landtag gesagt hat, Aufbewahrungsanstalten haben in Mecklenburg-Vorpommern, sondern dass wir Kitas haben, die eine ganz hohe Quote haben an integrativen Kitas. 80 Prozent der Kinder mit Behinderungen gehen in integrative Kitas. Das ist zurückzuführen auf gute Politik bei der Landesregierung.

Wir werden mit der Kita-Novelle einführen, dass auch der integrative Hort durchgesetzt wird und die Integration nicht nur in der Krippe und im Kindergarten stattfindet. Das ist eine ganz konkrete, notwendige, praktische Forderung, die wir umsetzen werden.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, die jetzt mit den kommunalen Spitzenverbänden Handlungsstrategien zum Auf- und Ausbau eines inklusiven Sozialraumes erarbeiten und der Konferenz über den Stand der Reformgesetzgebung berichten soll.

Nur kurz will ich auf den zweiten,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das schließt aber ein integratives Bildungssystem mit ein.)

nur kurz will ich auf den zweiten Punkt des Antrags eingehen. Selbstverständlich überprüfen wir regelmäßig unsere Gesetze und die tägliche Verwaltungspraxis daraufhin, ob Änderungen und Anpassungen notwendig sind. Eine Weiterentwicklung ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn sie zwischen Bund und den Ländern abgestimmt ist, und dabei sind wir gerade.

Die Regierungsparteien auf Bundesebene haben sich darauf verständigt, zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einen Aktionsplan zu erarbeiten. In der Zeile 3.780 des Koalitionsvertrages kann man dazu etwas finden, leider nur sehr wenig.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehr genau, sehr genau! Nur sechs Zeilen.)

Den Menschen mit Behinderungen werden im schwarzgelben Koalitionsvertrag gerade einmal zehn Zeilen gewidmet. Das finde ich mehr als mager. Die FDP hätte sich, statt hier immer neue und fast gleichlautende Anträge zu dem Thema zu stellen, vielleicht lieber an die Parteifreunde in Berlin gewandt, um dort mehr Druck bei diesem Thema zu machen.

Auch wenn ich sehr skeptisch bin, was den angekündigten Aktionsplan der Bundesregierung angeht, bleibt zunächst abzuwarten, was darin enthalten ist. Genau aus diesem Grund hat der Sozialausschuss am 8. Juli 2009 das Thema auf Juli 2010 vertagt.

Sehr geehrter Herr Grabow, der Beschluss fiel einstimmig, wie Sie dem Protokoll entnehmen können. Und warum bringen Sie dann innerhalb kürzester Zeit den zweiten Antrag?

(Ralf Grabow, FDP: Erkläre ich Ihnen nachher.)

Lassen Sie uns gemeinsam in der Sache vorankommen und uns Fensterreden hier im Haus eher sparen.

Ich will gerne auf Ihre Zwischenbemerkung eingehen, Herr Bluhm. Natürlich gehört zu einer inklusiven Gesellschaft nicht nur eine inklusive Kita, inklusiver Hort, im wahrsten Sinne des Wortes, sondern es muss im Bildungswesen weitergehen. Es ist ein ganz dringendes Problem. Insbesondere in Deutschland – wir haben mehrere Berichte in den letzten Wochen dazu gehört – werden Kinder mit Behinderungen immer noch zu oft ausgeschlossen aus der Regelschule. Deswegen bin ich dem Bildungsminister sehr dankbar, dass er hier Ansätze hat und die ersten Schritte geht, dass wir die Schüler in eine Regelschule geben und dort besser betreuen können

Aber noch mal, mein Fokus ...

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das Wie dieses Betreuens würde mich wirklich interessieren.)

Fördern und betreuen.

Mein Fokus war jetzt als praktisches Beispiel auf den Kita-Bereich gerichtet, aber es ist eben anders, als Frau Dr. Linke es heute angesprochen hat. Die Sozialministerin hat beides im Blick: die Betreuung und die frühkindliche Förderung. Nur weil die Zuständigkeit im Bildungsministerium liegt, heißt es noch lange nicht, dass Bildungsminister und Sozialministerin hier nicht eng und gut zusammenarbeiten,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

das ist ja auch richtig, in der Landesregierung.

Also, Herr Bluhm, Sie können sich darauf verlassen, der inklusive Gedanke beginnt sicherlich in den Familien, in der Kita, aber endet nicht dort, sondern geht für diese Landesregierung über in die Schule und in alle weiteren Lebensbereiche. Inklusion bedeutet, dass alle Menschen, egal welchen Alters, welcher Behinderung und in welcher Lebenssituation, selbstbestimmt an dieser Gesellschaft teilhaben können. Dazu brauchen wir eine bessere Infrastruktur, dazu brauchen wir weitere Investitionen in diese Infrastruktur. Gerade im Schulbereich, wir haben es eben angesprochen, gibt es eine ganze Menge zu tun. Dafür brauchen wir aber auch Geld und deswegen ist es wichtig, dass wir das Geld für eine inklusive Gesellschaft ausgeben und nicht für Steuererleichterungen, die nicht bei allen Menschen ankommen.

(Michael Roolf, FDP: Das musste noch kommen.)

Vielen Dank

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schwesig.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rühs von der Fraktion der CDU.

Günter Rühs, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP im Bund heißt es zwar: "Politische Entscheidungen, die Menschen mit Behinderungen direkt oder indirekt betreffen, müssen sich an den Inhalten der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen messen lassen. Deshalb werden wir einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen entwickeln." Der Antrag der FDP-Landtagsfraktion beinhaltet jedoch etwas anderes. Mit ihm soll die Landesregierung aufgefordert werden, die UN-Behindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern durchzusetzen.

Agieren wir denn gegenwärtig nicht im Einklang mit der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen? Widerspricht das Landes- und Bundesrecht dieser UN-Konvention? Die FDP behauptet dies zumindest indirekt in ihrem Antrag.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Landesregierung soll die "notwendigen Maßnahmen" einleiten. Ferner soll die Landesregierung aufgefordert werden, "im Rahmen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Bundesländer … auf eine grundsätzliche Reform der Eingliederungshilfe", also des Bundesrechts, "im Sinne der Bestimmungen der UN-Konvention … hinzuwirken".

Wir reden hier über die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gemäß Paragrafen 53 und folgende im SGB XII. Die Eingliederungshilfe für Behinderte umfasst verschiedene Leistungen des Sozialamtes, die etwa vergleichbar sind mit den Reha-Maßnahmen der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung. Die Aufgaben der Eingliederungshilfe sind:

- Verhütung einer drohenden Behinderung: also Prävention
- die Beseitigung oder Milderung einer vorhandenen Behinderung oder deren Folgen: Rehabilitation
- und die Eingliederung des Behinderten in die Gesellschaft: Integration

Zur Durchführung der Eingliederungsmaßnahme erstellt das Sozialamt zusammen mit den Betroffenen und den behandelnden Ärzten einen Gesamtplan mit folgenden Inhalten:

- Diagnose und Begründung der Eingliederung beziehungsweise Reha
- Art und Ziel der Maßnahme
- voraussichtliche Dauer
- Ort und Träger der Ausführung bei Verlängerung und Planung einer weiteren Maßnahme
- Ergebnisse der bisherigen Maßnahmen

Die Eingliederungsmaßnahme muss also so lange gewährt werden, bis die Ziele der Eingliederungshilfe erfüllt sind beziehungsweise die Aussicht besteht, dass die Ziele erfüllt werden können. Hier sind die Stellungnahmen der Ärzte, Einrichtungen und sonstigen sachverständigen Personen, die auch am Gesamtplan beteiligt sind, wichtig.

Was sind nun Maßnahmen der Eingliederungshilfe? Das Sozialamt leistet folgende Maßnahmen der Eingliederungshilfe, Paragraf 54 SGB XII:

- 1. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
- 2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
- Hilfe zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte
- 4. Hilfe zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft

Dass dies alles einen erheblichen finanziellen Aufwand für die öffentliche Hand und die Sozialhilfeträger zur Folge hat, sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Jeder, der hier ein "Mehr" beziehungsweise "Noch Mehr" einfordert, sollte auch sagen, woher das hierzu benötigte zusätzliche Geld kommen soll.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Dazu finde ich in Ihrem Antrag nichts, Herr Grabow. Die Forderungen nach weiteren Leistungsausweitungen ohne eine entsprechende Finanzierungsgrundlage sind ungedeckte Schecks. Dies lehnen wir ab.

Ebenfalls lehnen wir den direkt beziehungsweise indirekt erhobenen Vorwurf ab, Mecklenburg-Vorpommern und die Bundesrepublik Deutschland verstießen gegen die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen. Dies ist nicht richtig und entspricht in keiner Weise der geltenden Rechtslage sowie den tatsächlich gewährten Hilfen für Menschen mit Behinderungen.

Aus diesen Gründen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Rühs.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

**Irene Müller**, DIE LINKE: Werter Herr Präsident! Meine verbliebenen Damen und Herren im Parlament!

Herr Rühs, Sie haben gerade eben mit Ihrer Rede ganz differenziert dargestellt, dass Sie überhaupt nicht begriffen haben, in keiner Weise begriffen haben, was die UN-Konvention als Menschenrechtskonvention, als erste Menschrechtskonvention in diesem neuen Jahrtausend beinhaltet. Ich gebe allerdings auch zu, dass die Art und Weise, wie Herr Grabow den Antrag geschrieben hat und vor allen Dingen die Begründung geschrieben hat, nicht so unbedingt zur Erhellung beigetragen hat. Sie hat nämlich nicht erhellt, sie hat nur verschwimmen lassen.

Denn, Herr Grabow, dass ausgerechnet Sie in dieser Begründung die Eingliederungshilfe ansprechen, halte ich schon für sehr "witzig" – in Anführungsstrichen! Ein Vertreter einer Partei, der im Wahlprogramm mit einem Sparbuch gewinkt hat, welches unter anderem beinhaltete, die Eingliederungshilfe zu kürzen, und dieselben

Ideen auch in den Koalitionsvertrag eingebracht hat und hier so tut, als ob er die Eingliederungshilfe so was von verändern will, dass Honig vom Himmel fließt, ist so nicht in Ordnung!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und FDP)

Bitte agieren Sie mit Ihrer Bundespolitik auch in der Art und Weise, wie Sie Einfluss nehmen, in diese Richtung.

(Zuruf von Babara Borchardt, DIE LINKE)

Und tun Sie nicht so, als ob Sie hier so völlig abgehängt werden!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Angelika Peters, SPD: Na, das ist ja ein Ding!)

Das ist das eine.

Zum Zweiten empfinde ich es nicht unbedingt als zukunftsweisend, wenn in wildem Aktionismus – und so empfinde ich das in der Zwischenzeit – jedes Jahr im Dezember, denn da ist ja auch der Internationale Tag der Menschen mit Behinderungen, diese Art Anträge von Ihnen hier auf den Tisch kommen. So gehen wir am Ziel vorbei, nämlich am Ziel vorbei, dass Behindertenpolitik alle Politikfelder betrifft und nicht ein einzelnes Ressort ist, was irgendwo bei der Sozialministerin angesiedelt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Und deshalb, Frau Schwesig, – nicht als Kritik an Sie, um Himmels willen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sie sind ja wenigstens eine Ministerin, die das Problem annimmt, und zwar freiwillig annimmt – aber so oft, wie nun hier schon geredet wurde, hätte ich mal erwartet, dass ein anderer Minister hier vor die Menge tritt

(Ralf Grabow, FDP: Richtig, richtig.)

und seine Ansicht zum Beispiel zu inklusiver Bildung darstellt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Zum Beispiel der Innenminister.)

Denn Frau Schwesig hat ja richtig gesagt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

es geht um die inklusive Gesellschaft, und da ist jeder Minister gefragt,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

ob er Bauminister ist, Arbeitsminister ist, Bildungsminister, Innenminister. Menschen mit Behinderungen leben im gesamten Lebensumfeld und sind dadurch auch in alle Dinge, die uns umgeben, irgendwie involviert.

(Babara Borchardt, DIE LINKE: Alle wollen Häuptling sein, keiner will Indianer sein.)

Es wäre auch schick gewesen, wenn wenigstens die richtigen Daten hier gekommen wären. Ratifiziert hat Deutschland am 24. Februar dieses Jahres, in Kraft getreten ist diese UN-Konvention am 26. März dieses

Jahres für Deutschland. So sind nun mal die offiziellen Daten vom Fakt her. Vom Inhalt ändert es aber nichts.

Voriges Jahr, am 19. Dezember – also in zwei Tagen hat dieser Antrag Geburtstag –, hat Herr Grabow, haben Sie, Herr Grabow, hast du, Ralf,

(Ralf Grabow, FDP: Ja.)

hier eine Behindertenkonzeption gefordert.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Richtig.

Wir hatten einen sehr, sehr umfangreichen Änderungsantrag gemacht, wo ich hier an der gleichen Stelle dargestellt habe, dass die UN-Konvention dazugehört, dass natürlich geguckt werden muss, wenn wir andere Dinge in Konzepte bringen wollen, was wir schon haben. Eine Analyse wurde von uns gefordert und, und, und,

(Babara Borchardt, DIE LINKE: Habt ihr da zugestimmt?)

was im Endeffekt dann in den Sozialausschuss verwiesen wurde. Und im Sozialausschuss, Frau Ministerin hat darauf verwiesen, haben wir uns darauf geeinigt, dass wir bis zum nächsten Sommer warten mit der Analyse, mit der Draufsicht, was wir nun ganz konkret tun wollen, eigentlich in allen Ressorts und nicht nur im Sozialen, um eine vernünftige Konzeption zu haben.

Und nun frage ich Sie, Herr Grabow, ganz besorgt: Wenn wir eine ganz vernünftige Konzeption haben wollen, wieso wollen Sie dann am Ende des Jahres 2010 über die Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern eine Berichterstattung haben? Wenn wir da nicht schon im Juli ordentlich gucken, sind wir doch mit der Konzeption, die wir dann aufbauen wollen, schon wieder verkehrt, einfach verkehrt!

Und, Herr Rühs, es hat hier niemand gesagt, ...

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Vor allem muss die Bundesrepublik 2011 Bericht abgeben bei der UNO. – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Ja, ja, das kommt noch dazu.

... es hat hier niemand gesagt, dass wir gegen die UN-Konvention verstoßen. Also dieses Wort haben nur Sie gehört, und ich habe das Gefühl, meine Ohren sind ganz gut. Ich habe das nicht gehört. Aber mit der neuen Sichtweise auf Menschen mit Behinderungen, nämlich in der Art, dass sie Menschen sind mit Talenten, mit Fähigkeiten, mit Fertigkeiten, die gefördert und gefordert werden müssen, und dass die gesellschaftliche Entwicklung so sein muss und die Rahmenbedingungen, sprich die Gesetze so sein müssen, dass alle Menschen in den Rahmen passen, haben wir natürlich viel zu tun.

Und nicht umsonst beguckt Herr Schlotmann so interessiert die Landesbauordnung,

(Michael Roolf, FDP: Der ist nicht da!)

weil da etliche Dinge einfach nicht passen. Das gilt in der Gaststättenrichtlinie so, das gilt bei Theater und Kino so, das gilt bei Bildung, das zieht sich durch unser gesamtes gesellschaftliches Leben. Und darum müssen wir darüber reden, und zwar mit allen.

Und dann sage ich Ihnen noch ganz genau, Herr Rühs, hier in der Art und Weise von Finanzen auszugehen, halte ich für verstaubt. Wenn wir feststellen, dass Menschen mit Behinderungen, so, wie alle anderen Menschen auch, inklusiv in diese Gesellschaft gehören, dann rechnen wir nicht aus, welches die guten und die finanzmäßig weniger relevanten sind und was die mehr relevanten sind. Dann sind unsere Ansichten so, dass wir für alle so viel haben, wie benötigt wird.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Gleichheitsgrundsatz.)

Ich höre nämlich aus solchen Aktionen immer heraus, die Menschen mit Behinderungen – und übrigens heißt es auch "Werkstätten für Menschen mit Behinderungen" –

(Babara Borchardt, DIE LINKE: Die kosten nur Geld.)

sind uns zu teuer, kosten nur Geld und geben nichts zurück. Mit dieser Ansicht muss allerdings richtig ordentlich aufgeräumt werden. Da haben wir viel zu tun. Da müssen wir sehr, sehr viel agieren.

Und ich würde vorschlagen, Herr Grabow, Ralf, wir können allerhöchstens diesen Antrag, wenn du das beantragen würdest, in den Sozialausschuss verweisen, sodass wir ihn sozusagen mit den anderen Dingen im Sozialausschuss zusammen dann auf der Platte haben. Bewilligen oder befürworten können wir den heute hier nicht. Das ist ein Schaufensterantrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Der ist gar nicht da. – Reinhard Dankert, SPD: Dann machen Sie weiter! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er kommt doch. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Er hat in sich geruht.)

**Jörg Heydorn**, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

(Michael Roolf, FDP: Herr Grabow ist da. – Ralf Grabow, FDP: Hier!)

Die FDP ist hier stark ausgedünnt, auch bei den eigenen Anträgen, hat man so den Eindruck.

Also ich will es vorwegnehmen: Wir werden ...

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Ja, da komme ich jetzt zu.

(Michael Roolf, FDP: Versuchen Sie es einfach mal!)

Dazu komme ich jetzt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das müssen Sie gerade sagen!)

Das fällt mir nicht schwer, im Gegensatz zu Ihnen. Ich habe Sie heute hier in der Haushaltsdebatte erlebt, das schwächelte aber stark. Also zur Sache haben Sie ja kaum gesprochen.

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

Aber das ist auch nichts Neues, hat man sich dran gewöhnt.

(Michael Roolf, FDP: Weitermachen! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir sitzen ja jetzt schon ein paar Jahre hier.

Aber jetzt zur Sache: Wir werden Ihren Antrag ablehnen, denn wir können Ihnen Ihre Arbeit nicht abnehmen. Wir können Ihnen Ihre Arbeit nicht abnehmen, die müssen Sie schon selber tun. Wir haben mal Folgendes gemacht: Wir haben uns mal angesehen, was die schwarz-gelbe Koalition zum Thema "Politik für Menschen mit Behinderungen" in den Koalitionsvertrag geschrieben hat.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na die zehn Zeilen. – Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Da steht nicht viel drin, nur Absichtserklärungen, keine konkreten Vereinbarungen, keine konkreten Festlegungen. Lapidar wird gesagt: Wir möchten, dass das KfW-Programm zur Errichtung von seniorengerechten Wohnungen fortgesetzt wird. So richtig viel mit Behindertenpolitik hat das nichts zu tun.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Und man sagt:

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir werden einen Aktionsplan erarbeiten, um darin festzulegen, wie die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umgesetzt werden soll.

Und wenn man sich mal ansieht, wie diese UN-Konvention angelegt ist, dann ist es ja ein Top-Down-Prozess:

(Irene Müller, DIE LINKE: Genauso ist es.)

UN, Nationalstaaten und so weiter und so fort. Und hier steht jetzt drin: Wir machen einen Aktionsplan. Zu mehr konnte sich die FDP an der Stelle nicht durchringen, außer barrierefreier Tourismus, das ist ja auch eine wichtige Geschichte. Das haben Sie auch hineingeschrieben in diesen Koalitionsvertrag, aber das ist ja auch nur ein sehr eingeschränktes Segment an der Stelle.

Und das wirkliche Ziel steht wohl hier in Punkt 3 des Antrages, dass man quasi die Landesregierung in die Spur schicken soll, im Rahmen der ASMK darauf hinzuwirken, dass die Eingliederungshilfe reformiert wird.

(Irene Müller, DIE LINKE: Völlig verkehrt!)

Herr Rühs hat dankenswerterweise umfassend vorgetragen, wie das mit der Eingliederungshilfe so aussieht. Und die Eingliederungshilfe, wie sie heute besteht im SGB XII, setzt den Inklusionsgedanken natürlich nur sehr wenig um,

(Ralf Grabow, FDP: Richtig.)

sehr wenig um. Hier sind dringende Reformen erforderlich, die im Koalitionsvertrag nicht an einer Stelle angesprochen und erwähnt werden.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Übrigens, es gibt jetzt eine Befassung der ASMK zu dem Thema Eingliederungshilfe. Die haben jetzt vor ein paar Tagen zusammengesessen und gesagt, das ist eine wichtige Geschichte, die Eingliederungshilfe zu reformieren. Aber das Ganze soll kostenneutral erfolgen. Auch da bin ich mal gespannt, wie das funktionieren soll, denn gerade im Bereich der Eingliederungshilfe galoppieren

auf der kommunalen Seite die Kosten seit Jahren zügig dahin und die wissen auch nicht so richtig, wie sie das finanzieren sollen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist bei inklusiver Bildung genau das Gleiche.)

Also, meine Herren von der FDP, – drei Herren von der FDP inzwischen doch –

(Ralf Grabow, FDP, und Michael Roolf, FDP: Vier!)

das müssen Sie schon selber machen.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Da müssen Sie mal nach Berlin fahren und mal richtig auf den Putz hauen und sagen: So, passt mal auf, Leute! Wir haben nicht nur Hoteliers in unseren Reihen, die gerne den reduzierten Mehrwertsteuersatz entgegennehmen wollen – wobei ja da auch an der Stelle nicht so richtig klar ist, was das jetzt mit Steuertransparenz zu tun hat, denn da ist man ja jetzt halt auch in der Situation, dass man alles auseinanderpuzzeln muss. Die Verwaltungsverfahren im Bereich der Steuern werden kompliziert, weil die Hotels ja auf der einen Seite gerne die Geschenke entgegennehmen – ne, ist ja klar, Herr Roolf, das machen Sie gerne, Klientelpolitik! –,

(Irene Müller, DIE LINKE: Was für eine Politik? – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

aber auf der anderen Seite natürlich die Kosten für Essen und dergleichen weiter mit dem vollen Mehrwertsteuersatz abgerechnet werden müssen. Also Begeisterung sieht doch anders aus. Aber, wie gesagt, fahren Sie nach Berlin, sprechen Sie es da an! Sagen Sie: Hier muss mehr passieren. Wo ist das Konzept? Wann kann es also umgesetzt werden und wie sollen die wesentlichen Dinge, nämlich beispielsweise die Reform der Eingliederungshilfe, wie soll das umgesetzt, inhaltlich umgesetzt und auch letztendlich finanziert werden?

Und dann muss man eins noch mal ein bisschen deutlich herausarbeiten. Irgendwie habe ich das Gefühl, Sie verdribbeln sich ständig. Sie fummeln sich den Ball hier selbst also dreimal durch den Hosenträger und wissen gar nicht mehr so richtig, wo der sich befindet.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Sie haben einen umfangreichen Antrag hier in den Landtag eingebracht zum Thema Umsetzung der Behindertenhilfe in Mecklenburg-Vorpommern. Da haben wir gesagt: Jawohl, das ist ein wichtiges Thema, das bringen wir in den Sozialausschuss. Die Ministerin hat darauf hingewiesen.

Im Sozialausschuss haben wir das beraten und einstimmig beschlossen, dass wir, bevor wir anfangen, uns hier darüber Gedanken zu machen, was an der Stelle passieren muss und wie wir die UN-Konvention in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen, erst mal abwarten, was uns der Bund an der Stelle für Vorgaben macht, denn, wie gesagt, für den Bereich der Eingliederungshilfe haben wir keine Gesetzeskompetenz. Das macht letztendlich alleine die Bundesregierung an der Stelle. Und bevor man jetzt anfängt, die Dinge in Mecklenburg-Vorpommern zu diskutieren und in Tüten zu verpacken, muss man natürlich wissen, mit welchen Rahmenbedingungen wird man es zu tun haben.

Deswegen hat der Sozialausschuss richtigerweise den Beschluss gefasst, hier müssen wir erst mal abwarten, hier müssen wir warten, was vom Bund für Vorgaben kommen, bevor wir uns konzeptionell weiter mit dem Thema beschäftigen können. Der Beschluss ist hier zitiert worden. Nächstes Jahr im Sommer soll das Thema wieder aufgerufen werden. Aber, ich sage, wenn ich mir jetzt ansehe, mit welcher Energie und Geschwindigkeit die Bundesregierung das Thema verfolgt, habe ich meine Zweifel, ob wir nächsten Sommer damit rechnen können, dass uns hier was vorliegt.

Das kann man auch sehen bei der Besetzung des Amtes des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Fünf Wochen hat die Bundesregierung gebraucht, bis sie jemanden ernannt hat. Und wenn man sich ansieht, wer ernannt worden ist, muss man sagen: Na ja, das war mal ein CDU-Abgeordneter, macht auch ein bisschen was bei der Lebenshilfe. Die Betonung liegt auf "war". Er sitzt heute nicht mehr im Bundestag, sondern irgendwie in seiner Heimatstadt Unna und macht jetzt den Beauftragten des Bundes für diese Belange. Fünf Wochen hat man gebraucht, bis man jemanden gefunden hat oder auch finden wollte,

(Irene Müller, DIE LINKE: Nee, nee, nee, so war's nicht. – Ralf Grabow, FDP: So war es nicht.)

der jetzt den Job macht und nicht mehr in der Bundesregierung beziehungsweise nicht mal im Bundestag vertreten ist.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Eine richtige Bedeutung wollte man ihm dann auch nicht zumessen. In dem Sinne kann ich nur sagen, den Antrag lehnen wir ab. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Heydorn.

Herr Borrmann, wir sind hier in der Sitzung. Sie haben hier nicht mit dieser Kleidung mit Mütze zu erscheinen!

> (Raimund Frank Borrmann, NPD: Das sehen andere ganz anders. – Jörg Heydorn, SPD: Der friert am Kopf! – Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Frau Lochner-Borst, ich muss ich Ihnen einen Ordnungsruf für diesen Zuruf erteilen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

**Stefan Köster**, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bleibt ihrem Motto "Gut geklaut ist besser als schlecht selber gemacht!" erneut treu.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Immerhin haben sich die Liberalen die Mühe gemacht,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

einige Sätze in der Reihenfolge zu verändern, die sie aber dennoch, sogar wortwörtlich, aus anderen Papieren übernehmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da sind Sie doch auch Meister drin, oder?!)

So hat die FDP-Fraktion ihre Begründung aus einer Stellungnahme des Sozialverbandes Deutschland mit dem Titel "UN-Behindertenrechtskonvention Aufbruch in eine inklusive Gesellschaft – auch in Deutschland" abgekup-

fert. Aber auch aus Bundesratsdrucksachen, Drucksache 945/08 zum Beispiel zum Beschluss des Deutschen Bundestages zum Gesetz zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, lassen sich wörtliche Zitate finden, so auch in Absatz 2 der Begründung. Bezahlen Sie von der FDP-Fraktion Ihre Mitarbeiter so schlecht, dass sie nur wenig Zeit für Fraktionsarbeit haben, weil sie sich woanders etwas dazuverdienen müssen?

Es stellt sich die Frage, ob die FDP-Fraktion hier im Hause überhaupt auch etwas selbstständig zuwege bringt. Warum haben die Liberalen nicht gleich das Sozialverband-Deutschland-Bildungsbarometer Inklusion vorgestellt auf der Pressekonferenz vom 20. August 2009 in Berlin, hier im Original eingebracht mit der Aufforderung an den Landtag, dieses Papier zur Kenntnis zu nehmen und die Anliegen des Sozialverbandes zu unterstützen, anstatt hier krampfhaft einen Antrag und eine Antragsbegründung zusammenzuzimmern und sich obendrein noch mit fremden Federn zu schmücken?

(Ralf Grabow, FDP: Das ist geklaut, gezimmert ist was anderes.)

Der Unterschied zwischen Inklusion und Integration soll ja sein: Bei der Integration passt sich ein Mensch, ob behindert oder nicht, der Gesellschaft an. Bei der Inklusion soll sich die Gesellschaft ihren Strukturen anpassen, in diesem Fall an die Bedürfnisse von behinderten Menschen.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Spitzfindigkeiten beziehungsweise die Begriffsbestimmungen. Wenn Integration schlecht sein soll, weil ein Individuum sich in eine bestehende Gesellschaft eingliedern soll, stattdessen Inklusion besser ist, aber erst die Veränderung der Gesellschaft voraussetzt, um dem Individuum die Teilhabe zu ermöglichen, dann kommen zum Beispiel bei der Überfremdungsfrage reichlich unruhige Zeiten auf diese Gesellschaft zu. Hierüber lohnt es sich, einmal nachzudenken.

Was die Verhandlungen um eine Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe angeht, ist diese wiederholt Gegenstand der Arbeits- und Sozialministerkonferenz gewesen. Der letzte Beschluss diesbezüglich vom 25./26. November 2009 unter Tagesordnungspunkt 5.2 beinhaltet unter anderem folgenden Passus, Zitat: "Da die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe ihre volle Wirkung nur dann entfalten kann, wenn sie sozialräumlich unterstützt wird, ist für die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder bedeutsam, die inklusive Sozialraumgestaltung zu fördern. Sie beauftragen die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, insbesondere mit den Kommunalen Spitzenverbänden Handlungsstrategien zum Auf- und Ausbau eines inklusiven Sozialraumes zu erarbeiten." Zitatende.

Auch wenn man die Tätigkeit der etablierten Politik zu Recht sehr, sehr kritisch betrachten muss, braucht den FDP-Antrag niemand, auch nicht die Menschen mit Behinderungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Also, Herr Köster, bei Ihren Ausführungen kann ich nur den Kopf schütteln

(Stefan Köster, NPD: Warum schreiben Sie dann immer ab?)

und ich glaube, total am Thema vorbei! Sie haben sich widersprochen. Mal habe ich recherchiert, mal haben wir zusammengestellt. Also Sie müssen sich mal entscheiden, was es ist.

(Stefan Köster, NPD: Ich kann Ihnen alle Zitate zeigen.)

Dann gucken Sie sich mal Ihre Anträge an, also dann müssten Sie sich ja immer frei in den Wald setzen, was Sie wahrscheinlich auch tun.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir kommen heute noch zu einem. Abgeschrieben!)

Jetzt kommen wir einfach mal zu dem, was hier an Kritik auf dem Tisch liegt. Ich glaube, dass manche nicht diese beiden Anträge auseinanderhalten konnten.

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Grabow, ich muss Sie auch darauf hinweisen, dass Sie hier eine ordentliche Anrede zu gebrauchen haben.

Ralf Grabow, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den beiden Anträgen, die hier vorliegen, und zwar aus 2008 und aus 2009, sehe ich, dass manche Leute sie auch nicht verstehen wollten oder sie nicht verstanden haben. In 2008 haben wir ganz konkret gesagt, Entwicklungskonzeption für Menschen mit Behinderung speziell auf dem Sozialbereich, und haben dort ganz detailliert aufgezählt.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Frau Müller, ich danke Ihnen an der Stelle, dass Sie auf eine Sache hingewiesen haben: Die UN-Konvention ist nicht Sache des Sozialministeriums. Herr Schlotmann weiß, dass wir ab und zu ein paar Sachen im Baulichen haben. Herr Seidel, wir haben ein bisschen was im barrierefreien Tourismus. Es ist eine Querschnittsache, diese UN-Konvention durchzusetzen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach, dann wäre es bei der Arbeitsmarktpolitik auch gut.)

und zwar von allen Ministerien und nicht von einem. Also das stimmt.

Herr Heydorn, ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie den Braten wenigstens riechen. Und wenn Sie dann schon den Ausschuss zitieren, dann wollten Sie damals den Bericht von Herrn – wie hieß noch euer junger Mann aus dem Ministerium,

(Irene Müller, DIE LINKE: Scholz.)

jetzt weiß ich das gar nicht mehr –, von Herrn Scholz unbedingt haben. Den haben Sie. Den haben Sie von mir letzte Woche bekommen als Ausschussdrucksache. Ich habe Sie darauf hingewiesen, aber man müsste das Material auch lesen, wenn man es bekommt.

Ich habe damals in der Diskussion nachgefragt. Das können Sie auch nachlesen, weil Sie ja gestern auch schon mal bei ein paar Sachen aus dem Ausschuss meinten, Sie haben das nicht richtig mitgekriegt. Ich musste ja auch nachfragen. Bei Herrn Lang können wir das auch noch mal nachfragen. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass dieser Bundesbericht uns zu dem Antrag 2/8 überhaupt nicht helfen wird, denn hier werden Sie keine Antworten finden, was Mecklenburg-Vorpommern betrifft. Aber es interessiert Sie nicht. Sie waren, glaube ich, nur froh, den Antrag wegzuschieben, möglichst weit bis in 2011.

(Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Und wenn wir dann schon über unseren Koalitionsvertrag reden, ich habe mal einen mitgebracht. Frau Ministerin, ich habe jetzt vor, Ihnen den zu schenken, denn da gibt es immer so viele Sachen, die nicht stimmen. Das fängt, jetzt bin ich auch mal pinnenschieterig und zähle, bei 3.773 an und hört bei 3.787 auf.

(Norbert Nieszery, SPD: Aber das sind Zeilen und keine Seiten.)

Also das schenke ich Ihnen jetzt.

Und dann gibt es vorne noch einen Teil zum barrierefreien Tourismus. Das ist da auch drin. Jetzt habe ich vor, Ihnen den zu schenken, weil Sie so viel sagen, einmal zum Lesen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist doch nur aufgeführt!)

Ich habe noch ein Original. Das ist vom Parteitag, davon gab es nicht so viele.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Arme Partei, die FDP, wa?! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sparsam, sparsam!

(Ministerin Manuela Schwesig: Sie hätten wenigstens die Nervennahrung, also Schokolade dazureichen müssen, die man braucht, wenn man den liest!)

Ach so! Gut, die Schokolade reiche ich morgen hinterher, das ist gar keine Frage. Es sollte nur der Sachlichkeit dienen.

Und wenn Sie schon alle die Zeilen lesen, ich habe hier mal geguckt, was die SPD im Bundestagswahlprogramm geschrieben hat. Das ist das.

(Torsten Renz, CDU: Auch rüberreichen.)

Ja, das kann ich auch noch mal machen. Und das ist das von der FDP. Sie können das inhaltlich mal vergleichen

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

und dann können wir noch mal diskutieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Worum geht's jetzt hier? Wer was geschrieben hat, oder was?)

Jetzt höre ich aber auf mit dem Vergleichen, denn wir sind meistens so als schlecht angesehen. Ich glaube, wir nehmen die Behindertenpolitik schon sehr ernst, und das möge man uns bitte auch abnehmen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich sehe, dass das Ziel, was ich damit erreichen wollte,

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie hätten das ganze Programm lesen müssen.)

dass es eine Diskussion in den Fraktionen gegeben hat, eingetreten ist, und ich hoffe, dass alle Minister und nicht nur Sie, Frau Schwesig, wissen, dass es wirklich eine Querschnittsaufgabe ist. Und Herr Schlotmann weiß, dass wir beide an verschiedenen Stellen zusammen die Frage des barrierefreien Bauens angehen, mit Herrn Seidel haben wir das Thema barrierefreier Tourismus. Das sind nur kleine Punkte.

Für diesen Antrag hätte Herr Sellering hier stehen müssen, weil es alle Ministerien betrifft und nicht nur eins. Ich habe das so geahnt, dass das aus einer Ecke kommt. Ich hätte mir gewünscht, dass das Kabinett in jeden Bereich mal geguckt hätte. Und da haben wir garantiert auch diskriminierende Sachen nach wie vor bezüglich Menschen mit Behinderungen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sie müssen eine vernünftige Begründung schreiben!)

Ich bedanke mich, dass Sie zugehört haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Jo.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Grabow, eine Verständnisfrage noch. Frau Müller hat nur angedeutet, dass sie eventuell einem Überweisungsvorschlag zustimmen würden, wenn Sie jetzt den Antrag stellen. Ich habe das nicht gehört.

**Ralf Grabow**, FDP: Dann stelle ich jetzt den Antrag auf Überweisung in den Sozialausschuss.

(Marc Reinhardt, CDU: Jetzt hat man sich aber schön die Bälle zugeschoben.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Das war die letzte Wortmeldung. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3012 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der FDP-Fraktion, aber Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3012. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3012 bei Zustimmung der FDP-Fraktion, aber Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Konkrete Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative aktiv unterstützen, Drucksache 5/3019.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Konkrete Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative aktiv unterstützen – Drucksache 5/3019 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon soll "das Demokratiegefüge der Europäischen Union stärken". So lautet die Einführung des Grünbuchs zur Europäischen Bürgerinitiative, das am 11.11.2009 von der Europäischen Kommission verabschiedet wurde. Dass nun Elemente direkter Demokratie auf der Ebene der Europäischen Union durch den Vertrag in Artikel 11 Absatz 4 des Europäischen Vertrages eingefügt wurden, begrüßen wir ausdrücklich. Daraus haben wir auch nie einen Hehl gemacht, trotz unserer weiterhin bestehenden ablehnenden Haltung zum Vertrag von Lissabon.

Nun ist der Vertrag von Lissabon ratifiziert und es gilt, ihn umzusetzen. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir uns an diesem Prozess aktiv beteiligen. Und auch das sei an dieser Stelle noch einmal gesagt: Wir bedauern sehr, dass die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht direkt an der Abstimmung des nun geltenden Vertrages beteiligt waren. Und so recht nachvollziehen kann man es nach wie vor nicht, dass genau die Parteien, die für den Vertrag von Lissabon gestritten haben, eine Volksabstimmung in Deutschland über den entsprechenden Vertrag nicht nur aus formellen Gründen ablehnten, in der Europäischen Union allerdings Bürgerinitiativen ermöglichen wollen. So habe ich jedenfalls die vergangenen Debatten zum Lissabon-Vertrag verstanden. Und ob das gesprochene Wort ehrlich gemeint war, das können Sie, meine Damen und Herren, mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag beweisen.

Und um meinem geschätzten Kollegen Detlef Müller zuvorzukommen, will ich auch gleich sagen, wir picken uns nicht nur die Rosinen aus dem Vertrag heraus.

Aber zurück zum Antrag:

Artikel 11 Absatz 4 des Vertrages von Lissabon schafft zum ersten Mal ein transnationales Instrument der direkten Demokratie. Das Verfahren und die Bedingungen, die für eine solche Bürgerinitiative gelten, sollen festgelegt werden. Die Europäische Union hat nun zu einem Konsultationsverfahren aufgerufen, an dem wir uns aus unserer Sicht beteiligen sollten. Nach Ansicht der Europäischen Kommission sollten die Bürgerinnen und Bürger dieses neue Instrument sehr rasch erhalten. Noch vor Ablauf des Jahres 2010 soll eine entsprechende Verordnung erlassen werden. In dem besagten Konsultationsprozess sollen konkrete rechtliche, administrative und auch praktische Fragen beraten und diskutiert werden.

Bis zum 31.01.2010 hat die Landesregierung die Möglichkeit, sich in diesen Diskussionsprozess mit einer eigenen Stellungnahme einzumischen, und wir meinen, wir sollten diese Möglichkeit auch wahrnehmen. Diese Beteiligung ist nach unserer Auffassung eine logische Konsequenz, die sich aus der Umsetzung eines Beschlusses des Landtages vom 31.10.2007, der auf einem Antrag der Koalitionsfraktionen beruht, ergibt. Danach hat sich die Landesregierung für eine baldmöglichste Umsetzung der im Vertragsentwurf vorgesehenen Fortschritte, vor allem in den Bereichen der Subsidiarität, der Transparenz und Bürgernähe, und ich betone, Bürgernähe, einzusetzen. Dieser Beschluss wird heute durch unseren Antrag konkretisiert.

Wie genau sollte nun diese Beteiligung erfolgen? Wie gesagt, bis zum 31.01.2010 soll die Landesregierung zu den verschiedenen Fragen, die in dem Grünbuch der Europäischen Bürgerinitiative enthalten sind, Stellung nehmen. Dabei kann sie unserer Ansicht nach insbesondere Erfahrungen, die wir in Mecklenburg-Vorpommern mit Bürgerinitiativen gesammelt haben, in diese Stellungnahme einfließen lassen.

Aber weitere interessante Fragen sind zu diskutieren. So muss zum Beispiel die Rechtsnatur der Europäischen Bürgerinitiative definiert werden. Offensichtlich ist wohl, dass die Europäische Bürgerinitiative nicht bindend für die Kommission ist. Aber wie muss die Europäische Kommission mit der Europäischen Bürgerinitiative umgehen, wenn sie für zulässig erklärt wurde? Dazu ist es notwendig, dass aus unserer Sicht im Ergebnis einer Bürgerinitiative eine Befassung der Kommission mit den Vorschlägen der Bürgerinitiativen zu erfolgen hat, so, wie dies etwa in unserer Landesverfassung für eine Volksinitiative niedergeschrieben ist.

In dem Gesetzestext des Artikels 11 Absatz 4 des Europäischen Vertrages ist bisher nur vorgesehen, dass EU-Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, der Kommission Vorschläge zu unterbreiten. Was dann aber im Ergebnis weiter mit dem Vorschlag geschieht, ist nicht geregelt. Dies sollte es aber, denn - darüber sind wir uns doch hoffentlich alle einig - wenn wir die Europäische Bürgerinitiative ernst nehmen, und davon gehe ich aus, ist auch zu klären, wie mit der Europäischen Bürgerinitiative umgegangen werden muss. Welches Gewicht hat dann noch eine solche Bürgerinitiative, wenn sie nicht bindend ist für die Kommission, wenn sie sie nicht einmal beraten muss, also das zwingend vorgeschrieben sein sollte? Und es wäre nach unserer Auffassung eine Verschwendung der Ressourcen der europäischen Bürger, wenn das Sammeln von einer Million Unterschriften keine Konsequenzen für die Kommission hätte. Auch ist zu klären, ob eine Bürgerinitiative das Recht haben sollte, eine negative Entscheidung der Kommission anzufechten.

Die zweite Frage, die geklärt werden sollte, die leider nicht im Grünbuch aufgeworfen wurde, aber trotzdem aus unserer Sicht bedeutsam ist, ist, ob wir meinen, dass Veränderungen des Vertragsrechtes möglich sein sollten. Schließlich ist es in Artikel 48 Absatz 2 des Vertrages möglich, dass die Regierungen der Mitgliedsstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament die Möglichkeit haben, den Rat dazu aufzufordern, eine Vertragsänderung vorzunehmen. Warum, wieso und weshalb sollte dies nicht den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union auch zugestanden werden? Dies bleibt weiterhin und aus jetziger Sicht in der Kompetenz des Rates. Es geht um die Frage, ob eine Vertragsänderung angeregt werden darf.

Drittens. Es gibt viele andere Fragen, zum Beispiel wie viele Bürgerinnen und Bürger sich an der Bürgerinitiative beteiligen sollten, welche Anzahl von Mitgliedsstaaten für die Bürgerinitiative erforderlich ist, wie hoch eine Mindestanzahl an Unterschriften sein sollte, die in jedem Land gesammelt werden sollen, oder ob die Unterschriftensammlung per Mail möglich ist, ob die Initiatoren angehört werden sollten.

Sie merken also, Fragen über Fragen, an dessen Beantwortung sich das Land Mecklenburg-Vorpommern beteiligen sollte.

Dass der zuständige Ausschuss über die Vorschläge der Landesregierung unterrichtet werden sollte, liegt meiner Meinung nach in der Natur der Sache. Und auch das, das will ich an der Stelle sagen, könnte ein Beitrag zur Stärkung der Europafähigkeit unseres Landes sein, an der wir, die demokratischen Fraktionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, wohl sehr interessiert sind. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beilfall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Borchardt.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, hier meinen Kollegen Vincent Kokert zu vertreten,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, der Generalsekretär wird vertreten.)

der einen dienstlichen Termin hat beziehungsweise im Anschluss seine Kinder zu betreuen hat. Mehrere von denen sind nämlich krank

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

und ich denke, Sie haben dafür auch in dem Sinne Verständnis. Ich als familienpolitischer Sprecher a. D., Herr Koplin, unterstütze das vollends.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Egbert Liskow, CDU: Jawohl.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Europäischen Bürgerinitiative erhält zum ersten Mal in der Geschichte der EU eine qualifizierte Minderheit das Recht, die Kommission zur Vorlage eines Gesetzgebungsvorschlages aufzufordern. Die Europäische Bürgerinitiative ist als erstes direktes demokratisches Instrument eine wirkliche Neuerung des Vertrages von Lissabon und für das EU-System eine Bereicherung. Bei den Kernmerkmalen der Demokratie, Bürgerpartizipation und Machtkontrolle, lässt sich innerhalb der EU ein Defizit feststellen. Wenn die Regierungen im Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden, ist die indirekte Legitimation aller Regierungen über die Kontrolle durch ihre jeweiligen nationalen Parlamente nicht gewährleistet.

Da in den letzten Jahren die Anwendung der qualifizierten Mehrheit erheblich ausgeweitet wurde, ohne dass zum Beispiel dem Europäischen Parlament eine Mitentscheidungsbefugnis eingeräumt worden wäre, gibt es unstreitig eine Lücke in der Legitimationskette. Außerdem ist die Kontrollfunktion, die Wahlen in dem nationalen System erfüllen, in der Europäischen Union weniger ausgeprägt. Während nationale Regierungen von den Bürgern abgewählt werden können, wird die Politik des Ministerrates durch Wahlen in einem Mitgliedsstaat nicht beeinflusst, vor allem, wenn Entscheidungen nicht einstimmig getroffen werden müssen. Die Kontrollfunktion von Wahlen ist also in der Europäischen Union deutlich geschwächt.

Insofern macht es Sinn, hier Korrektive zuzulassen. Daher ist die Europäische Bürgerinitiative auch in den Vertrag von Lissabon eingefügt worden. Der Lissabon-Vertrag gibt den Unionsbürgern ein Mittel an die Hand, mit dem sie sich äußern und die EU-Politik direkt beeinflussen können. Die EU hat ein Grünbuch veröffentlicht, in dem praktische Fragen zur bestmöglichen Umsetzung der Initiative in der Praxis gestellt werden. Es soll darüber diskutiert werden, aus wie vielen Ländern die Bürger kommen müssen, wie überprüft werden kann, ob die Unterschriften echt sind, in welcher Form eine Petition abgegeben werden soll oder ob Fristen vorgegeben werden. Einsendeschluss für die Antworten ist Ende Januar 2010. Danach wird die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Vorschlag für eine entsprechende Verordnung vorlegen.

Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, ist es unbenommen, sich gegenüber der EU zur Ausgestaltung der Bürgerinitiative zu äußern.

(Egbert Liskow, CDU: Hört, hört!)

Eine Stellungnahme der Landesregierung ist an dieser Stelle aber nicht angezeigt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?)

Seit Inkrafttreten der Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern sind insgesamt 13 Volksinitiativen zustande gekommen und haben den Landtag beschäftigt. Häufig haben parlamentarische oder außerparlamentarische politische Minderheiten mit dem Instrument der Volksinitiative eine Beratung des Landtages über den Gegenstand der Initiative erzwungen. Die Zahl der Volksinitiativen hat sich nach einer anfänglichen, ich sage einmal, Blütezeit in späteren Legislaturperioden deutlich vermindert. Die Erwartung, die Volksinitiative werde ein Ventil sein für ein spontanes Partizipationsbedürfnis des Volkes, hat sich wohl nicht erfüllt.

Volksbegehren und Volksentscheide nach Artikel 60 unserer Landesverfassung hat es in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt noch nicht gegeben. Kein einziges Volksbegehren ist in unserem Lande zustande gekommen, sodass es auch nie einen Volksentscheid gab. Der vorläufig letzte Versuch eines Volksbegehrens, eine Initiative gegen die Schulreform, erreichte nicht das Unterstützungsquorum.

Ich möchte konstatieren: Zwar hat es in Mecklenburg-Vorpommern einige Volksinitiativen gegeben, dass hieraus jedoch Erfahrungen für die Europäische Bürgerinitiative abgeleitet werden können, wie Sie von der Fraktion DIE LINKE in Ihrem Antrag suggerieren, vermag ich nicht zu erkennen. Insbesondere für die im Grünbuch aufgeworfenen Fragen lassen sich aus den Erfahrungen mit Volksinitiativen in Mecklenburg-Vorpommern keine Rückschlüsse ziehen.

Im Übrigen entlarvt sich der Populismus Ihres Antrages darin, dass die Landesregierung ja gerade nicht Adressat der Volksinitiativen nach Artikel 59 unserer Landesverfassung gewesen ist, sondern wir selber, der Landtag. Insofern wäre es näherliegend gewesen, wenn Sie eine Stellungnahme des Landtages eingefordert hätten. Hier sind die Erfahrungen mit der Volksinitiative in Mecklenburg-Vorpommern gesammelt worden und hier ist darüber befunden worden, nicht in der Landesregierung.

Insofern schlage ich Ihnen auch im Namen der Koalitionäre vor, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf der Drucksache 5/3019 abzulehnen. Und Ihnen, meine Kollegen und Kolleginnen von der LINKEN, bleibt es unbenommen, sich bis Ende Januar 2010 gegenüber der Europäischen Kommission mit Ihren Vorschlägen und Vorstellungen zur Europäischen Bürgerinitiative zu äußern. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

(Egbert Liskow, CDU: Der auch noch in die gleiche Kerbe schlägt!)

Gino Leonhard, FDP: In die gleiche, lieber Kollege!

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Kollegen der LINKEN, liebe Kollegin Borchardt, als wir Ihren Antrag gelesen haben in der Fraktion, hatten wir durchaus ein Déjà-vu. Das passiert jetzt im Übrigen des Öfteren gerade bei den Anträgen, die sich mit diesen Themen befassen. Ich hatte also die Wahl, meine Rede vom April 2009 noch einmal vorzutragen, aber anders als DIE LINKE möchte ich keinen Déjà-vu-Effekt auslösen. Wir wollen hier doch einen eigenen Beitrag bringen.

Liebe Kollegen, Ihnen scheint Europa ja richtig wichtig zu sein, sozusagen am Herzen zu liegen, wenn man sich den Antrag ansieht,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Haben Sie es endlich begriffen?)

oder eben etwa doch nicht?! Wie nennt man jemanden, der auf der einen Seite den Vertrag von Lissabon als nicht zukunftsfähig bezeichnet und auf der anderen Seite sich doch die Rosinen aus diesem doch so zukunftsunfähigen Vertrag herauspickt und hier sozusagen in zwei Anträgen abhandelt? Man könnte durchaus sagen, dass das auch als verlogen gelten könnte.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber das ist unparlamentarisch.)

Dass DIE LINKE, meine Damen und Herren, ein Problem mit Europa hat, das ist länger bekannt. Man weiß eben in Ihren Reihen nicht ganz genau, wie man mit diesem großartigen Projekt umgehen soll. Heute hüh, morgen hott und die Frage ist, Sie müssen sich irgendwann entscheiden.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Aber die Europaliebe der Linkspartei geht noch weiter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist unter Ihrem Niveau, Herr Leonhard.)

Abgeordnete wie Ihre geschätzte Kollegin Sylvia-Yvonne Kaufmann hatten sich so sehr für eine Verbesserung des Verständnisses für die Arbeit der Europäischen Union und die Bürgerinitiative eingesetzt, dass sie sich auf der Liste für die Europawahl nicht mehr wiederfanden, sozusagen als Belohnung für ihr Handeln. Sie ist offensichtlich zu europafreundlich gewesen.

Europa gilt in den Reihen der Linkspartei als "Chiffre für Ausbeutung, Umweltzerstörung, Krieg und soziale Spaltung". Und das lasse nicht ich mir oder die FDP-Fraktion sich einfallen, sondern das steht im Europawahlprogramm der Linkspartei, meine Damen und Herren.

(Egbert Liskow, CDU: Oh, oh, oh!)

Sie geben sich hier als Robin Hood, als Retter der Europäischen Union aus und sind im wahrsten Sinne dann doch nur Opportunisten in dieser Frage. Das beweist eben gerade in diesem Antrag auch diese Scheinheiligkeit, denn, meine Damen und Herren, DIE LINKE ist es, die sich den Fortschritten auf europäischer Ebene im Grunde vollständig verweigert. Und obwohl Sie den Lissabonner Vertrag ablehnen, ziehen Sie sich nun einen einzelnen Punkt aus diesem heraus und versuchen, damit zu punkten.

Wenn Sie den Vertrag von Lissabon ablehnen, meine Damen und Herren, und das tun Sie, dann lehnen Sie auch die darin enthaltenen Bürgerinitiativen ab, meine Damen und Herren. Und das sollten die Menschen gerade hier auch in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern wissen. Der Anwalt für das legitime Ziel, Europa den Menschen näherzubringen, sind Sie jedenfalls nicht.

Und damit kein Irrtum entsteht: Die FDP steht für den Vertrag von Lissabon und damit auch für weitere Fortschritte im Hinblick auf Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung. Europa, meine Damen und Herren, muss den Menschen weiter nähergebracht werden und deshalb werden wir auch die weiteren Bemühungen um mehr direkte Demokratie konstruktiv und kritisch begleiten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben.)

Bis Ihre Fraktion, meine Damen und Herren von den LINKEN, beziehungsweise Ihre Partei ihr Verhältnis zu Europa nicht ordentlich geklärt hat, werden wir solchen scheinheiligen Anträgen nicht folgen können.

Und im Übrigen, sehr geschätzte Kollegin Borchardt, will ich auf dieses nette Buch hinweisen – das gibt es hier in unserer Bibliothek – von der Kollegin Sylvia-Yvonne Kaufmann: "Die EU und ihre Verfassung. Linke Irrtümer und populäre Missverständnisse." zum Vertrag von Lissabon, eventuell als Weihnachtslektüre. Das sollten Sie sich vielleicht mal zu Herzen nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Grabow hat sein Buch wenigstens verschenkt.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt für die Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr interessant, wie wir mit solchen Fragen umgehen. Um es vielleicht noch mal allen vor Weihnachten ins Gebetbuch zu schreiben:

(Egbert Liskow, CDU: Oh, oh, oh!)

DIE LINKE sagt Ja zu Europa und Nein hat sie gesagt zu dem vorliegenden Lissabon-Vertrag.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber nun können wir ja machen, was wir wollen, und da, denke ich, sind wir alle weit genug in unseren Erkenntnissen, der Vertrag ist ratifiziert. Wir müssen alle damit umgehen, auch die Partei DIE LINKE und auch die Fraktion DIE LINKE hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

(Renate Holznagel, CDU: Genau.)

Und das, denke ich, ist ein Selbstverständnis unter Demokraten, ob uns das nun passt oder nicht.

Und noch eines will ich Ihnen sagen: Die Frage der Einführung von europäischen Bürgerinitiativen hätte nicht nur im Vertrag geregelt sein müssen. Dazu hätte man auch einen anderen Weg gehen können. Da ist nämlich die Frage, ob dieser Europäische Vertrag und damals der Verfassungsvertrag überhaupt notwendig gewesen sind in ihrer Gesamtheit und in ihren Missverständnissen. Wir werden in den nächsten Sitzungen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern auf einige Fragen eingehen, die auch im Zusammenhang mit der Umsetzung dieses Vertrages stehen, zum Beispiel die Kohäsionspolitik, die Aufteilung der finanziellen Mittel, die Schwerpunktsetzung in der Europäischen Union, und zwar auf der Basis des Vertrages von Lissabon. Und das werden wir uns alles ganz genau angucken und sehen, welche Auswirkungen das auf Mecklenburg-Vorpommern hat. Daran sind wir ja wohl alle interessiert.

Aber nun zu unserem vorliegenden Antrag. Ja, man kann sicherlich davon ausgehen, wir hätten einen Entschließungsantrag fertig machen und sagen können, so würden wir uns gerne in diesen Prozess mit einbringen. Nun haben wir die Landesregierung aufgefordert, sich zu beteiligen. Der eine sagt so, der andere sagt so. Aus

unserer Sicht war das der richtige Weg. Sie hätten sich auch dazu entschließen können, den Antrag in den federführenden Ausschuss zu überweisen, wenn Sie wirklich daran Interesse gehabt hätten, sich in diese Diskussion einzubringen. Denn sowohl Herr Renz als auch Sie haben ja einige Fragen aufgeworfen. Was wird denn wirklich mit dieser Bürgerinitiative? Ist sie eine Luftblase? Wollen wir sie wirklich in Europa und wie wird sie ausgestaltet?

Und wenn Sie auf die Volksinitiative, das Volksbegehren hier im Land Mecklenburg-Vorpommern hinweisen, ist doch eher die Frage zu stellen: Können wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen, Sie gehen sehr wohl sehr verantwortungsvoll mit diesen Instrumenten um und nicht nur so larifari? Aber wenn noch kein Volksbegehren stattgefunden hat beziehungsweise zum Erfolg geführt hat, sollten wir uns doch mal fragen, woran das liegt. Liegt es vielleicht an den Hürden, die aufgemacht worden sind? Liegt es vielleicht an den zu tragenden Kosten – auch das ist eine Frage zur Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative – oder an dem vielleicht manchmal zahnlosen Tiger, der Bürokratie, die damit verbunden ist, und vielem anderen mehr?

Und unter dem Gesichtspunkt sagen wir, eine Diskussion hätte sich gelohnt. Ich hätte mir gewünscht, dass wir aus allen Fraktionen mal gehört hätten, was sie an Ansprüchen hier stellen zur Umsetzung dieser Bürgerinitiative, wenn Sie wirklich der Auffassung sind, dass dieses demokratische Recht zu Recht in dieser Verfassung oder in diesem Vertrag verankert ist. Im Übrigen wurde genau das immer auch als positives Merkmal bei den Bürgerinnen und Bürgern dargestellt und unterm Strich wäre es auch für uns eine Möglichkeit gewesen – im Januar findet ja wieder der Europäische Tag an den Schulen statt –, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern genau über diese Frage zur Ausgestaltung zu reden.

(Minister Henry Tesch: Machen wir doch.)

Und in der Beziehung ...

Machen wir? Wir machen das alles irgendwie. Die Regierung macht alles, nur irgendwie kommt alles nicht unten an.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Herr Tesch, im Moment rede ich. Sie dürfen von da gar nicht sprechen. Sie hätten sich ja einbringen können und hier als Minister dazu reden können.

Also unter dem Gesichtspunkt wäre es aus unserer Sicht richtig gewesen, dass wir uns dazu positioniert hätten. Und immer das Gesinge hier, wir sind gegen Europa, wissen Sie, das können Sie irgendwo hinschmeißen. Das glaubt Ihnen da draußen sowieso keiner mehr,

(Egbert Liskow, CDU: Oh ja, doch.)

denn die Ergebnisse zu den Europawahlen sprechen, glaube ich, für uns. Wir werden Sie beim Wort nehmen und immer wieder auf die Umsetzung des Vertrages drängen. Mal gucken, wie Sie dann weiter damit umgehen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Borchardt.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3019. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3019 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Bleiberechtsregelung verlängern und umfassend überarbeiten, auf Drucksache 5/3021. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3066 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bleiberechtsregelung verlängern und umfassend überarbeiten – Drucksache 5/3021 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/3066 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

**Peter Ritter**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um eventuellen Zwischenrufen vorzubeugen, mit der Teilnahme meiner Fraktion bin ich selbstredend nicht zufrieden.

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Wenn es um einen eigenen Antrag geht, halte ich es doch schon für, na ja, ein bisschen deprimierend. Aber es ist, wie es ist, sagt ein bekannter Mann im Radio.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt ist die Tendenz: drei Jastimmen.)

Deshalb will ich mich dann dem Antrag zuwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die menschenrechtsrelevante Problemlage des Bleiberechts für langjährig
geduldete Asylsuchende in Deutschland beschäftigt die
Politik, mehr noch aber die betroffenen Frauen, Männer
und Kinder schon seit über einen langen Zeitraum, über
einen sehr langen Zeitraum. Immer wenn sich die Innenminister oder der Deutsche Bundestag damit befassten, gab es große Hoffnung auf eine endgültig an den
Bedürfnissen und Interessen der Flüchtlinge ausgerichtete Lösung. Und diese Hoffnungen wurden regelmäßig
enttäuscht.

Auch der Bleiberechtsbeschluss der IMK vom November 2006 und die gesetzliche Altfallregelung vom August 2007 waren wegen ihrer restriktiven Ausgestaltung nicht dazu geeignet, die weiterhin kritisierte Praxis der sogenannten "Kettenduldungen" wirksam zu beenden. Dies belegt die anhaltend hohe Zahl langjährig in der Bundesrepublik, aber auch 3.000 in Mecklenburg-Vorpommern geduldeter Personen, davon etwa 400 sogenannte Altfälle.

Zum besseren Verständnis für alle die Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen, die sich nicht ständig mit diesem Problemkreis befassen, will ich die zentralen Voraussetzungen benennen, die maßgeblich sind für das Erlangen beziehungsweise Nichterlangen eines Bleiberechts. Sie sind ja auch nach der Verlängerung der Regelung durch die IMK Anfang dieses Monats unverändert in Kraft in Form der Paragrafen 104a und b des Aufenthaltsgesetzes und mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz.

Nach dieser gesetzlichen Altfallregelung können bisher geduldete Ausländerinnen und Ausländer unter folgenden Voraussetzungen ein Bleiberecht erhalten:

- Aufenthalt in Deutschland seit dem 01.07.2001 mit mindestens einem minderjährigen Kind, sonst Aufenthalt in Deutschland seit dem 01.07.1999
- Der Lebensunterhalt muss durch ein Beschäftigungsverhältnis grundsätzlich vollständig gesichert werden können
- Wer noch keine Arbeit hat, erhält regelmäßig die sogenannte Aufenthaltserlaubnis auf Probe zur Arbeitsplatzsuche. Diese berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit und wurde befristet ausgestellt bis zum 31.12. dieses Jahres. Um diese Aufenthaltserlaubnis verlängert zu bekommen, muss nachgewiesen werden: dass der Lebensunterhalt bis dahin überwiegend durch eigenständige Erwerbstätigkeit gesichert werden konnte, dass der Lebensunterhalt seit dem 01.04.2009 nicht nur vorübergehend eigenständig gesichert ist und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass für die Zukunft der Lebensunterhalt überwiegend gesichert sein wird
- Ausnahmen gelten für Auszubildende, für Alleinerziehende bei vorübergehendem Leistungsbezug, für Erwerbsunfähige und Personen über 65 Jahre nur, wenn keine öffentlichen Leistungen bezogen wurden.
- Erfüllen der Integrationsvoraussetzungen, das heißt: ausreichender Wohnraum, Schulbesuch, einfache mündliche Deutschkenntnisse auf der Stufe A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens
- Ausschlussgründe dürfen nicht vorliegen, das heißt: keine Täuschung über aufenthaltsrelevante Umstände, kein vorsätzliches Hinauszögern und Behindern von Maßnahmen, die den Aufenthalt beenden, keine Straftaten über 50 Tagessätze beziehungsweise über 90 Tagessätze bei Delikten, die nur Ausländerinnen und Ausländer begehen können (Straftaten einzelner Familienangehöriger führen zum Ausschluss der gesamten Familie), keine aktuellen Bezüge zu Terrorismus und Extremismus
- Für bereits volljährige, nicht verheiratete Kinder und unbekleidete minderjährige Flüchtlinge gibt es Sonderregelungen.
- Sofern die Eltern von der Anwendung der Altfallregelung ausgeschlossen sind, können die Kinder unter bestimmten Voraussetzungen allein in Deutschland bleiben, wenn die Eltern ausreisen, das heißt, die Familien auseinandergerissen werden.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie nahezu oder vollständig unerfüllbar manche dieser Kriterien sind, wie rigoros die Würde vieler der Betroffenen verletzt wird. Durch das langjährige Arbeitsverbot war es vielen Langzeitgeduldeten überhaupt nicht möglich, in Deutschland eine Berufsausbildung zu machen oder sich sonst irgendwie zu qualifizieren. Durch die Anforderung, den Lebensunterhalt eigenständig durch Erwerbstätigkeit sichern zu müssen, waren viele Betroffene von vornherein ausgeschlossen. Hinzu kommt, wer seinen Job verliert oder ihn zu verlieren droht – das ist ja in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nichts Seltenes –, muss damit rechnen, dass seine Aufenthaltserlaubnis auf Probe nicht verlängert wird.

Ein zentrales Problem ist, dass es nicht genügt, eine Arbeit zu haben und selbst für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. Entscheidend ist, dass ein Familieneinkommen deutlich über dem Hartz-IV-Niveau vorliegt, und das ist schon für manche deutsche Familie nicht zu erreichen. Und das alles in einer gesellschaftlichen Krisensituation mit hoher Massenarbeitslosigkeit, mit über einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern, die Vollzeit arbeiten und dennoch zusätzliche Hartz-IV-Leistungen beziehen müssen, um existieren zu können.

Dann gibt es die sogenannten Großzügigkeiten. Bei Familien mit Kindern kann vorübergehend hingenommen werden, dass der Lebensunterhalt noch nicht vollständig aus eigenen Mitteln gesichert ist, das dann, wenn der Lebensunterhalt zwar für Mutter und/oder Vater, aber nicht für die Kinder zum Bestreiten der Ausgaben ausreicht. Und sehr unterschiedlich wird das Merkmal "vorübergehend" ausgelegt. Für Alleinerziehende ist unter bestimmten Bedingungen und vorübergehend ein vollständiger Bezug von öffentlichen Leistungen möglich. Eine Ausnahmeregelung für erkrankte Menschen greift nur, wenn für diese erwerbsunfähigen Personen keine Sozialleistungen in Anspruch genommen werden. Das gilt selbst dann, wenn sie von der Familie mitversorgt werden, denn sie erhalten keine bezahlbare Krankenversicherung. Das Gleiche gilt für alte Menschen und das gilt sogar für pflegende Angehörige.

Und alles das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unter der Voraussetzung der Stichtagsregelung 01.07.2001 oder 01.07.1999 sowie der Duldung zu sehen. Da reicht ein Abweichen von ein paar Tagen und die Betroffenen haben gar keine Chance auf Bleiberecht. Das gilt auch, wenn Asylsuchende ihren Aufenthalt in Deutschland kurzfristig unterbrechen beziehungsweise unterbrechen müssen: Bleiberecht ausgeschlossen.

Teilweise wird in der Praxis die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis mit Verweis auf die Passpflicht verweigert. Zeugen, die bestätigen, dass eine Botschaft sich weigerte, einen Pass auszustellen, wird ebenso misstraut wie den Betroffenen selbst. Die Anwendung einer Ablehnung des Asylantrags als öffentlich unbegründet durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führt auch dazu, dass Bleiberecht entgegen der Intention der Regelung nicht möglich wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die in Mecklenburg-Vorpommern nach einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von mir angegebenen häufigsten Ablehnungsgründe sind, ich zitiere: "die ungeklärte Identität der Ausländer, nicht oder unzureichende Erfüllung der Mitwirkungspflichten, Täuschung oder Behinderung der Behörden, die Nichterfüllung der Voraufenthaltszeiten und die absehbare Nichterfüllung der Lebensunterhaltssicherung", Zitatende.

Und wenn Sie all die Aspekte Revue passieren lassen, die ich aufgezählt habe, die Voraussetzungen sind, um anerkannt zu werden, kann es nur eine Feststellung und Schlussfolgerung geben: Diese Praxis, die Menschen über Jahre hinweg ohne Aufenthaltsperspektive mit dem Duldungsstatus zu entrechten, diese Praxis muss beendet werden, denn nichts Perspektivloseres gibt es als den Status der Duldung, noch dazu der Kettenduldung. Flüchtlinge können nicht einmal ein Konto bei der Bank eröffnen, und das über zehn Jahre lang und länger, sie sollen aber für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen. In dieser Zeit haben die Kinder der Betroffenen die Schule absolviert und stehen oft ohne berufliche Perspektive da

Mit dem ursprünglichen Antrag hatte die Fraktion DIE LINKE eine Verlängerung der Bleiberechtsregelung um mindestens zwei Jahre gefordert, um diesen Zeitraum zu nutzen, eine humanitäre Regelung zu diskutieren und zu erreichen. Die Innenministerkonferenz hat am 04.12. dieses Jahres eine solche zeitliche Verlängerung beschlossen. Offenbar wird auch dort Handlungsbedarf gesehen. Das, glaube ich, sagen zu können, begrüßen alle demokratischen Fraktionen hier im Haus.

Meine Zuversicht ist, dass auch die Forderung nach einer gründlichen Überarbeitung der Bleiberechtsregelung von Ihnen mitgetragen wird. Herr Kollege Stein von der CDU-Fraktion hat sich in einer Presseerklärung vom 08.12. – nach meiner Interpretation jedenfalls – dahin gehend geäußert. In der SPD gibt es schon länger die Forderung nach einer tatsächlichen Lösung der Problemlage. Und die FDP ist in Bezug auf Ausländerrecht für ihre libertären Auffassungen bekannt.

Meine Fraktion stimmt mit all denen überein, die den Beschluss zur Verlängerung als Minimallösung bezeichnen, die den Betroffenen lediglich eine Atempause verschafft, deren Status aber nicht klärt. Klar ist, dass der Ort der Bundesländer im Gesetzgebungsverfahren der Bundesrat ist, und nicht die Innenministerkonferenz. Es ist also höchste Zeit, mit einem solchen Gesetzgebungsverfahren zu beginnen. Und mein Blick richtet sich daher auf den Ministerpräsidenten unseres Landes.

Einigung muss auch dahin gehend erreicht werden, dass humanitäre Gesichtspunkte im Zentrum stehen und nicht die ökonomische Verwertbarkeit der Flüchtlinge. Es darf nicht ignoriert werden, dass die allermeisten Flüchtlinge aus ihren Herkunftsländern nicht freiwillig fliehen oder geflohen sind. Sehr viele haben Traumatisierungen, Krieg und Folter erlebt.

All das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind für uns Gründe für eine umfassende Überarbeitung der Bleiberechtsregelung. Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich im Interesse der Betroffenen um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und damit zu unserem geänderten Antrag. – Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Ritter, Ausländerzuständigkeit ist immer noch im Bereich des Innenministeriums und nicht in einer anderen Zuständigkeit, und das wird auch so in Zukunft bleiben, auch in den Ländern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich wollte Ihnen keine Arbeit wegnehmen, Herr Minister.)

Und insofern nur so viel vorweg: Der dem Landtag vorliegende Antrag zur Bleiberechtsregelung geht nicht nur ins Leere, sondern verkennt darüber hinaus die Komplexität dieser Thematik und die Tatsache, dass in sämtlichen Fällen der hiervon betroffenen Personen umfangreiche behördliche sowie gerichtliche Verfahren stattgefunden haben und dennoch aus übergeordneten Gründen

der Humanität Möglichkeiten geschaffen worden sind, diesen Menschen eine Chance des Verbleibens hier in Deutschland zu gewährleisten.

Wie Sie wissen, hat sich die Innenministerkonferenz in ihrer Sitzung am 3./4. Dezember eingehend mit einer Verlängerung dieser sogenannten Altfallregelung befasst und einen Beschluss herbeigeführt, der deutlich über die bisherige, im Aufenthaltsgesetz verankerte Bleiberechtsregelung hinausgeht. Die Innenministerkonferenz hat sich nicht damit begnügt, die bisherige Bestimmung des Paragrafen 104a Aufenthaltsgesetz lediglich um zwei Jahre zu verlängern, wie es die Fraktion DIE LINKE in ihrem Ursprungsantrag Ziffer 1 des Entschließungsantrags behauptet, sondern sie hat darüber hinaus im Kern beschlossen, dass die bisherigen Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe ein neues Bleiberecht bis 2011 auch dann erhalten, wenn sie kurz gesagt eine Halbtagsbeschäftigung ausüben, sich schulisch oder beruflich weiterqualifizieren oder sich wenigstens um eine Arbeitsstelle bemüht haben.

Dieser Beschluss schafft Klarheit für über 30.000 in Deutschland lebende Ausländer, denen bei einem Auslaufen der bisherigen Bleiberechtsregelung zum Jahresende ein Rückfall in die bloße Duldung und ja damit für viele in letzter Konsequenz auch eine Abschiebung angestanden hätte. Die Verlängerung auf zwei Jahre bietet zudem eine faire Chance für diejenigen, die bereit sind, einer Arbeit nachzugehen, und sich nicht ausschließlich auf Leistungen des Staates verlassen.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und auch der tollen Luft hier im Plenarsaal will ich nicht die ganzen Details noch mal aufzählen aus der Rede. Ich möchte aber noch mal feststellen: Mit dem Bleiberechtsbeschluss, der also mehr als eine bloße Fortführung des bisherigen Paragrafen 104 des Aufenthaltsgesetzes darstellt, werden Ausländer ohne einen festen Aufenthaltsstatus eine noch reellere Chance als schon bislang erhalten, sich zu integrieren und sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten zu können.

Diese Regelung ist großzügiger als die alte von 2007, so hat mein Amtskollege, Senatorkollege Körting aus Berlin gesagt. Und wo er recht hat, hat er recht, und zwar auch mit seiner Erklärung: "Wer sich aber in den vergangen Jahren überhaupt nicht bemüht hat eine Arbeit zu finden, der hat seine Karten verspielt."

Und ich füge hinzu, bei allem Verständnis für humanitäre Belange muss es darum gehen, einen Zuzug in die Sozialsysteme Deutschlands weitestgehend zu verhindern. Dass die Belastung der Sozialsysteme heute eine Intensität erreicht hat, die ohnehin nur noch schwerlich zu schultern ist und uns für die Zukunft vor große Probleme stellt, liegt doch auf der Hand. Dass wir dennoch bereit sind, Lösungen für diejenigen zu finden, deren Rückkehr in ihr Heimatland problematisch sein könnte, zeigt gerade der jetzt gefasste Bleiberechtsbeschluss der IMK. Damit dies auch zukünftig möglich ist, muss unser Land aber ein leistungsfähiges Sozialsystem vorhalten und damit zugleich auch auf seine Belastungsgrenzen achten.

Und lassen Sie mich abschließend auch Folgendes klarstellen: Es geht bei der Bleiberechtsregelung allein um die Lösung einer humanitären Problematik, die sich insbesondere aus langwierigen, im Ergebnis erfolglosen Asylverfahren ergibt. Es geht daher nicht darum, ob wir Zuwanderung wollen. Dies steht außer Frage. Aber

es ist das gute Recht eines jeden Staates, Zuwanderung zu steuern und mit weiteren staatlichen Interessen in Einklang zu bringen. Wer dies auch nur ansatzweise in Abrede stellt, der rüttelt an den Fundamenten unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens. Dies muss solide bleiben, damit wir auch morgen noch die Stärke besitzen, uns der in unserem Land lebenden Menschen annehmen zu können. Dies hat auch für nicht politisch verfolgte Flüchtlinge zu gelten, die auf unsere humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Aus diesem Grunde und aus den getroffenen Entscheidungen auf der IMK, und zwar im Einvernehmen mit allen Ländern, bedarf es dieser Regelung nicht. Und im Übrigen können Sie davon ausgehen, dass wir diese Fragen innerhalb der nächsten zwei Jahre auch auf Grundlage der Bemühungen von Europa und der Harmonisierung dieses Gesamtverfahrens eh in Gänze noch mal erarbeiten oder überarbeiten müssen. Insofern empfehle ich, den Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Stein für die Fraktion der CDU.

Peter Stein, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine überraschende Reihenfolge. Ich weiß gar nicht, ob ich schon ein Glas habe hier.

Das Grundrecht auf Asyl wurde 1949 aufgrund der Erfahrungen während des Nationalsozialismus im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert. Artikel 16a sichert ein individuelles Recht auf Asyl. Das Grundrecht auf Asyl hat in Deutschland einen hohen Stellenwert und ist Ausdruck für den Willen Deutschlands, seine historische und humanitäre Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen zu erfüllen.

Es hat auf dieser Erde immer Flucht und Vertreibung gegeben. Es wird leider immer Flucht und Vertreibung geben und deshalb werden wir Deutschen immer mit unserem Grundgesetz

(Regine Lück, DIE LINKE: So darf man da nicht rangehen, Herr Stein.)

an der Stelle stehen, wo es gilt, Menschen in schlimmen Situationen zu helfen, wenn sie zu uns kommen.

Neben denen, die aus eigener Kraft zu uns kommen, gibt es nach Zahlen des UNHCR über 23 Millionen Flüchtlinge, die als Staatenlose oftmals über Jahrzehnte in Flüchtlingslagern leben müssen, ohne irgendwelche Rechte zu besitzen. Es ist gut, dass das in Deutschland anders ist. Und so denken und handeln in Deutschland viele. Ich selbst bin Mitglied und Pate in der Rostocker Kampagne "Save me" aus dem Resettlement-Programm des UNHCR. Und ich weiß, dass Regine Lück von der LINKEN genauso wie Thomas Asendorf von der FDP-Fraktion der Bürgerschaft dort auch aktiv sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mithilfe des Verteilungssystems werden Flüchtlinge auf einzelne Bundesländer verteilt. Nach der Verteilung werden die Unterlagen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugestellt zur Bearbeitung. Asylsuchende erhalten eine Aufenthaltsgestattung, die ein vorläufiges Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Nach ihrer Anerkennung erhalten Menschen, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, eine befris-

tete Aufenthaltserlaubnis. In den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung sind sie danach dann Deutschen in etwa gleichgestellt. Sie haben unter anderem Anspruch auf Sozialhilfe, Eingliederungshilfen, Sprachförderung und andere Integrationshilfen.

Und, meine Damen und Herren, das gehört hier auch erwähnt, in Mecklenburg-Vorpommern sind derzeit weniger als 10 Prozent der Antragsteller abgelehnt. Das ist ein sehr verantwortungsbewusster und menschlicher Umgang mit den Bewerbern. Bis zum 30.09. dieses Jahres wurden in Mecklenburg-Vorpommern 778 Anträge auf Bleiberecht gestellt, 407 wurde stattgegeben, nur 67 wurden abgelehnt, der Rest ist in Prüfung, meist wegen unvollständiger Dokumente. Das spricht auf jeden Fall für die grundsätzliche Absicht unserer Ausländerbehörden in Mecklenburg-Vorpommern, anerkannte Antragsteller in der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren. Abgelehnte Asylsuchende sind in der Regel zur Ausreise verpflichtet. Das beschreibt so ungefähr den Sachstand.

Mit zwei Punkten, die hier eine Rolle spielen, möchte ich ein bisschen ins Detail gehen. Das betrifft Integration und die Residenzpflicht, denn das sind die Dinge – der Minister hat es angesprochen –, die sicherlich innerhalb der nächsten zwei Jahre in der Debatte und in der Überarbeitung eine Rolle spielen werden, die ja auf jeden Fall kommen wird.

Integration: Jüngst gab es eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung, welche danach gefragt hat, welche Veränderungen sollten jetzt nach der Wirtschaftskrise in der Gesellschaft erfolgen. Und bereits auf Platz drei nennen die Bundesbürger die Integration der Migranten als wichtige Aufgabe.

Integration bedeutet, sich in einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, wie man in der Gesellschaft zusammenlebt. Zuwanderung kann nur als wechselseitiger Prozess der Integrationswilligkeit gelingen, setzt die Aufnahmebereitschaft unserer Gesellschaft und der Mehrheit unserer Bevölkerung voraus. Und es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe von Politik, Vereinen, Verbänden, Kirchen und so weiter, diese Bereitschaft in unserer Gesellschaft zu entwickeln und fest zu verankern. Genauso wichtig ist es aber auch, die Bereitschaft der Zugewanderten zu haben, unsere Regeln und unser Rechtssystem zu kennen, zu respektieren und in Zukunft danach leben zu wollen, um sich so nachweisbar um die eigene Integration ernsthaft zu bemühen.

Wir werden immer Probleme mit Menschen haben aus anderen Kulturen, die dies grundsätzlich für sich so nicht annehmen. Es wird Grundsatz der Integrationspolitik sein müssen, auch hier das Prinzip "Fordern und Fördern" konsequent einzusetzen. Dabei geht es nicht darum, Menschen zu zwingen, ihre Kulturen und Biografien zu opfern. Es geht vielmehr darum, einen gesellschaftlichen Konsens darüber zu erhalten, dass unsere Kultur, unser Rechtssystem und die vollständigen Menschenrechte Grundlage des Zusammenlebens in Deutschland sind.

Nun kurz zur Residenzpflicht: In den Bundesländern dürfen sich Flüchtlinge in der Regel lediglich innerhalb der Landkreise bewegen. Es gibt ein paar Ausnahmen, das kleine Saarland – na ja gut, das ist nicht viel größer als so mancher Landkreis hier ...

(Heinz Müller, SPD: Abwarten!)

So ungefähr. Danke, Herr Müller.

Bewegungsfreiheit, Bewegungsfreiheit im kompletten Bundesland,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Landkreise in unserem Bundesland kennen Sie nicht?)

Bayern erlaubt es geduldeten Flüchtlingen, aber nicht Asylbewerbern. Berlin und Brandenburg haben mittlerweile einen Kooperationsvertrag geschlossen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Auf Bundesebene haben FDP und Union im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Auslegung der Residenzpflicht zum Zweck der Arbeitsaufnahme und Ausbildung erleichtert werden soll. Die Verteilung und Residenzpflicht bewirkt eine Einschränkung von Kommunikation und sozialen Kontakten, das ist gar keine Frage. Dies ist zumindest nach einer gewissen Zeit des Aufenthaltes in Deutschland zu hinterfragen. Verteilung und Residenzpflicht führen zu Trennungen, etwa bei unterschiedlichen Einreisezeitpunkten. Die Einschränkung des Rechts oder der Möglichkeit auf Arbeit und Ausbildung und der fehlende Zugang zu Deutschkursen verhindern eine eigentlich angestrebte erfolgreiche Integration der später anerkannten Flüchtlinge in der deutschen Gesellschaft.

Und gerade in Mecklenburg-Vorpommern sind die Möglichkeiten des vom Gesetzgeber bisher geforderten Nachweises des gesicherten eigenen Unterhalts aus der allgemeinen wirtschaftlichen Lage heraus eher schwierig. Es ist zu begrüßen, dass jetzt durch die IMK die Nachweispflicht gemildert worden ist.

Nun, die Verlängerung der Altfallregelung um zwei Jahre durch die IMK vom 2. bis 4. Dezember dieses Jahres löst die Probleme alleine natürlich noch nicht. Darauf ist der Innenminister ja auch eingegangen. Die Verlängerung der Altfallregelung um zwei Jahre ist ein Schritt dahin, die beschriebenen Ziele der Bundesregierung im Sinne einer Integration erreichen zu können. Das sowie die Anerkennung von Bemühungen, eine Arbeit zu finden, ist eine richtungsweisende Vorgabe, dies auch für den neu zu definierenden Handlungsrahmen, den wir zukünftig erwarten dürfen. Auch dazu hat die Bundesregierung bereits etwas vor.

Damit wird den Betroffenen, aber auch unserer Verwaltung zunächst etwas Zeit verschafft. Wir werden auch in Mecklenburg-Vorpommern die gewonnenen zwei Jahre nutzen und nutzen müssen, den Betroffenen, aber auch für unseren Staat klare Perspektiven und Entscheidungen Fall für Fall aufzuzeigen. Die Hängepartien – da sind wir uns vollkommen einig – müssen beendet werden.

Aber auch dazu brauchen wir Ihren Antrag nicht, auch wenn Ihre Änderung das im Grunde ja dargestellt hat. Das ist – und unser Innenminister war selbst dabei – eine Selbstverständlichkeit, sonst hätte es diese Verlängerung der Regelung ja gar nicht gegeben. Und der Minister hat dazu eigentlich den Gesamtrahmen des IMK-Beschlusses ausgeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag der LINKEN hat sich, wie Sie selbst feststellten, im Ergebnis der IMK im Wesentlichen erübrigt. Die Forderung nach Verlängerung ist bereits erfüllt. Die Innenminister der Länder sind sich ihrer Verantwortung aus dem Grundgesetz und den Menschenrechten sehr bewusst, dazu brauchen wir keine LINKE.

Aber, meine Damen und Herren der LINKEN, der zweite Teil Ihres Antrags, gerade die Auflistung – ich sage mal, die Auflistung der europäischen Menschenrechte –, hat mich schon ein bisschen gereizt. Das implementiert wieder eine unzulässige Unterstellung für unsere Innenminister, unsere Regierung würde es vielleicht nicht ganz so genau nehmen mit den Menschenrechten. Nun, unser Grundgesetz wurde von aus Not, Krieg und Vertreibung erfahrenen Politikern erdacht und es ist eine der besten Verfassungen der Welt. Die Bundesrepublik Deutschland war und ist anders als zum Beispiel die DDR immer ein Hort der Menschenrechte gewesen und wird es immer sein

Jahrzehntelang hat unser Grundgesetz auch Flüchtlingen aus der DDR eine verlässliche staatsrechtliche Heimat angeboten, Flüchtlinge, die unter SED-Diktatur ihrer Menschenrechte mannigfaltig beraubt waren. Wir haben teilweise schlimme Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung als Täter und als Opfer in zwei Diktaturen und auch zuvor. Wir haben aktuell jüngst das Kosovo-Drama miterlebt, wir haben erleben müssen Darfur, Irak, Tschetschenien und so weiter, und viele andere Konflikte auf der Welt sind da und werden folgen.

Wir wissen, wie wichtig es ist, Flüchtlingen einen – für welchen Zeitraum auch immer – sicheren Hafen, ein rechtmäßiges Verfahren und auch christliche Nächstenliebe anzubieten. Flüchtlinge erfahren Verlust der Heimat, der Familien, der Beziehungen, Verlust an Haus und Hof, Vergewaltigungen oder noch Schlimmeres.

Ich bin dankbar, in diesem Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland leben zu dürfen. Ich persönlich möchte niemals diese Fluchterfahrungen machen müssen, die unsere Großeltern aus Ostpreußen, Schlesien und Memel oder mein Vater aus der DDR machen mussten. Das ist Teil meiner Familienbiografie, die mich dazu berechtigt, gerade Ihnen von der LINKEN diese DDR-Menschenrechtsverletzungen als Grund für Flucht, Folter und Tod hier an dieser Stelle, zu Ihrem Antrag nochmals deutlich zu machen.

Und ich bin nicht zuletzt deshalb in der CDU, in meiner christlich-demokratischen Partei, weil ich diese Menschlichkeit und diesen Wert unseres Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland,

(Regine Lück, DIE LINKE: Fraglich ist nur, wie groß das C geschrieben wird.)

aber auch unsere eigene Kultur und Gesellschaft nicht nur erhalten, sondern weiterentwickeln möchte.

Ich sehe das Licht, es passiert mir zum ersten Mal.

Ich weiß nach Gesprächen mit dem Innenministerium, auch mit dem Flüchtlingsrat, dass wir hier in Mecklenburg-Vorpommern in unserer recht überschaubaren Größenordnung auf einem guten Weg sind. Auf Angstwellen reiten nur Ewiggestrige. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Hort der Menschenrechte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Stein

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard für die Fraktion der FDP.

**Gino Leonhard**, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kollegen! Beim flüchtigen Lesen des Antrages

(Angelika Peters, SPD: Kolleginnen auch.)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Nachsicht.

(Burkhard Lenz, CDU: So viel Zeit muss sein.)

Beim flüchtigen Lesen des Antrages der Fraktion DIE LINKE könnte man meinen, er habe sich einfach nur erledigt, denn bekanntermaßen – das ist jetzt hier zur Sprache gekommen – wurde die bestehende Regelung um zwei Jahre verlängert.

Die Verlängerung als solche halte auch ich, hält meine Fraktion, die FDP, für begrüßenswert. Der Antrag wird aber leider der Komplexität der Materie nicht gerecht, denn es geht der Fraktion DIE LINKE einzig und alleine um, Zitat, "deutlich (vergrößerte) Ermessensspielräume, langjährig Geduldeten ein Bleiberecht zu gewähren", meine Damen und Herren. Das aber wird dem Ziel, einen fairen Interessenausgleich zu erreichen, letztlich leider nicht gerecht.

Worum geht es, meine Damen und Herren? Es geht doch letztlich darum, eine seriöse Zuwanderungspolitik zu betreiben und damit die Zuwanderung nach Deutschland so zu steuern, dass diese auch eine nachhaltige Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern insbesondere hier auch in Mecklenburg-Vorpommern findet. Und da rede ich überhaupt nicht den Kameraden der Fensterfront das Wort, die sich wieder einmal mit ihrem sinnfreien Antrag – dazu komme ich später – zu demselben Thema selbst disqualifizieren.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass der gefundene Kompromiss zur Verlängerung der Bleiberechtsregelung um zwei Jahre durchaus begrüßenswert ist. Ehrlicherweise wird man sagen müssen, dass frühere Regierungen auf diesem Gebiet untätig geblieben waren. Umso mehr ist die jetzt gefundene Regelung ein faires Signal an die sonst nur geduldeten Flüchtlinge. Die Fristverlängerung muss dazu genutzt werden, das Problem der Kettenduldung nachhaltig zu lösen. Wir brauchen – und darin sind wir uns sicherlich einig – Rechtssicherheit und Rechtsklarheit.

Die große Schwierigkeit einer sinnvollen Bleiberechtsregelung besteht jetzt darin, einerseits den unhaltbaren Zustand der Kettenduldung abzuschaffen, andererseits aber die Zuwanderung nach Deutschland, ich sagte es bereits, so zu steuern, dass diese eben auch eine nachhaltige Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern findet. Mit einer simplen Erweiterung des Ermessensspielraumes, wie im Antrag formuliert, wird man diesem Anliegen nicht gerecht.

Die tatsächliche Integration muss das entscheidende Kriterium sein, meine Damen und Herren. Arbeit gehört eben auch dazu, aber da muss auch die Residenzpflicht so ausgestaltet sein, dass eine hinreichende Mobilität hinsichtlich der zugelassenen Arbeitsaufnahme gewährleistet ist. Der Gesetzgeber benötigt die jetzt gewonnene Zeit, um eine nachhaltige Lösung zu entwickeln, die den berechtigten Interessen aller Betroffenen gerecht wird. Diesem Anspruch wird der vorliegende Antrag leider auch in der geänderten Form nicht gerecht. Aus diesem Grund wird meine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier für die Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Ritter, Sie haben den Problemaufriss in dieser Angelegenheit, denke ich mal, hier sehr klar und deutlich dargestellt. Aber die Ergebnisse, die Schlussfolgerungen kann ich nicht so, kann ich eigentlich überhaupt nicht teilen. Also Ihren Antrag lehne ich ab, das sage ich Ihnen schon von vornherein, und Ihren Änderungsantrag dazu erst recht.

Und wir begrüßen den Beschluss der Innenministerkonferenz also auch nicht so vorbehaltlos. Denn wenn wir hier immer hören, die Kettenduldung muss weg, ist das erst mal ja eigentlich nur eine Verlängerung oder eine Ausweitung eben dieser Kettenduldung. Allerdings sagte der Innenminister ja vollkommen zu Recht, dass diese Verlängerung auch eine gewisse Erleichterung, mit Einführung nämlich des Paragrafen 23 Aufenthaltsgesetz – Absatz 1 Satz 1 müsste das sein –, bewirkt.

Wir freuen uns allerdings, dass die Zitterpartie für viele Betroffene erst mal ein Ende hat und wieder zwei Jahre lang Ruhe einkehren kann. Die SPD-Bundestagsfraktion – und wir bewegen uns heute hier andauernd zwischen Land und Bund, habe ich den Eindruck – hat sich bereits im Frühjahr dieses Jahres dafür eingesetzt, dass hier endgültige Lösungen auf den Tisch kommen beziehungsweise auch noch in diesem Jahr vor Ablauf der Frist Gesetzesreife erlangen. Das war leider an dieser Stelle nicht möglich. Vor der Bundestagswahl wollte unser damaliger Koalitionspartner da nicht wirklich ran. Und dass die Innenministerkonferenz jetzt erst mal vorübergehend Abhilfe schaffen musste, ist eigentlich ein bisschen peinlich, weil dieser Termin ja von vornherein im Mittelpunkt dieses Sachverhaltes stand.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zum Sachverhalt ihre Forderungen und ihre Position mehrfach öffentlich geäußert, zuletzt in einer Pressemitteilung vom 04.12., also nachdem die Innenministerkonferenz dazu den Beschluss gefasst hatte. Und dieser Pressemitteilung konnte man entnehmen, dass die SPD-Bundestagsfraktion noch bis zum Jahresende, ich spreche von diesem Jahr, einen eigenen Gesetzentwurf einbringen wird. Und genau heute, möglicherweise sogar zur selben Stunde, befindet sich dieser Gesetzentwurf in der zweiten Abstimmung in der SPD-Bundestagsfraktion.

Und ich erzähle Ihnen hier auch kein Geheimnis, denn auch das ist schon durch die Medien gegangen, wenn ich Ihnen sage, dass hier natürlich in Bezug auf die Vermeidung künftiger Kettenduldungen eine Regelung geschaffen werden soll, die auf einen festen Stichtag beispielsweise verzichtet und die Anforderung an die Lebensunterhaltsicherung dahin gehend absenkt, dass auch das ernsthafte Bemühen um Arbeit als ausreichend erachtet wird. Und das dürfte ja gerade für uns hier in Mecklenburg-Vorpommern auch eine sehr wichtige Regelung sein.

Außerdem soll eine eigenständige Regelung für Minderjährige geschaffen werden, die bei günstiger Integrationsprognose bereits früher eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können sollen. Auch soll eine eigenständige Regelung für Personen geschaffen werden, die in Deutschland einen Schulabschluss machen, und man will für Altfälle bei einem Jahrzehnt und mehr eine noch weiter reichende Ausnahme von den allgemeinen Voraussetzungen schaffen.

Bündnis 90/Die Grünen im Bund haben bereits einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, haben sich aber dabei insbesondere, also eigentlich nur auf Eckpunkte beschränkt. Auch die LINKEN haben einen Antrag auf Bundesebene eingebracht. Der ist der SPD-Fraktion aber noch nicht differenziert genug.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem ich persönlich einen Blick in diesen Entwurf, der derzeit in der Abstimmung steht, werfen durfte, kann ich nur sagen, da ist man auf dem richtigen Weg. Und ich persönlich hoffe sehr, dass dieser Gesetzentwurf die nötige Mehrheit auch auf Bundesebene finden wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Tino Müller für die Fraktion der NPD.

**Tino Müller**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt ein weiterer Anbiederungsversuch der Postkommunisten an die Ausländerklientel vor, der wieder einmal den wahnwitzigen Hass der antideutschen LINKEN auf alles Nationale, Gewachsene, Artgemäße und Organische offenlegt.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Artgemäß? Was heißt hier "artgemäß"? – Angelika Peters, SPD: Artgemäß?! – Torsten Koplin, DIE LINKE: Artgemäß? Wir sind doch keine Tiere.)

Politisch korrekt und in vorbildlicher, gutmenschlicher Manier versuchen die Neostalinisten, illegalen Einwanderern ein Bleiberecht einzuräumen, das weit über das Maß des Bestehenden hinausgeht.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Hierbei setzen die LINKEN einen Schritt nach dem anderen, um ihrer form- und seelenlosen Einwanderungsgesellschaft nach amerikanischem Vorbild

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Stück um Stück näherzukommen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Da im deutschen Volk mehr und mehr erkannt wird, dass das Asylrecht zur Rechtfertigung der Einschleusung massenhaft Fremder in die BRD missbraucht wird, führten die Multikultifanatiker die Bleiberechtsregelung ein. Es ist verständlich, dass wir, die nationale Opposition, in der Frage der Bleiberechtsregelung eine gegenteilige Auffassung als die LINKEN vertreten, deren erklärtes Ziel ein Land auf deutschem Boden ist, in dem künftig die Deutschen die Minderheit bilden. Statt Masseneinwanderung, Überfremdung und schrankenlose Identitätszerstörung weiter zu fördern, setzt sich die nationale Opposition für Bedingungen ein, die schlichtweg die Ausweisung Nichtdeutscher ermöglichen, sobald diese einen ordnungsgemäßen Aufenthalt in Deutschland nicht erfüllen können oder nicht erfüllen wollen.

Ausländer ohne Arbeitserlaubnis oder Sonderaufenthaltsgenehmigung haben die Staatsgrenzen nach längstens dreimonatigem Aufenthalt unverzüglich zu verlassen. Notwendige Gesetze müssen hierbei eine praktikable Abschiebung regeln und zudem die Betreffenden an den Ausreisekosten beteiligen. Um die Nachhaltigkeit gegen den Missbrauch der Bleiberechtsregelung sicherzustellen, fordern wir darüber hinaus die ersatzlose Streichung des einklagbaren Rechtes auf Asyl. Das weltweit einzigartig einklagbare Recht auf Asyl hat nicht nur zu einem unvorstellbaren Ausmaß geführt, sondern auch zu einer Belastung der Staatsausgaben in Milliardenhöhe.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das hat aber historische Ursachen und da sind Ihre Fans nicht ganz schuldlos dran.)

Als Hintertürchen abgelehnter Asylantragsteller dient die Bleiberechtsregelung, die jüngst vom Bundestag noch mehr gelockert worden ist. Die neue Bleiberechtsregelung öffnet der Kettenduldung, die zu einer Aufenthaltserlaubnis und später zu einer Niederlassungserlaubnis wird, Tür und Tor. Selbstverständlich werden wir diesem nicht zustimmen. Auch deshalb lehnen wir Ihren Antrag

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Kollege Stein, Ihre Familiengeschichte und Ihre persönliche Betroffenheit kannte ich bis heute nicht. Insofern kann ich Ihnen aber sagen, dass ich Ihre Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in der DDR teile. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass die Kategorie "einmal Unmensch, immer Unmensch" untauglich ist, wenn man unter Demokraten verlangt, miteinander umzugehen und auch Geschichte zu bewerten. Und aufgrund der hier von Ihnen dargestellten Situation in der DDR mir und meiner Fraktion das Recht abzusprechen, heute über die Belange von Flüchtlingen zu sprechen, das halte ich einfach nicht für gerechtfertigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Regine Lück, DIE LINKE: Das ist richtig.)

Das wollte ich Ihnen sagen, auch in Anerkennung Ihrer persönlichen Betroffenheit.

Und wenn man sich dann mit den Fragen auseinandersetzt, inhaltlich, dann hätte ich schon erwartet, dass Sie als zuständiger Sprecher Ihrer Fraktion für diese Frage vielleicht schon einmal gemerkt hätten, dass es auch in Mecklenburg-Vorpommern gelockerte Bedingungen für die Residenzpflicht gibt. Dann hätten Sie das hier zumindest erwähnen können. Das ist zum Beispiel Ergebnis der Zusammenarbeit von SPD und PDS damals gewesen, dass wir uns dafür eingesetzt haben, dass sich die Lebensbedingungen für die Asylsuchenden bei uns im Land verbessern. Und es war ein erster Schritt dazu.

Und wenn Sie davon reden, dass Sie mit dem Flüchtlingsrat im Gespräch sind, dann, muss ich Ihnen sagen, haben Sie vielleicht nicht richtig zugehört. Hinsichtlich der Bleiberechtsregelung hat uns der Flüchtlingsrat etwas anderes erzählt. Aber vielleicht können wir das an anderer Stelle noch einmal vertiefen.

Ich will auch erwähnen, dass es die von Ihnen, so habe ich das gehört, auch kritisierte Residenzpflicht nur in Deutschland gibt – so weit zur Umsetzung der Anforde-

rungen der Europäischen Menschenrechtskonvention. Das gehört alles zur Wahrheit dazu, wenn man sich mit diesem Thema auseinandersetzt.

Und, sehr geehrter Herr Innenminister, natürlich sind die Innenminister von Bund und Ländern zuständig für die Umsetzung des Aufenthaltsgesetzes, die Innenminister mit ihrer Innenministerkonferenz. Aber Gesetze werden immer noch im Bundestag beschlossen und im Bundesrat beraten. Und wenn man das Aufenthaltsgesetz, welches Ihre Aufgabenverantwortung beschreibt, ändern will, ist das eben nicht Aufgabe der IMK, auch wenn sie das vielleicht gerne machen würde, sondern immer noch Aufgabe des Bundestages und bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auch Aufgabe des Bundesrates und damit auch unsere Zuständigkeit. Nichts anderes habe ich hier formuliert.

## (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Ich muss Ihnen auch sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Suche nach möglichen Ablehnungsgründen für unseren Antrag sind Ihre Argumente nicht überzeugend, denn wer einerseits das Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland als hohes politisches Gut lobt und gleichzeitig vor einer angeblichen Zuwanderung in die Sozialsysteme warnt, die es zu verhindern gilt, der wirkt in seiner Argumentation unglaubwürdig. Und das schadet diesem Politikfeld.

Und schließlich und endlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, – aber das müssen Sie selber entscheiden – wenn Sie unserem geänderten Antrag nicht einmal in Punkt 1 zustimmen können, wo wir formuliert haben, dass der Landtag die von der Innenministerkonferenz gefundene Regelung begrüßt, dann, bitte schön, ist das Ihr Problem, wie Sie mit den Beschlüssen der Innenministerkonferenz umgehen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ganz schön traurig.)

Wir sagen jedenfalls in Punkt 1 unseres geänderten Antrages, wir begrüßen diese Beschlüsse. Wenn Sie das nicht wollen, lehnen Sie unseren Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Ritter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3066 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3066 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP, der NPD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3021. Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3021 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3021 abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Tagesordnungspunkt 21 entfällt, da die Fraktion der NPD den Antrag "Verlängerung der Bleiberechtsregelung für in Deutschland geduldete Ausländer ablehnen – Deutschland muss das Land der Deutschen bleiben", auf Drucksache 5/3028 zurückgezogen hat.

> (Peter Stein, CDU: Das ist ja wie Weihnachten.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Erklärung des Landtages zum Verzicht des Bundesministers für Verteidigung zur Nutzung des Luft-/ Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide, auf Drucksache 5/3017.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP: Erklärung des Landtages zum Verzicht des Bundesministers für Verteidigung zur Nutzung des Luft-/Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide – Drucksache 5/3017 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt – Herr Borchert, hat der Abgeordnete Herr Borchert, Entschuldigung.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Lassen Sie doch beide reden.)

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Dieses Jahr 2009 neigt sich dem Ende zu. Und wenn man zurückblickt, dann gibt es ja auch eine Reihe von denkwürdigen Tagen. Dazu gehört auf jeden Fall für viele Menschen in unserem Land und besonders auch in Brandenburg der 9. Juli. An diesem Tag erklärte der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung nicht nur den Verzicht auf die Revision des OVG-Urteils vom 27. März, sondern gab auch bekannt, dass er auf die Bombodrompläne in der Kyritz-Ruppiner Heide verzichtet.

Damit endete nach 17 Jahren erfolgreich der Bürgerprotest gegen die Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide als Bombenabwurfübungsplatz – wir haben uns schon lange gewöhnt an den Begriff Bombodrom.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Das macht es aber nicht besser.)

Die Bürgerinitiativen "FREIe HEIDe", "ProHeide", "Freier Himmel" und dazu die kommunale Allianz von vielen betroffenen Gemeinden, verantwortliche Landespolitiker in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin und viele engagierte Bürgerinnen und Bürger konnten mit ihrem gemeinsamen Widerstand das Bombodrom verhindern. Mit demokratischen Mitteln war es gelungen, einen der längsten Kämpfe von Bürgerinitiativen in der Geschichte Deutschlands zum Erfolg zu führen. Es gibt keine andere Bürgerinitiative in Deutschland, die sich so lange und Gott sei Dank auch erfolgreich für dieses politische Ziel eingesetzt hat.

Dieser Erfolg beweist natürlich auch, dass es möglich ist, mit großem bürgerschaftlichen Engagement parteiübergreifend – und man muss sagen, mit guten juristischen Beratern, in dem Fall Herr Reiner Geulen – politische Ziele durchzusetzen. Und sicherlich war es hilfreich, dass unmittelbar vor der Bundestagswahl der Handlungsdruck für die Bundesregierung besonders groß war. Sei's drum, Hauptsache, wir haben gewonnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei aller Freude über unseren gemeinsamen Sieg müssen wir allerdings zur Kenntnis nehmen, dass dieser Erfolg nur ein Teilerfolg ist. Wir müssen sehr aufmerksam bleiben, weil das Bombodrom zwar verhindert ist, aber es vom damaligen Verteidigungsminister Jung keine Aussagen zur Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide gibt. Auch im umfangreichen Koalitionsvertrag von CDU und FDP gibt es keine Aussagen, wie sich die Bundesregierung zur Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide positioniert. Es fehlen bisher von der Bundesregierung rechtsverbindliche Absagen an weitere militärische Pläne und das klare Bekenntnis zur zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide.

Der vorliegende gemeinsame Antrag der demokratischen Fraktionen spricht sich eindeutig für eine zivile Nutzung des ehemaligen Bombodroms aus, weil nur das eine gute Basis für eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Region Südmecklenburg/Nordbrandenburg ist. Im Interesse der in der Region lebenden Menschen, insbesondere von potenziellen Investoren, ist es schnellstmöglich notwendig, Klarheit und Planungssicherheit zu schaffen.

Allerdings, meine Damen und Herren, muss auch klar sein, dass es sich dabei in erster Linie bei der Frage der zukünftigen konkreten Nutzung der immerhin 14.000 Hektar um eine Brandenburger Angelegenheit handelt. Länderübergreifend wird es aber zum Beispiel notwendig sein, unter starker Einbeziehung der Kommunen konkrete Nutzungskonzepte zu entwickeln.

Insbesondere zwei Optionen sind dabei denkbar:

Erstens. Einen Großteil der Fläche als unzerschnittenes Naturareal zu erhalten und als nationales Naturerbe zu sichern, das ist eine Option.

Eine zweite Option: Diese Nutzung könnte sich sicherlich gut ergänzen mit der weiteren Entwicklung eines sanften, ökologisch orientierten Tourismus in der Kyritz-Ruppiner Heide. Auch andere Nutzungen sind denkbar.

Wichtig ist, dass die Kommunen mit einbezogen werden und sie alle Möglichkeiten bekommen, diese Frage auch mitzuentscheiden. Der Bund jedenfalls als Eigentümer dieser Flächen ist in der Pflicht, durch eine schrittweise Kampfmittel- beziehungsweise Munitionsberäumung grundsätzlich eine zivile Nutzung überhaupt erst zu ermöglichen. Und in dieser Frage sind natürlich die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg im besonderen Maße gefordert.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass es den Demokraten in diesem Landtag gelungen ist, diese gemeinsame Erklärung zu vereinbaren, und auch im Landtag Brandenburg wird ein gleichlautender Beschluss gefasst. Damit gibt es eine gute Grundlage, auch weiterhin gemeinsam mit den Bürgerinitiativen aus dem Teilerfolg vom 9. Juli dann wirklich auch einen Gesamterfolg zu machen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserer Erklärung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller für die Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Allgemein ist es bei vielen Anträgen der Blockparteien üblich, dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine Erwartungshaltung unterzuschieben, so auch hier. Wachsweich soll der Landtag wieder einmal begrüßen, bekräftigen, unterstützen. Und wie es im vorliegenden Antragstext sinngemäß heißt, der Landtag begrüßt die öffentliche Ankündigung des Bundesverteidigungsministers, hier ist wohl Franz Josef Jung gemeint, die Kyritz-Ruppiner Heide nicht als Abwurfsplatz von Kampffliegern zu nutzen.

Damen und Herren der Blockparteien, auch Ihnen müsste nicht entgangen sein, dass das Credo: "An meinen Versprechen sollt ihr mich messen", doch in der politischen Kultur dieses Staates längst keinen Bestand mehr hat. Was kann man von Vertretern dieses Parteienstaates erwarten, in dem die Missachtung geltenden Rechts und in dem die Verachtung gegenüber dem eigenen Volk die buntesten Blüten treiben? Was gilt ein Versprechen des alten CDU-Bundesministers, der jüngst wegen Erinnerungslücken über einen NATO-Luftangriff in Afghanistan seinen Platz räumen musste? Die Stillhaltetaktik des neuen CSU-Verteidigungsministers, der sich nicht umsonst mit Stellungnahmen zur Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide immer noch bedeckt hält, ist bezeichnend.

Tatsache bleibt, dass der Verzicht auf das Bombodrom endlich rechtssicher gestaltet werden muss, insofern dieser Bundeswehrübungsplatz deutsche Soldaten auf Auslandseinsätze vorbereitet. Und diese Rechtssicherheit muss Bestand haben, solange deutsche Soldaten weiterhin zu Kriegseinsätzen ins Ausland geschickt werden und solange sie unter der Flagge der USA Angriffskriege führen und souveräne Nationalstaaten mit Bomben und Kanonen zur Demokratie nach Gusto der Besatzer zwingen.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Erzählen Sie nicht so einen Unsinn!)

Im Gegensatz zur pauschal pazifistischen Parole der Blockflöten: "Kein Krieg und keine Plätze, wo man Krieg übt", erinnern wir Nationale jedoch an den ursprünglichen Auftrag der Bundeswehr, das deutsche Volk zu verteidigen. Und hierzu bedarf es Plätze und Orte im Land, an denen für Verteidigungseinsätze ausgebildet und für den Ernstfall geschult werden kann. Denn wer allgemein die Konversion von militärisch genutzten Objekten fordert, aber keine Alternativen schafft, Bundeswehrangehörige angemessen ausbilden zu lassen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch keine Alternative.)

trägt eine Mitverantwortung, Herr Ritter,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

am Tode deutscher Soldaten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dem mögen Sie entsprechen, wir von der NPD-Fraktion hingegen nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Ein Glück, dass wir uns unterscheiden, Herr Müller.) **Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/3017. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/3017 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der NPD und einer Stimme aus der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Schutz vertraulicher Daten von Deutschen und der inländischen Wirtschaft sichern, auf Drucksache 5/3030.

Antrag der Fraktion der NPD: Schutz vertraulicher Daten von Deutschen und der inländischen Wirtschaft sichern – Drucksache 5/3030 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Glaubt man den Medien, hat die FDP auf Bundesebene sich durch die Bundeskanzlerin Merkel wieder einmal vorführen lassen, diesmal im Zusammenhang mit dem sogenannten SWIFT-Abkommen, einem Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, welcher diesen nun die Auswertung von Überweisungsdaten des internationalen Bankdienstleisters SWIFT zu Zwecken des angeblichen Antiterrorkampfes ermöglicht. Nicht nur die deutsche Bankenlandschaft läuft Sturm gegen die Entscheidung der Bundesregierung.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Verhalten den Schutz sensibler Bürgerdaten missachtet. Mit dem sogenannten SWIFT-Abkommen wird es US-Behörden ermöglicht, auf Kontobewegungen der Europäischen Union zuzugreifen. Kündigte die Bundesregierung vor der Entscheidung noch an, das Zustandekommen dieses Abkommens im November 2009 zu verhindern, um so den Parlamenten ein Mitspracherecht zu ermöglichen, ist hiervon nichts mehr übrig geblieben. Denn der Bundesinnenminister ermöglichte gerade durch sein Abstimmungsverhalten am 30. November 2009 im Ministerrat der Europäischen Union das Abkommen und stellte seine FDP-Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger vollkommen bloß, hatte sie doch ebenfalls zuvor in den Medien bekannt gegeben, dass die Bundesregierung dem Abkommen nicht zustimmen werde. Und sie hatte ferner in den Medien mitgeteilt, dass die Bundesregierung das Abkommen verhindern wird.

Selbst der Bundesrat steht dem Vorhaben der Bundesregierung sehr, sehr kritisch gegenüber und verfasste eigens eine Entschließung. In der "Entschließung des Bundesrates zu dem geplanten Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (SWIFT-Abkommen)" mit der Drucksache 788/09 hatte der Bundesrat unter anderem Folgendes festgehalten:

## (Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

"Der Bundesrat betont die verfassungsrechtlichen Anforderungen an Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Eigentums- und Berufsfreiheit", sowie: "Der Bundesrat teilt die in der Entschließung des Europäischen Parlaments zum Ausdruck gebrachte Sorge, dass ein Zugriff auf die betroffenen Finanztransaktionsdaten die Gefahr von Wirtschafts- und Industriespionage großen Ausmaßes mit sich bringt, weil die vorhandenen Informationen Rückschlüsse über wirtschaftliches Verhalten zulassen." Zitatende.

Mit unserem vorliegenden Antrag "Schutz vertraulicher Daten von Deutschen und der inländischen Wirtschaft sichern" fordern wir Sie daher auf, Folgendem zuzustimmen:

"Der Landtag stellt fest:

 Die Bundesregierung hat durch ihre Enthaltung beim Abkommen über den Zugriff auf Daten des globalen Finanzdienstleisters S.W.I.F.T."

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

"die Interessen der Deutschen missachtet.

- Die Bundesregierung hat durch ihr Verhalten der weitverbreiteten Politikverdrossenheit der Deutschen Vorschub geleistet. Gemäß dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrag hätte das Europaparlament dem Abkommen mit den USA zustimmen müssen.
- Die Bundesregierung hat damit ein weiteres Stück staatlicher Souveränität aufgegeben – mit fatalen Folgen für Volk und Heimat.
- 4. Der Landtag verurteilt das Verhalten der Bundesregierung zutiefst."

Ferner: "Der Landtag möge beschließen: ...

Die Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die Daten der Deutschen und der Wirtschaft unseres Landes vor den Ausspähern der USA geschützt werden. Hierzu soll die Landesregierung u. a. im Bundesrat aktiv werden."

Wie den Medien zu entnehmen ist, hat der Bundesinnenminister dem US-Druck nachgegeben. Die Versprechungen der Bundesregierung – so ist es auch bei dem Verhalten der Bundesregierung in diesem Fall klar erkennbar –, zum Beispiel für mehr Datenschutz, sind absolut nichts wert. Mit ihrem Verhalten hat die Bundesregierung ihre Demokratiefeindlichkeit erneut belegt, denn einen Tag später trat der Lissabon-Vertrag in Kraft und die Parlamente hätten – zumindest formal – mit einbezogen werden müssen.

Nicht umsonst hat der EU-Innenpolitiker Alexander Alvaro die Frage gestellt, "ob die USA inzwischen hier das Sagen haben", wobei betont werden muss, dass die Datenausspähung durch die USA bislang ohne rechtliche Grundlage erfolgte. Die Bundesregierung hat diesen Datenklau gebilligt, vielleicht in Form informeller Vereinbarungen. Bislang allerdings hatten die USA also durch ihren Geheimdienst CIA und andere Behörden heimlich in den Datenbanken geschnüffelt, die sich auf einem Server von SWIFT in den USA befinden. Der bereits erwähnte Bundesdatenschutzbeauftragte Schaar ging sogar so weit zu sagen, dass sich an der Entscheidung erkennen lassen wird, "ob der Rat der EU die demokra-

tischen Prinzipien Europas akzeptiert oder ob hier ein massiver Grundrechtseingriff beschlossen wird".

Fassen wir es noch einmal zusammen: Durch das Verhalten der Bundesregierung wurde ein erheblicher Eingriff in die Grundrechte der Deutschen, aber auch der Wirtschaft vorgenommen und mit dem Abkommen eine offizielle Basis gegeben. Eine Stellungnahme unseres Landes ist daher unerlässlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Köster.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat noch einmal Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Sprachlosigkeit der selbsternannten Demokraten angesichts der undemokratischen Verhaltensweise der Bundesregierung lässt deutlich hier sprechen. Trotz ...

(Michael Andrejewski, NPD: Das müsste jetzt eigentlich ihre Argumente widerlegen.)

Es ist schwierig, nichts zu widerlegen.

Trotz des Koalitionsvertrages, wonach das SWIFT-Abkommen unter Ratifizierungsvorbehalt gestellt werden sollte, wurden die Parlamente von der Bundesregierung übergangen. Allein schon aus diesem Grunde ist eine Positionierung des Landes notwendig. Selbst der Bundesdatenschutzbeauftragte Schaar ließ über die Medien mitteilen, dass er sich nicht vorstellen könne, dass der massive Grundrechtseingriff durch das Abkommen verfassungskonform wäre. Und er betonte, dass durch das Bundesverfassungsgericht eine weitere Ohrfeige für Sie, selbsternannte Demokraten, zu erwarten sei

Noch im Jahr 2006 forderte zum Beispiel der damalige FDP-Fraktionschef Westerwelle die sofortige Beendigung, mindestens aber Aussetzung des Datentransfers – wieder einmal ein zahnloser Tiger. Und es ist schon erstaunlich, wie die FDP in der Bundesregierung bereits wenige Wochen nach der Wahl und Regierungsbildung bloßgestellt und von ihrem Koalitionspartner CDU nicht mehr ernst genommen wird. Gegen den Datenklau unternimmt die FDP nichts.

Selbst die europäischen Datenschutzbestimmungen sollen unterlaufen worden sein. Die Sprecherin des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken sieht sogar die Gefahr, dass langfristig jeder Zahlungsverkehr eingesehen werden kann.

Bleibt festzuhalten, dass das Abkommen sehr stark in die Privatsphäre unserer Bürger eingreift, nicht den Standards des Datenschutzes in der BRD entspricht und offensichtlich verfassungswidrig ist. Zu Recht befürchtet der Bundesverband der Deutschen Industrie eine grassierende Wirtschaftsspionage, denn aus dem sensiblen Zahlungsverkehr von Unternehmen ließen sich Rückschlüsse auf Märkte, Vertragspartner und Geschäftsvolumina ziehen.

Halten wir zum Schluss fest: Das Verhalten der Bundesregierung ist undemokratisch und somit zu verurteilen. Es richtet sich gegen die Interessen von uns Deutschen und unserer Wirtschaft. Der 30. November 2009 ist ein schwarzer Tag für Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Köster, ich kann Sie beruhigen! Die demokratischen Fraktionen sind nie sprachlos, wenn es um Ihre Anträge geht. Das können wir einmal feststellen.

(Stefan Köster, NPD: Seit wann sind Marxisten Demokraten?)

Ich denke nicht, dass wir uns hier in irgendeiner Weise Ihren Anträgen stellen sollten. Inhaltlich werden wir uns damit immer auseinandersetzen. Und ich werde Ihnen noch beweisen.

(Stefan Köster, NPD: Sie sind eine Vertreterin der Mauermörderpartei.)

wie ernst wir das mit Ihrem Antrag nehmen, den Sie im Wesentlichen auch abgeschrieben haben. Auch das werde ich Ihnen beweisen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die WELT titelte am 30.11.2009: "EU genehmigt Bankdaten-Zugriff durch die USA". Ja, am 30.11.2009 haben die Innenminister der Europäischen Union für das Abkommen zur Übermittlung der Bankdaten an die USA gestimmt. Ja, Deutschland hat sich enthalten - wie andere Länder auch. Ja, somit wurde der Weg für die Zustimmung frei gemacht. Die Abstimmung war notwendig, weil SWIFT zum Jahresende den Server mit europäischen Zahlungstransfers aus den USA in die Niederlande verlagert. Ohne eine solche Vereinbarung hätte die USA keinen Zugriff mehr auf die entsprechenden Daten. Umstritten war und ist, ob der Datenschutz insgesamt ausreichend berücksichtigt wurde. So bemängelten die deutschen Banken und Sparkassen, dass betroffene Bankkunden sich nicht ausreichend schützen können. So weit zu den Fakten.

Dass die Abstimmung notwendig war, wurde uns spätestens im Sommer 2009 bekannt. Und da ist es aus unserer Sicht schon berechtigt, die Frage zu stellen, warum die NPD erst jetzt diesen Antrag stellt. Haben Sie die Entwicklung nicht verfolgt? Nichts davon gewusst? Nichts davon wissen wollen? Oder warum?

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Reiner Zufall.)

Ich behaupte, Sie waren intellektuell gar nicht in der Lage, den Inhalt dieses Abkommens zu erfassen.

(Stefan Köster, NPD: Sie wissen doch gar nicht, was das ist. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und dass es so ist, werde ich an anderer Stelle beweisen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das müssen Sie beweisen.)

Eines wird aber ganz deutlich:

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ernsthaft beackern wollen Sie das Thema nicht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Im Gegenteil, Ihnen geht es nur um eines: Sie wissen, dass die demokratischen Fraktionen im Landtag diesbezüglich unterschiedliche Positionen haben. Das ist nun mal in der Demokratie so. Und selbstverständlich gehe ich davon aus.

(Stefan Köster, NPD: So, ich dachte, Sie wären Einheitsfraktionen.)

dass wir die Frage des Schutzes von Daten auch weiterhin diskutieren werden,

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Da sehen Sie mal wieder, dass Sie nicht denken können, Herr Köster. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

spätestens nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Zusammenhang mit der Vorratsdatenspeicherung. Eines Antrags der NPD bedarf es diesbezüglich nicht. Das können wir an dieser Stelle feststellen.

Wenn man sich den Inhalt des vorliegenden Antrages nun genau durchliest, könnte man auf den ersten Blick meinen, die NPD will nun, nachdem sie versucht hat, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes vorzugaukeln, dass sie sich um die sozialen Probleme der Bürgerinnen und Bürger kümmert, dieser Versuch offensichtlich sprichwörtlich in die Hose gegangen ist, den Eindruck vermitteln, sie sei die Partei der Bürgerrechte – aber wie gesagt, auf den ersten Blick. Schaut man genauer hin, wird man feststellen, dass der vorliegende Antrag fast wortwörtlich von der Fraktion Freie Wähler in Bayern abgeschrieben wurde,

(Heinz Müller, SPD: Ach, schau einer an!)

den diese am 26.11.2009 beantragt hatten. Und wen wundert es? Die NPD hat mit ihrer nationalen Komponente diesen Antrag versehen. Das wundert uns, denke ich, nicht. Scheinbar sind die Herren von der NPD nun nach dreijähriger Arbeit hier im Parlament mehr als einfallslos.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das waren sie schon immer. –
Heinz Müller, SPD: Aber sie können reden. –
Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Aber zum Sachverhalt. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde ohne Erlaubnis europäischer Regierungen oder Banken auf einen Server der zum Datenaustausch zwischen mehr als 8.000 Banken aus 209 Ländern dienenden Gesellschaft SWIFT in den USA zugegriffen. Über diesen laufen die täglich bis zu 15 Millionen Informationen zu internationalen Finanztransaktionen. Mit der EU-Kommission und der schwedischen Regierung, die die Ratspräsidentschaft innehatte, handelte nun die USA-Regierung ein Abkommen aus. Und spätestens mit der Veröffentlichung der Vorhaben der schwedischen Regierung in der Ratspräsidentschaft war klar, dass es zu diesem Abkommen kommen sollte. Dabei sollten Name, Anschrift, Ausweis- und Kontonummer sowie andere persönliche Daten übermittelt werden. Die USA behalten sich vor, diese auch an Drittstaaten weiterzugeben. Im Gegenzug sollen EU-Sicherheitsbehörden Bankinformationen in den USA anfordern können. So weit kurz zum Inhalt des Antrages.

Die NPD möchte nun, dass wir, also der Landtag Mecklenburg-Vorpommern, feststellen, dass die Bundesregierung durch ihre Enthaltung im EU-Ministerrat "die Interessen der Deutschen missachtet". Die NPD weiß also

genau, welche Interessen die Deutschen diesbezüglich haben.

(Stefan Köster, NPD: Bestimmt nicht der Datenklau.)

Woher sie diese Gewissheit haben, verraten sie allerdings nicht. Denn eines ist offensichtlich: Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind diesbezüglich sehr gespalten. Die Frage, ob die persönlichen Freiheitsrechte im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zurückgestellt werden sollten, wird eben sehr unterschiedlich beantwortet. Und Herr Schaar hat darauf aufmerksam gemacht. Über eine Studie von "Focus" wurde deutlich gemacht, dass eben die Bürgerinnen und Bürger dies sehr gespalten sehen.

Natürlich kommt es immer darauf an, auch das ist so, dass die Frage immer so beantwortet wird, wie, also in welche Richtung der Fragesteller fragt. Und dass man diesbezüglich heute vielleicht aus anderer Sicht – auch nach der Einreichung oder der Behandlung im Bundesverfassungsgericht – eine andere Beantwortung, eine andere Schwerpunktsetzung bekommen könnte, das, glaube ich, ist uns allen klar.

Aus dieser Tatsache heraus gebe ich schon zu, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf ihre persönlichen Daten sensibler geworden sind. Und darüber, glaube ich, werden wir im Zusammenhang mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Jahre 2010 hier gemeinsam diskutieren, wie auch wir im Land Mecklenburg-Vorpommern das Datenschutzgesetz ändern werden.

Unter 2. möchte nun die NPD, dass wir feststellen, dass durch das Verhalten der Bundesrepublik der "Politikverdrossenheit der Deutschen Vorschub geleistet" wird. Und nun – und das finde ich persönlich sehr interessant – zieht die NPD ausgerechnet den Vertrag von Lissabon zurate und klagt die Zustimmung des Europaparlamentes ein. Ausgerechnet die Partei, die nicht nur gegen diesen Vertrag ist – das sind wir bekanntermaßen auch –, nein, eine Partei, die die Europäische Union als Ganzes ablehnt, beruft sich an dieser Stelle auf das Europäische Parlament.

(Michael Andrejewski, NPD: Wenn man sie damit erledigen kann.)

Wie weit müssen Sie eigentlich am Ende mit Ihren eigenen Argumenten sein, wenn Ihnen diesbezüglich nichts mehr einfällt?!

Ja, und ob die Bundesregierung mit ihrer Enthaltung "ein weiteres Stück staatlicher Souveränität aufgegeben" hat, wird ebenfalls unterschiedlich betrachtet. Aber unstrittig ist aus der Sicht der demokratischen Fraktionen wohl, dass, wenn es um die Frage des Schutzes der Daten geht, es nicht nur um die Daten Deutscher geht, weder der Bürgerinnen und Bürger noch der Unternehmen, sondern um den allgemeinen Datenschutz für alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union und für alle Unternehmen in der Europäischen Union und darüber hinaus.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Herren von der NPD, was bewegen Sie eigentlich mit einem Beschluss, dass der Landtag das Verhalten der Bundesregierung verurteilt? – Nichts, aber auch gar nichts!

(Michael Andrejewski, NPD: Und wie oft haben Sie solche Anträge gestellt?)

In Punkt II verlangen Sie nun, dass die Landesregierung sicherstellt – Sie haben den ja selbst in Ihrer Begründung nur vorgelesen, in Ihrer Begründung keine Argumente, nur Ihren eigenen Antrag vorgelesen, deshalb verzichte ich an der Stelle auf das Zitieren.

(Stefan Köster, NPD: Da haben Sie sich aber was Schönes aufgeschrieben.)

Auch hier kann ich nur feststellen, Sie haben sich mit der inhaltlichen Problematik überhaupt nicht beschäftigt, schlecht abgeschrieben und schlecht inhaltlich aufgearbeitet, denn sonst wüssten Sie, dass der Bundesrat, und auch hier haben Sie nur vorgelesen, diesbezüglich bereits aktiv geworden ist.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie lesen doch auch nur vor.)

Und selbstverständlich gehen wir davon aus, dass diese Aktivitäten weiter vorangetrieben werden. Angesichts der Situation, in der wir uns befinden, ist besonders durch das Agieren auf Bundesebene eben einiges erreicht worden, zum Beispiel die Befristung des Vertrages. Das müssen wir, auch wenn wir als LINKE etwas mehr verlangt und gern gesehen hätten, letztendlich auch anerkennen. Ja, ich sage aus Sicht meiner Fraktion, es ist nicht genug erreicht worden, denn wir wollen keinen Zugriff auf unsere Daten.

Bei der FDP sieht es ähnlich aus und CDU und SPD haben diesbezüglich ebenfalls eine andere Auffassung. Sie sagen Ja zur Weitergabe und wollen aber über die Kriterien genauer unterrichtet werden beziehungsweise die Kriterien genauer bestimmt haben.

Nun ist das Abkommen begrenzt, das ist uns allen bekannt. Ich gehe davon aus, dass die demokratischen Fraktionen den Prozess, wie es mit dem SWIFT-Abkommen weitergeht, wie die Daten innerhalb der Europäischen Kommission insbesondere an die USA weitergegeben werden, wie es damit weitergeht, weiter diskutieren. Einen Antrag der NPD brauchen wir diesbezüglich nicht, und schon gar nicht mit einer ausschließlich deutschen Komponente.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Gino Leonhard, FDP: Genauso ist es.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Borchardt.

Das Wort hat noch einmal Herr Köster von der Fraktion der NPD

**Stefan Köster**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Borchardt, Sie sind schon eine sehr seltsame Abgeordnete. Mir ist der Antrag der Freien Wähler – ich glaube, Sie sagten, aus Bayern – nicht bekannt.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Ich werde ihn mir mal anschauen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Hier ist er.)

Es ist aber doch sehr interessant, dass die Freien Wähler in Bayern am 16. September 2009 schon gewusst haben, wie die Bundesregierung am 30. November ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Am 26.11., Sie haben ja sogar was mit den Ohren. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP) Dann 26.11. Ich danke, dass Sie so gut schreien.

Also die Freien Wähler haben am 26.11.2009 schon gewusst, wie die Bundesregierung am 30.11. entscheidet, und haben dann zusätzlich den Landtag, wenn es in Bayern war, aufgefordert, diese Abstimmung, die eigentlich noch gar nicht erfolgt ist, zu verurteilen. Ich werde mir das Gesagte von ihm mal anschauen.

Was ich aber aus Ihrem Redebeitrag entnehme – und das ist sehr wichtig für die Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern –, DIE LINKE macht sich zum Fürsprecher der US-Spionage. Das sollten die Menschen im Land einfach mal mitnehmen. Die LINKEN treten dafür ein,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich sag doch, der hat wat mit de Ohren. – Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE, und Michael Andrejewski, NPD)

dass die USA hier Wirtschaft- und Personenspionage betreiben.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nein, nein!)

Etwas anderes hat die Frau Borchardt nicht gesagt.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nein!)

Und zum Lissabon-Vertrag:

(Gino Leonhard, FDP: Staatsfeind Nummer eins.)

Da muss man Sie einfach mal an Ihre eigenen Regeln erinnern. Wenn Sie schon dieses Konstrukt aufstellen, dann müssen Sie sich auch daran halten. Das zeigt doch, wie undemokratisch Sie sind, dass Sie mit Demokratie überhaupt nichts im Sinn haben.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Sie stellen sich Regeln auf und halten sich nicht an diese. Sie sind Diktatoren, und das werden die Menschen im Land auch begreifen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Sie immer und immer weniger hier im Saal werden, bis Sie endlich irgendwann ganz verschwunden sind.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Sie werden doch auch immer weniger. Und mal sind Sie ganz raus hier. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3030. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3030 bei Zustimmung der Fraktion der NPD mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: a) Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Bologna unterstützen, Mobilität fördern, Drucksache 5/3025, in Verbindung mit b) Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Studentenproteste ernst nehmen, Drucksache 5/2964, in Verbindung mit c) Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Abschaffung der Kapazitätsverordnung an Hochschulen, Drucksache 5/3011. Zum Antrag der Fraktionen der CDU und SPD liegt Ihnen ein

Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3072 vor.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Bologna unterstützen, Mobilität fördern – Drucksache 5/3025 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3072 –

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Studentenproteste ernst nehmen – Drucksache 5/2964 –

Antrag der Fraktion der FDP: Abschaffung der Kapazitätsverordnung (KapVO) an Hochschulen – Drucksache 5/3011 –

Das Wort zur Begründung des Antrages auf Drucksache 5/3025 hat die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit unserem Antrag "Bologna unterstützen, Mobilität fördern" greifen wir heute hier landespolitisch das auf, was die KMK bereits im Oktober in Waren und in der letzten Woche im Weiteren in Bonn besprochen hat.

Der Bologna-Prozess bedarf politischer Begleitung und ich möchte die Gelegenheit heute nutzen, Sie alle dazu aufzurufen, den Prozess mit uns zu befördern. Bislang haben sich in aller Regel nur die entsprechenden Fachpolitikerinnen und -politiker mit der Thematik befasst. Das sieht man nicht zuletzt daran, dass in den vielen Diskussionen und Kommentaren der letzten Wochen und Monate sehr deutlich wurde, dass wohl kaum jemand die Erklärung von Bologna je gelesen hat, geschweige denn die Sorbonne-Erklärung von 1998 überhaupt in ihrer Gänze kennt.

Die verkürzte öffentliche Debatte dreht sich bei uns in Deutschland nämlich immer nur um den Verlust von Abschlussbezeichnungen und die Überfrachtung des Studiums. Der Kerngedanke von Bologna ist ein – und ich zitiere – "Europa des Wissens … als unerlässliche Voraussetzung für gesellschaftliche und menschliche Entwicklung sowie als unverzichtbare Komponente der Festigung und Bereicherung der europäischen Bürgerschaft; dieses Europa des Wissens kann seinen" Bürgerinnen und "Bürgern die notwendigen Kompetenzen für die Herausforderungen des neuen Jahrtausends ebenso vermitteln wie ein Bewusstsein für gemeinsame Werte und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen sozialen und kulturellen Raum". Zitatende.

Das gerät in der momentanen Diskussion leider viel zu häufig aus dem Blick. Stattdessen führen hier in Deutschland einige wenige eine kleinkarierte Diskussion darüber, ob der deutsche Ingenieur als Abschlussbezeichnung bleiben muss oder nicht. Dazu werde ich mich aber später in der Aussprache auch noch äußern.

Meine Damen und Herren, wir sind aber natürlich auch nicht realitätsfremd. Und es hat sich in der Vergangenheit oftmals gezeigt, dass wir gerade im Hochschulbereich sehr pragmatisch an zu lösende Fragen herangehen. Das wollen wir auch mit diesem vorliegenden Antrag tun. Wir wollen Bologna vor dem eben zitierten Hintergrund in unserem Land umsetzen und wir sehen, dass die Hochschulen des Landes dabei unsere politische Hilfe und Unterstützung brauchen. Dafür benöti-

gen wir zunächst einmal eine solide Basis an Zahlen und Fakten. Das versprechen wir uns von dem in unserem Antrag geforderten Hochschulmonitoring und von den Effizienzanalysen.

An diesen Zahlen werden wir konkret ablesen können, an welchen Stellen es hakt. Wie sehen zum Beispiel Abbrecherquoten aus? Wo liegen die Gründe für Schwundquoten? Wie sind die Betreuungsrelationen? Wie sehen die Studienanfängerquoten im Vergleich zu den Absolventenzahlen aus? Das alles sind Fragen, die seit Neuestem in direktem Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess diskutiert werden. Viele dieser Fragen stehen aber, wenn wir alle ehrlich sind, schon viel länger im Raum. Und ich habe manchmal den Eindruck, dass einige nur allzu froh darüber sind, mit dem Bologna-Prozess einen neuen Schuldigen gefunden zu haben.

Nichtsdestotrotz werden uns die Zahlen und Fakten dabei helfen, den Prozess in unserem Bundesland positiv zu begleiten. Bezüglich der von uns geforderten Änderung im Zuge der LHG-Novellierung gehen wir ganz konkret auf die in den letzten Wochen debattierten Umsetzungsschwierigkeiten ein. Die sogenannte Verschulung des Hochschulstudiums ist dadurch entstanden, dass natürlich eine europäische Vergleichbarkeit von Studienleistungen und Abschlüssen einer stärkeren Strukturierung bedarf. Dabei reicht es aber nicht aus, wenn man neue, überschaubare Einheiten schafft und statt einer Abschlussprüfung mehrere studienbegleitende Prüfungen einführt.

Das heißt allerdings nicht, dass man alte Magister- und Diplomstudiengänge einfach in ihrer ganzen Fülle in Bachelorstudiengänge stopfen kann. Die Module müssen so gestaltet werden, dass zwar mehrere Lehrveranstaltungen in einem Modul zusammengeführt werden, aber nur eine gemeinsame Abschlussprüfung stattfindet. Es kann eben nicht mehr jeder einzelne Professor nach seinen Vorlieben überbordendes Detailwissen vermitteln und man muss nicht mit unzähligen Klausuren Prüfungsleistungen abfordern. Früher gab es auch Hausarbeiten, Projektarbeiten oder Essays, die als Leistungen anerkannt wurden. Und ich wüsste nicht, wo Bologna diese Möglichkeiten untersagen würde. Wir glauben, dass wir mit einer entsprechenden Musterprüfungsordnung an dieser Stelle steuernd eingreifen können, um Entlastungen für alle zu erreichen.

Zum Schluss noch einige Worte zu den Mobilitätshemmnissen. Einen Teil kann man sicher schon mit dem eben angesprochenen Abbau von Prüfungshäufungen erreichen, aber wir werden uns neben den vollgepackten Modulen auch mit der Weigerung einiger Professoren, Prüfungsleistungen nicht anzuerkennen, befassen müssen. Die Anerkennungspraxis muss sich dringend ändern, wenn wir die Auslandsaufenthalte unserer Studierenden befördern wollen.

#### (Hans Kreher, FDP: Richtig.)

Hier müssen über die KMK klare Regelungen geschaffen werden. Außerdem können Hochschulen, wie die Universität Freiburg bereits beweist, durchaus ein Semester für Auslandsaufenthalte freihalten. In Freiburg ist zum Beispiel das fünfte Semester weitgehend von Prüfungsleistungen freigemacht. Und es werden nur Projektarbeiten von den Studierenden eingefordert, die auch im Ausland absolviert werden können. Das kann man innerhalb der Hochschule regeln, man muss es nur wollen.

Meine Damen und Herren, leider bleibt uns nichts anderes übrig, als hier an einigen Stellen steuernd in die Arbeit der Hochschulen einzugreifen. Ich halte das grundsätzlich nicht für gut und meine Fraktion steht auch weiterhin grundsätzlich zur Hochschulautonomie. Aber an dieser Stelle werden wir im Sinne der Bologna-Erklärung eingreifen, weil wir das übergeordnete Ziel, nämlich – und hier zitiere ich noch einmal die Erklärung von Bologna – die "Bedeutung von Bildung und Bildungszusammenarbeit für die Entwicklung und Stärkung stabiler, friedlicher und demokratischer Gesellschaften" auf unserem Kontinent fest vor Augen haben.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine konstruktive Debatte und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Lochner-Borst.

Das Wort zur Begründung des Antrages auf Drucksache 5/2964 hat der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Bluhm von der Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten im November unseren Antrag als Dringlichkeitsantrag dem Landtag zur Entscheidung vorgelegt vor dem Hintergrund der damals schon aktuellen Demonstration von Studierenden auch bei uns im Land. Die Mehrheit dieses Hauses sah im November diese Dringlichkeit nicht. Damals hatten allerdings die Proteste und Demonstrationen der Studierenden schon einen Umfang und eine Intensität erreicht, die eigentlich ein politisches Signal erfordert hätten. Es hätte ein Signal des Verständnisses oder auch ein Signal zur Auseinandersetzung mit den Forderungen der Studierenden in diesem Land sein können. Im Nachgang kann ich nur feststellen, dass die Signale der Verantwortlichen in den Ländern und im Bund jetzt inzwischen Chorstärke erreichen.

Das ist wohl deshalb so, weil Sie offensichtlich das Ausmaß und die Dauer der Proteste der Studierenden, der Schülerinnen und Schüler erheblich unterschätzt haben, und vielleicht, weil Sie offensichtlich im November auch noch keine zündende Idee hatten, wie Sie die Proteste politisch kanalisieren können, um das Schlimmste abzuwenden. Aber die Idee ist nun heute da, sie lautet im Kern: Wir kommen den Studierenden im Zusammenhang mit der Gestaltung des Bologna-Prozesses etwas entgegen. Das hat aus einer gewissen Sicht folgende Vorteile: Das kostet kaum Geld und ist zudem auch nur eine der vielen Forderungen. Die Hauptverantwortung liegt in diesem Prozess bei den Hochschulen, da die Politik lediglich über die Rahmenbedingungen darauf Einfluss nehmen kann. Und Sie verbessern einen Teilbereich, ohne grundlegende Reformen anpacken zu müssen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will an dieser Stelle ausdrücklich darauf verweisen, dass die Studierenden – und deshalb ist unser Antrag vom November, der heute im Rahmen der Beratung ordentlich auf der Tagesordnung ist, eben weitergehend –, dass die Studierenden mit ihren Protesten in drei wesentlichen Punkten neue Akzente gesetzt haben:

Erstens. Sie wurden nach vielen Jahren von vielen regionalen Protesten bundesweit mit einer sehr großen Beteiligung durchgeführt.

Zweitens. Sie haben, was manchmal gern übersehen wird, eben nicht nur die Umsetzung des Bologna-Prozesses kritisiert, sondern eine Gesamtreform des deutschen Bildungssystems gefordert.

Und drittens gab es eine große Solidarität der Rektorinnen und Rektoren sowie von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern mit den Forderungen der Studierenden, wenngleich das auch bei der Hochschulrektorenkonferenz medial einen etwas anderen Anschein hatte.

Die Proteste zeigen, dass die Studierenden es inzwischen mehr als satthaben, auf Ergebnisse von Bildungsgipfeln in der Bildungsrepublik Deutschland und von Aufstiegen durch Bildung und ähnliche Versprechen und Willensbekundungen zu warten. Sie wollen endlich Taten der Politik. Wir sollten den Schülerinnen und Schülern und den Studierenden dankbar sein, dass sie mit ihren Aktionen dazu beigetragen haben, dass sich sowohl die Bundes- als auch die Landespolitiker in der Bundesrepublik sowie die Hochschulleitungen ernsthaft mit Fehlern und Mängeln im Bildungs-, insbesondere im Hochschulwesen beschäftigen.

Für Schlussfolgerungen und notwendige Maßnahmen empfehle ich dringend, nicht nur einen Blick, sondern ruhig mehrere in den Forderungskatalog zum Beispiel der Studierenden der Universität Rostock zu werfen. Diese wurden auf der abschließenden Demonstration am 10. Dezember vorgetragen. Neben übergreifenden Kernforderungen gibt es auch Forderungen an die Bundesund Landesregierung sowie an die Kultusministerkonferenz und Forderungen an die Universitätsleitung.

In der Gesamtschau ergibt sich erneut ein Bild, das zeigt, das Hochschulsystem in Deutschland ist nach wie vor - nach wie vor! - dringend reformbedürftig. Nun ist diese Erkenntnis natürlich nicht neu und sie betrifft im Übrigen auch nicht nur das Hochschulsystem, sondern das Bildungssystem insgesamt. Darauf weisen die schon erwähnten Forderungen der Studierenden besonders deutlich hin. In den Forderungen an die Bundes- und Landesregierungen sowie an die Kultusministerkonferenz ist es unter der Zwischenüberschrift "Mehr Geld für Bildung von Land und Bund" sehr konkret formuliert, ich zitiere: "Abschaffung des Bildungsföderalismus! Eine Vereinheitlichung des Bildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland ist anzustreben, um der Bildungsgerechtigkeit und der freien Mobilität im Sinne des Bolognabeschlusses gerecht zu werden." Ende des Zitats.

Hier ist besonders deutlich, dass es beileibe nicht nur und ausschließlich um den Bologna-Prozess geht. Eben darum forderten wir in unserem damals Dringlichkeitsund heute ordentlichen Antrag auch unter Punkt 2: "Der Landtag wird die Studienbedingungen, Mängel und ihre Ursachen analysieren, Schlussfolgerungen für die Landespolitik und Forderungen gegenüber der Bundespolitik ableiten."

Insofern bin ich froh, dass es im April auf Antrag der Koalitionsfraktionen eine Anhörung im Bildungsausschuss geben wird. Ich bin auch froh, dass es gelungen ist, diese Anhörung nicht, wie von den Koalitionsfraktionen ursprünglich vorgesehen, allein auf den Bologna-Prozess und seine Auswirkungen auf die Studienqualität zu fokussieren, sondern die Qualität des Studiums unter der besonderen Berücksichtigung des Bologna-Prozesses zu bewerten. Das ist, im Verständnis meiner Fraktion, ein Unterschied, da den Anzuhörenden erweiterte

Möglichkeiten für ihre Stellungnahmen gegeben werden. Warten wir dann mal ab, was wir dann zu hören bekommen! Die Studierenden und Hochschulleitungen werden uns hoffentlich auch mit der notwendigen Differenziertheit die Änderungsbedarfe in den Bachelor- und Masterstudiengängen darstellen, denn allgemeine Bewertungen sind dann im Endeffekt nicht mehr zielführend. Das gilt auch für die Anforderungen an die Sicherung der nationalen und internationalen Mobilität.

Nun hat sich die Kultusministerkonferenz mit einer gemeinsamen Beratung mit der Hochschulrektorenkonferenz zu Grundsätzen der Reform des Bologna-Prozesses in Deutschland verständigt. Es werden Thesen vorgelegt, die vor allem die Hochschulen umsetzen müssen. Die Maßnahmen greifen vor allem studienorganisatorische Fragen auf, die zudem nur den Bereich der gestuften Studiengänge betreffen. Der zentrale Mangel aus Sicht meiner Fraktion ist und bleibt deshalb die unzureichende Finanzausstattung der Hochschulen. Sie ist die wirkliche Ursache für so manche mangelhafte Studienbedingung, für mangelhafte räumliche und sächliche Ausstattung der Hochschulen, um nur einiges zu nennen. Und auch die Fragen der Studienfinanzierung für die Studierenden, also des chancengleichen Zugangs zum Studium, hängen davon ab.

Zur Hochschulfinanzierung ist das Ergebnis des Treffens, wie zu erwarten, wenig erhellend und schon gar nicht so neu. Es wird wiederum die nun schon mehrfach angekündigte Steigerung der Bildungsausgaben auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes bemüht. Nun, es bleibt abzuwarten, wie es damit weitergeht und wie viel Geld dann wirklich zur Verfügung stehen wird. Die ersten Anzeichen deuten allerdings mehr darauf hin, dass, wie es im Papier heißt, nicht aufgewendet, sondern hingerechnet wird.

(Regine Lück, DIE LINKE: Schade, schade!)

Nun hat es erneut gegipfelt und wir wissen jetzt, dass es mindestens noch ein halbes Jahr dauert, bis man sich – vielleicht – geeinigt hat. Immerhin: Der Bund bietet seit gestern die Übernahme von 40 Prozent der Mittel, ausgehend von den etwa errechneten 13 Milliarden an. Die eigentlich ...

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Das ist richtig.

Die eigentlich spannenden Fragen sind aber weiter unbeantwortet: Wie werden, wenn es denn wirklich mehr wird, die restlichen Mittel auf die Länder verteilt? Und wie hoch werden dann die Hochschulen und Studierenden belastet werden? Und kommen diese Mittel wirklich in der Bildung an oder werden sie letztlich zur Kompensation der Mindereinnahmen der Länder für die Steuerausfälle wegen der Bundesgesetzgebung verwendet werden müssen?

Ich kann von daher nur wieder feststellen, solange Bildungsausgaben in ihrer Bedeutung und ihren Wirkungen nicht wie Investitionen behandelt werden, werden solche Reformen nur Reförmchen bleiben. Solange der Bildungsföderalismus nicht abgeschafft, sondern weiterhin als der heilige Gral der Ländersouveränität verteidigt wird, wird wissentlich in Kauf genommen, dass dringend notwendige Reformen zusätzlich behindert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund, dass es sich bei allen in diesem Tagesordnungspunkt zu behandelnden drei Anträgen um ziemlich komplexe Regelungsmaterien handelt und dass wir im April die entsprechende Anhörung der Universitäten, Fachhochschulen, der Studierendenschaften im Ausschuss haben, beantrage ich namens meiner Fraktion die Überweisung aller drei Anträge in den Bildungsausschuss.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Bluhm.

Das Wort zur Begründung des Antrages auf Drucksache 5/3011 hat der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher. Bitte, Herr Kreher, Sie haben das Wort.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich konzentriere mich jetzt auf die Einbringung unseres Antrages. Die Kapazitätsverordnung kennen zwar viele Hochschulpolitiker, aber kaum jemand versteht, wie die Berechnungsgrundlagen dieser Verordnung funktionieren,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist eine schwierige Materie.)

und noch weniger wissen, wie man sich aus dieser Zwangsjacke von Formeln und Einschränkungen befreien kann.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

Das bisherige Kapazitätsrecht wird nach Meinung der meisten Hochschulpolitiker und -rechtler seinem eigentlichen Auftrag nicht gerecht. Es sollte die widerstreitenden Interessen von Studienplatzbewerbern und Lehrenden angesichts knapper Ressourcen ausgleichen. So fordert die Hochschulrektorenkonferenz, die Kapazitätsverordnung durch ein Vereinbarungsmodell zu ersetzen.

Der Wissenschaftsrat schreibt in einer Empfehlung zur Qualitätsverbesserung der Lehre, das bisherige Kapazitätsrecht sei seinem eigentlichen Auftrag, ich zitiere: "die widerstreitenden Interessen von Studienplatzbewerbern und Lehrenden angesichts knapper Ressourcen an den Hochschulen aus(zu)gleichen", nicht gerecht geworden. Auch die Bundesforschungsministerin Schavan von der CDU hat jüngst erklärt, die Kapazitätsverordnung gehöre abgeschafft. Die Frage sei nur noch, auf welchem Wege dies die Juristen bewerkstelligen könnten. In Nordrhein-Westfalen liegt ein Gutachten vor, wie zu verfahren ist, um die Kapazitätsverordnung loszuwerden.

Die sogenannte Kapazitätsverordnung dient an den Hochschulen einer Reihe unterschiedlicher Zwecke. Insbesondere im Rahmen der früheren Diplomstudiengänge wurde auf der Grundlage der Lehr- und Betreuungszeiten der Professorinnen und Professoren eine Beziehung zwischen Studierendenzahlen und Lehrkapazitäten der Hochschule erstellt. Im Rahmen des Bologna-Prozesses wurde mit der Modularisierung der Studiengänge eine wesentliche Veränderung der Bewertung von Lehre, Didaktik und Betreuung im Studium erreicht. Weniger der Lehraufwand der Professorinnen und Professoren, sondern vielmehr der Arbeitsaufwand der Studierenden steht im Mittelpunkt der strukturellen und inhaltlichen Gestaltung des Studiums.

Entsprechend werden neue Lehrformen wie das sogenannte Blended Learning eingeführt. Bei dieser Form des integrierten Lernens wird eine didaktisch sinnvolle Verknüpfung von traditionellen Präsenzveranstaltungen

und modernen Formen von E-Learning angestrebt. Hier wird weniger der Arbeits- und Betreuungsaufwand des Kollegiums, sondern der Arbeitsaufwand der Studierenden bewertet.

In der Folge der Umsetzung der Bologna-Reformen verändert sich auch die Struktur der Arbeits- und Betreuungsformen der Lehrenden. Nicht nur Präsenzveranstaltungen wie früher, sondern andere Formen der Wissensvermittlung sind zu entwickeln und zu implementieren. Bei diesen neueren Formen lässt sich der Zeitaufwand für die Studierenden aber nicht mehr mit Semesterwochenstunden messen. Eine ganz wesentliche Konsequenz des Bologna-Prozesses ist, dass sich die Betreuungsqualität der Studierenden nicht mehr an den Curricularnormwerten als Betreuungsrelation festmachen lässt. Damit können Arbeitsbelastung und so auch Lehrkapazitäten der Hochschule nicht an den Curricularnormwerten der Studiengänge im Verhältnis zu dem Lehrangebot der Professoren ermittelt werden.

Diese Wirkung hat wesentliche Konsequenzen für die Berechnung erforderlicher und juristisch tragfähiger Kapazitätsbeschränkungen überlaufender Studiengänge im Numerus clausus. Diese Ausführungen sollen deutlich machen, dass die Kapazitätsverordnung für die aktuellen Fragen der Planung und Messung von Betreuungsqualität keine Grundlage mehr bietet. Zudem wurden wir schon häufig mit der Not von Studierenden konfrontiert, die zum Beispiel in einem Medizinstudiengang einen Bachelorabschluss erreicht haben, aber an der gleichen Hochschule nicht weiterstudieren konnten, weil wegen der Kapazitätsverordnung nicht ausreichend Studienplätze für das Weiterstudium zur Verfügung stehen.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Ebenso ist es ein Problem, wenn Hochschulen im Rahmen ihrer Profilbildung die Betreuungsrelation verbessern wollen beziehungsweise durch finanzielle Mehreinnahmen neue Lehrkräfte einstellen können und so die Betreuung von Studierenden verbessern können. Der Rahmen, der ja hier durch die Kapazitätsverordnung gesetzt wird, nivelliert diese Bestrebungen vollends. So wird eine Qualitätsverbesserung per Verordnung verhindert

Auf der anderen Seite ist die Kapazitätsverordnung das derzeit einzige Instrument, um wirksame Beschränkungen bei überlaufenden Studiengängen zu erreichen. Folglich müssen bei einer Abschaffung oder bei einer Übergangsregelung adäquate Instrumente entwickelt werden. Es muss ein neuer Wert für die Betreuungsqualität und damit verbundene Arbeits- und Lehrbelastung des Kollegiums bedacht werden. Hierbei ist zu beachten, dass neben den klassischen Präsenzveranstaltungen neue didaktische Lehrkonzepte Eingang in die Ermittlung der Betreuungskapazitäten finden müssen. Anhaltspunkt könnte die Arbeitslast der Studierenden sein, da im Regelfall die in diesen selbstständigen Studienzeiten erarbeiteten Unterlagen von den Lehrenden vorbereitet, individuell betreut und beurteilt werden müssen.

Mit der Abschaffung der Kapazitätsverordnung sind Regelungen zu finden, die sowohl die gleichberechtigte Teilnahme an begrenzten Ressourcen, also den Studierendenzugang, als auch die qualitätssteigernden Maßnahmen der Hochschulen, wie zum Beispiel Mentoring und Betreuungsschlüssel, berücksichtigen.

Die Kritik an der Kapazitätsverordnung beruht auf vielen Argumenten, die von zu hohem Bürokratieaufwand über Intransparenz bis hin zu Verhinderung von Qualitätswettbewerb reichen. Der gewichtigste Einwand ist aber, dass durch die Kapazitätsverordnung die Betreuungsrelationen nivelliert werden und alle zuständigen Mittel, die eine Hochschule in die Verbesserung der Lehre stecken würde, sofort wieder zur Aufnahme von zusätzlichen Studienanfängern führten.

Je deutlicher man gegenwärtig sieht, dass in vielen Fächern die Betreuung besser werden muss, umso schmerzlicher realisiert man, dass dieser Steuerungsmechanismus gerade das in den universitären Massenfächern verhindert, selbst wenn mehr Geld für die Lehre ausgegeben wird. Wenn wir einen echten Wettbewerb, zum Beispiel auch mit Studiengutscheinen, initiieren, sodass die Hochschulen, die mehr Studenten haben, mehr Geld bekommen, werden die Hochschulen dafür sorgen, dass es neue Studienplatzkapazitäten gibt. Wir werden dann eine bessere Finanzierung der Studienplätze und der Lehre haben.

Man muss, meine Damen und Herren, über die Ländergrenzen hinwegschauen. Kapazitätsverordnungen sind im internationalen Vergleich unüblich. Wir werden damit den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs unter den Hochschulen nicht gerecht. Wir müssen für mehr Freiheit und Autonomie in der Hochschulpolitik sorgen. Dafür müssen aber bürokratische Barrieren und Schranken fallen. Das, meine Damen und Herren, wollen wir Liberalen. – Vielen Dank.

Ich hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen oder in den Ausschuss mit überweisen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Dann kommt da die Überweisung.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Kreher.

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es ist richtig, wir haben nicht nur in den vergangenen Wochen, wir können sagen, in den vergangenen Monaten – Herr Bluhm hat darauf hingewiesen – in ganz Deutschland Proteste in dieser Frage gehabt. Auch in Rostock haben sich am 10. Dezember 1.000 Studierende versammelt. Den Studierenden in Deutschland und hier im Lande geht es in erster Linie um die Verbesserung ihrer Studienbedingungen. Es ist so ein weites Feld, dass wir es heute wahrscheinlich nur in Einzelteilen in der Debatte anreißen. Ich finde es insofern auch ganz interessant, dass wir uns einfach mal vergegenwärtigen, wir haben an der einen oder anderen Stelle nicht reagiert.

Ich war im Juni dabei, als die Protestierenden auf der Straße waren, und habe die Gespräche geführt. Wir haben uns relativ schnell vereinbart, dass wir genau diese Fragen auf die Tagesordnung setzen. Nichts anderes haben wir im Oktober in diesem Land in Waren an der Müritz gemacht. Das heißt also, im Oktober 2009 stand der Fahrplan fest. Insofern, sehr geehrter Herr Bluhm, war im November dieser Fahrplan da.

Das Problem war nur, in der Öffentlichkeit entstand ein Bild, als ob der Schwarze Peter von der einen Seite zur anderen Seite geschoben wird. Man kann ja den Föderalismus kritisieren, nur, wenn die Verantwortung aufgeteilt ist, muss sie auch an der jeweiligen Stelle wahrgenommen werden.

Da wir jetzt in Bonn zusammengesessen haben und ländergemeinsame Strukturvorgaben beschlossen haben, will ich das einfach nur mal erläutern. Wir haben de jure in diesem Land immer noch das Hochschulrahmengesetz in Kraft. Denn nach meiner Kenntnis ist es so, dass es in der letzten Legislatur der Bundesregierung im Deutschen Bundestag gelandet ist, und da liegt es noch. Das war vielen an der einen oder anderen Stelle, wenn es um diese fünf Jahre Obergrenze dann beim Studium ging, nicht bewusst. Das Hochschulrahmengesetz wird am Ende abgelöst durch ländergemeinsame Strukturvergaben, und das nicht in irgendeiner Beliebigkeit, auch wenn das im Ton vielleicht so leichtfertig daherkommt, das ist dann verbindlich für alle.

Herr Bluhm hat es angesprochen, ich werde heute nicht im Weiteren darauf eingehen können, dass natürlich ein ganzer Strauß von Forderungen existiert. Ich vermute auch, dass der eine oder andere, der sich da in die Debatte einschaltet, kaum alle Protestforderungen kennt, geschweige denn auf Veranstaltungen war.

(Hans Kreher, FDP: Das ist auch unterschiedlich gewesen.)

Aber es wird schon spannend, wenn wir sagen, der Föderalismus soll weg, es soll vereinheitlicht werden. Dann muss man, jetzt frage ich Sie mal, Herr Bluhm, am Ende fragen: Wofür wären Sie dann im Zweifel, für ein 12-jähriges oder für ein 13-jähriges Abitur? Denn wenn Sie die Forderungen in ganz Deutschland nehmen, die auch DIE LINKE in dem einen oder anderen Bundesland unterschrieben hat, da würde ich mich dann schon im Einzelnen fragen, wie wir vorgehen. Das ist keine Kritik,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, ja, ja, ja, ja.)

ich will nur sagen, wie hoch differenziert wir hier mit semantischen Dingen daherkommen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, ja.)

am Ende einen Strauß bunter Forderungen haben und zurückgeführt auf unser Land uns fragen müssen: Ja, wofür sind wir denn eigentlich?

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, ja.)

Wir könnten uns wahrscheinlich an der einen oder anderen Stelle hier schnell einigen. Das würde dann aber übersetzt heißen, wir sind dem einen oder anderen in Deutschland nicht entgegengekommen. Und genauso ist es im Bologna-Prozess mit den ganzen Forderungen.

Insofern glaube ich, dass wir hier im Land den richtigen Schritt gegangen sind. Ich will es einfach nur verdeutlichen. Bevor ich zur Kulturministerkonferenz gefahren bin – zu der ich ja ohnehin fahren muss, aber nun auch einmal in dieser Doppelrolle als Minister und als Präsident –, haben wir am 3. Dezember gemeinsam mit den Rektoren und den Vertretern der Studierendenschaften beraten und diskutiert: Welche Vorstellungen sollen wir eurer Meinung nach, wenn wir in diese Verhandlung gehen, mit durchsetzen? Und das Erfreuliche in diesem Land ist doch, dass wir bei allen Differenzen, die wir haben werden, die wir auch in der Anhörung und im Nachgang besprechen müssen, im Land eine große

Übereinstimmung haben: Wir wollen ländergemeinsame Strukturvorgaben haben.

Für die, die sich damit nicht so gut auskennen, muss man wissen, es gibt auch länderspezifische Vorgaben. Das eine oder andere glänzende Land nimmt die ländergemeinsamen Strukturvorgaben an. Eine breite Mehrheit, auch der Hochschulen, sagt: "Ja, das wollen wir eins zu eins haben." Und in anderen Ländern wird das an der einen oder anderen Stelle – ich sage das jetzt einmal ganz bewusst auch in diesem Hohen Haus – durch länderspezifische Regelungen unterlaufen. Diese werden dann genutzt, schwappen auch in unsere Hochschulen und kommen vielleicht in die eine oder andere Rede. Man weiß ja auch nicht, wer das dann immer aufschreibt, und dann haben wir Forderungen hier im Land, wo wir uns doch aber eigentlich einig sind, die Dinge eins zu eins umzusetzen.

Mitten in diesem Verfahren wollen wir weitermachen. Wir haben jetzt den Kultusministerkonferenzbeschluss, auf den ich noch eingehe, wir werden im Februar – auch ein Ergebnis dieses Beschlusses – die Fachtagung haben. Wir werden uns dann im Land schon wieder am 26. Januar zusammensetzen und auch nach dem Februar vor dem Gipfel im April die Dinge hier im Land besprechen. Ich glaube, dass das ein strukturierter Gesprächsprozess ist, in enger Abstimmung mit den Hochschulen.

Im April 2010 sind die Kultusminister mit den Hochschulen und Studierenden bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung eingeladen. Dann muss es uns schon gelungen sein, in diesen einzelnen Punkten in der Umsetzung zu sein. Denn es ist ja völlig richtig, was hier bemängelt wird: Die Studierenden wollen sehen, wenn ein neues Semester beginnt, dass sich etwas geändert hat. Es müssen also sichtbare Schritte her.

Ich finde, der Fahrplan steht, und ich glaube auch, man muss – das ist vielleicht für die Opposition dann nicht ganz einfach –, aber man muss hier schon anerkennen, dass wir diese Anliegen ernst nehmen, und ich nehme das auch persönlich für mich in Anspruch, natürlich gerade mit der letzten Sitzung in Bonn.

Wir haben unter dem Vorsitz von Mecklenburg-Vorpommern, auch das wurde angesprochen, im Vorfeld, bevor ich die Eckpunkte in das Plenum eingebracht habe, mit der Hochschulrektorenkonferenz beraten. Das war sinnvoll, zu sagen, was wir gemeinsam tun wollen. Es war erfreulich, dass wir uns mit der Hochschulrektorenkonferenz einigen konnten und gemeinsam vorgehen wollen.

Die Punkte sind folgende, ich will sie kurz skizzieren:

 Zunächst einmal soll der Bachelor eine breite wissenschaftliche Qualifizierung, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogene Qualitäten beinhalten. Sein Ziel ist die Beschäftigungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Der Bachelor kann sechs bis acht Semester umfassen.

Wer sich in unserem Land auskennt, weiß, das haben wir. Allein, Frau Lochner-Borst hat es angedeutet, dass wir das nun noch aufschreiben mussten, ist doch ein deutsches Problem.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

Insofern können wir doch auch all die benennen, die uns das eingebrockt haben.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

Und das ist kein Vorwurf, sondern das ist einfach eine Tatsache. Aber daran wollen wir uns nicht aufhalten und ich finde, gerade an dem Punkt sind wir in Mecklenburg-Vorpommern sehr weit. Das, was wir wollen, ist: Ein Bachelor muss ein berufsqualifizierender Abschluss sein. Wir verwechseln regelmäßig in den Diskussionen diese Frage mit stringent konsekutiven Bildungsgängen, wodurch Studierende oft in Unsicherheiten gebracht werden. Hier haben wir einfach unsere Hausaufgaben zu erfüllen.

- Die Regelstudienzeit, ein zweiter Punkt, bleibt in konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengängen bei zehn Semestern. Ich habe auch gerade gesagt, aus welchen rechtlichen Gründen. Ausnahmen sind bei entsprechender studienorganisatorischer Gestaltung möglich. Das klingt einfach, muss aber umgesetzt werden. Also auch hier keine Beliebigkeit, das ist zu machen.
- Die Studiengänge müssen Fenster der Mobilität enthalten. Auch das ist verbindlich.
- Der Zugang zu den Masterstudiengängen soll grundsätzlich offengehalten sein, kann jedoch aus Qualitäts- wie aus Kapazitätsgründen begrenzt werden. Auch das sollte man nicht gleich so pauschal sagen, dass es eine Beschränkung ist. Man schaue sich einfach mal an, dass auch bestimmte Qualitäten zu erfüllen sind und nicht nur Quantitäten bei bestimmten Studiengängen.
- Masterabschlüsse können im Einzelfall auch unterhalb von 300 ECTS-Punkten erworben werden. Das heißt also, da ist eine Flexibilisierung drin. Das ist gefordert worden.
- Die Schlüssigkeit des Studienkonzeptes und die Studierbarkeit der Studiengänge sind in der Akkreditierung zu prüfen und zu bestätigen. Auch hier müssen wir sagen, da müssen wir mit Sicherheit ran. Ich will das Thema an der Stelle gar nicht weiten. Die Arbeitsbelastung wird auf ein realistisches und vertretbares Maß zurückgeführt. An der einen Stelle haben Sie auch schon davon gesprochen, Herr Kreher.

Auch das, was ich jetzt sage, ist etwas, was nicht eine Kultusministerkonferenz hätte regeln müssen.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Aber ein bisschen hat man mich von Oktober bis zum Dezember auch damit getrieben, dass ich gesagt habe, wenn es nicht anders geht – das habe ich immer, in jedem Interview gesagt –, dann könne ich mir vorstellen, dass ich das einbringe. Und nun ist es auch passiert, dass ich gesagt habe, Module sollen einen Umfang von mindestens sechs ECTS-Punkten haben. Da war ja der Vorwurf der Studierenden in Deutschland nach Kleinteiligkeit zu vernehmen, dass das mitunter nur drei, zwei Punkte oder einen Punkt bringt. Und sie werden in der Regel mit nur einer Prüfung abgeschlossen. Auch das ist eigentlich kein Beschluss, den wir auf der Ebene von ländergemeinsamen Strukturvorgaben hätten erarbeiten müssen. Wir haben ihn jetzt also erarbeitet.

 Und achtens. Die wechselseitige Anerkennung wird entsprechend der Lissabon-Konvention verbessert.
 Die Anerkennung für Module oder andere Teilleistungen ist zu erteilen, wenn hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen keine wesentlichen Unterschiede bestehen. Dadurch wird die Mobilität gefördert. Das ist wirklich ein dickes Brett und da müssen wir alle sehr genau hinschauen, dass hier nichts unter die Räder gerät, dass hier dann auch die Mobilität vonstatten geht.

Bei uns im Land, muss man einfach sagen, haben die Fachhochschulen von vornherein eine spezifische Form der Umsetzung gewählt, nämlich überwiegend siebensemestrige Bachelorstudiengänge. Man muss in die Pressemeldungen vom Januar 2009 reingehen. Da haben teilweise die Hochschulen veröffentlicht, wie die Umstellung aussieht. Das ist ja ein bisschen in Vergessenheit geraten. Da sieht man, welchen Weg wir hier gegangen sind. Die Curricula sind klar strukturiert und entsprechen auch dem Typ des Lernens, der an dieser Hochschulart dann gepflegt wird. Verbesserungsbedarf existiert hier in Einzelfällen. Auch das haben die Rektoren vorgetragen und dem wollen wir uns annehmen.

Ein Wort zur HMT, zur Hochschule für Musik und Theater. Hier sind die neuen gestuften Studiengänge entwickelt worden und stellen sich im Januar zur Akkreditierung. Dabei wird die Agentur die Eckpunkte der Kultusministerkonferenz und die Besonderheiten einer Kunsthochschule berücksichtigen. Das begrüße ich außerordentlich. Was uns auch freut, das sage ich auch schon mal an dieser Stelle für das Hohe Haus: Das Ministerium ist zur Begehung durch die Akkreditierungskommission eingeladen. Das ist auch ein wichtiger Punkt. Wer sich auskennt in diesen ganzen Gesprächen, weiß, dass wir diese Blackbox auch ein wenig aufmachen können.

Die größte Aufgabe haben natürlich an dieser Stelle auch die Universitäten vor sich. Beide Universitätsleitungen haben sich positiv zu den Anliegen der Studierenden geäußert und werden bessere Studienbedingungen schaffen.

An der Universität Greifswald ist eine fakultätsübergreifende Arbeitsgruppe, hier unter der Leitung des Prorektors für Studium und Lehre, eingerichtet, die die Bachelorstudiengänge auf den Prüfstand stellen und vor allem hier die Prüfungsbelastung kritisch anschauen wird. Auch das haben die Studierenden, gerade auch von Greifswald, vorgetragen.

Die Universität Rostock wird in einer sogenannten Bologna-Woche ab 11. Januar 2010, also mit Beginn des neuen Jahres, sämtliche Bachelorstudiengänge einer Revision unterziehen. Der Rektor geht nach eigener Aussage mit großer Zuversicht in diese Gespräche.

Und dann werden wir uns, wie ich bereits gesagt habe, am 26. Januar im Bildungsministerium zusammensetzen, um eine erste Bilanz zu ziehen. Beide Universitäten werden die notwendigen Änderungen ausarbeiten und im Laufe des Sommers durch die Gremien bringen, sodass zum kommenden Wintersemester mit erneuerten Bachelorstudiengängen gerechnet werden kann.

Wenn wir jetzt diesen ganzen Fahrplan haben, sage ich auch noch ein Datum: Im März sitzen wir nämlich in Budapest. Das ist ein Punkt, der hier auch schon anklang: Wir müssen natürlich nicht nur auf Deutschland schauen, sondern wir müssen sehen, wie wir gerade auch hier international kompatibel bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Studierenden kritisieren in ihren Protesten auch die zu geringe

Ausstattung der Hochschulen. Auch Herr Bluhm ließ es hier anklingen nach dem Motto: Glauben wir nun, dass genug Finanzen in dem System sind? Ich finde, in dem nun beschlossenen Haushalt sehen wir für das Jahr 2010 eine Steigerung des Budgets der Hochschulen um 7,6 Prozent vor. Für das Jahr 2011 sind nochmals rund 2 Prozent Steigerung eingeplant. Allein in diesen beiden Jahren nehmen wir fast 29 Millionen Euro zusätzlich in die Hand

Ich will an dieser Stelle sagen, natürlich könnte es vielleicht auch mehr sein. Aber Sie alle wissen doch in diesem Haus, in welcher angespannten Situation wir sind. Ich finde, das Land geht bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit, hat zwei Schwerpunkte gesetzt. Darüber haben Sie hier debattiert und das sollte man nicht kleinreden. Das sollte man wirklich nicht kleinreden. Denn wenn wir es über Schulden finanzieren, welchen Gefallen würden wir dann der jungen Generation tun in dieser Frage? Wenn wir Einsparungsmöglichkeiten an anderer Stelle sehen, die wir zugunsten des Bildungssystems dann nutzen können, ich glaube, da werden Sie in mir nicht nur einen Partner haben, sondern da werden wir hier übergreifend zusammenarbeiten können. Aber die Landesregierung und auch der Haushaltsgesetzgeber, finde ich, können mit diesem Haushalt sehr zufrieden sein. Mit dieser gemessen an den schwierigen Zeiten eben bemerkenswerten Aufstockung sichern wir die Zukunft hier für unsere Hochschulen. Die Qualität der Lehre kann aufrechterhalten werden, die Forschung intensiviert werden.

Dass wir auf dem richtigen Weg sind, zeigen die erneut gestiegenen Studierendenzahlen an unseren Hochschulen. Auch das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Zur Stunde 38.425 Studenten in Mecklenburg-Vorpommern sprechen, wie ich finde, eine überzeugende Sprache. Aber auch hier sollten wir im Blick haben, gerade auch hier im Hohen Haus, und Max Planck in Rostock hat es uns ja vorgerechnet, die Demografie ist nicht nur ein Problem Mecklenburg-Vorpommerns, sondern es ist ein Problem der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union. Man schaue genau hin!

Das heißt also, diese Wellen kommen doch letztendlich auch an anderer Stelle an und das macht es doch umso schwieriger, bestimmte Zahlen von Studierenden dann auch zu halten, denn das ist ein Wettbewerb. Aber die Frage der Demografie ist nicht von der Hand zu weisen. Insofern sind wir sehr froh, zur jetzigen Stunde hier mit diesen hohen Studentenzahlen aufwarten zu können.

Für sie stehen auch die Sondermittel – auch das sei an dieser Stelle noch mal gesagt, weil das in der Diskussion, ich verstehe das auch, von Hochschulseite manchmal ein bisschen in Vergessenheit gerät –, des Hochschulpaktes zur Verfügung, dessen Fortführung bis 2015 bereits erfolgreich verhandelt ist. Das vielleicht auch zur aktuellen Finanzsituation.

Wir vergessen ja, dass wir drei Hochschulpakte erfolgreich verhandelt haben. Es hat noch nie in Deutschland – weder vor der Vereinigung noch mit der Vereinigung noch nach der Vereinigung – so viel Geld zur Verfügung gestanden wie zum jetzigen Zeitpunkt: 18 Milliarden, was die drei Pakte betrifft, einschließlich dem, was wir hier tun, und noch mal über die 12 Milliarden, über deren Verteilung und Struktur wir jetzt reden. Das, denke ich, ist auch eine ganz klare Sprache, die man nach außen hin kommunizieren muss.

Auch die Forschung bietet in unserem Land immer wieder neue Erfolgsmeldungen. Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Grundlagenforschung wird stetig ausgeweitet. In den Wettbewerben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erreichen die Universitäten des Landes gerade in diesen Tagen wieder vordere Plätze und fahren Drittmittel im zweistelligen Millionenbereich ein. Wir brauchen also auch hier, finde ich, uns nicht gegenseitig Nachhilfeunterricht zu erteilen. Das sind Leistungen, die unsere Hochschulen, unsere außeruniversitären Einrichtungen aufbringen, und die sind bemerkenswert.

Zudem haben wir im Koalitionsvertrag festgehalten, dass in Mecklenburg-Vorpommern keine Gebühren für das Erststudium erhoben werden. Damit entsprechen wir den Forderungen der Studenten nach einem kostenfreien Erststudium und sichern auch finanzschwächeren jungen Menschen die Möglichkeit zum Studium. Sozialer und gerechter geht es nicht. Ich sage es auch noch mal ganz deutlich an dieser Stelle: Studiengebühren wird es mit mir in diesem Land nicht geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um den Erfolg im Fortschreiten des Bologna-Prozesses sichtbar zu machen, bedarf es auch eines Berichtssystems, das aussagekräftige Informationen über Studienverlauf und Studienerfolg bereithält. Insofern begrüße ich ausdrücklich den vorliegenden Antrag der Fraktionen der CDU und SPD. Gemeinsam mit den Hochschulen arbeitet mein Haus an einem System des Hochschulmonitorings, das regelmäßig quantitative Analysen zur Effizienz an den Hochschulen erlaubt. Wir haben jetzt einen ersten Entwurf und insofern, glaube ich, wird der Antrag dies hier untersetzen, dass wir Daten und Kennzahlen brauchen, die alle wesentlichen – und so hatte es Frau Lochner-Borst ausgeführt –, die alle wesentlichen Informationen bereitstellen. Dies muss geleistet werden.

Technisch lässt sich ein solches Daten- und Kennzahlensystem nur durch eine den Hochschulbedürfnissen entsprechend angepasste Software realisieren, auch das muss man an dieser Stelle sagen, die alle relevanten Prozesse an der Hochschule in Forschung, Studium und Lehre sowie Dienstleistungen abbildet. Hierzu, denke ich, wird dann auch ein System angeboten durch die HIS GmbH.

Die Einführung von diesem System muss über mehrere Stufen laufen und bindet erhebliche sächliche und auch personelle Mittel. Es muss beabsichtigt sein, die Hochschulen dann aus einem Titel im zentralen Hochschulkapitel zu unterstützen, auch das will ich ausdrücklich an dieser Stelle schon sagen.

Neben diesem allein auf Mecklenburg-Vorpommern bezogenen System ist seit zehn Jahren auch der Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich für Universitäten und Fachhochschulen, abgekürzt AKL, die meisten kennen das, in den Ländern Berlin, Bremen, Hamburg, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein etabliert. Der Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich wird auch hier stetig aktualisiert und fortgeschrieben und ich finde, er bleibt aufgrund seiner länderübergreifenden Funktion in seiner Aussagekraft unverzichtbar.

Sowohl dieses Onlinesystem als auch die länderübergreifenden Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleiche erlauben uns zeitnahe und regelmäßige Aussagen, auch zur Effizienz des Bologna-Prozesses. Und ich finde, das, was hier angesprochen worden ist, nämlich die Frage Studiendauer, Schwundquoten, Auslandssemester sowie Übergangsquoten vom Bachelor zum Master, das sind wichtige Indikatoren, die sie brauchen, die wir brauchen, um dieses System dann weiterzuentwickeln.

In dem Antrag der Koalitionsfraktionen ist auch die Frage einer Musterprüfungsordnung angesprochen, die dazu beitragen soll, die Prüfungsdichte und Verschulung des gestuften Studiensystems zu reduzieren und die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen verbindlich zu regeln. Ich darf ankündigen, dass die derzeit in Vorbereitung befindliche vierte Novelle zur Änderung des Landeshochschulgesetzes einen Verweis auf die jeweilige Beschlusslage der Kultusministerkonferenz enthalten wird. Insofern habe ich auch hier die eine oder andere Forderung jetzt schon beim Einbringen der Anträge verstanden. Es ist also auch künftig vorgesehen, das von der Kultusministerkonferenz Festgelegte unmittelbar im Land umzusetzen. Weiterer Landeshochschulgesetzesänderungsbedarf besteht dann an dieser Stelle nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Antrag der FDP "Abschaffung der Kapazitätsverordnung". Es ist unbestritten, Herr Kreher, dass in der Zeit des neuen Steuerungsmodells den Hochschulen eine gesteigerte Verantwortung - auch das haben Sie ausgeführt - für ihre Profilbildung, in diesem Zusammenhang für die Qualitätssicherung in Studium und Lehre zukommt. Auf der anderen Seite sind und bleiben die Hochschulen staatliche Einrichtungen, auch das wird ja deutlich beim Beschluss des Haushaltes heute, überwiegend finanziert aus öffentlichen Mitteln. Als solche stehen sie neben der Gewährleistung von Lehre und Forschung in der Pflicht, dem grundrechtlichen Anspruch junger Menschen auf freie Studien- und Berufswahl so weit wie möglich dann auch Rechnung zu tragen. Dies ist auch ein Stück Bildungsgerechtigkeit in Deutschland, wie wir wissen, und wir können auch heute konstatieren, die bei Weitem noch nicht überall und durchgängig realisiert ist. Ich möchte auch an den Hochschulpakt erinnern, der bis 2015 vereinbart ist. Hieraus erwächst dem Land die Verpflichtung, auch bei schwierigeren demografischen Entwicklungen die Zahl der Studienanfänger möglichst hoch zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kapazitätsverordnung ist als rechtliches Instrumentarium zur Bemessung der maximalen Aufnahmekapazität dann infolge des sogenannten Numerus-clausus-Urteils des Bundesverfassungsgerichts entstanden. Auch das sei uns nochmals in Erinnerung gerufen. Das Gericht befasste sich mit der Frage, inwieweit der Hochschulzugang eingeschränkt werden darf, und hat festgestellt, dass prinzipiell jeder Studienbewerber Anspruch auf einen Studienplatz hat.

Zulassungsbeschränkungen für Studienanfänger sind demnach nur verfassungsmäßig, erstens, wenn sie in den Grenzen des unbedingt Erforderlichen und erschöpfender Nutzung der vorhandenen Ausbildungskapazitäten angeordnet werden, und zweitens, wenn die Auswahl und Verteilung der Bewerber nach sachgerechten Kriterien mit einer Chance für jeden an sich hochschulreifen Bewerber und unter möglichster Berücksichtigung der individuellen Wahl des Ausbildungsortes erfolgen. Das heißt also, bei Bewerberüberhang ist sonach die Anzahl der Studienplätze möglichst hoch zu halten. Solange ein Mangel an Studienplätzen existiert, muss eine geregelte und rechtsstaatlich korrekte Verteilung dieser Studienplätze erfolgen.

Ziel, so habe ich es jedenfalls verstanden, des FDP-Antrages ist es, die Hochschulen im Land von derlei Einschränkungen zu befreien. Dadurch soll für die Hochschulen ein neuer Entwicklungsspielraum entstehen, der in erster Linie den Studierenden zugute kommt, der aber auch umfangreichere Forschungsaufgaben an den Hochschulen und insgesamt bessere Rahmenbedingungen ermöglicht.

Herr Kreher, ich finde, hier liegt jedoch ein Missverständnis vor. Die Kapazitätsverordnung selbst schreibt nämlich ausdrücklich vor, dass bei der Bemessung der maximalen Aufnahmekapazität die Qualität in Forschung und Lehre und geordnete Aufgabenwahrnehmung gewährleistet bleiben müssen. Die Kapazitätsverordnung ist somit selbst an der Balance von Quantität und Qualität orientiert. Sie soll gewährleisten, dass nicht zu wenige, aber auch nicht zu viele Studierende zugelassen werden.

Gegenwärtig werden alternative Modelle zur Kapazitätsverordnung diskutiert. Ich vermute mal, der FDP schwebt das Vereinbarungsmodell vor, das heißt die Festlegung von Aufnahmekapazitäten in Zielvereinbarungen.

#### (Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Aber angesichts der geschilderten rechtlichen Situation werden auch die vereinbarten Kapazitäten nach einem dem Grundrecht aus Artikel 12 genügendem Modus zu berechnen sein. An dem Erfordernis der erschöpfenden Ressourcennutzung entsprechend der Intention der Kapazitätsverordnung kommt keines der alternativen Modelle vorbei. Und daher schlage ich vor, dass wir uns wirklich mit den tatsächlichen Herausforderungen der Studienreformen, wie oben dargelegt, beschäftigen und wirklich, Herr Kreher, vielleicht auch noch in der Anhörung, aber auch in Einzeldiskussionen im Ausschuss dahin kommen und sagen, dass wir hier dann für unser Land doch schon eine gewisse virtuelle Diskussion vollführen an dieser Stelle und wir uns vielleicht mit den Problemen befassen, die ich eingangs hier geschildert habe. Das ist einfach nur eine herzliche Bitte von meiner

Ich finde, um damit abzuschließen, die letzten Monate haben gezeigt, die Umsetzung der Bologna-Ziele muss begleitet werden. Ich glaube, wir müssen alle sehr genau hinschauen. Ich finde, wir stellen uns dieser Aufgabe. Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir uns dieser Aufgabe gemeinsam stellen, um die Studienbedingungen und die Studieninhalte hier mit den Universitäten und Hochschulen qualitativ und quantitativ bestmöglich zu sichern. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Minister.

Die angemeldete Redezeit wurde mit acht Minuten überschritten, sodass entsprechend unseres Paragrafen 85 diese Redezeit der Opposition zur Verfügung steht.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Herr Bluhm.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Minister, danke schön für die Rede. Sie hat deutlich gemacht, wir sind in den meisten Fragen überhaupt nicht auseinander.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Oh, dann müssen wir abstimmen.)

Wir sind in vielen Fragen auf einer gemeinsamen bildungspolitischen Basis. Ich gehe davon aus, selbst wenn eine Oppositionsrede etwas kritischere Töne hat als eine der Koalition, dass das trotzdem nicht zu einem Gegensatz in der Argumentation führt.

Natürlich bleibt es dabei, wenn die Kultusministerkonferenz bestimmte Dinge formuliert hat. Und das haben wir ja gar nicht so sehr kritisiert, sondern wir haben nur kritisiert, dass es vor allen Dingen zuerst einmal um viele Dinge geht, die an den Hochschulen selbst realisiert werden müssen, und wir haben als Oppositionsfraktion darauf aufmerksam gemacht, dass das allein aber nicht reichen wird in der Perspektive. Das ist der erste richtige Schritt und ich finde auch, dass der Dialog, der hier bei uns im Lande stattfindet, eine andere Qualität hat, als man ihn in anderen Bundesländern findet, und das finde ich gut so. Er ist nämlich auf einem wirklich hohen Niveau und das hat auch mit den handelnden Personen zu tun, das will ich dann als Opposition an dieser Stelle ausdrücklich sagen.

Zweiter Punkt: Natürlich haben wir heute Vormittag den Haushalt behandelt und er wurde verabschiedet. Und wer sich daran erinnert, wird von meiner Fraktion jedenfalls keine großartigen Kritiken gehört haben, was die finanzielle Entwicklung des Hochschulbereiches betrifft. Das haben wir nicht formuliert, das hat auch mein Kollege Professor Methling nicht gemacht. Nichtsdestotrotz haben wir bereits mehrfach in diesem Hause darüber geredet, wie denn der Bildungsgipfel des vergangenen Jahres und der Bildungsgipfel des gestrigen Tages in den nächsten Monaten umzusetzen sein wird. Und da ist eben nicht klar, ob ein Großteil der 13 Milliarden Euro wieder in die Hochschulen fließen wird nach dem Jahr 2015 oder wie man überhaupt bis zu der 10-Prozent-Regelung in den Jahren bis 2015 kommt.

Von daher ist der Haushaltsvollzug für 2010/2011 mit dem entsprechenden Beschluss des Parlaments heute gesetzt. Zusätzliche Mittel wären nur möglich über entsprechende Nachtragshaushalte und von daher ergeben sich natürlich Diskussionen auch in der Frage, wie entsprechende finanzielle Umsetzungen der Vereinbarungen des Bundes und der Länder tatsächlich realisiert werden sollen.

Vielleicht bin ich mit der Formulierung der Abschaffung des Bildungsföderalismus nicht ganz richtig verstanden worden. Ich finde schon, dass es vernünftig ist, dass, solange es die Länderhoheit in dieser Frage gibt, die entsprechende Vereinbarung gemeinsamer Strukturvorgaben zum Beispiel der richtige Weg ist. Der richtige Weg ist der, der dazu führt, dass es zu einer vergleichbaren Situation im Rahmen der Studienbedingungen und der sozialen, der finanziellen Situation der Universitäten und Fachhochschulen in diesem Lande, in der Bundesrepublik kommt.

Von daher weiß ich natürlich auch um die unterschiedliche Diskussion in meiner Partei. Aber das ist ja nicht nur in meiner Partei so. Das ist eben eine bundesdeutsche Diskussion und da ist die Frage 12- oder 13-jähriges Abitur nur eine von vielen weiteren. Von daher ist die Frage der Weiterentwicklung der Bildungspolitik in Deutschland insgesamt auf der Tagesordnung.

Zum Antrag der Fraktion der FDP an dieser Stelle noch einige Bemerkungen: Er gehört im engeren Sinne jedenfalls nicht zu den beiden anderen Anträgen, die zumindest die Studentenproteste in Bezug auf die Frage der Umsetzung von Bologna zum Gegenstand hatten, jedenfalls nicht im engeren Sinne, aber, Herr Kreher, im weiteren Sinne natürlich. Deswegen macht es ja auch Sinn, denn die Kapazitätsverordnung gehört zum Paket der Hochschulreformen und der weiteren Hochschulentwicklung. Die Kapazitätsverordnung und ihre Folgen sind in der Tat eine relativ, so kann man das formulieren, schwer verdauliche Materie und ein Musterbeispiel für ausufernde Bürokratie und Regelungswut.

In der "Zeit" konnte man unter der Überschrift "Die fiese Formel" schon 2007 lesen, ich darf aus der "Zeit" zitieren: "Es ist ein Wortungetüm, dessen bürokratischabschreckender Klang noch eine Untertreibung ist für die verworrene Komplexität, die es umschreibt: Die sogenannte KapVO ist ein besonders grausames Relikt der Bildungsexpansion der Siebziger, ein Stück Planwirtschaft, das es bis in die Gegenwart von Exzellenzinitiative und Bologna-Reform geschafft hat." Ende des Zitats.

Im Kern regelt diese Kapazitätsverordnung den Zugang der Studierenden zu den Hochschulen in Abhängigkeit von den dort vorhandenen Kapazitäten. Auf die Notwendigkeit dieser Regelung hat der Minister in Bezug auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil bereits hingewiesen. Die Hochschulen müssen die berechneten Kapazitäten tatsächlich dann sicherstellen, wenn sie entsprechend der Verordnung ermittelt sind. Sie haben damit keine Spielräume, um zum Beispiel bessere Betreuungsverhältnisse zu schaffen, indem sie weniger Studierende immatrikulieren. Das ginge auch nicht, wenn es für die Profilbildung der Hochschulen nützen würde. Das ist ja das Problem, was wir auch sozusagen bei uns im Lande in der Umsetzung der Kapazitätsverordnung vorfinden.

In dem schon erwähnten Artikel in der "Zeit" werden die Konsequenzen an einem Beispiel mit Begriffen beschrieben, das ich aber, damit es das verdeutlicht für alle die, die sich nicht damit befassen, gern zitieren möchte. Ich darf noch mal aus der "Zeit" zitieren: "Man stelle sich das Magisterstudium Germanistik an einer beliebigen deutschen Massen-Uni vor, inklusive überfüllter Hörsäle und überquellender Seminarräume. Am liebsten würde die Uni-Präsidentin einfach 20 Prozent weniger Erstsemester zulassen, doch das darf sie nicht, denn das Wissenschaftsministerium schreibt ihr die Zahl der Studienplätze vor. Um trotzdem auf die berechtigten Proteste der Studenten einzugehen, wagt die Präsidentin den Konflikt und schafft eine neue Germanistikprofessur – auf Kosten der Anglistik, die einen Lehrstuhl verliert. Doch der ganze Ärger ist umsonst, denn jetzt greift die Kapazitätsverordnung: Mehr Germanistikprofessoren bedeuten automatisch mehr Germanistikstudenten, die KapVO legt das so fest - und die Studenten leiden weiter." Ende des Zitats.

In dem Sinne werden Sie sagen: So was Schwachsinniges! Da ist ja gewissermaßen was dran, aber das ist hochschulpolitische Realität und von daher ist also der Antrag, den hier die Fraktion der FDP vorgelegt hat, eben in der Tat ein Regelungsgegenstand auch in Umsetzung des Bologna-Prozesses und der Mobilitätsregelung für die Studierenden. Ich glaube, dass die Kapazitätsverordnung von erheblicher finanzpolitischer Bedeutung ist, auch in ihrer Umsetzung, denn natürlich, auch das hat der Minister gesagt, liegt das Primat bei der Kapazität und Quantität und eben nicht bei der Qualität. Wenn es um Qualität vom Studium geht, dann ist eine Kapazitätsverordnung, so, wie sie im Moment gilt und gestrickt ist, manchmal auch ein Hemmnis.

Nun ist mit dem Bologna-Prozess eine neue Diskussion auch über die Zweckmäßigkeit dieser Verordnung entbrannt. Einigkeit besteht lediglich bei der Abschaffung. Wie aber ein Substitut aussehen soll, wie diese ohne Frage komplizierte Beantwortung einer neuen Lösung, die im Wesentlichen bestimmte finanzielle und Kapazitätsfragen, Schwerpunktbildungen der Universitäten und Profilbildungen sozusagen unter einen Hut bringen soll, das ist in vielen Fragen strittig. Von daher muss ich aber trotzdem sagen: Der Antrag der Fraktion der FDP wird der Komplexität dieses Problems eher nicht gerecht und eine schnelle Lösung, so, wie Sie sie thematisch mit Ihrem Antrag vorschlagen, ist aus meiner Sicht auch von einer Landesregierung, die ganz energisch daran arbeitet, so schnell überhaupt nicht machbar.

Durch welche Vorschriften soll die Kapazitätsverordnung ersetzt werden? Ein Vereinbarungs- oder Bandbreitenmodell wäre da in der Diskussion. Eine Favorisierung erschließt sich mir aber für die eine oder andere Seite im Moment ohne die entsprechende Datensituation hier im Lande nicht.

Welche Folgen hat eine Abschaffung im föderalen Bildungssystem, was wir ja haben, in Bezug auf andere Bundesländer, wenn wir einen Alleingang machen? Auch das ist eine zu beantwortende Frage.

Wie wird – und der Minister hat auch darauf hingewiesen – das den Grundsätzen des Urteils, also die neue Lösung des Bundesverfassungsgerichts von 1973 bezogen auf den Rechtsanspruch für einen Studienplatz überhaupt gerecht?

Welche Auswirkungen sind für die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen des Landes zu erwarten?

Von daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre meine Fraktion dafür, die entsprechenden Anträge in den Ausschuss zu überweisen.

Nun habe ich allerdings der Rede des Ministers sehr interessiert zugehört und ich habe festgestellt, dass die Punkte, die die Koalitionäre in ihrem Antrag formuliert haben als Aufgaben an die Landesregierung, von der Landesregierung längst bearbeitet werden. Da erinnere ich mich dann wieder an die Situation, in der sozusagen bei bestimmten Anträgen der Oppositionsfraktionen, da würde ich mal DIE LINKE und die FDP nehmen, dann immer als Ablehnungsgrund formuliert wird, nach dem Motto: Macht die Regierung längst, brauchen wir nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Habt ihr früher aber auch gemacht.)

Jetzt wieder ein Musterbeispiel dafür! Also wenn der Minister nicht so explizit darauf eingegangen wäre, hätte ich gesagt: Gut, machen wir, stimmen wir zu, kein Thema. Aber in der Frage macht tatsächlich eine Ausschussüberweisung, was diesen Antrag betrifft, eigentlich keinen Sinn mehr. Ich werde dann mit meinen Kollegen noch mal verhandeln, was wir da machen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Machen wir jetzt eine Auszeit? – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Nein, nein. Das werden wir schon so am Rande vereinbaren können.

Aber was sozusagen die beiden Anträge meiner Fraktion und den Antrag der Fraktion der FDP betrifft, würde ich Sie dringend bitten, sie doch auch vor dem Hintergrund der im April stattfindenden Anhörung in den entsprechenden Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturausschuss zu überweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde zu den beiden Anträgen, über die wir jetzt gerade diskutieren, sowohl im Namen der CDU-Fraktion als auch im Namen der SPD-Fraktion sprechen, weil mein Kollege Herr Brodkorb nicht mehr hier im Hause sein kann.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so? Ist er auch krank?)

Das kann mal vorkommen, Frau Borchardt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das stimmt.)

Und dann gibt es Momente, wo man so eine Bemerkung auch mal runterschlucken kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu unserem Antrag habe ich bereits in der Einbringung einiges gesagt. Ich möchte mich jetzt mit den beiden Anträgen von der Fraktion der FDP und der Fraktion DIE LINKE befassen. Ich beginne mit dem Antrag der Fraktion der FDP, der die Abschaffung der Kapazitätsverordnung im Prinzip beantragt und eine Ersetzung durch eine Vereinbarung mit den Hochschulen vorsieht, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Kollege Kreher.

Dieser Idee vom Zentrum für Hochschulentwicklung, die von der FDP hier aufgenommen wurde, kann ich, kann meine Fraktion, das möchte ich an dieser Stelle nicht verhehlen, an einigen Stellen etwas abgewinnen – zum einen, wenn man darüber nachdenkt, dass im Bereich Lehre Optimierungseffekte eintreten könnten, dass es eine Verbesserung der Betreuungsrelationen geben könnte, dass solche Vereinbarungen sicherlich auch zur Profilwertung der jeweiligen Hochschulen beitragen und den Wettbewerb unter den Hochschulen stärken würden.

Es gibt aber auch an dieser Kapazitätsverordnung beziehungsweise ihrer Abschaffung eine andere Seite – auch darauf hat das CHE hingewiesen – und das ist dann der Grund, warum wir Ihren Antrag dazu ablehnen werden, denn zum heutigen Zeitpunkt überwiegt dieses Argument durch das CHE und das sind die rechtlichen Risiken, die hinter einer Abschaffung der Kapazitätsverordnung stehen würden.

Wie Sie wissen, gibt es zu dieser Angelegenheit bereits ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches die erschöpfende Nutzung aller Kapazitäten fordert. Wir müssen also eine Beibehaltung der heutigen Kapazitäten ohnehin gewährleisten, so zumindest das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Sollte sich eines Tages herausstellen, dass die Einführung anderer Modelle irgendwann sachlich kein Grund mehr ist, vorhandene Kapazitäten zu vermindern, dann können wir Ihren Antrag sicherlich noch mal diskutieren. Zum heutigen Zeitpunkt sehen wir dazu keine Möglichkeiten.

Darüber hinaus möchte ich aber darauf hinweisen, dass wir auch Teilnehmer am Hochschulpakt sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ein bisschen spät.)

Auch dort kommen wir in gewisse Schwierigkeiten, wenn wir die Kapazitätsverordnung abschaffen würden, denn wir müssen als Teilnehmer für alle Studierwilligen eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen zur Verfügung stellen. Leider sind wir hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht in der schönen Situation wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen, die diese Problematik ganz locker mit der Neugründung von Fachhochschulen umgehen können. Diese Möglichkeiten haben wir nicht und in unseren Augen steht auch das einer Abschaffung der Kapazitätsverordnung zum heutigen Zeitpunkt entgegen.

Nun zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Ja, Herr Kollege Bluhm, wir nehmen ernst, was die Studierenden in den letzten Wochen gefordert haben. Wir nehmen die Forderungen sogar so ernst, dass wir schon vor den beginnenden Studentenprotesten in unserem Land als Koalitionsfraktionen den Bildungsminister gebeten haben, den Bildungsausschuss über die Ergebnisse der KMK am 15. Oktober 2009 in Waren zu unterrichten.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Nein, die KMK in Waren war lange, bevor die Studentenproteste angefangen haben, Herr Kollege Koplin. Aber ich glaube, das sollten Sie aus Ihrer Teilnahme am Bildungsausschuss auch wissen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich sage hier aber auch ganz klar und deutlich, dass ich keinerlei Verständnis dafür habe, wenn man erst einmal eine Hochschule besetzt und dann darüber nachdenkt, wogegen man eigentlich demonstrieren will. Jeder, der sich mit den Protesten der letzten Wochen genauer befasst hat, wird zugeben müssen, dass der wesentlich größere Teil der Studierenden nicht an den Protesten teilgenommen hat und sich im Gegenteil in zahlreichen Internetplattformen zusammengeschlossen hat gegen die Besetzung ihrer Hochschulen, weil sie einfach in Ruhe weiterstudieren wollten.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und das, Frau Borchardt, muss man auch mal laut sagen dürfen und auch in diesem Hause hier.

Meine Damen und Herren, in der letzten Woche hat die KMK erneut den Bologna-Prozess auf ihrer Tagesordnung gehabt, nicht wegen der Studentenproteste, sondern weil man schon nach den Beschlüssen von Waren eine Folgekonferenz verabredet hatte. Die Bildungsministerien der Länder befassen sich nämlich schon seit dem Frühjahr mit den Umsetzungsproblemen von Bologna und diese Information steht nicht nur den Koalitionsfraktionen zur Verfügung, sondern jedem geneigten Fachpolitiker, der sich ein wenig auf den Internetseiten der KMK umschauen mag.

Ich zähle aber trotzdem noch einmal die Punkte auf, die deutlich machen, warum wir Ihren Antrag heute ablehnen werden. Der Maßnahmenkatalog der KMK sieht vor, die Akzeptanz des Bachelorabschlusses als ersten berufsqualifizierenden Abschluss durch die Einbindung künftiger Arbeitgeber und Alumni zu erhöhen. Weiter sollen die Studiengänge bei der Reakkreditierung auf inhaltliche Fülle und Prüfungsdichte überprüft werden. Landespolitisch wollen wir das mit unserem Antrag beschleunigen. Die Anerkennung von Prüfungs- und Studienleistungen soll vorangetrieben werden. Darüber hinaus hat sich die

KMK in der letzten Woche mit den folgenden Bereichen befasst: Verbreiterung der wissenschaftlichen Qualifizierung, Flexibilisierung der Masterzugänge und die Flexibilisierung der Workload.

Das, was Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, hier fordern, ist also längst im Gange. Das Budget für unsere Hochschulen wurde mit der Verabschiedung des Haushaltes heute um 7,6 Prozent für 2010 erhöht. Im Jahr 2011 wird nochmals ein Prozent hinzukommen. Damit erübrigt sich dann auch der zweite Punkt Ihres Antrages.

#### (Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Und auch für den dritten Antragspunkt können wir keine Notwendigkeit erkennen, da wir ohnehin zeitnah im Bildungsausschuss über die neuesten Entwicklungen informiert werden. Und an dieser Stelle versichere ich Ihnen auch als Ausschussvorsitzende, dass ich sehr wohl darauf achten werde, dass das auch weiterhin geschieht. Darüber hinaus haben wir auf Vorschlag des Kollegen Brodkorb eine Anhörung zu dem Thema im Ausschuss beschlossen.

Nun zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Auch die meisten der hier von Ihnen aufgelisteten Punkte werden bereits bearbeitet. Die Frage des öffentlichen Dienstes wurde zum Beispiel gestern auf der Landesebene durch den Beschluss des Beamtenrechts geregelt. Und an diesem Punkt zeigt sich wieder einmal mehr, wie Sie arbeiten, meine Herren von der FDP. Sie hätten sich wenigstens die Mühe machen können, diesen Punkt aus Ihrem alten wieder eingebrachten Antrag herauszunehmen.

## (Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte jedoch auf zwei Punkte Ihres Antrages noch näher eingehen.

Zum ersten Punkt, mit dem Sie entgegen Ihrer Begründung die von Ihnen selbst eingeforderte verantwortungsvolle Abwägung zunichte machen: Was heißt für Sie in der FDP, ich zitiere "anwendungsgerechte Kenntnisse, die zum optimalen Einstieg ins Berufsleben führen"? Eine arbeitsmarktbezogene Qualifizierung ist eine der Kernaussagen der Bologna-Erklärung. Was also verfolgen Sie mit dieser Aussage, Herr Kreher?

Bologna sieht vor, nicht nur für die Wissenschaft auszubilden. Aber es kann und darf auch nicht sein, dass wir nur noch arbeitsmarkt- und nachfragebezogen ausbilden. Diese Intention könnte man jedoch hinter Ihrer Aussage vermuten. Und vielleicht widerlegen Sie das in Ihrer Rede. Ich sage aber - zumindest so, wie ich es jetzt verstehe - ganz deutlich, dass wir ohne Wissenschaft und Forschung gar nicht über optimale Einstiege ins Berufsleben zu reden brauchen, denn würden wir nur noch für den Markt ausbilden, dann würden Entwicklungsimpulse, die nun einmal durch Wissenschaft und Forschung entstehen, geradezu wegfallen. Und diese Entwicklungsimpulse in Verbindung mit der Rolle der Hochschulen zur Entwicklung einer europäischen kulturellen Dimension, wie es in der Bologna-Erklärung heißt, die ich vorhin bereits zitiert habe, können Sie nicht nur mit anwendungsbezogenen Kenntnissen erreichen. Neben der technologieorientierten Forschung und Wissenschaft brauchen wir dafür dann auch die Geisteswissenschaften.

Das mag in diesem Zusammenhang nicht in Ihr Weltbild von Wirtschaftlichkeit passen, aber da Sie ja in einem weiteren Punkt Ihres Antrages auch von Persönlichkeitsbildung sprechen, werden nur anwendungs-, berufs-, und arbeitsplatzorientierte Kenntnisse eben nicht ausreichen. Dazu werden auch Sie geisteswissenschaftliche Erkenntnisse brauchen.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Vielen Dank, Herr Glawe.

Und wenn Sie Ihre Antragsbegründung wirklich ernst meinen.

#### (Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

dann denken Sie noch einmal über diesen ersten Punkt Ihres Antrages nach oder Sie erläutern uns hier, wie das zu verstehen ist.

Abschließend möchte ich auch noch auf den letzten Punkt Ihres Antrages eingehen. Ich habe das in einem anderen Zusammenhang bereits in der letzten Woche beim Parlamentarischen Abend der IHK angesagt und ich wiederhole es heute gern. Solange wir in Deutschland glauben, dass unsere Umsetzungsprobleme mit Bologna gelöst werden, wenn wir nur an dem deutschen Ingenieur festhalten, dann haben wir alle zusammen nichts begriffen.

## (Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hat das nötig getan?)

Das tut sehr nötig, ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum, der von der Idee eines Europas des Wissens getragen wird. "Ein" – und ich zitiere – "Bewusstsein für gemeinsame Werte und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen sozialen und kulturellen Raum scheitert in Deutschland an einer rückwärtsgewandten Diskussion um Abschlussbezeichnungen."

Meine Damen und Herren, die deutsche Ingenieurin verliert ihren Wert in der Welt nicht, weil sie einen andern Abschlusstitel führt. Sie beziehungsweise ihre Ausbildung verliert an Wert, weil die Qualität nicht stimmt. Qualität macht sich nicht an einer Abschlussbezeichnung fest, sondern an fehlenden oder schlechten Inhalten. Ich habe noch nie gehört, dass einem Absolventen oder einer Absolventin der Harvard Law School aufgrund der Abschlussbezeichnung Bachelor oder Master qualitätsmindernde Eigenschaften zugeschrieben würden. Das wird auch nicht für unsere Absolventinnen und Absolventen gelten. Nicht ihre Abschlussbezeichnungen, sondern der wissenschaftliche Ruf ihrer jeweiligen Hochschule beziehungsweise Fakultät zählt, auch und gerade für Mediziner, Juristen und Ingenieure.

Den Änderungsantrag der FDP werden wir auch ablehnen.

Meine Damen und Herren, Bologna ist ein Prozess. Es ist ein Verlauf und eine Entwicklung. Es werden neue Aspekte in diesen Prozess einfließen. Andere werden mit der Zeit in den Hintergrund treten. Unsere gemeinsame Aufgabe liegt darin, diesen Prozess zu begleiten. Der gemeinsame europäische Hochschulraum hat keine Alternative. Kleinstaaterei wird uns ein Bestehen in der globalisierten Wissenswelt unmöglich machen. Die entstandenen Probleme liegen nicht in der Idee von Bologna, sie liegen in der schlechten Umsetzung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Lüssow. Bitte, Herr Abgeordneter.

Birger Lüssow, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die seit Monaten andauernden studentischen Proteste machen einmal mehr die Missverhältnisse in diesem Staat deutlich. Da wird eine Zockerbank wie Hypo Real Estate mit 100 Milliarden Euro unterstützt, wogegen für die Bildung in Deutschland – seit jeher der wertvollste Rohstoff – immer weniger Geld zur Verfügung steht.

Die Proteste richten sich also zum einen gegen die chronische Unterfinanzierung der Bildung, zum Zweiten aber auch, ob nun bewusst oder unbewusst, gegen den Bologna-Prozess, den die EU-Bürokraten vor zehn Jahren eingeleitet haben. Im Zuge dieses verschulten 6-Semester-Studiums erfolgt eine Überspezialisierung, in deren Folge die sonst so viel beschworene Mobilität nicht mehr möglich ist. Selbst innerhalb Deutschlands sind Wechsel des Studienortes nahezu unmöglich, ganz zu schweigen von Eigenverantwortung und Kreativität, die ein universitäres Studium in Deutschland seit Generationen auszeichneten.

Die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre kümmert niemanden mehr. Die Systempolitiker haben dies bei dem Bildungsstreik sehr geschickt gemacht. Auf die eigentlichen Probleme wurde gar nicht eingegangen, sodass es am Ende sogar noch hieß, die Kritik der Studenten gegen den Bologna-Prozess sei nicht legitim, weil das, was man an den deutschen Universitäten jetzt umgesetzt habe, ja nicht wirklich Bologna sei. Da sei ein Fehler gemacht worden und mit ein paar Handgriffen würde man dann die Wunschliste der globalen Internationalisten schon durchbekommen können.

Da leuchten die Augen der Wirtschaftsliberalen – Internationalität, Wirtschaftlichkeit. Aber – und das sollten sich die Studenten klarmachen – Bologna wurde nicht schlecht umgesetzt. Das ist das Bildungskonzept dieser Politiker, die hier an der Macht sind: Massenunis, bei denen der Student gar nicht mehr zum Nachdenken kommt, weil er wie ein Masthähnchen mit Wissen abgefüttert wird. So stellen Sie sich ja den modernen Menschen vor – nicht viel fragen, funktionieren. Und wenn einer politisch unkorrekt zur anderen Meinung kommt, dann holt man den Staatsanwalt. Siehe Sarrazin! Siehe NPD!

Nach dem gleichen Strickmuster kann man auch das Thema "Kapazitätenverordnung" beurteilen. Diese Verordnung ist ja schon lange in der Kritik. Warum gibt es sie denn? Das ist ein Ergebnis der linken Katastrophenpolitik der 68er. Nach dem Irrsinn "Abitur für alle" kam der Irrsinn "Studium für alle". In den 70er-Jahren brachen die Universitäten unter dem Ansturm dieser Bildungsreformkinder zusammen und sie mussten Auswahlkritierien schaffen. Die verstoßen zwar gegen Grundrechte, weil jeder einen Anspruch auf einen Studienplatz hat, aber bei Ihrer Politik der Beliebigkeit ist das eben nicht mehr zu realisieren.

Natürlich ist die Kapazitätenverordnung bürokratisch, obwohl sie wenigstens noch mit nachvollziehbaren Kriterien arbeitet, während Ihre Begründung stark nach Willkür aussieht, nach Gekungel. Aber das ist im Prinzip nebensächlich. Das Problem sind die Massenunis und

die sinkende Studierfähigkeit. Verabschieden Sie sich, auch bei der FDP, von Ihrem Gleichheitswahn! Das tun übrigens auch Ihre wirklich liberalen Freunde. Schauen Sie mal, Herr Kreher, in die neue Ausgabe der Zeitschrift "eigentümlich frei"! Da werden Sie etwas lernen über Ihre verkappten Bildungsansätze. Wenn das gegliederte leistungsorientierte Schulwesen endlich wieder greifen würde, dann würden auch nur diejenigen studieren, die dafür geeignet sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da werden Sie ja nicht dazugehören.)

Dann würde es keine überfüllten Massenunis geben und dann könnten Sie auch Ihre Verordnung ersatzlos streichen. Aber dazu müssten Sie die Grundlagen Ihrer Politik ändern. Dann müssten Sie auch Leute akzeptieren, die kein Abitur haben, denn im Grunde genommen ist die ganze LINKE doch verlogen. Sie schwätzt von Chancengleichheit und verachtet tatsächlich jeden anständigen Arbeiter. Sie sind eine Intellektuellenbewegung und Sie haben längst jeden Kontakt zum normalen Volk verloren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir brauchen keine Zielvereinbarung, sondern freie Studenten, die nicht durch solche Verordnungen gegängelt werden, denn nur in einem solchen freien Raum kann sich Neues entwickeln. Aber Neues wollen Sie ja nicht haben, weil Sie zum Alten gehören und als Erstes politisch entsorgt würden, wenn man in Deutschland endlich einmal wieder das sagen könnte, was man denkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Wohin wollen Sie uns denn entsorgen?)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP noch einmal der Vizepräsident Herr Kreher. Bitte, Herr Abgeordneter.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte es vorwegsagen. Es wurde der Antrag gestellt von den LINKEN, alle drei Anträge zu überweisen. Ich habe mir das jetzt noch mal überlegt, dass das wahrscheinlich gar keine Chancen haben wird

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

und wir deshalb auch nicht auf einer allgemeinen Überweisung bestehen, sondern ich will hier klipp und klar sagen, der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist zwar, wie Herr Bluhm gesagt hat, weitergehend, aber er ist auch so allgemein und unbestimmt, dass man konkret mit diesem Antrag nicht sehr viel anfangen kann. Und deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Bei dem Antrag der Koalitionsparteien möchte ich trotzdem noch einmal Folgendes feststellen: Es wurde ja heute hier großer Wert darauf gelegt, dass der Herr Minister nun rechtzeitig im Oktober auf das Ganze reagiert habe, nun gut.

> (Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Kreher, kommen Sie jetzt nicht mit Ihrem abgeschriebenen Antrag!)

Jetzt komme ich mit dem, was wir auch vorher schon getan haben, Frau Lochner-Borst.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Es ist doch nicht wahr, Herr Kreher!)

Es ist auf jeden Fall, Frau Lochner-Borst, jetzt angekommen. Die Probleme der Bologna-Reform können Sie auch nicht mehr länger ignorieren. (Ilka Lochner-Borst, CDU: Das haben wir auch nie getan. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die kritische Evaluation der Bologna-Reformen hätten wir schon längst, schon viel früher besprechen können, wenn Sie nicht einfach den Vorwand genutzt hätten, wir hätten alles abgeschrieben.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Kreher, das stimmt doch nicht. Das wissen Sie doch auch.)

Wir hätten auf jeden Fall darauf eingehen können, Frau Lochner-Borst, egal. Sie wollten es damals nicht. Sie sind damals gar nicht erst aufs Ganze eingegangen. Sie haben einen Vorwand gesucht und das war es dann auch. Und dass sich jetzt nun alle in Trauer ergehen und schmalbrüstige Anträge stellen, ist wirklich scheinheilig. Die FDP-Fraktion hat im September die entscheidenden Forderungen formuliert. Die Studierenden wollen nun Ergebnisse sehen und nicht weiter vertröstet werden.

Und, Herr Minister, Frau Lochner-Borst, schon im Mai 2008 hatte die FDP-Fraktion durch eine Kleine Anfrage auf das Thema aufmerksam gemacht und in der Landtagssitzung im September 2009 eine Optimierung des Bologna-Prozesses mit detaillierten Verbesserungsvorschlägen beantragt.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Der Antrag wurde ohne Begründung abgelehnt.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Kreher, einen kleinen Moment!

Herr Minister, bitte schön keine Zwischenrufe von der Regierungsbank! Ich weise noch einmal darauf hin: Wenn Sie als Minister reden wollen, melden Sie sich bitte vorn beim Präsidenten oder der Präsidentin und dann erhalten Sie natürlich als Minister das Rederecht.

Bitte, Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Danke schön, Herr Präsident.

Der Antrag wurde eben nur unter einem Vorwand abgelehnt. Damit hat die Landesregierung und damit haben auch Sie, Frau Lochner-Borst, die Proteste im Land mit zu verantworten.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Harry Glawe, CDU: Jetzt ist es aber genug!)

Die seinerzeitige Weigerung der Regierungsfraktionen, sich zum FDP-Antrag zu äußern,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Sie haben nicht begriffen, worum es ging.)

demonstriert die Arroganz der Macht und das Ignorieren nicht zu übersehender Missstände.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Die Erklärung der KMK vom 15.10.2009 zeigt deutlich, dass die FDP nicht nur in der Sache richtig lag und kurz vor der Veröffentlichung des KMK-Beschlusses dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat. Die Vermutung liegt nahe, dass es die Regierungsfraktionen nicht zugeben wollten, dass die FDP mal wieder einen Schritt voraus war.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP) Die Diskussionen um die Bologna-Reform haben gezeigt, dass die Erreichung der Ziele der Bologna-Vereinbarung gezielter politischer Begleitung bedarf. Es reicht nicht, sich auf ausschließliches Monitoring zu beschränken. Die Studierenden wollen von Ihnen nicht hören, wir wollen mal sehen, ob etwas schiefgelaufen ist. Sie wollen hören, was die Landesregierung zusammen mit den Hochschulen jetzt konkret verbessern will. Es sind eine Reihe von konkreten Missständen bekannt. Diese müssen zielgerichtet analysiert und beseitigt werden. Nehmen Sie endlich die sachlich unausweichlichen Vorschläge unserer Fraktion an und diskutieren Sie mit uns im Bildungsausschuss!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Wir haben keine Zeit mehr für Eitelkeiten. Lassen Sie uns gemeinsam handeln!

Selbstverständlich, Frau Lochner-Borst, stimmen wir Ihrem Antrag zu,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

sogar dann, wenn Sie so kindisch sind in Ihren Dingen, dass Sie unseren Änderungsantrag ablehnen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Geschenk unter dem Weihnachtsbaum, für uns nicht.)

Meine Damen und Herren, Frau Lochner-Borst ist in ihrem Beitrag auf verschiedene Punkte unseres Antrages eingegangen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir würden gern im Ausschuss über diese Frage weiterdiskutieren, Frau Lochner-Borst. Wir werden auf jeden Fall die Dinge, die wir zu fragen haben und die wir analysieren wollen, bei der Anhörung, die leider dann erst im April stattfindet, mit einbringen.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Dann sagen Sie auch, warum die erst im April stattfindet!)

Und insofern, meine Damen und Herren, das Thema ist noch lange nicht beendet. Wir werden damit noch eine ganze Zeit zu tun haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Harry Glawe, CDU: Sehr gut. Ja, sehr gut. – Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Und wir erwarten deshalb, Herr Minister, auch sobald wie möglich die Novellierung des Landeshochschulgesetzes. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Kreher.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Kreher, Sie haben bis heute nicht begriffen, warum wir damals im Landtag nicht mit Ihnen diskutiert haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nun stimmen Sie aber nicht mehr zu.) Wir haben nicht mit Ihnen diskutiert, weil es unerhört von Ihnen war, in diesem Plenarsaal wortwörtlich eine Rede eines Bundestagskollegen vorzulesen. Sie haben sich zu keinem der Punkte, auf denen Sie heute hier rumreiten,

(Hans Kreher, FDP: Also was da wortwörtlich war, da können wir mal drüber sprechen.)

auch nur im Ansatz selbst Gedanken gemacht. Und es ging darum, dass gerade Sie als Lehrer ein anderes Berufsethos haben sollten, Herr Kreher!

(Michael Roolf, FDP: Oh, oh, oh!)

Der Saal saß voll mit Schülerinnen und Schülern. Und Sie stehen hier vorne am Rednerpult und lesen eine Rede eines Kollegen wortwörtlich vor, ohne das kenntlich zu machen

(Torsten Renz, CDU: Unglaublich!)

Das haben Sie bis heute nicht begriffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, die Anträge zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Dieser Antrag ist vonseiten der Fraktion DIE LINKE zurückgezogen worden.

Ich lasse damit zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3072. Wer diesem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3072 bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3025 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3025 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD und CDU, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD sowie Stimmenthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den ...

(Udo Timm, CDU: Ich habe mit Nein gestimmt.)

Es gab noch eine Gegenstimme bei der Fraktion der CDU. Danke schön, Herr Abgeordneter. Das war für mich nicht so ganz wahrzunehmen hier.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2964. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/2964 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der NPD, Gegenstimmen durch die Fraktion der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3011. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3011 bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP und ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Entschließung zum Fritz-Reuter-Jahr 2010, Drucksache 5/3022.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Entschließung zum Fritz-Reuter-Jahr 2010 – Drucksache 5/3022 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Leiw' Tauhürers! Jahrestage bringen es mit sich, dass wichtiger Ereignisse oder Persönlichkeiten in besonderer Weise gedacht wird. Wie Sie unserem Antrag entnehmen können, liegt das Ereignis diesmal nicht 20 Jahre, sondern 200 Jahre zurück, nämlich die Geburt Fritz Reuters, der Kunst und Kultur – insbesondere Norddeutschlands – nachhaltig beeinflussen und bereichern sollte.

Es ist folgerichtig, den 200. Geburtstag Fritz Reuters nicht nur für Stavenhagen, sondern für ganz Mecklenburg-Vorpommern zum Anlass für ein Fritz-Reuter-Jahr zu nehmen. Landtag und Landesregierung sollten die Würdigung des Lebens und Werkes dieses großen Sohnes unseres Landes nach Kräften unterstützen. Und wenn nach einem Leitgedanken für dieses Fritz-Reuter-Jahr gesucht wird, so habe ich einen Vorschlag, er lautet: "As uns' Herrgott de Welt erschaffen deed, füng hei bi Meckelnborg an." Dieser Satz stammt aus der unvollendet gebliebenen sozialkritischen Darstellung "De Urgeschicht' von Meckelnborg", mit der Reuter bekanntlich den Beginn der göttlichen Schöpfung in den Raum der Mecklenburgischen Seenplatte verlegte.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Da gehört es auch hin, Herr Professor, da gehört es auch hin.)

Dat is ok richtig so, dat is ok richtig so!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Dat is gaut so.)

Ich übersetze das so: Wenn es um Kreativität geht, dann sollte Mecklenburg-Vorpommern eine gute Adresse sein.

Nun etwas zum Lebensweg und zum Werk von Fritz Reuter. Reuter is 1810 in Stemhagen, Meckelnborg, up de Welt kamen. Sien Öllern wiern de Bumeister Georg Johann Jakob Reuter un sien Fru Johanna. Bet dat hei 14 Johr olt wier, kreech hei eine private Ünnerwiesung. Denn keem hei up de latinsche Schaul in Friedland. Dor bekeem hei ok de Grundlag för siene demokratische Instellung. Dat har later ein' bannigen Influss up sienen Läbenswech. 1828 güng hei up dat Friedrich-Franz-Gymnasium in Parchen un maakte 1830 sien Abitur. Denn studierte hei Juristeri in Rostock un von 1832 an in Jena. Dor güng hei in de Burschenschaft "Germania". Deswägen würd hei in dat sülwige Johr fastnahmen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Jura-Studium, meine Damen und Herren, leiw' Tauhürers, machte Reuter zum aktiven Studenten. Sein Eintreten galt vor allem der Freiheit und Einheit, dem Zurückdrängen des Adels und besseren Lebensbedingungen. Er schloss sich dem aktionistischen Flügel der Burschenschaft "Germania" an.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Am 31. Oktober 1833 wurde er gemeinsam mit 48 Gleichgesinnten verhaftet, wurde in der Festung Silberberg in Schlesien interniert

(Michael Andrejewski, NPD: Das kann Ihnen heute auch passieren.)

und am 4. August 1836 wegen Teilnahme an hochverräterischen burschenschaftlichen Verbindungen in Jena und Majestätsbeleidigung zum Tode verurteilt. Später erfolgte eine Begnadigung zu 30 Jahren, ich wiederhole: zu 30 Jahren Festungshaft, danach abgemildert auf Betreiben des Großherzogs von Mecklenburg zu 8 Jahren. Die Haft verbrachte Reuter hinter preußischen Festungsmauern an verschiedenen Standorten und zum Schluss in der Festung Dömitz.

Reuter arbeitete dann als Strom, also als landwirtschaftlicher Volontär auf einem Gut nahe Stavenhagen, und fand dort Kraft und Zuversicht. In "Ut mine Festungstid" schreef hei later: "Ick sägen" de Landwirtschaft. Sei hett me gesund maakt un hett mi frischen Maut in de Adern gäben."

Die Lebensjahre in Neubrandenburg von 1856 bis 1863 bringen Reuters Durchbruch zum mecklenburgischen, niederdeutschen und gesamtdeutschen Ruhm. 1858/59 gewann er mit Dethloff Carl Hinstorff einen Verleger, der entscheidend zur Verbreitung seiner Werke beitrug. 1863 erhielt Reuter die Ehrendoktorwürde der Universität Rostock. Das war auch das Jahr, in dem er und seine Frau Luise nach Eisenach übersiedelten. Dort lebte er bis zu seinem Tode am 12. Juli 1874.

Begann Fritz Reuter seine schriftstellerische Tätigkeit auf Hochdeutsch, setzte er sie in Niederdeutsch fort. Neben Klaus Groth gehört er zu denen, die für ihre schriftstellerischen Ambitionen bewusst das Niederdeutsche wählten. Sein erster größerer Erfolg war "Läuschen und Rimels". Die 1.200 Exemplare, die er 1853 im Eigenverlag herausbrachte, waren schnell vergriffen. Das trug viel dazu bei, dass er bald als freier Schriftsteller leben konnte und sein Schulmeisterdasein aufgeben konnte. Er konnte sich also voll dem Schreiben widmen und seine heute noch aussagekräftigen Bücher – wie der Dreiteiler "Ut mine Stromtid" 1862, das Versepos "Kein Hüsung" 1857, "Ut de Franzosentid" 1859 oder "Dörchläuchting" 1866 – verfassen. Das von mir bereits erwähnte Fragment "De Urgeschicht' von Meckelnborg" wurde 1874 als nachgelassene Schrift veröffentlicht.

Seine Werke, die sich durch feinsinnigen Humor, satirische Anspielungen und soziale Kritik sowie versteckte Spitzen auf Aristokratie und Obrigkeit auszeichnen, wurden in elf Sprachen übersetzt, darunter auch in das Japanische. Das Stilmittel des Niederdeutschen beruht vor allem darauf, dass Reuter "dem Volk aufs Maul schaute" und so dessen Sprache als ein identitätsstiftendes Merkmal wiedergab. Darauf ist seine lebendige Präsenz in der Bevölkerung, aber auch die mancher seiner historischen Figuren – wie Entspekter Bräsig, Möller Voß oder Hanne Nüte – zurückzuführen.

Und ich denke, das wird sich auch weiter fortsetzen. Davon zeugen Denkmale nicht nur in Stavenhagen und Neubrandenburg. Dem lebendigen Andenken dienen auch Namensgebungen wie die "Reuterstadt" für Stavenhagen 1949 oder für den Stadtteil "Reutershagen" in Rostock. Hier könnte man viele Minuten weitere Beispiele aufzählen. Ich will es mir ersparen. Der Reuter-Rezeption haben sich unter anderem die Fritz Reuter Gesellschaft, das Fritz-Reuter-Literaturmuseum in seiner Geburtsstadt, das Reuter-Wagner-Museum in Eisenach verschrieben. Und nicht unerwähnt bleiben darf, wenn man hier im Landtag spricht, der Landesheimatverband von Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, mit dem Antrag verbindet meine Fraktion auch zwei Erwartungen. Die erste richtet sich darauf, dass das Niederdeutsche – häufig verkannt – in Veranstaltungen und Medien gerne für weniger wichtige Themen verwendet wird, für heitere und leichte Kost. Auch das ist notwendig, Fritz Reuter steht aber dafür, dass diese Sprache auch für sogenannte "ernste" Themen außerordentlich geeignet ist. Wir meinen, dass es gelingen sollte, das Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass niederdeutsche Literatur und Dramatik seriös, nicht nur oberflächlich unterhaltend sein kann.

Zweitens meinen wir, dass die Anstrengungen, das Plattdeutsche insbesondere durch die junge Generation wieder auf- und überleben zu lassen, intensiviert werden müssen. Es gibt die 1991 vom Landtag beschlossene "Konzeption zur Förderung des Niederdeutschen in der Schule, an den Hochschulen und in der Sprach- und Kulturarbeit". Wird sie aber trotz dieser oder jener Überarbeitung vollauf dem damit verbundenen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, der Verbundenheit der Schülerinnen und Schüler mit ihrer natürlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Umwelt sowie der Pflege der niederdeutschen Sprache gerecht? Verbunden ist das mit der Fragestellung: Wie bewahren wir unter den sich weiter verändernden Bedingungen heute und morgen dieses Erbe? Und wir meinen in dem Falle insbesondere das Erbe von Fritz Reuter. Wenn eine Gesellschaft sich durch ihre Kultur definiert, dann muss das Land auch eine Politik für die Literatur pflegen. Ausdruck dessen sollte ein Fritz-Reuter-Jahr 2010 für ganz Mecklenburg-Vorpommern sein.

Mit einer abschließenden Botschaft von unserm Fritzing Reuter bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag: "Fri Bahn möten wi hebben un Hüsung möten wi hebben." Fri Bahn un Hüsung, damit meine ich ganz besonders unsere Jugend, die bei uns – also im Lande Fritz Reuters – eine Zukunft haben muss. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Egbert Liskow, CDU: Redet der auch auf Platt?)

**Minister Henry Tesch:** Sehr geehrte Frau – Quatsch, sehr geehrter Herr Präsident!

## (Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben es gehört, im kommenden Jahr feiern wir ein besonderes Jubiläum, den 200. Geburtstag des großen mecklenburgischen Schriftstellers Fritz Reuter. Und bei Reuter heißt es: "Dat is 'ne olle Saak, dat de Möller upwakt, wenn de Mæhl stillsteiht." Und ein bisschen ist das so mit Ihrem Antrag.

#### (Torsten Koplin, DIE LINKE: Was?)

Und insofern tut es mir auch leid, denn all die Argumente, die Sie gebracht haben, müssten Sie eigentlich dazu bringen, diesen Antrag auch zurückzuziehen, denn Sie fordern uns auf, hier staatliche Entscheidungen zu treffen, dass wir hier etwas verordnen. Ich glaube einfach, Kunst und Kultur kann und darf nicht staatlich verordnet werden.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist eine boshafte Interpretation.)

Herr Koplin, Sie können es noch mal sagen, damit es jeder hört.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Eine boshafte Interpretation, meinte mein Kollege Koplin.)

Danke schön, Herr Ritter.

Aufgabe des Landes ist es vielmehr,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Braucht er einen Übersetzer?)

Aufgabe des Landes ist es vielmehr, gemeinsam mit den Kommunen, Vereinen und Verbänden die Entstehung günstiger Bedingungen für Kunst und Kultur zu fördern und Initiativen zu begleiten. Und auch das tun wir für das Reuter-Jubiläum.

Und, Herr Professor Tack, wenn ich Ihnen das sagen darf, und Herr Ritter war ja schon so freundlich, jetzt Herrn Koplin zu assistieren, vielleicht hätte er Ihnen auch mitteilen sollen, "Reuter 200!", so heißt die Dachmarke, unter der im kommenden Jahr alle Veranstaltungen, wirklich alle Veranstaltungen zentral zusammenlaufen. Überall in Mecklenburg-Vorpommern hat der Autor Fritz Reuter seine Spuren hinterlassen und – Sie haben es selber angesprochen – als besonders eng dürfen die Beziehungen zur Region Neubrandenburg, Neustrelitz und Stavenhagen bezeichnet werden. Und für diese Kommunen und die dortigen kulturellen Einrichtungen sowie Vereine und Verbände ist der 200. Geburtstag nicht nur willkommener Anlass zum Feiern, sondern auch Verpflichtung.

Es ist selbstverständlich, dass die Stadt Stavenhagen bereits im Jahr 2008, auch das hat Herr Ritter vielleicht verheimlicht, mit der Vorbereitung des 200. Geburtstags begonnen hat. Eine Arbeitsgruppe, in der auch mein Ministerium vertreten ist, wurde im September 2008 ins Leben gerufen. Und all die vielen, die im Land da mitarbeiten, jetzt mit einem solchen Antrag zu beschweren, das kommt eigentlich dem, was Sie zum Ende gesagt haben, dem Erbe Fritz Reuters gerecht zu werden, wirklich nicht entgegen.

Seit September 2008 und lange davor arbeiten diese engagierten Menschen im Land mit Weitsicht, auch in Stavenhagen. Sie haben selber das Fritz-Reuter-Literaturmuseum erwähnt. (Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

All diese sind federführend bei den Vorbereitungen tätig. Und so konnten mit Unterstützung des Landes, auch das will ich Ihnen sagen, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Wortmarke "Reuter 200!", Corporate Design, Flyer, Plakate, Aufkleber und auch ein verbesserter Internetauftritt bereits realisiert werden, also all die Dinge, von denen Sie hier zehren, wenn Sie hier vortragen.

Mit dem offenen Projekt, es ist ein offenes Projekt, ich bitte Sie einfach und fordere Sie auf, an diesem offenen Projekt "Reuter 200!" können eben alle Aktivitäten teilnehmen, in Stavenhagen und an den anderen Reuter-Orten, sowie die Initiativen von Vereinen und Verbänden werden dort koordiniert und gebündelt und auch entsprechend in der Öffentlichkeit präsentiert, was Ihnen ja auch am Herzen liegt.

Auf der vom Literaturmuseum betreuten Internetseite www.reuter200.de können Sie sich selbst einen Überblick über den Stand der Veranstaltungen und Aktivitäten verschaffen. Und da kann man jetzt nicht einfach so raufhüpfen und so tun, als ob nichts passiert ist seit zwei Jahren in diesem Land.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das hat doch gar keiner gesagt.)

Ich sage Ihnen nur ein paar Beispiele: Die Sonderausstellung wird ab April 2010 in Stavenhagen sein, Sie sind herzlich eingeladen. Im Mai ist sie in Neubrandenburg, Sie sind herzlich eingeladen. Die Jahrestagung der Fritz-Reuter-Gesellschaft, die ist in Stavenhagen, Sie sind herzlich eingeladen. Die ReuterFestspiele am 20.06.2009 in Stavenhagen, Sie sind herzlich eingeladen. Die Premiere der szenischen Museumsführung, die nächste dazu,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da sind wir nicht eingeladen?)

ebenfalls in Stavenhagen, da sind Sie auch eingeladen. Die Aktivitäten der kooperativen Gesamtschule, dort wird eine Präsentation der Reuter-Schulen in Deutschland im September und Oktober gezeigt, das Sonderpostamt mit Reuter-Briefmarke wird eröffnet und die Festveranstaltung.

Auch das war nicht einfach für uns, auch der Bund wird sich sozusagen an diesem Gedenken beteiligen. Und Sie wissen sicher auch, wenn Sie mal Herrn Koplin fragen, der kennt sich da ein bisschen aus, wie das Gerangel ist, wenn Sie im Bund eine Sonderbriefmarke auf den Weg bringen wollen. Das ist nicht ganz so einfach, da kann man nicht daherkommen und sagen: Reuter ist wichtig. Auch das ist gelungen, es wird eine Sonderbriefmarke zu seinem 200. Geburtstag geben. Und auch hier hat das Land mitgewirkt, damit dies auf den Weg kommt.

Und selbstverständlich ist der 200. Geburtstag Reuters ein Förderschwerpunkt der Projektförderung im kulturellen Bereich. Sie haben ja heute hier in diesem Hohen Haus den Haushaltsplan beschlossen, das heißt also, ab jetzt geht es los, die zahlreich vorliegenden Anträge mit diesem Haushalt dann auch zu bescheiden. Und Sie sehen, wir sind in der Vorbereitung sehr weit und die Frage ist nicht, ob wir Reuters 200. Geburtstag überhaupt begehen, sondern welches Ziel wir mit dem Jubiläum verfolgen.

Mit der Initiative "Reuter 200!" erwarten wir Impulse, einmal – und das haben Sie freundlicherweise angesprochen, also insofern würde ich Sie noch mal bitten, ziehen Sie den Antrag zurück und werden Sie den Initiatoren in diesem Land gerecht –: Wir wollen die aktuelle Reuter-Rezeption, die Beschäftigung mit Leben und Werk von Fritz Reuter, eben in der breiten Öffentlichkeit und der Literaturwissenschaft zeigen. Wir wollen die Pflege der niederdeutschen Sprache hier hervorheben, wobei insbesondere die Jugend verstärkt über Reuter an die niederdeutsche Sprache herangeführt werden kann. Und es geht um die kulturelle Identität und Heimatpflege im Land Mecklenburg-Vorpommern, so, wie die Präsentation des Landes als Kulturstandort.

Also, ich sage Ihnen, das ist alles schon da, insofern brauchen wir es nicht zu beschließen. Das war jetzt wirklich, wirklich daneben.

Und in Mecklenburg-Vorpommern wird das Niederdeutsche als besonderer kultureller Reichtum verstanden und da auch entsprechend unterstützt. Und dazu zählt die dreibändige Ausgabe aller, aller nachweisbaren Reuter-Briefe von Dr. Arnold Hückstädt. Die ersten zwei Bände sind bereits erschienen. Wenn Sie auf den Konferenzen dabei waren, haben Sie gesehen, wie wir das alle gemeinsam vorangebracht haben. Der abschließende Band wird im kommenden Jahr präsentiert. Auch das ist sozusagen eine Geschichte, die ja nicht heute anfängt, wenn Sie hier einen Beschluss fassen. Eine derartige kritische und kommentierte Gesamtausgabe der Briefe hat es in der 150-jährigen Geschichte der Reuter-Philologie bislang noch überhaupt nicht gegeben.

Damit diese Sammlung an Reuter-Briefen auch gelesen und verstanden wird, fördert mein Haus das Niederdeutsche im Bildungsbereich.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gelesen und verstanden!)

Durch die Verwaltungsvorschrift "Niederdeutsch in der Schule" und die Fortbildung für Lehrer sind die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen, um das Niederdeutsche in der Schule zu verankern.

Die Landesregierung sieht es als großartige Chance, das Leben und das Werk eines bedeutenden Dichters zu pflegen, zu erhalten und auch immer wieder neu zu entdecken. Reuter war zu seiner Zeit der meistgelesene Autor in Deutschland, obgleich er hochdeutsche Übertragungen nicht zuließ, und mit seinen Werken erlebte die niederdeutsche Sprache einen enormen Aufschwung. Sie wurde von der Sprache des einfachen Volkes zur Literatursprache erhoben und so dem norddeutschen Volk als identitätsstiftendes Merkmal wiedergegeben. Das ist sein großes Verdienst. Die Landesregierung arbeitet intensiv daran, dieses Erbe auch weiterzugeben.

Gern nutze ich die Gelegenheit, einmal mehr denen zu danken, die Sorge dafür tragen, dass Reuter in unserer Erinnerung lebendig bleibt. Und dazu zählt die größte Literaturgesellschaft Deutschlands, die Reuter Gesellschaft. Es zählt das Literaturzentrum Neubrandenburg dazu, die Reuterstadt Stavenhagen und die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und ihnen allen sollte doch unser gemeinsamer Dank gelten und unsere Anerkennung für ihre Bemühungen, für ihre geleistete Arbeit, hier die kulturelle Lebensleistung Fritz Reuters lebendig zu halten – und sie setzen sich eben auch alle kritisch mit Reuters Schaffen auseinander –, sein Werk zu pflegen und es auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Also ich will noch mal sagen, das will auch kein Initiator, wir wollen nichts Staatliches verordnen. Wir brauchen Jubiläen unserer mecklenburgischen und pommerschen Töchter und Söhne eben nicht staatlich zu verordnen, aber in dieser Gegenwart erinnern wir an Fritz Reuter, damit er auch in der Zukunft nicht vergessen wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben erst letztens beschlossen, dass wir historische Persönlichkeiten würdigen sollen.)

Bitte?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, da gehen Sie doch gleich drüber hinweg.)

Ich bitte alle Vertreter der demokratischen Parteien, unterstützen Sie "Reuter 200!", nehmen Sie an den Veranstaltungen teil! Sie können sie wahrscheinlich gar nicht alle in Gänze besuchen, Herr Ritter. Werben Sie für das Jubiläum, damit möglichst viele Gäste aus Deutschland

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das habe ich im Sommer schon gemacht.)

und dem Ausland unser schönes Mecklenburg-Vorpommern besuchen!

Und, Herr Professor Tack, ich will einfach noch mal sagen: Seien Sie Mann, kommen Sie nach vorne, sagen Sie drei gescheite Sätze, ziehen Sie den Antrag zurück! Ich will Ihnen einfach heute ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Ist das nicht ein bisschen arrogant? – Peter Ritter, DIE LINKE: Die Überheblichkeit kommt bei Ihnen aus jedem Knopfloch heraus. Unerhört!)

Ich will einfach sagen, Herr Ritter, weil Sie es nicht getan haben, ich habe Herrn Professor Tack einfach mal den Kalender mitgebracht, da können Sie alles eintragen. Ich habe Ihnen auch noch einen Taschenkalender mitgebracht,

(Michael Andrejewski, NPD: Es ist ja auch Weihnachten.)

da sind die anderen Veranstaltungen auch alle drin, die schon fertig sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was Sie für ein arroganter Kerl sind!)

Und insofern, das ist alles sozusagen fertig.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Abgeordneter Ritter, für diesen Zwischenruf erteile ich einen Ordnungsruf.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, den nehme ich auch gern entgegen.)

Minister Henry Tesch: Ich sage Ihnen einfach ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Ritter, ich erteile Ihnen dafür einen zweiten Ordnungsruf. Sie haben die Ordnungsmaßnahmen des Präsidenten nicht zu kommentieren. Und ich weise Sie darauf hin, dass, wenn Sie noch einen weiteren Ordnungsruf erhalten, Sie das Wort verlieren für heute.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir können Ihnen das gern erläutern. Wir kennen das schon.)

Minister Henry Tesch: Und ich würde Ihnen das, Sie kommen ja vielleicht noch mal nach vorn, ich würde es Ihnen ganz gerne geben, denn es ist wirklich alles sozusagen vorbereitet. Lassen Sie uns das nicht durch einen solchen Antrag diskreditieren,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das diskreditiert doch nicht.)

sondern lassen Sie uns gemeinsam hier das Reuter-Jubiläum "Reuter 200!" dann gemeinsam begehen. Also insofern würde ich Ihnen das gerne geben, wenn Sie es auch entgegennehmen wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Timm. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Udo Timm**, CDU: Herr Vörsitter! Frugens un Kierls! Reuter, in'n Volksmund heit hei ok Fritzing. Hier is sihr väl secht worden œwer Fritz Reuter. Ick heff verspraken, ick holl dat up Platt, wat dortau tau seggen is.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, Gott sei Dank, dann kann das ja auch keiner verstehen.)

Eigentlich – wenn ick ihrlich bün – möt ick seggen, allens is secht word'n. Fritz Tack hett dormit anfungen. De Minister hett dat 'n bäten breitpedd't. Dat kümmt manchmal vör. Œwer ick glöf, du kannst dat af.

(Zuruf von Dr. Fritz Tack, DIE LINKE)

Dat weit ick, jawoll.

Œwer wat för mi wichtiger is – un dat würd ick giern faststellen –, von all dat anner, wo ick mi sihr väl Mäuh mit gäben heff, dit uptauschrieben, un dat gifft ok noch dissen un manchen lütten Rimels dorbi, weswägen hei nich in Thüringen, in Eisenach, land't is.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Der wusste, was gut ist.)

Dor is hei ja nich friwillig henführt. Fritz Reuter wier ja ok ein Minsch, de drünk giern eins ein Schnaps.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ja.)

Un denn hett hei 'n bäten väl drunken. Manchein har seggt, he söp ok. Un dor is he nah Thüringen führt un Thüringen hett em wedder gesund maakt.

(Zuruf von Dr. Harald Ringstorff, SPD)

Un denn hett em dat dor so gaut gefollen, dat hei dorbläben is.

Un wat ok ganz wichtig wier för mi, is,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

dat Fritz Reuter dat ja ok nich ganz einfach hat hett as Jung. Sien Oll, de hett em düchtig pedd't. Hei mösst nah de Schaul un hei mösst alles mögliche maken. Fritz Reuter wier eigentlich schon sihr früh ein'n schöngeistigen Minsch. Un dat hett de Oll nich taulaten. He mösst de Juristeri studier'n, wat hei œwerhaupt nich wull. Un dorbi is hei denn tauierst in Pierknüppel land't un dat geföhl em denn ok nich mihr un hei is denn nah Jena gahn un hett dor siene iersten Berührungen mit Thüringen hatt.

Ja, wat hett hei noch maakt? Hei is irgendwann nah Stavenhagen trüchgahn, in de Gegend. Hei hett in de Gegend – in Riddershagen, glöw ick, heit dat Dörp –, dor hett hei sien Luising kenn'nlihrt, de dor bi den Paster wier un up de Görn uppasst hett.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: In Jabel.)

Nich in Jabel, Herr Ringguth, dat wier woanners, ick kann sei dat gliek seggen. Œwer dor will'n wi uns nich up fastleggen.

Fritzing hett ok versöcht, den Paster sien Görn wat bitaubring'n. Un sien Luising hett up de Görn uppasst un wie dat denn manchmal so is: Sei keem'n sik neger un ümmer neger un wenn man sik denn irgendwann in'n Düstern süht, denn hebben sei sik beid' secht: Weist wat, wi kænen ja ok heuraden. Un dat hebben 's dor ok in ehrer Heimat maakt.

Un – wat œwer ganz wichtig is – Fritzing is ok nah Stavenhagen trüchgahn. Hei is Stadtverordneter in Stavenhagen wäst. Dat is hier noch nich anräd't worden. Also, hei wier sotauseggen 'n Kolleg' von uns – ok eine Eigenort, wil hei nich blot 'n künstlerischen Minsch wier, hei wier ok 'n politischen Minsch. Nich umsüss hebben's em inspunnt. Un wenn man't sik so vörstellt, so as jungen Kierl tau 'n Dod verurdeilt un denn up 30 Johr Festungshaft ümsett't, dormit dat nich ganz so schlimm is, un denn hier von uns'n Grothertoch up 8 Johr run begnadigt. Un denn hett hei in sien Heimat, im Meckelnborg, in Dömitz, den Rest von de Tid afsitten kunn't. Œwer he hett, Gott sei Dank, blot – wenn ick dat richtig erinner – gaut vier Johr tausamen krägen. Also dat hüll sik insgesamt in Grenzen.

Un wenn wi weiten, dat Fritz Reuter tau siene Tid, as hei de Bäuker schräben hett, dor hett hei nich taulaten, dat de in dat Hochdüütsche œwersett't ward'n. Dor wier hei dagegen! Ierst späder is dat maakt worden. Fritz Reuter ist einer von de wichtigsten Vörkämpfer för dat Nedderdüütsch, för dat Plattdüütsch hier bi uns in dit Land, un hier segg ick denn ganz besünners in Meckelnborg, denn Fritz Reuter siene Beziehung, de is nich tau Meckelnborg-Vörpommern, de is tau Meckelnborg. Dat möten wi einfach faststellen un dat möten wi em ok laten und dat möten wi em ok tauschrieben.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Un dat secht 'n Pommer?)

Dat secht 'n Pommer. Ja, wenn't Ihr gifft, denn gifft äbend Ihr, Herr Ringguth, egal wer 't is.

Un – wat ok ganz wichtig is – ick heff Fritz Reuter läst, ick heff mihrfach versöcht, em tauend tau läsen, mi is dat bi kein einzig Bauk gelungen. Fritz Reuter läst sik – un wenn ein pommersch Platt räd't – gor nich so einfach. Dor möt man ierst ollich 'n poor Sieden äuben, bet man dat up hett.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Stimmt.)

Dor sünd ok so väl dwatsche Wüürd bi, de versteiht man gor nich, de mösst ierst fiefmol läsen, bet du de mitkrägen hest. Dor ward gor kein klauk ut.

Œwer wenn ick dor grad an "Uns Hüsung" orrer "Min Hüsung" denk, denn is dat ja ein Saak, de Fritz Reuter upfat' hett: Hei hett sik ja mit de sozialen Strukturn, mit de armen Lüüd up 'n Lann ut'n ein sett't, wi beschäten de dat dor gahn is. Dat möten wi dormit faststell'n. Un dat möten wi em ganz hoch anräken, dat hei de wier, de vör allen Dingen de Lüüd ok up dat Mul käken hett. Un

hei hett dat so upschräben un so vertellt un so vörläst, wie de dat verstünn'. Dat is 'ne ganz, ganz grote Saak, de Fritzing maakt hett.

Un – wat ok ansproken würd – he ist "Strom" wäst. Ja, wat heff ick früher wüsst, wat wier 'n Strom: Dat wier 'n Mann, de up so 'n Gaut alles Mögliche maakt hett. Hüt künn man seggen: Dat is so wat Ähnliches as 'n Inspekter wäst. Œwer ok dat hett hei maakt: Kultur, Landwirtschaft, Spraken un ok Politik. Dat wier'n de Betätigungsfelder von Fritzing.

Fritzing schreef väl. Dat letzt Bauk, dat hett Fritz Tack hier all secht – Entschuldigung, wenn ick dat hier 'n bäten leicht maak, œwer dat, glöw ick, hüürt tau disse Spraak –, ...

(Zuruf von Dr. Fritz Tack, DIE LINKE)

Ja, denn is gaut.

... dat Noorddüütsche un dor ok in besünners sien letzt' Bauk, wat hei nich mihr fardich krägen hett, wat späder rutgeben würd, dor is Fritz Reuter sien kulturelles Schaffen, siene Upfatung tau dat Läben, tau de Lüüd, tau de Minschen, tau de Wirtschaft, all, wat üm em herüm passieren deed, dat hett hei dor eigentlich rinschräben. Dat is ein Läsbauk, dat is 'ne Biografie. Dat wier Fritz Reuter

Un nu kam ick tau den unangenehmen Deil von mien Räd'. Von uns'n Minister hebben wi hüürt – dat hett hei up siene eigne Ord vördragen, œwer nich up Platt: Wenn't nich kann, sall't ok nich maken –, dat 't sihr, sihr väl Aktivitäten in dat nechste Johr, in 't "Reuter 200!", gifft.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Können wir mal einen Dolmetscher holen?)

Ick glöw, dat is dat, wat wi in 't Ooch beholl'n möten, wo wi seggen möten: Dor ward sihr väl maakt. Un wenn wi ok dorvon utgahn, dat dat alles Aktivitäten sind, de dor in de Dörper, in de Städ', de dor up eigne Initiative passiern – natürlich möt hier und dor 'n bäten mit 'n poor Pennings nahholpen ward'n, œwer wichtig is, dat dat dor vör Urt passiert –, dat find ick schön. Un deswägen – un dat deit mi nu leed, dat grad mien Kolleg' Fritz Tack dat hier vördragen hett –, deswägen, wil dat all so wiet vöran is, bün ick de Meinung, dat dat, wat vör uns steiht, wat maakt ward, utreikend is. Deswägen kann ick – leider is Professer Methling nich hier –, denn har ick secht, wi 't ümmer so is, den Andrach lähnen wi af.

Œwer laten S' mi noch einen versöhnlichen Satz hinnerherseggen: lck würd mi wünschen – manchmal dörf man sik jo wat wünschen –,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: To Wihnacht.)

ick würd mi wünschen, wenn wi in dat Reuter-Johr, nechst Johr, hier in den Landdag em ok mol 'n bäten ihr'n un säuken uns irgendein Tagesordnungspunkt, de dat gaut verdröcht un wo wi dor ok up ingahn könn'n un wo wi vielleicht denn ok de Ihrung hier in den Landdag dörchführn un maken ein Tagesordnungspunkt, de kann ganz einfach heiten "Reuter 200!".

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das machen wir doch schon. Was soll denn der Quatsch?)

Wat vertellst du dor alwedder? Hür tau, wenn 't nich versteihst, holl 't Mul, so! Ja, so is dat!

Un dat würd ick uns giern empfählen, dat wier 'ne Ihrung, de hier ok för disset Hus angemäten is. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das war voller unparlamentarischer Ausdrücke.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Reuter is gaut, Plattdüütsch is ne gaute Spraak. De Andrach von de Fraktion DE LINKE is platt, œwer nicht plattdüütsch, sonnern raubt uns de Tid.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, diesmal gehen wir Liberalen davon aus, dass selbstverständlich die Verantwortlichen im Land das Reuter-Jahr verantwortungsvoll vorbereiten. Wir haben geahnt, was der Minister heute für eine Rede halten wird.

Meine Damen und Herren von den LINKEN, weil Ihnen mein Beitrag vielleicht sicherlich vorlaut vorkam aus Ihrer Sicht, ende ich mit dem Wort meines einstigen Lehrers in solchen Situationen, wenn ich vorlaut war: Holl din Mul, Hans, un sett di hen! Un dat maak ick nu.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch ein guter Slogan. Machen Sie das mal, Herr Kreher!)

Yes.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Körner. Bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Da ich kein Plattdeutsch reden kann und mein Vorvorgänger in einer so sprachgewaltigen, netten, aber auch eindringlichen und wohltuenden Art geredet hat, möchte ich diesen Eindruck nicht weiter zerstören und deshalb ziehe ich meinen Beitrag zurück, denn selbst eine wohlgefeilte hochdeutsche Rede, mag sie noch so wohlüberlegt und gesetzt sein, hat gegen das Mundartliche in diesem Punkt keinen Platz. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Erwarten Sie jetzt von mir wirklich nicht, dass ich meinen Beitrag auf Plattdeutsch halte.

(allgemeine Unruhe – Dr. Till Backhaus, SPD: Bitte einmal! Bitte einmal!) Nein, man sollte nur das tun, was man wirklich kann. Da stimme ich Herrn Timm zu.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Nein, man sollte nur das tun, was man wirklich kann. Da stimme ich Herrn Timm zu. Und ich habe deswegen immer den von mir sehr verehrten ehemaligen Ministerpräsidenten Herrn Dr. Ringstorff bewundert, wenn er als Schirmherr der ReuterFestspiele in Stavenhagen leicht und locker Platt gesprochen hat. Ich habe dagegen immer große Mühe, bei den alljährlichen Theaterstücken, die von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Stavenhagen selbst geschrieben und gespielt werden, an den richtigen Stellen mitzulachen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der einen oder anderen Rede, die eben hier gehalten wurde, ist mir das Lachen total vergangen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: In der Tat.)

Herr Timm, Sie haben recht, eine Ehrung Fritz Reuters täte diesem Landtag gut. Nur ist bis dahin in dieser Hinsicht überhaupt nichts geplant. Und deswegen werde ich auch nicht mein Maul halten. Ich drücke das dann mal so aus, wie ich es kann. Ich habe mich ...

(Dr. Till Backhaus, SPD: Er kann also doch Platt.)

Ja, ja, ja, ja.

Ich habe mich aber nicht nur deswegen zu Wort gemeldet, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil eben schon vor der Landtagssitzung von den Fraktionen der SPD, CDU und FDP zu hören war, sie wollen unserem Antrag nicht zustimmen. Und da habe ich mich gefragt, was die Gründe dafür sein könnten. Und dass das hier auch mit einer solch arroganten Art und Weise uns gegenüber dargeboten wird, das schlägt wirklich dem Fass den Boden aus, das muss ich wirklich sagen, Herr Minister.

Ich habe mich also gefragt, was können die Gründe dafür sein. Haben SPD, CDU und FDP etwas gegen Fritz Reuter und seine Werke? Das kann ich mir nicht vorstellen, das ist ja hier auch deutlich geworden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö, nö. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nee.)

Meinen SPD, CDU und FDP, dass wir als Landesparlament schon genug tun, um den 200. Geburtstag Fritz Reuters ausreichend zu würdigen? Das glaube ich nicht. Auch das hat der Kollege Timm gerade bestätigt, dass auch er sich eine Würdigung Fritz Reuters hier im Hohen Hause vorstellen könnte. Liegt es also eher wieder nur daran, drittens, dass dieser Antrag von meiner Fraktion kommt?

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

Und da vermute ich eben wieder den Hauptgrund.

(Regine Lück, DIE LINKE: So scheint's zu sein.)

Und wenn dem so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann stellen Sie sich ein provinzielles, ein kleingeistiges und eben ein arrogantes Armutszeugnis aus.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Regine Lück, DIE LINKE: So ist es.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir begehen im nächsten Jahr ein weiteres 200. Jubiläum, den 200. Todestag von Königin Luise. Auch zu diesem Anlass wurde hier im Hohen Hause fraktionsübergreifend ein Beschluss gefasst. In einer Pressemitteilung,

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Aber kein Jubiläumsjahr, kein Jubiläumsjahr.)

in einer Pressemitteilung,

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Wäre ich nicht im Geringsten darauf gekommen, so einen Antrag zu stellen.)

in einer Pressemitteilung dazu zeigten sich die Abgeordneten Löttge und Kokert erfreut über den Beschluss des Landtages, die wirtschaftlichen und touristischen Chancen der länderübergreifenden Königin-Luise-Route künftig besser zu nutzen. Und auch der 200. Todestag spielte eine besonders hervorgehobene Rolle, Herr Körner.

Und da stelle ich Ihnen mal die Frage: Ließen sich solche Effekte nicht auch durch eine Ehrung von Fritz Reuter erreichen? Sollte nicht das Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern nicht nur mit Wasser und Wald, hervorragenden Musikfestivals, den Störtebeker Festspielen oder eben der Königin-Luise-Route werben, sondern auch noch viel stärker mit Fritz Reuter, seinen vielen Wirkungsstätten im Land und seinen Werken?

Es gibt also keinen vernünftigen Grund, dieses nicht zu tun. Und Sie haben heute hier keinen vernünftigen Grund vorgetragen, der für eine Ablehnung unseres Antrages sprechen würde.

(Irene Müller, DIE LINKE: Haben sie eben nicht gewollt.)

Dafür dominieren Unvernunft und Unkultur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Heimatstadt, die Reuterstadt Stavenhagen, hat den Start ins Reuter-Jahr in der Tat vollzogen. Bereits im Sommer, Sie werden sich vielleicht erinnern, haben Sie eine Einladung erhalten, die ich gemeinsam mit dem Bürgermeister der Reuterstadt Stavenhagen unterzeichnet habe. Wir haben Sie eingeladen, im nächsten Jahr die Reuterstadt Stavenhagen zu besuchen. Vielleicht kommen Sie dann ja zu den vielfältigen Veranstaltungen, die im nächsten Jahr stattfinden. Vielleicht werden Sie sich dann eingestehen, dass Ihre heutige Entscheidung nicht von Weitsicht, sondern von Überheblichkeit und Abgehobenheit geprägt war.

(Michael Roolf, FDP: Na, na, na, na!)

Ich kann Ihnen sagen, die Akteure vor Ort, die vielfältigen Aktivitäten, die der Bildungsminister hier beschrieben hat, die durch die Menschen vor Ort organisiert und durchgeführt werden, diese Akteure vor Ort, die würden sich über ein Signal aus dem Landtag freuen, damit ihre Anstrengungen eine Würdigung finden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Das lehnen Sie kategorisch ab und das finde ich sehr bedauerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist fragwürdig, ob man Fritz Reuter einen Gefallen damit tut, wenn man jetzt zu seinem Gedenken exzessiv die Medienmaschine anwirft. Fritz-Reuter-Jahr, das heißt jede Menge Veranstaltungen, Sondersendungen im Fernsehen und im Rundfunk, Fritz Reuter hier und Fritz Reuter da, bis man es nicht mehr hören kann. Am Ende des Jubeljahres nach dem Tausendsten Fritz-Reuter-Event wird das Thema allen zum Halse heraushängen.

Dauerberieselung erzeugt Überdruss. Dadurch reitet man Themen eher tot. Leider können Politik und Medien ja nicht maßhalten. 20 Jahre Einheit wurden in einem wahren Medientrommelfeuer verbraten, gefühlte 5.000-mal die Szene, in der Schabowski die Grenze für offen erklärt hatte, und noch ein Spielfilm und noch eine Expertendiskussion und noch eine Doku, bis man es nicht mehr sehen konnte, bis wirklich der Letzte es satthatte

Und kaum ist der eine hysterische Anfall der Medien vorbei, da kommt schon der nächste. Dann entdecken Sie zum Beispiel das Thema Klimawandel

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

und wiederum ein Quasseloverkill, bis das auch keiner mehr hören will. Am allerschlimmsten sind natürlich die regelmäßigen Kampagnen zur Bewältigung des Dritten Reiches. Ein Ausländer, der zu diesen Zeiten nach Deutschland kommt,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

könnte glauben, dass Hitler noch an der Macht wäre, weil er häufiger in der Glotze ist als Frau Merkel.

Und jetzt also auch noch ein Jahr Fritz Reuter, nonstop. Warum kann man das nicht ein bisschen weniger extrem gestalten? Es ist doch viel nachhaltiger, wenn man sich mit ihm und seinem Werk permanent, aber dafür in Maßen beschäftigt, anstatt anfallsweise und dann jahrelang wieder nicht, nachdem alle es erst mal satthaben, nachdem man es totgequatscht hat.

Im Übrigen wundere ich mich schon, dass DIE LINKE vorgibt, eine Schwäche für Fritz Reuter zu haben. Als Idol eignet er sich doch gar nicht für Sie.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil Sie keine Ahnung haben.)

Ihre Idole sind doch Leute,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Täuschen Sie sich mal nicht, Herr Andrejewski!)

die sich von einem System zum anderen rüberschlängeln unter Beibehaltung der Karriere und der Pensionsansprüche.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Fritz Reuter war so nicht wie Sie. Fritz Reuter war ein Rebell, der hat für seine Überzeugungen Festungshaft und sogar den Tod riskiert. Das würden Sie doch nicht in Tausend Jahren bringen. Ich würde Ihnen vorschlagen, rufen Sie 2010 zum Jahr des Wendehalses aus, das passt zu Ihnen, und lassen Sie den armen Fritz Reuter in Frieden ruhen!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE) **Vizepräsident Hans Kreher:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

**Torsten Koplin**, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin der dritte Redner unserer Fraktion und Sie erkennen daran, uns ist dieser Antrag sehr, sehr wichtig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und auch der letzte Redebeitrag hat diese Wichtigkeit noch mal auf besondere Art und Weise herausgestellt.

Ich bin ehrlich gesagt erschrocken über die Reaktion des Ministers. Man kann natürlich der Meinung sein, dieser Antrag ist mit Fehlern behaftet, der sollte verändert werden, der sollte diese und jene Dinge herausstellen, hat nicht den richtigen Ton gefunden, kann man alles sagen, aber uns hier so abzubürsten, ist einfach unverschämt, muss ich mal sagen, ist unverschämt

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

und wird dem Anliegen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

wird dem Anliegen nicht gerecht.

(Stefan Köster, NPD: Jeder kriegt das, was er verdient.)

Denn es geht bei diesem Antrag vor allen Dingen um eine In-die-Pflicht-Nahme von uns selbst. Wenn Sie den Antrag vorurteilsfrei gelesen hätten,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Geht ja nicht.)

hätten Sie gesehen, in dem ersten Punkt geht es um uns. Wie gehen wir mit Reuters Erbe um,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

der die Kultur dieses Landes sehr geprägt hat und der auch heute – das hat Kollege Tack gesagt, das hat Peter Ritter gesagt – einer der meistgelesenen Autoren ist, die hier je gelebt haben, hier je gewirkt haben? So.

(Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

Und wenn ich sage, eine In-die-Pflicht-Nahme, dann heißt das: Wie gehen wir damit um? Was sagt uns dieses Erbe heute? Das ist so ungeheuer spannend, denn eine Würdigung von Fritz Reuter ist eine Referenz an jemanden, Herr Andrejewski, der fortschrittlich war, der patriotisch war.

(Stefan Köster, NPD: Im Gegensatz zu Ihnen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

patriotisch war, für bürgerlich-demokratische Freiheiten eingetreten ist,

(Stefan Köster, NPD: So wie wir.)

und insofern – ich komme noch zu Ihnen und dem Umgang mit dem Erbe Fritz Reuters,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

das ist nämlich auch eine sehr interessante Geschichte –, Sie merken es ganz deutlich, geht es um Werte. Wir reden also nicht allein über ein Jubiläum.

Und man kann natürlich, Herr Dr. Körner, sagen, es ist zu hochgestochen, daraus ein Fritz-Reuter-Jahr zu machen.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Das habe ich überhaupt nicht gesagt.)

Wir sind anderer Auffassung, weil wir sagen, es wird dem Werk und dem Wirken von Reuter gerecht, wenn wir es zu einem Reuter-Jahr machen.

Nun kann man ja unterschiedlicher Auffassung sein. Uns ist wichtig, dass wir zum Beispiel in Schulklassen, dass wir – Herr Timm hat es angeregt – in einer Veranstaltung hier, in Jugendeinrichtungen, in Freizeiteinrichtungen oder wo auch immer möglich, hinweisen,

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Das stimmt doch alles nicht.)

das haben Sie so wunderbar gemacht,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

auf die sozialkritische Sicht Fritz Reuters auf sein Umfeld: Der hatte was gegen Amtsanmaßung, der hatte was gegen Kriecherei und er war für ein selbstbestimmtes Leben. Sie haben darüber gesprochen, welches Spannungsfeld zwischen ihm und seinem Vater bestand. Er hat mal geschrieben an seinen Vater: Es kann keiner etwas aus mir machen, ich selbst muss etwas aus mir machen. Das ist auch eine Botschaft an junge Menschen.

Und Reuters Werk steht nicht für zweckfreie Unterhaltung. Das ist also viel zu kurz gegriffen zu sagen, unser Fritzing und alles witzig und so weiter. Es geht darum, und das spricht auch uns Politikerinnen und Politiker an, immer einen Blick von unten auf die Gesellschaft - und wir kommen aus der Mitte der Gesellschaft –, einen Blick von unten auf die Gesellschaft zu behalten und ihn sich zu bewahren. Reuter war ein Menschenversteher und hat die Freuden und Probleme der Menschen aufgenommen, der einfachen Menschen, wie wir sagen, aber er hat auch immer die Ursachen aufgezeigt. Und seine Biografie und sein Werk - ein Werk eines Demokraten, Satirikers und Patrioten - zu vermitteln, lässt sich leicht auch in Verbindung bringen mit einem Hinweis auf die hinterhältige Politik der Nationalisten. Ich will Ihnen das auch sagen.

In den 20er-Jahren bis 1933, das kann man in Tageszeitschriften und Publikationen nachlesen – ich habe die alle schön gesammelt, dankenswerterweise auch Hilfestellung bekommen –, da ist nachzulesen, wie die NSDAP und ihre Sympathisanten seinerzeit Reuter gelobpreist haben. Als sie an die Macht kamen im Januar 1933, schwenkte das um und sie haben Einfluss genommen auf die Zeitschrift um Fritz Reuter und auch Einfluss genommen auf den Verein und haben das Ganze in Zusammenhang mit dieser Gleichschaltung gebracht. Also es ging darum, sie gleichzuschalten. Und das gelang ihnen nicht, nämlich diejenigen, die sich dem Erbe Reuters verpflichtet fühlten, haben sich nicht gleichschalten lassen.

Was haben die Nazis gemacht im Dezember 1933? Sie haben den Laden dichtgemacht. Der Verein hatte seine Arbeit einzustellen und die Zeitschrift wurde eingestellt. Es ließ sich also nicht in Übereinstimmung bringen mit der Ideologie der Nazis, dass sie beigingen und sagten, diesen Verein holen wir dann in unseren allgemeinen Verein Volk und Heimat, passte nicht. Und insofern wurden auch diejenigen, die das Erbe Fritz Reuters hochhielten, in der Zeit des Nationalsozialismus diskriminiert

Was sagt das eigentlich? Was sagt das? Und deswegen betone ich das so. Nazis in der Minderheit geben sich immer volkstümlich und volksverbunden. Das erleben wir hier. Nazis an der Macht schalten um. (Michael Andrejewski, NPD: Kommunisten an der Macht machen das aber auch.)

Nazis an der Macht dulden nur das eigene Denken und nur die eigenen Formen. Und das über das Fritz-Reuter-Jahr dann auch zu vermitteln für uns Demokratinnen und Demokraten, das ist so ungeheuer wichtig.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Dass Sie sich angesprochen fühlen, ist eine Ehre für unseren Antrag und zeigt, dass wir den Finger auf die Wunde legen, denn das Erbe Reuters zu bewahren heißt, der Demokratie und letztendlich uns selber zu nutzen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Um das Wort hat noch einmal gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch. Herr Tesch, Sie haben das Wort.

**Minister Henry Tesch**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich will nur, Herr Koplin, den Antrag einfach mal vorlesen, weil Herr Ritter sich ja so echauffiert hat und mit Arroganz und diesen Dingen um sich warf.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Das war eine üble Art und Weise.)

Herr Ritter, wir kommen darauf zurück.

"Die Landesregierung wird aufgefordert, die vielfältigen Veranstaltungen zu Ehren Fritz Reuters ideell und materiell zu unterstützen, vor allem die zentrale Festveranstaltung zum 200. Geburtstag Fritz Reuters." – Jetzt gehen Sie doch mal raus ins Land und fragen, was davon noch nicht gemacht worden ist! Und jetzt am 17.12. zu kommen mit einem Antrag und dazu aufzufordern, das ist das, was die Leute aufregt, sozusagen die Arbeit zu diskreditieren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die haben zwei Jahre daran gearbeitet. Die Anträge sind gestellt, die Finanzierungen sind sicher,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, das ist peinlich.)

der Ablauf der Festveranstaltung steht fest,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die Einladungen sind verschickt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das steht alles in der Begründung.)

So, jetzt lese ich den Satz weiter, Herr Koplin.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dann hätte ja Ihre Fraktion einen Änderungsantrag machen können.)

Dann steht: "Das gilt auch für Würdigungen, um die Aufmerksamkeit und Wertschätzung für Fritz Reuter über die Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns und Deutschlands hinaus zu erhöhen." Auch das ist bei "Reuter 200!" alles da.

Wissen Sie, worin die Arroganz besteht? Das will ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Das ist das Traurige, deshalb habe ich dazu aufgerufen und das wäre einfach redlich: Wenn man am 17.12. kommt – das ganze Programm, das können Sie sich heute Abend im Internet ansehen, das ist da – und mit all den Argumenten, die Sie hier gebracht haben, sich hinzustellen, so nach dem Motto: Hoppla, jetzt komme ich und jetzt sage ich mal allen anderen, dass sie dies zu tun haben ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hat keiner gesagt.)

Genau das haben Sie hier gesagt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nein, das haben wir nicht gesagt.)

Das haben Sie als arrogant empfunden und das muss man Ihnen auch mal entgegenhalten.

> (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Im Gegenteil, wir haben es gewürdigt.)

Diese Sache hat bei Ihnen Methode und es ist schade, es ist einfach schade, dass Sie es an Reuter probieren. Das ist nicht in Ordnung und das hat dieses Jubiläum nicht verdient. Und deshalb meine Aufforderung, diesen Antrag zurückzuziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3022. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3022 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, allerdings einer Enthaltung, Ablehnung der Fraktion der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Stärkung der privaten Arbeitsvermittlung, Drucksache 5/3010.

#### Antrag der Fraktion der FDP: Stärkung der privaten Arbeitsvermittlung – Drucksache 5/3010 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Roolf von der FDP.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade unter der Einwirkung der Tickermeldungen, die in Bezug auf Warnemünde in die Veröffentlichung gehen, haben wir, glaube ich, eine besondere Aufgabe, hier heute uns noch einmal der Lobbyarbeit zuzuwenden, der Lobbyarbeit für die Menschen im Lande, die Arbeit suchen.

Und genau das ist das, was wir mit unserem Antrag machen wollen. Wir wollen Sie aufmerksam machen auf ein Problem, auf Schwierigkeiten, die es gibt bei der Vermittlung von Arbeitsuchenden. Es sollte uns allen, uns allen ein Bedürfnis sein, alles zu tun, um eine möglichst optimale Vermittlung von Arbeitsuchenden zu erreichen. Und genau das ist der Kern unseres Antrages.

Wir haben zwei Systeme der Arbeitsvermittlung: Wir haben die Bundesanstalt und wir haben die privaten Arbeitsvermittler. Und Sie alle erinnern sich daran, dass wir als Gesetzgeber es gewollt haben, dass im SGB die Rahmenbedingungen für die privaten Arbeitsver-

mittler geregelt werden. Bis zum Ende des Jahres 2010 gilt die jetzige Regelung und wir haben Handlungsbedarf, sehr wohl bundespolitischen Handlungsbedarf, aber wir haben Handlungsbedarf, uns diesem Thema zuzuwenden, aus Mecklenburg-Vorpommern ein Signal zu senden und in Mecklenburg-Vorpommern dafür zu sorgen, dass die Akteure, die mit der Arbeitsvermittlung etwas zu tun haben, auch miteinander arbeiten und miteinander das Interesse umsetzen, dass die Arbeitsuchenden vermittelt werden. Hier scheint es offensichtlich im Land ein relativ großes Problem zu geben.

Die privaten Arbeitsvermittler machen einen Job, der ihnen nur entlohnt wird nach Erfolg. Das heißt, es ist ein Erfolgsmodell, es ist etwas ganz anderes als für diejenigen, die ohnehin regelmäßig ihr Gehalt bekommen. Ich will denen auch überhaupt nicht unterstellen, dass sie sich nicht engagieren, aber die privaten Arbeitsvermittler sind so strukturiert, das System ist so strukturiert, dass sie erst dann Geld bekommen, wenn sie Erfolg gehabt haben. Und das, was wir ihnen angetan haben, diesen Arbeitsvermittlern, die versuchen, ihren Job zu machen, ist, dass wir allein mit der Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent dem Berufszweig 3 Prozent Ertrag weggenommen haben, denn die 2.000 Euro für die Vermittlung sind geblieben, schlichtweg für dieselbe Leistung, für mehr Leistung weniger Geld.

Wir haben weiterhin das Problem, dass in den Regelungen, dass nach sechs Wochen die ersten 1.000 Euro gezahlt werden und nach weiteren sechs Monaten die zweiten 1.000 Euro gezahlt werden, es uns ein bisschen Sand in die Augen streut, denn Bezahlen hat auch etwas zu tun mit Geldeingang. Und offensichtlich gibt es da auch ein Problem, dass das, was den privaten Arbeitsvermittlern an Ergebnis zusteht, sehr, sehr lange auf die Auszahlung wartet. Und ich denke, auch dort sind wir gefordert, die Arbeitsbedingungen und die Rahmenbedingungen für die private Arbeitsvermittlung hier im Land zu stärken.

Und wenn man sich in Gespräche begibt, dann erfährt man noch weiter, welche Schwierigkeiten sich zudem auftun. Seit Anfang 2009 sind aus der Statistikabteilung der Bundesagentur für Arbeit keine Statistiken zu Vermittlungsgutscheinen mehr verfügbar. Die Bundesagentur hat zur Jahresmitte 2009 sämtliche Onlineverknüpfungen aus ihrem Stelleninformationssystem zu privaten Arbeitsvermittlungen gelöscht. Der Wust an Bürokratie, der Wust an neuen Verordnungen hat zu einer Art und Weise der Lähmung der Arbeit der privaten Arbeitsvermittler geführt, dass das mit dem Wort der Überbürokratisierung vielleicht noch verharmlosend geschildert ist.

Was will ich mit meinen Ausführungen sagen? Ich will hier im Hause dafür werben, dass wir gemeinsam erkennen, dass wir ein Problem haben. Wir haben das Problem, dass wir gemeinsam wollen, dass es auf der einen Seite die BA gibt, die die Arbeitsuchenden unterstützt, und auf der anderen Seite die privaten Arbeitsvermittler gibt. Aber wenn wir das wollen, müssen wir beiden die gleichen Chancen geben, ihren Job zu machen. Denn der Kern und das Entscheidende an der ganzen Geschichte ist doch eines: dass möglichst schnell möglichst viele Menschen im Land in Arbeit vermittelt werden.

(Regine Lück, DIE LINKE: Na, wenn keine da ist, dann kann ich nicht vermitteln.)

Das, was wir aber auch erkennen, ist, dass wir schauen müssen, dass wir unsere Standards in der Vermittlung deutlich versuchen gleichzuschalten und auch deutlich versuchen, dies auf einem möglichst hohen Niveau zu machen. Und auch da ist die private Arbeitsvermittlung, glaube ich, Vorreiter für Qualitätsstandards, sie sind Vorreiter dafür, dass sie sich selber Qualitätsstandards neu auferlegen wollen, dass sie sich selber eine Zertifizierung auferlegen wollen, dass sie genau das, was manchmal als Vorurteil in den Raum gestellt wird, genau das nämlich nicht tun, dass sie sich nur irgendwelche Sahnestückchen, wenn man da überhaupt bei einem Arbeitslosen darüber reden kann, irgendwelche Sahnestückchen raussuchen. Nein, sie wollen die qualifizierte Vermittlung von Arbeitsuchenden in den Job, in den diese Arbeitsuchenden auch zu vermitteln sind.

Und dabei, meine Damen und Herren, wäre der Lösungsansatz eigentlich relativ einfach, nämlich indem wir den Arbeitsuchenden, wenn sie sich arbeitssuchend gemeldet haben, gleich automatisch einen Vermittlungsgutschein mit in die Hand geben, dann kann der Arbeitsuchende selber entscheiden, wessen Leistungen er in Anspruch nimmt: die Leistung eines gut motivierten Mitarbeiters in der BA oder die Leistung eines privaten Arbeitsvermittlers. Aber ich denke, genau das müsste für uns der Ansatz sein, hier im Land zu handeln.

Ich habe das ja schon ein bisschen über den Flurfunk gehört, was jetzt mit unserem Antrag gleich passieren wird. Zwei Kernargumente, das erste wird sein: Es ist doch ein Bundesantrag, was hat das hier zu suchen? Und das zweite wird sein: Wir machen doch alles, wir sind da im Gespräch. Und genau das, meine Damen und Herren, ist nicht der Fall.

Tun Sie sich einen Gefallen: Wir haben heute die Chance, erstmalig dieses Problem, was wir bei der Vermittlung von Arbeitsuchenden haben, in der Öffentlichkeit inhaltlich anzusprechen, beiden, der BA und den privaten Arbeitsvermittlern, Chancengleichheit zu gewähren, oder wir haben die Aufgabe, uns gerade hinzustellen und zu sagen, nein, wir wollen keine privaten Arbeitsvermittler. Aber dann muss man es auch so deutlich einmal sagen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das werden wir tun, das werden wir tun,

Und das Traurige an der Geschichte ist, dass es leider leitende Mitarbeiter bei der BA gibt, die genau dieses auch praktizieren, nämlich das Nein zur privaten Arbeitsvermittlung. Unsere Auffassung ist es nicht. Wir sagen Ja zur Kombination von BA und privater Arbeitsvermittlung. Unterstützen Sie uns in unserem Engagement und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Roolf.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Rühs von der Fraktion der CDU.

Günter Rühs, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die privaten Arbeitsvermittler sind eine wertvolle Ergänzung der staatlichen Arbeitsvermittlung. Das System der Ausgabe von Vermittlungsgutscheinen für Arbeitslose für die erfolgreiche Vermittlung durch private Arbeitsvermittler ist sinnvoll und daher unterstütze ich es ausdrücklich. Es macht gerade auch

in unserem Bundesland Sinn, welches von der hohen Arbeitslosigkeit in besonderem Maße betroffen ist. Nicht nur die bereits genannten Vermittlungszahlen von fast 4.000 Vermittlungen im letzten Jahr, von denen knapp die Hälfte auch noch nach sechs Monaten bestand, belegt dieses.

Hinzu kommt, dass die über 50 Gesellschaften und Selbstständige der privaten Arbeitsvermittlung im Land, die eine völlig neue Dienstleistungsbranche etabliert hat, mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Somit tragen diese Dienstleister selbst auch noch zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei.

Diese Form der Dienstleistung – und das wird keiner ernsthaft bestreiten können – muss aber immer als zusätzliches Instrument zu der staatlichen Vermittlungstätigkeit ausgestaltet sein. Wenn nun in dem Antrag von nicht näher bestimmten Behinderungen der wie gesagt positiv zu beurteilenden Arbeitsvermittler die Rede ist, so kann sich das nur auf die Zusammenarbeit beziehungsweise das Nebeneinander von Arbeitsagenturen und privaten Vermittlern beziehen, denn gesetzliche Änderungen hat es, wie bereits gesagt, nicht gegeben. Die Ausgestaltung des Nebeneinanders oder der Zusammenarbeit hat aber viele Facetten, die man nicht ohne Weiteres mit gesetzlichen Regelungen fassen kann, und das sollte man auch nicht.

In einer Konkurrenzsituation kann es natürlich immer auch zu gegenseitigen Behinderungen kommen. Auf der anderen Seite belebt die Konkurrenz eben auch das Geschäft. Um hier einen vernünftigen Ausgleich hinzubekommen, bedarf es aber eher des gegenseitigen Aufeinanderzugehens, teilweise auch auf persönlicher Ebene, als einer meist unflexiblen gesetzlichen Lösung, die meist nicht zur Entschärfung der Konkurrenz beiträgt. Hier muss auch durch Vermittlung im politischen Raum ein Ausgleich geschaffen werden, der dazu führt, im Interesse der zu Vermittelnden zusammenzuarbeiten. Per Gesetz lässt sich so etwas nicht verordnen. Dafür müssen sich beide Seiten bewegen.

Nichtsdestotrotz ist natürlich das im Koalitionsvertrag auf Bundesebene beschriebene Ziel der Effizienzsteigerung bei den Arbeitsmarktinstrumenten durchaus sinnvoll und gerade auch im Hinblick auf die erfolgreichen privaten Arbeitsvermittler weiterzuverfolgen. Im Rahmen dieser Überlegungen wäre auch denkbar, mit neuen gesetzlichen Regelungen die privaten Vermittler im Rahmen der angestrebten Flexibilisierung noch intensiver mit einzubeziehen. Dies sollte aber, wie ja im Koalitionsvertrag auch vorgesehen, durch Gesetzesinitiativen auf Bundesebene erfolgen. Einer Initiative im Landtag bedarf es dazu nicht und daher werden wir als Koalitionsfraktionen diesen Antrag ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Rühs.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag las, habe ich gedacht: Typisch FDP, privat geht vor Katastrophe. Klar ist für die FDP, dass auch in der Arbeitsvermittlung die Privaten alles besser machen. Das haben Sie ja nun heute auch mit Ihrem Beitrag beweisen wollen

Ich war aber trotzdem neugierig, welche Schwierigkeiten und Probleme denn die privaten Arbeitsvermittler haben, denn es ist natürlich so, dass wir auch Kontakte zu den privaten Arbeitsvermittlern haben und auf dieser Strecke genau Bescheid wissen. Ich war aber trotzdem gespannt zu erfahren, wo Sie den Handlungsbedarf sehen.

Um es gleich vorwegzusagen, wir werden den Antrag ablehnen. Wir betrachten es als eine vordringliche Aufgabe der öffentlichen Hand, alles zu tun, damit von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen wieder in Arbeit kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Private Vermittlung kann höchstens ein zusätzliches Instrument sein. Das ist unsere Meinung. Und dafür sind die Rahmenbedingungen unserer Meinung nach mehr als ausreichend.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Bereits mit dem Job-AQTIV-Gesetz, noch vor den Hartz-Gesetzen, wurde die Beauftragung Dritter mit der Vermittlung eingeführt. Zu Anfang oblag es noch weitgehend der Bundesagentur für Arbeit zu entscheiden, ob Private oder Dritte mit herangezogen wurden. Die Bundesagentur entschied, welche Personen mit welchem Ziel durch private Vermittler zusätzlich betreut werden sollten. Mit der Einführung der Vermittlungsgutscheine und der Aufhebung der Erlaubnispflicht für private Arbeitsvermittler im Frühjahr 2002 wurde der Prozess weitestgehend standardisiert und die Interpretationsmöglichkeiten wurden eingeschränkt. Private und öffentliche Arbeitsvermittler sollten in einen Wettbewerb um die besten Ergebnisse eintreten.

Heute ist die Situation so, dass wer sich in die Obhut privater Vermittler begibt, aus der Arbeitslosenstatistik gestrichen wird. Ist Ihnen das schon mal klar geworden, verehrte Kolleginnen und Kollegen?

> (Irene Müller, DIE LINKE: Das ist nämlich der Grund dafür.)

Wer also übermittelt wird in die private Arbeitsvermittlung,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

fällt aus der Arbeitslosenstatistik raus. Und ich sage Ihnen ehrlich, das ist ein weiterer vieler Tricks, um die Statistik zu manipulieren.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Den privaten Arbeitsvermittlern ist das allerdings auch nicht anzulasten. Das gebe ich ehrlich zu.

Entscheidend ist, ob dieses Instrument tatsächlich eine Erfolgsgeschichte ist, wie der Antrag vorgibt, und das unterschreiben wir nicht vorbehaltlos. Evaluierungsberichte des Instituts für Arbeit und Berufsbildung sagen aus, dass von circa Hundert ausgegebenen Vermittlungsgutscheinen fünf bis sechs Vermittlungen nur aufgrund des Einsatzes von Dritten zustande gekommen sind. Und die Berichte belegen, dass Jüngere eher als Ältere, Männer eher als Frauen, Qualifizierte eher als Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung durch Private vermittelt werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die Guten. Logisch, geht ja auch schneller.)

Sind das nicht ohnehin diejenigen, die die besten Chancen haben, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen?

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Erfahrungsberichte von Betroffenen sind sehr differenziert. Die Einschätzungen reichen von sehr positiv, gute Betreuung, bis dahin, dass die einzigen Arbeitsplätze, die private Vermittler schaffen, ihre eigenen sind. So differenziert ist die Einschätzung.

Arbeitslosengeld-II-Bezieher, insbesondere im Osten Deutschlands, haben messbar weder größere noch kleinere Chancen, einen sozialversicherungspflichtigen Job aufgrund der privaten Vermittlung zu erhalten.

Summa summarum: Ich freue mich für jeden Erwerbslosen, der einen sozialversicherungspflichtigen Job erhält, von dem er oder sie dann auch sich selbst und die Familie ernähren kann. Ob er den vom Arbeitsamt oder vom Privaten bekommt, da sage ich, das ist mir gleichgültig. Evaluierungen zeigen, dass die Privaten nicht signifikant besser sind. Und insofern können wir also Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 2.000 Euro erhält die private Arbeitsvermittlung, die einen Arbeitslosengeld-I-Empfänger in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit von mindestens 15 Wochenstunden vermittelt sowie garantiert, dass dieses Beschäftigungsverhältnis mindestens sechs Monate ununterbrochen ausgeübt wird. Bis zu 2.500 Euro kann die private Arbeitsvermittlung verdienen, wenn der zu vermittelnde Erwerbslose mehr als sechs Monate erwerbslos war.

Nach einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung profitieren nur wenige Arbeitslosengeld-II-Empfänger von der privaten Arbeitsvermittlung. Je nach Teilgruppe erhöhen sich die Arbeitsmarktchancen der Überwiesenen entweder gar nicht oder nur in geringem Umfang. Dem Kurzbericht 5/2008 zufolge profitieren nur einzelne, schwer vermittelbare Gruppen von Arbeitslosengeld-II-Empfängern von der Überweisung an private Vermittler. Insgesamt ist dieser IAB-Kurzbericht 5/2008 zu empfehlen, um sich einen Überblick über dieses breite Themenfeld zu verschaffen.

Die Vermittlung beziehungsweise Überweisung an private Arbeitsvermittler verschafft der jeweiligen Bundesregierung stets die Möglichkeit, Arbeitsmarktstatistiken zu verfälschen. Und von dieser Möglichkeit wird auch rege Gebrauch gemacht. Aber auch unter den privaten Arbeitsvermittlern gibt es einige Scharlatane, die den Arbeitsuchenden vieles versprechen, sie täuschen, nur um an den Vermittlungsgutschein zu kommen. Auch die sehr enge Zusammenarbeit von privaten Arbeitsvermittlern und Zeitarbeitsfirmen lässt stellenweise Zweifel an der Seriosität aufkommen. Eine Erfolgsgeschichte, so, wie die FDP-Fraktion dies sieht, sieht anders aus, wobei es auch viele gute private Arbeitsvermittler durchaus gibt.

Bleibt zum Schluss festzuhalten:

Erstens, wir lehnen den Antrag der FDP-Fraktion ab.

Und zweitens, Frau Borchardt von den LINKEN ist der Lüge überführt. Was will man von Marxisten auch erwarten? Das ist der Antrag der Freien Wähler aus Bayern, der Inhalt mit unserem Antrag ist gleich. Sie sind eine Lügnerin, Frau Borchardt. Schauen Sie sich die Drucksache an!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich habe das wortwörtlich gesagt. – Stefan Köster, NPD: Sie sind eine Lügnerin. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gucken Sie ins Protokoll! Das war wortwörtlich.)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter Köster!

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Herr Abgeordneter Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Stefan Köster, NPD: Eine Lügnerin.)

Da Sie das jetzt noch einmal wiederholen, erteile ich Ihnen den zweiten Ordnungsruf und weise Sie darauf hin,

(Angelika Peters, SPD: Er will nach Hause. Er will noch den dritten haben.)

dass ich Ihnen bei einem dritten Ordnungsruf das Wort entziehe.

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der FDP Herr Roolf. Herr Roolf, Sie haben das Wort.

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion hat sehr klar und sehr deutlich gezeigt, dass wir unterschiedliche politische Auffassungen haben. Und es ist auch gut, dass wir dies im öffentlichen Raum dann auch so diskutieren.

Frau Kollegin Lück, Sie haben, denke ich mal, sehr ehrlich ...

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ach, Herr Roolf, hätten Sie in unseren Parteibeschlüssen nachgeguckt, dann hätten Sie das gewusst.)

Ja, aber es ist doch schön, Herr Bluhm, es ist doch schön, wenn man das in der Öffentlichkeit dann auch einmal sagt. Es liest nicht jeder Ihr Parteiprogramm.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jetzt sind wir aber enttäuscht.)

Also schade eigentlich, aber es liest nicht jeder.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Aber nicht so überrascht sein!)

Also wir haben das sauber rausgearbeitet. Sie halten das Instrument der privaten Arbeitsvermittlung nicht für ein Erfolgsmodell und haben da eher Ihre Zweifel.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

Wir haben hinten noch jemanden vom Ring der privaten Arbeitsvermittler da, der kann das dann ja auch gerne einfach mal so hören.

Über den Schwachsinn der NPD will ich mich hier nicht äußern.

Und ich muss Ihnen von der SPD und von der CDU dann ein wenig die Schmerzen doch noch antun hier heute Abend, nämlich ich möchte jetzt hier beantragen, dass wir die beiden Absätze getrennt abstimmen. (Andreas Bluhm, DIE LINKE: Namentliche Abstimmung? Nee.)

Und die getrennte Abstimmung wird dann lauten, der erste Absatz: "Der Landtag stellt fest,"

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

"dass das Instrument der privaten Arbeitsvermittlung ein Erfolgsmodell ist." Und ich werde sehr genau beobachten

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

wie die Kollegen von der CDU oder auch die Kollegen von der SPD sich zu diesem Absatz verhalten, den zweiten kann man ja kritisch betrachten. Also ich beantrage getrennte Abstimmung zu diesen beiden Absätzen. – Vielen Dank.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Roolf.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3010. Es wurde beantragt, getrennt abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den ersten Absatz abstimmen. Er wurde eben noch mal vorgelesen. Wer mit diesem ersten Absatz einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist dieser erste Absatz bei Zustimmung der FDP-Fraktion, aber Ablehnung der Fraktion DIE LINKE, der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den zweiten Absatz ab. Wer mit diesem Absatz einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dieser zweite Absatz des Antrages der FDP-Fraktion bei Zustimmung der FDP-Fraktion, aber Ablehnung der Fraktion DIE LINKE, der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Damit ist also dieser Gesamtantrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 18. Dezember 2009, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 21.03 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Gabriele Měšťan, Dr. Wolfgang Methling, Detlef Müller, Udo Pastörs, Sebastian Ratjen, André Specht und Wolfgang Waldmüller.

#### Schriftliche Beantwortung

zur Frage 6 der Fragestunde

- Drucksache 5/3060(neu) -

Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales und Gesundheit

"Fragestunde der 85. Sitzung des Landtages am 17. Dezember 2009

Frage des Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD zu der Frage 6

6. Erwägt die Landesregierung die im Rahmen der Hysterie nach dem Ausbruch der so genannten Schweinegrippe in großer Stückzahl eingekauften Impfdosen, welche in erheblichen Mengen in Mecklenburg-Vorpommern nicht verbraucht wurden, an außereuropäische Länder zu verschenken oder unter Wert zu verkaufen?

#### Antwort:

Die Impfaktion gegen die neue Influenza A(H1N1) ist noch nicht abgeschlossen. Aufgrund dessen ist noch nicht abzusehen, wie viel Impfstoff nicht zur Anwendung gelangen wird.

Die Länder haben die Bundesregierung aufgefordert, die Abgabe von nicht benötigtem Impfstoff an andere Staaten zu prüfen und zu koordinieren. Dabei sollen die Länderhaushalte nicht belastet werden.

Manuela Schwesig"

### Namentliche Abstimmung

# über den Antrag der Fraktion DIE LINKE Beschäftigungsbrücke für jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Förderung der Altersteilzeit erhalten

- Drucksache 5/2965 -

Jastimmen			Lenz, Burkhard	
DIE LINKS		Liskow, Egbert Lochner-Borst, Ilka		
DIE LINKE			Löttge, Mathias	
	Bluhm, Andreas		Reinhardt, Marc	
	Borchardt, Barbara		Renz, Torsten	
	Griese, Wolfgang		Ringguth, Wolf-Dieter	
	Koplin, Torsten		Rühs, Günter	
	Dr. Marianne, Linke		Schlupp, Beate	
	Lück, Regine		Stein, Peter	
	Müller, Irene		Dr. von Storch, Henning	
	Ritter, Peter		Timm, Udo	
	Schwebs, Birgit		Vierkant, Jörg	
	Dr. Tack, Fritz			
		FDP		
Neinstimmen			Grabow, Ralf	
			Kreher, Hans	
SPD			Leonhard, Gino	
	Baunach, Norbert		Roolf, Michael	
	Borchert, Rudolf		Schnur, Toralf	
	Bretschneider, Sylvia			
	Brodkorb, Mathias	NPD		
	Dankert, Reinhard		Andrejewski, Michael	
	Heydorn, Jörg		Borrmann, Raimund Frank	
	Müller, Heinz		Köster, Stefan	
	Dr. Nieszery, Norbert		Lüssow, Birger	
	Peters, Angelika		Müller, Tino	
	Polzin, Heike	Enthaltungen  SPD  Schulte, Jochen		
	Dr. Ringstorff, Harald			
	Schildt, Ute			
	Schlotmann, Volker			
	Schwarz, Thomas		Scharte, Sochen	
	Dr. Seemann, Margret			
	Tegtmeier, Martina			
	Dr. Timm, Gottfried	Endgültiges Ergebnis:		
	Dr. Zielenkiewitz, Gerd			
		Abgegebene Stimmen		55
CDU		Gültige Stimmen		
	Caffier, Lorenz	Jastimmen		10
	Holznagel, Renate	Neinstimmen		44
	Dr. Jäger Armin	Enthaltungen		1

Enthaltungen ...... 1

Dr. Jäger, Armin